

CSU-General Scheuer lobt Merkel-Auftritt

SPIEGEL ONLINE

26. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 373 words

Byline: Max Holscher

Highlight: Ungewöhnliche Töne der CSU in der Flüchtlingskrise: Generalsekretär Andreas Scheuer lobt Aussagen von Kanzlerin Merkel. Sie hatte sich beim Flüchtlingsgipfel in Wien für eine härtere Linie eingesetzt.

Body

Das Thema Flüchtlingspolitik sorgt seit Monaten für heftigen Streit zwischen CDU und CSU. Jetzt setzen die Christsozialen offenbar auf etwas mehr Harmonie - in den kommenden zwei Monaten stehen Parteitage der CDU und CSU an. Generalsekretär Andreas Scheuer lobte in der "Bild"-Zeitung Angela Merkel für ihren Auftritt beim Flüchtlingsgipfel in Wien. "Eine gute Entwicklung ist, dass man sich jetzt in der EU mit den Staaten an der Balkanroute einig ist, um diesen Weg geschlossen zu halten", sagte Scheuer. "Das war längst überfällig in Sachen sichere EU-Außengrenze und Rückkehr zur Ordnung."

Merkel hatte auf der Konferenz unter anderem das Ziel ausgegeben, die illegale Migration so weit wie möglich zu stoppen und den EU-Grenzschutz zu stärken. "Wer nicht aus humanitärer Sicht in Europa bleiben kann, der wird auch wieder in sein Heimatland zurückgeführt." Es sei notwendig, möglichst schnell "die Drittstaatenabkommen insbesondere mit Afrika, aber auch mit Pakistan, mit Afghanistan" fertigzustellen, sagte die Kanzlerin.

Die EU-Staaten hatten im März einen Flüchtlingsdeal mit der Türkei geschlossen. Er sieht vor, dass die Ankara im Gegenzug für EU-Hilfen zur Versorgung der drei Millionen Flüchtlinge im Land alle Migranten zurücknimmt, die von der türkischen Küste auf die griechischen Ägäis-Inseln übersetzen. Seitdem ist die Zahl der Neuankömmlinge in der Ägäis deutlich gesunken, doch wählen nun vermehrt Flüchtlinge den gefährlichen Mittelmeer-Weg über Ägypten und Libyen.

Orbán gegen Umverteilung von Flüchtlingen

Ungarns rechtspopulistischer Regierungschef Viktor Orbán forderte erneut, alle Asylsuchenden an einem noch zu bestimmenden Ort außerhalb der EU zu internieren. Die Aufnahme sowie Pläne zur Umverteilung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland auf die anderen EU-Staaten lehnt er vehement ab.

Merkel dagegen rief in Wien dazu auf, rasch weitere Flüchtlinge von Athen zu übernehmen. "Die Sache muss beschleunigt werden", sagte die Kanzlerin zur vereinbarten Umverteilung. Sonst werde "der Druck auf der bulgarisch-griechischen Grenze noch mal zunehmen". Laut der Kanzlerin wird Deutschland aus Griechenland und Italien künftig mehrere Hundert Flüchtlinge pro Monat aufnehmen.

mho/dpa/afp

Load-Date: September 26, 2016

End of Document

Provisorische Camps sollen im April geräumt werden;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-dimitris-vitsas-im-gespraech-ueber-griechenland-a-1086242.html>

SPIEGEL ONLINE

09. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 951 words

Highlight: 11:00:00 Griechenland bringt die ersten **Flüchtlinge** in die Türkei zurück, doch die Situation bleibt angespannt. Nun kündigt Vize-Verteidigungsminister Vitsas an: Alle provisorischen Zeltstädte werden aufgelöst.

Body

Polizisten bringen sie an Bord, dann geht es wieder in die Türkei - das vorläufige Ende einer Flucht. 202 Menschen wurden Anfang der Woche von den griechischen Inseln Lesbos und Chios ins türkische Dikili verschifft. Am Freitag folgten weitere .

Die Aktion ist Teil des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Griechenland darf **Migranten** wieder abschieben, die EU nimmt Ankara im Gegenzug syrische Hilfesuchende ab. Doch in Griechenland bleibt die Situation angespannt, sowohl auf den Inseln als auch an den Grenzen im Norden, wo immer noch Tausende **Flüchtlinge** ausharren.

Das soll sich bald ändern. Im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE sagt der griechische Vize-Verteidigungsminister Dimitris Vitsas, der die Bemühungen seines Landes in der Krise koordiniert, man werde die von den **Migranten** errichteten Zeltstädte räumen. An die Türkei richtet er eine Warnung: Wenn Ankara sich nicht an Vereinbarungen halte, sei das Abkommen gebrochen.

SPIEGEL ONLINE: Herr Vitsas, in dieser Woche sind die ersten Flüchtlinge zurück in die Türkei gebracht worden. Wie lautet Ihr Fazit?

Vitsas: Das Rückführungsprogramm war erfolgreich und ist reibungslos gelaufen - aber wir sind noch am Anfang. Wir stehen in den kommenden Tagen vor weiteren Herausforderungen. Wir bekommen jetzt Hunderte Asylanträge. Das hilft natürlich nicht , die Rückführungen zu beschleunigen. Abgelehnte Flüchtlinge, die in die Türkei zurückgebracht werden, landen übrigens dort ganz unten auf der Liste der Asylsuchenden. Das sollten Menschen beachten, die darüber nachdenken, nach Griechenland zu kommen. Sie müssen verstehen, dass es nicht immer in ihrem Interesse sein kann, hier Asyl zu beantragen.

SPIEGEL ONLINE: Am Dienstag und Mittwoch gab es offenbar keine Neuankömmlinge mehr. Ein Zeichen dafür, dass das Abkommen funktioniert?

Provisorische Camps sollen im April geräumt werden <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-dimitris-vitsas-im-gespraech-ueber-griechenland-a-1086242.....>

Vitsas: Lassen Sie uns lieber noch ein wenig warten. Bis vor wenigen Tagen spielte auch das Wetter eine wichtige Rolle. Aber die Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei ist wichtig. Ich will keine voreiligen Schlüsse ziehen. Die Zahlen zeigen, dass etwas funktioniert. Ein Faktor ist auch, dass Menschen tatsächlich zurückgeführt wurden.

SPIEGEL ONLINE: Was passiert mit den mehr als 50.000 Flüchtlingen auf dem Festland - vor allem jenen in Idomeni und Piräus?

Vitsas: Das ist eine andere Sache. Sie haben alle Zeit der Welt, hier Asyl zu beantragen. Das EU-Türkei-Abkommen betrifft sie nicht. Klar ist aber: In Idomeni und Piräus können sie keinen Asylantrag stellen.

SPIEGEL ONLINE: Deshalb sollen sie in organisierte Einrichtungen gehen?

Vitsas: Ja. Nur dort wird es mobile Zentren zur Bearbeitung der Anträge geben.

SPIEGEL ONLINE: Wann wird das Lager in Idomeni leer sein?

Vitsas: Vor Ostern (orthodoxer Ostersonntag ist am 1. Mai, Anm. d. Red.). Nur wenn die Flüchtlinge weiterziehen, können wir ihnen die Rechte und Prinzipien der EU gewährleisten. Einige glauben, sie könnten weltweite Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wenn sie unter verwahrlosten Bedingungen leben.

SPIEGEL ONLINE: Aber die Menschen zweifeln. Etwa 5000 sind in Piräus geblieben, in Idomeni an der mazedonischen Grenzen sind es 12.000.

Vitsas: In ihrer Verzweiflung hoffen sie, dass sich noch etwas ändert. Und die Schlepper versprechen ihnen, dass die Grenze wieder geöffnet wird, wenn sie bleiben, oder dass sie die Flüchtlinge auf anderen Routen nach Europa bringen.

SPIEGEL ONLINE: Was wollen Sie tun?

Vitsas: Die Genfer Konvention legt die Rechte von Flüchtlingen und Migranten fest. Sie besagt aber auch, dass jeder, der sich in einem Land aufhält, nach den Gesetzen dieses Staates leben muss. Es ist dumm oder gar gefährlich, wenn sich jemand, der die Chance auf Wärme, gute Lebensbedingungen, Hygiene, Essen und das Recht auf Asyl hat, für einen Ort entscheidet, wo all das nicht geboten wird.

SPIEGEL ONLINE: Warum glauben Sie, dass die Menschen es sich bis Ostern anders überlegen? Was ist Ihr Plan B?

Vitsas: Sie werden evakuiert. Wie ich gesagt habe: Menschen, die in einem Land leben, stehen unter den Gesetzen dieses Landes.

SPIEGEL ONLINE: Noch vor dem orthodoxen Osterfest sollen die Zeltstädte von Idomeni und Piräus also der Vergangenheit angehören?

Vitsas: Ich sage Ihnen, das wird noch früher passieren. Zuerst in Piräus.

SPIEGEL ONLINE: Gibt es genug Platz für all die Menschen?

Vitsas: Wir haben mehr als 40 Unterkünfte. Es gibt mehr als 7000 freie Plätze. Wir werden in der Lage sein, jeden Einzelnen unterzubringen, der sich derzeit auf dem griechischen Festland aufhält. Und wir bauen weitere Einrichtungen, für alle Fälle.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben aus den Hotspots eine Art Haftlager gemacht. Das UNHCR und Menschenrechtler kritisieren die Maßnahmen. Wollen Sie daran festhalten?

Provisorische Camps sollen im April geräumt werden <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-dimitris-vitsas-im-gespraech-ueber-griechenland-a-1086242.....>

Vitsas: Es gelten die Genfer Konventionen. Maßnahmen wie vorübergehende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sind zulässig, bis die Menschen identifiziert sind. Aber wir wollen die Bedingungen verändern. Wir können die Menschen auf andere Inseln verteilen. Von Chios, das überfordert ist, zum Beispiel nach Leros und Kos.

SPIEGEL ONLINE: Sollen die Menschen wieder in geschlossenen Zentren gehalten werden, wie in Moria?

Vitsas: Ja.

SPIEGEL ONLINE: Was ist, wenn die Türkei die Rechte der Rückkehrer verletzt - wenn das Land zum Beispiel einen Syrer wieder zurückschickt?

Vitsas: Wenn das passiert, ist das Abkommen gebrochen. Es wird dann nochmals überprüft werden müssen. Ich hoffe, dass das niemals passiert.

Load-Date: April 9, 2016

End of Document

[Die Kettenreaktion; http://www.spiegel.de/politik/ausland/blockierte-fluechtlinge-auf-der-balkan-route-die-kettenreaktion-a-1064261.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/blockierte-fluechtlinge-auf-der-balkan-route-die-kettenreaktion-a-1064261.html)

SPIEGEL ONLINE

26. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 991 words

Byline: Keno Verseck

Highlight: Slowenien fing an, Kroatien, Serbien und Mazedonien zogen nach: Sie lassen nur noch **Flüchtlinge** aus Syrien, Irak und Afghanistan durch - Tausende sind gestrandet. Nun könnten sie sich noch gefährlichere Routen suchen.

Body

Es war eine eher unscheinbare Maßnahme, doch sie löste eine Kettenreaktion aus: In der vergangenen Woche setzten slowenische Polizisten an der Grenze zu Kroatien 162 Marokkaner fest und verweigerten ihnen die Weiterreise nach Österreich. Begründung: Sie seien Wirtschaftsmigranten und hätten keine Chance auf **Asyl** in Europa, daher werde man sie wieder nach Kroatien abschieben.

Sloweniens südlicher Nachbar Kroatien wie auch Serbien und Mazedonien, zusammen mit Griechenland die derzeitigen Transitländer der Balkanroute für **Flüchtlinge**, reagierten noch am selben Tag: Sie ließen unter Berufung auf das slowenische Beispiel ihrerseits nur noch **Flüchtlinge** aus Syrien, Irak und Afghanistan weiterreisen.

Zwar betonte der slowenische Innenstaatssekretär Bostjan Sefic tags darauf, es habe sich nur um einen Einzelfall gehandelt, und sein Land habe die Grenze nicht generell für Migranten geschlossen. Doch Kroatien, Serbien und Mazedonien blieben bei ihrem Transitverbot für Flüchtlinge, die nicht aus Syrien, Irak und Afghanistan stammen.

Seitdem sitzen mehrere Tausend Flüchtlinge, unter anderem aus Iran, Pakistan sowie nord- und ostafrikanischen Ländern, in Nordgriechenland fest. Hunderte weitere befinden sich in der Obhut serbischer, kroatischer und slowenischer Behörden und warten auf ihre Abschiebung in das jeweilige Nachbarland - so wie die 162 Marokkaner, die Kroatien bisher nicht zurücknehmen will. Sie sind derzeit in einem Aufnahmelager in Westslowenien untergebracht.

Entsprechend angespannt ist die Stimmung. An der griechisch-mazedonischen Grenze fordern protestierende Flüchtlinge seit Tagen ihre Weiterreise und blockieren eine Eisenbahnstrecke. Mazedoniens Regierung hat ihrerseits den Grenzübergang zu Griechenland bei Gevgelija mit einem Stacheldrahtzaun abgesperrt.

Die Kettenreaktion <http://www.spiegel.de/politik/ausland/blockierte-fluechtlinge-auf-der-balkan-route-die-kettenreaktion-a-1064261.html>

Alternativrouten über Bulgarien und Albanien

Zugleich suchen viele Flüchtlinge offenbar inzwischen nach Alternativrouten - im Süden Bulgariens beispielsweise griff die Polizei in den letzten Tagen vermehrt Gruppen von Flüchtlingen mit Schleppern auf. Nach Berichten mazedonischer NGOs sind Schlepper auch in Mazedonien zunehmend aktiv, eine Sprecherin des mazedonischen Innenministeriums wollte das SPIEGEL ONLINE jedoch weder bestätigen noch dementieren. Mitarbeiter des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) warnen davor, dass Flüchtlinge künftig schwierigere und gefährlichere Routen über Bulgarien und Albanien nehmen könnten, um nach Westeuropa zu gelangen.

UNHCR und IOM kritisieren den Kurs Sloweniens, Kroatiens, Serbiens und Mazedoniens zugleich scharf. Mit der Entscheidung, nur noch Bürger aus Syrien, Irak und Afghanistan durchreisen zu lassen, werde das Recht von Flüchtlingen auf individuelle Prüfung von Asylgesuchen missachtet. Dabei ist dieses durch die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert. Außerdem würde die Behörden "ethnic profiling" anwenden - und Flüchtlinge ohne Dokumente pauschal nach Aussehen und Hautfarbe abweisen.

"Es war klar, dass kleine Länder wie Slowenien oder Mazedonien mit der Flüchtlingskrise überfordert sind und irgendwann mit Grenzschießungen reagieren würden", sagt der als regierungskritisch bekannte mazedonische Publizist Saso Ordanoski. Vorwürfe gegen sein Land seien scheinheilig. "Bei so viel Unvermögen der EU, in der Flüchtlingskrise gemeinsam vorzugehen, und bei soviel unsolidarischem Verhalten einiger EU-Länder kann man nicht von Mazedonien verlangen, dass es die Krise löst."

Auch die EU griff bisher nicht ein

Die Blockade der Route durch Mazedonien für Bürger bestimmter Staaten werde Flüchtlinge nicht aufhalten, sondern sie nur umlenken, sagt der kroatische Soziologe und Migrationsforscher Drago Zuparic-Iljic. Mögliche Alternativrouten führten über Bulgarien, Rumänien und Ungarn sowie über Albanien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina nach Kroatien. Vor allem die über tausend Kilometer lange bosnisch-kroatische Grenze sei nur schwer zu kontrollieren.

Selbst eine Reaktivierung der Adria-Route, über die in den Neunzigerjahren Albaner nach Italien flohen, sei denkbar. Zuparic-Iljic warnt angesichts des bevorstehenden Winters auch vor einer humanitären Katastrophe auf dem Westbalkan - kein Land habe sich in den letzten Monaten darum gekümmert, die Notaufnahmekapazitäten an die Flüchtlingszahlen anzupassen.

Wie es nach der Blockade der mazedonisch-griechischen Grenze weitergeht, ist derzeit völlig unklar. Eine gemeinsame Koordination sämtlicher südosteuropäischer Staaten zur Flüchtlingspolitik gibt es nicht, auch die EU griff bisher kaum ein. Brüsseler Beamte nahmen in der vergangenen Woche lediglich an einer weitgehend ergebnislosen Videokonferenz mit Vertretern Sloweniens, Kroatiens, Serbiens und Mazedoniens teil.

Es geht quälend langsam voran: Die vier Länder konnten sich bisher nicht einmal darauf einigen, wie mit den Flüchtlingen verfahren wird, die zwischen ihren Ländern festsitzen. Auch bei einem Gipfeltreffen in Zagreb am Mittwoch unter Beteiligung von US-Vize Joe Biden und dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier konnten die Spitzen der Westbalkanstaaten keine entscheidenden Maßnahmen beschließen.

"Die Blockadesituation an der mazedonisch-griechischen Grenze zeigt das völlige Versagen der bisherigen europäischen Flüchtlingspolitik, und sie ist zugleich ein Alarmsignal", sagt der slowenische Politologe und Jurist Mitja Zagar. "Was Europa dringend braucht, ist ein gemeinsames Migrations- und Zuwanderungsmanagement und ein nachhaltiges Konzept, um Fluchtursachen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika zu bekämpfen."

Zusammengefasst: Mehrere Balkanstaaten lassen nur noch Flüchtlinge aus bestimmten Ländern durch, der Rest wird abgewiesen. Auch eine Einmischung der EU brachte bisher nichts. Unklar ist sogar, was mit den abgewiesenen Menschen passiert. Viele von ihnen könnten nun riskantere Wege nach Europa suchen. Experten warnen vor vielen Opfern.

Die Kettenreaktion <http://www.spiegel.de/politik/ausland/blockierte-fluechtlinge-auf-der-balkan-route-die-kettenreaktion-a-1064261.html>

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

[Immer wieder Sachsen;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rassismus-in-sachsen-sichtbarer-hass-gegen-fluechtlinge-a-1078634.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rassismus-in-sachsen-sichtbarer-hass-gegen-fluechtlinge-a-1078634.html)

SPIEGEL ONLINE

22. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 965 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Der pöbelnde Pulk von Clausnitz, die Flammen in Bautzen - der Hass gegen Fremde und Flüchtlinge wird kaum irgendwo so offen sichtbar wie in Sachsen. Warum?

Body

Ein Winterwochenende in Sachsen, 2016: In Chemnitz jagen drei maskierte Männer zwei Migranten durch die Stadt. Sie demolieren einen Dönerimbiss, verletzen den Inhaber und einen der Migranten. In der Sächsischen Schweiz verüben Unbekannte einen Farbbeutelanschlag auf das Büro der Linken. In Bautzen attackieren zwei Männer einen Info-Stand der Initiative Bautzen bleibt bunt. Rechtsextremisten setzten ein ehemaliges Asylbewerberheim in Brand. Im Erzgebirge geht ein Mann mit Stahlhelm und Hitlerbart auf einem Rodelhang auf zwei Afghanen los. Er beleidigt und schlägt einen der beiden Männer, hebt die Hand zum Hitlergruß.

Andrea Hübler sitzt in einer Kellerkneipe in der Dresdner Neustadt. Sie schüttelt den Kopf: "Dem alltäglichen Wahnsinn in Sachsen wird zu wenig entgegengesetzt", sagt sie. Hübler arbeitet für die RAA Sachsen, eine Beratungsstelle, die Opfer rechter Gewalt hilft. Auf ihrem Schreibtisch landen jeden Tag Berichte über Angriffe auf Migranten, Neonazi-Aufmärsche.

Sachsen hat nicht erst seit vergangener Woche ein Problem mit Rassismus, nicht erst seit Clausnitz, Bautzen, Pegida. Es gibt in Sachsen seit Jahren Landstriche, in denen Neonazis praktisch die Kontrolle übernommen haben. Die NPD zog wiederholt in den Dresdner Landtag ein. Die neonazistische Terrorgruppe NSU konnte sich fast 14 Jahre lang in Sachsen verstecken. Am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, versammelten sich an der Elbe regelmäßig mehrere Tausend Neonazis zur europaweit größten Kundgebung ihrer Szene.

Die Flüchtlingsbewegung wirkt im rechten Milieu wie ein Verstärker. In manchen Wochen melden Flüchtlingsfeinde in Sachsen bis zu 40 Demonstrationen an. Ein Fünftel der Angriffe auf Asylbewerberheime wurde laut "Mediendienst Integration" 2015 im Freistaat begangen. Leipzigs Polizeichef Bernd Merbitz warnt vor einer "Pogromstimmung" gegen Migranten. "In Sachsen brechen gerade die letzten Dämme", sagt Hübler.

Immer wieder Sachsen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rassismus-in-sachsen-sichtbarer-hass-gegen-fluechtlinge-a-1078634.html>

Die Eskalation rechter Gewalt, der Erfolg von Pegida, die hohe Zahl asylfeindlicher Demonstrationen, all das, glaubt Dietrich Herrmann, Sozialwissenschaftler an der TU Dresden, geschehe nicht zufällig in Sachsen, sondern sei das Ergebnis der politischen Kultur im Freistaat. In Sachsen seien rechtsextreme Umtriebe über Jahre hinweg ignoriert und verharmlost, antirassistisches Engagement beargwöhnt und kriminalisiert worden.

Sachsen glaubte, Rassismus totschweigen zu können

Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident in Sachsen nach der Wende, gab früh die Richtung vor. Die Sachsen seien "immun gegen Rechtsextremismus", sagte der CDU-Politiker. Seine Nachfolger Georg Milbradt und Stanislaw Tillich setzten diese Politik fort. Rechte Gewalttaten werden häufig nicht als solche benannt. 2007 jagte ein rassistischer Mob in Mügeln, einer Kleinstadt in Nordsachsen, eine Gruppe Inder über den Marktplatz. Polizisten konnten in letzter Minute verhindern, dass die Verfolger ihre Opfer lynchten. Der frühere sächsische CDU-Innenminister, Albrecht Buttolo, sprach von einem Gerangel, das sich "hochgeschaukelt" habe, selbst wenn "rechtsextreme Sprüche" gefallen seien, müsse es sich nicht um eine Straftat mit rechtsextremem Hintergrund gehandelt haben.

Neonazi-Demonstrationen vermag der Staat nichts entgegenzusetzen. Oft genug heißt es: "Lasst sie doch einfach laufen und gebt ihnen nicht durch Gegendemonstrationen zusätzliche Aufmerksamkeit".

Andrea Hübler hat für die Opferberatung in den vergangenen Jahren unzählige Stunden in Prozessen gegen rechtsextreme Straftäter verbracht. Ihre Bilanz fällt bitter aus: Es dauerte zum Teil Jahre, bis Täter vor Gericht gestellt werden. Allzu oft würden rechte Tatmotive vor Gericht ausgeblendet. Die vielbeschworene Härte des Rechtsstaats bekämen rechte Gewalttäter selten zu spüren.

Umfangreiche Ermittlungen gegen vermeintliche Nazi-Jäger

Stattdessen werden Aktivisten, die sich gegen Rassisten und Neonazis engagieren, in Sachsen gegängelt. Antifaschisten, Oppositionelle, Flüchtlingshelfer werden als Ruhestörung, Einmischung, gar als Bedrohung wahrgenommen. "Die ideologische Richtlinie hieß immer Äquidistanz", sagte Linken-Chefin Katja Kipping der "Zeit". "Wenn wir rechte Übergriffe ansprachen, hörten wir: Jaja, aber es gibt auch linke Chaoten, die Häuser beschmieren. Da wurden ein paar autonome Antifas gleichgestellt mit braunen Gewalttätern bis hin zu rechtsextremen Terroristen."

Als einziges Bundesland hatte Sachsen vorübergehend eine sogenannte "Extremismus-Klausel" erlassen, die Initiativen ein formales Bekenntnis zum Staat abnötigte. Jahrelang ermittelte das Landeskriminalamt mit erheblichem Aufwand gegen eine vermeintliche "Antifa-Sportgruppe", die in Sachsen Jagd auf Neonazis gemacht haben soll. Die Polizei durchsuchte Wohnungen, zwang Personen zu DNA-Tests, spionierte mehr als 200.000 Telefone aus. Vergangenen Sommer wurde das Verfahren eingestellt. Dem angeblichen Rädelsführer konnte lediglich nachgewiesen werden, dass er an einer friedlichen Demonstration gegen Neonazis teilgenommen hatte

Als im Januar dieses Jahres 2009 Neonazis und Hooligans den Leipziger Stadtteil Connewitz verwüsteten, warnte der Chef des sächsischen Landeskriminalamts, Jörg Michaelis, nicht vor rechter Gewalt, sondern vor Linksextremisten. Auf einer CDU-Versammlung in Dresden sagte er: "Wir haben ein schweres Problem - links."

Video über Flüchtlinge in Clausnitz: "Ich habe Angst"

Zusammengefasst: In Sachsen kommt es immer wieder zu rechten Demos, Übergriffen und Straftaten. Von der Politik wurde die wachsende Neonazi-Szene jedoch lange verharmlost - so konnten sich erhebliche rechte Strukturen etablieren. Stattdessen muss sich die linke Szene im Freistaat immer mit dem Druck der Behörden auseinandersetzen.

Immer wieder Sachsen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rassismus-in-sachsen-sichtbarer-hass-gegen-fluechtlinge-a-1078634.html>

End of Document

[Jeder fünfte Deutsche hat Wurzeln im Ausland;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderungsland-deutschland-jeder-fuenfte-hat-wurzeln-im-ausland-a-1052140.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderungsland-deutschland-jeder-fuenfte-hat-wurzeln-im-ausland-a-1052140.html)

SPIEGEL ONLINE

09. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 298 words

Byline: che

Highlight: Wird Deutschland nun zum Einwanderungsland? Nein, denn das ist es längst. Millionen Zugewanderte haben hier bereits eine neue Heimat gefunden. Unsere Infografik der Woche zeigt den Vergleich.

Body

Eine Zahl taucht in der aktuellen **Flüchtlingsdebatte** derzeit besonders häufig auf: Bis zu 800.000 Menschen sollen in diesem Jahr in Deutschland Zuflucht suchen, die meisten werden einen **Asylantrag** stellen - so die Prognose des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) vor einigen Tagen. Seitdem wird diskutiert: Kann Deutschland einen solchen Zustrom bewältigen, auch über mehrere Jahre?

Natürlich bedeuten 800.000 Flüchtlinge eine große Herausforderung, zumal viele von ihnen schwer traumatisiert in Deutschland ankommen. Jedoch fehlt der Prognose die dringend notwendige Einordnung: Deutschland hat derzeit 81 Millionen Einwohner, also hundertmal so viele - und Millionen von ihnen sind selbst eingewandert oder haben Wurzeln im Ausland.

Wie die Infografik der Woche von Statista und SPIEGEL ONLINE zeigt, leben in Deutschland 16,4 Millionen Menschen, die selbst oder deren Eltern zugewandert sind oder als Ausländer hier geboren wurden. Einen solchen Migrationshintergrund hat also jeder Fünfte. Jeder Siebte ist selbst aus dem Ausland zugewandert, insgesamt 10,9 Millionen Menschen. Das zeigt eine Hochrechnung des Statistischen Bundesamts auf Basis des Mikrozensus 2014.

Unter den Zugewanderten leben die meisten schon länger als 20 Jahre in Deutschland. Immerhin 1,7 Millionen sind vor weniger als 6 Jahren eingewandert - allerdings nicht in alle Bundesländer gleichermaßen: Die Unterschiede sind deutlich, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland. Während in den Stadtstaaten, in Hessen und Baden-Württemberg überdurchschnittlich viele Menschen Wurzeln im Ausland haben, sind es in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt besonders wenige.

Mehr Infografiken der Woche finden Sie auf unserer Themenseite.

che

Jeder fünfte Deutsche hat Wurzeln im Ausland [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderungsland-deutschland-jeder-fuenfte-hat-wurzeln-im-ausland-a-1052....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderungsland-deutschland-jeder-fuenfte-hat-wurzeln-im-ausland-a-1052...)

Load-Date: September 10, 2015

End of Document

[Viele Unterkünfte unterbelegt;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-
erstaufnahmeeinrichtungen-nur-zur-haelfte-belegt-a-1077291.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-erstaufnahmeeinrichtungen-nur-zur-haelfte-belegt-a-1077291.html)

SPIEGEL ONLINE

14. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 652 words

Byline: bim/dpa

Highlight: Mehrere Bundesländer haben derzeit laut einem Zeitungsbericht in den Unterkünften viele freie Plätze für Flüchtlinge. Trotzdem sollen die Kapazitäten ausgebaut werden.

Body

Wegen des Rückgangs der Flüchtlingszahlen im Winter sind die Erstaufnahmeeinrichtungen in mehreren Bundesländern nicht einmal zur Hälfte belegt. Das habe eine Umfrage der "Welt am Sonntag" bei den zuständigen Ministerien ergeben, berichtet die Zeitung. In Sachsen werden demnach nur 25 Prozent der Plätze genutzt. In Thüringen liegt die Auslastung bei 33 Prozent, in Nordrhein-Westfalen bei 40 und in Schleswig-Holstein bei 46 Prozent.

Andere Länder meldeten hingegen, dass ihre Kapazitäten weiterhin nahezu komplett ausgelastet seien, berichtet die "WamS". Dazu gehörten Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt.

NRW plant 60.000 zusätzliche Plätze

Sachsens Innenministerium berichtete demnach, die Zahl der Neuankömmlinge in den landeseigenen Einrichtungen sei zuletzt deutlich zurückgegangen, was aber auch an einer Aufteilung der Geflüchteten auf die Kommunen liege. Weil die genaue Entwicklung der Flüchtlingskrise kaum prognostiziert werden könne, sollen die aktuell rund 20.000 Erstaufnahmeplätze in Sachsen zunächst erhalten bleiben.

Niedersachsen registrierte seit Jahresbeginn täglich etwa 390 Asylsuchende, im November waren es noch 1900. Hier sind allerdings die Kapazitäten noch zu 81 Prozent ausgelastet. Auch aus dem Integrationsministerium in Rheinland-Pfalz, wo die Erstaufnahmeeinrichtungen derzeit zu 63 Prozent belegt sind, heißt es, dass die Flüchtlingszahl durch die kalte Jahreszeit "deutlich gesunken" sei.

Die meisten Länder bereiten sich laut "WamS" auf einen deutlichen Anstieg der Flüchtlingszahl im Frühjahr vor, zehn von ihnen wollen sogar mehr Plätze schaffen. Eine Reduzierung sei in keinem Land geplant. Schleswig-Holstein will seine Kapazität in diesem Jahr beispielsweise von 12.000 auf mehr als 20.000 landeseigene Plätze erhöhen. "Damit soll Vorsorge getroffen werden, um einen ähnlich starken Flüchtlingszugang wie 2015 gewachsen zu sein", zitiert die Zeitung das Innenministerium. Bayern erklärte, die Kapazität von derzeit 23.000 regulären

Viele Unterkünfte unterbelegt <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-erstaufnahmeeinrichtungen-nur-zur-haelfte-belegt-a-1077291.html>

Plätzen in diesem Jahr auf rund 36.000 zu erhöhen. Nordrhein-Westfalen will die Zahl der landeseigenen Plätze auf rund 60.000 steigern.

Fast 2000 Iraker seit September ausgereist

Die Zeitung berichtet zudem, dass seit dem vergangenen Herbst fast 2000 Iraker freiwillig aus Deutschland ausgereist seien. Sie beruft sich dabei auf einen vertraulichen Bericht des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum illegaler Migration (GASIM), der aus diesem Monat stammt. Nach den Gründen für die Ausreise befragt, gaben Iraker demnach an, dass sich die Versprechen von Schleusern nicht erfüllt hätten.

"Häufig wurde die Unzufriedenheit über die Unterbringung, fehlende Arbeitsmöglichkeiten und die daraus resultierende finanzielle Situation sowie die schleppende Abarbeitung des Asylbegehrens zum Ausdruck gebracht", zitiert die "WamS" aus dem "Report 02/2016" der GASIM. Aber auch familiäre Gründe, etwa eine bevorstehende Hochzeit in der Heimat, seien angeführt worden.

1970 Iraker verließen demnach seit dem 1. September die Bundesrepublik. Die Flughäfen Düsseldorf, Frankfurt am Main und München verzeichneten seit Herbst vergangenen Jahres einen deutlichen Anstieg der freiwilligen Ausreisen von Irakern. Sie kehrten meist mit Linienflügen der Iraqi Airways zurück.

"Häufig wurden bei der Ausreise die gestellten Asylbegehren zurückgezogen", heißt es im GASIM-Papier laut der Zeitung weiter. Es schließt mit der Prognose: "Die Unzufriedenheit der Migranten könnte dazu führen, dass weiterhin irakische Staatsangehörige freiwillig die Bundesrepublik Deutschland verlassen."

Derzeit erhielten 88 Prozent der Iraker einen positiven Bescheid als Asylbewerber, berichtet die Zeitung weiter. 2015 seien mehr als 121.000 Iraker in den Bundesländern untergebracht worden. Damit lag der Irak nach Syrien und Afghanistan bundesweit auf dem dritten Platz der Hauptherkunftsländer von Asylantragstellern.

bim/dpa

Load-Date: February 14, 2016

End of Document

[Schweden plant Abschiebung von Zehntausenden Flüchtlingen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-plant-offenbar-
abschiebung-von-80-000-menschen-a-1074322.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-plant-offenbar-abschiebung-von-80-000-menschen-a-1074322.html)

SPIEGEL ONLINE

28. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 256 words

Byline: aar/dpa/AFP

Highlight: Die schwedische Regierung bereitet Medienberichten zufolge die Ausweisung von bis zu 80.000 abgelehnten **Asylbewerbern** vor. Die Behörden hätten bereits entsprechende Anweisungen erhalten, Charterflugzeuge sollen angemietet werden.

Body

Schweden plant offenbar die Massenausweisung von Zehntausenden **Asylbewerbern**. "Ich glaube, dass es sich auf jeden Fall um 60.000 Personen dreht, aber es können auch bis zu 80.000 werden", zitierte die Zeitung "Dagens Industri" Schwedens Innenminister Anders Ygeman.

Die Regierung habe Polizei und Migrationsbehörde den Auftrag erteilt, die Ausweisungen vorzubereiten, sagte Ygeman auch dem schwedischen TV-Sender SVT. Normalerweise würden abgelehnte Asylbewerber mit Linienflügen abgeschoben. Angesichts der hohen Zahl würden nun aber Charterflugzeuge angemietet. Vermutlich werde sich das über mehrere Jahre hinziehen.

Im vergangenen Jahr hatten etwa 163.000 Menschen Asyl in dem Land gesucht. Nach Schätzungen der Regierung würden rund 45 Prozent von ihnen abgelehnt, hieß es.

Zunächst wolle man gute Voraussetzungen für eine freiwillige Rückkehr der Asylbewerber schaffen, sagte Ygeman der Zeitung. "Aber wenn wir das nicht schaffen, muss es eine Rückkehr mithilfe von Zwang geben." Die Regierung verhandelt nach Angaben von "Dagens Industri" unter anderem mit Afghanistan und Marokko über die Rückkehr von Flüchtlingen aus diesen Ländern.

Stockholm hatte im November wieder Grenzkontrollen eingeführt, seit Januar müssen auch alle Zug- und Busunternehmen die Identitäten der Passagiere festhalten, die über die Öresund-Brücke von Dänemark nach Schweden fahren. Nach Regierungsangaben kamen seither täglich etwa hundert Flüchtlinge an, im Oktober waren es noch fast 10.000 pro Woche.

aar/dpa/AFP

Schweden plant Abschiebung von Zehntausenden Flüchtlingen

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-plant-offenbar-abschiebung-von-80-000-mens...>

Load-Date: January 28, 2016

End of Document

**[Bund verdoppelt Soforthilfe für Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-verdoppelt-soforthilfe-auf-eine-milliarde-euro-a-1038426.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-verdoppelt-soforthilfe-auf-eine-milliarde-euro-a-1038426.html)**

SPIEGEL ONLINE

12. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 355 words

Byline: syd/dpa/AFP

Highlight: Die Bundesregierung gibt im laufenden Jahr eine Milliarde Euro für die Aufnahme von Asylbewerbern aus - doppelt so viel wie bislang geplant. Länder und Kommunen begrüßen das Entgegenkommen, fordern aber ein Vielfaches mehr.

Body

Der Bund stockt seine Hilfen für Länder und Kommunen zur Bewältigung der steigenden Flüchtlingszahlen auf und beteiligt sich vom kommenden Jahr an dauerhaft an den Kosten. Das vereinbarten Bundesregierung, Länder und Kommunen bei einem Spitzentreffen in Berlin.

Die "pauschale Hilfe" im laufenden Jahr soll auf eine Milliarde Euro verdoppelt werden. Ab 2016 werde sich der Bund "strukturell und dauerhaft an den gesamtstaatlichen Kosten" beteiligen, "die im Zusammenhang mit der Zahl der schutzbedürftigen Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen", hieß es weiter. Konkrete Entscheidungen dazu sollen im Herbst fallen.

Bisher stellt der Bund 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro bereit, um Länder und Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern zu entlasten. Der Betrag für 2016 würde demnach vorgezogen.

"Bund und Länder sind sich einig, dass sie zur Bewältigung der großen Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber in einer Verantwortungsgemeinschaft stehen", hieß es in der Erklärung des Innenministeriums nach den Beratungen im Kanzleramt

Was kostet ein Asylbewerber?

Die Länder fordern nach Angaben aus Verhandlungskreisen vom Bund mehr als fünf Milliarden Euro zur Entlastung bei den Unterbringungskosten. Pro Asylbewerber würden Kosten von etwa 12.500 Euro veranschlagt. Bei in diesem Jahr von den Ländern erwarteten 450.000 Asylbewerbern würde dies bei voller Übernahme der Kosten Zahlungen des Bundes von 5,6 Milliarden Euro bedeuten. An anderer Stelle war auch von 14.000 Euro je Asylbewerber die Rede.

Bund verdoppelt Soforthilfe für Flüchtlinge [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-verdoppelt-soforthilfe-auf-eine-milliarde-euro-a-1038426....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-verdoppelt-soforthilfe-auf-eine-milliarde-euro-a-1038426...)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ging zuletzt davon aus, dass bis Jahresende mehr als 400.000 Asylanträge gestellt würden. Das wären doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Eine Korrektur nach oben ist möglich.

Neben den strittigen Finanzhilfen wird auch angestrebt, die Asylverfahren zu verkürzen und die Integration in Ausbildung und Arbeit zu erleichtern. Einig seien sich Bund, Länder und Kommunen gewesen, "dass durch gemeinsame Anstrengungen klarer unterschieden werden muss zwischen denen, die Schutz brauchen, und denen, die keine Bleibeperspektive haben".

syd/dpa/AFP

Load-Date: June 15, 2015

End of Document

[Großbritannien geht gegen illegale Einwanderer vor;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/camérons-harscher-kampf-gegen-illegale-einwanderer-a-1035013.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/camérons-harscher-kampf-gegen-illegale-einwanderer-a-1035013.html)

SPIEGEL ONLINE

21. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 400 words

Byline: anr/AFP/dpa

Highlight: Großbritanniens Premier Cameron verspricht kurz nach seiner Wiederwahl schärfere Gesetze gegen illegale Einwanderer. Die Polizei demonstriert bereits Härte. Bei Razzien wurden zahlreiche Migranten festgenommen.

Body

Die britische Regierung will Migranten abschrecken - und gegen solche, die bereits ohne gültige Papiere im Land leben, hart vorgehen. Premierminister David Cameron kündigte Gesetzesverschärfungen an. Wer illegal nach Großbritannien komme und arbeite, dessen Lohn werde künftig beschlagnahmt, so der konservative Regierungschef. Vermieter sollen künftig noch strikter verpflichtet werden, die Einreisepapiere ihrer ausländischen Mieter zu prüfen. "Unkontrollierte Einwanderung kann unseren Arbeitsmarkt schädigen und zum Sinken von Löhnen führen", sagte er.

Die britische Polizei griff an diesem Mittwoch und Donnerstag hart durch - bei Razzien wurden zahlreiche Migranten festgenommen. Zum Beispiel stellten die Beamten zehn Menschen bei dem Versuch, im Kofferraum von Maserati-Sportwagen unbemerkt in das Land zu gelangen. Auf Polizeifotos waren die nagelneuen italienischen Luxusautos auf einem Lastwagen zu sehen, wobei im Kofferraum eines der Wagen Kleidung und Schuhe zu erkennen waren. Die neun Erwachsenen, die Medienberichten zufolge aus Vietnam stammen sollen, seien am Mittwoch wegen des Verdachts der illegalen Einwanderung festgenommen und ein Jugendlicher in Gewahrsam genommen worden.

Die Polizei fand die Menschen in Surrey im Süden des Landes. Über die Herkunft des Lastwagens wollten sie keine Angaben machen. Die festgenommenen Erwachsenen wurden den Angaben zufolge zum britischen Visa- und Immigrationszentrum in Dover gebracht, wo Menschen über Fährschiffe aus Frankreich häufiger die unbemerkte Einreise versuchen.

Einwanderung ist in Großbritannien ein derzeit viel und leidenschaftlich diskutiertes Thema. Im Jahr 2014 waren 318.000 mehr Einwanderer in das Land gekommen, als ausgereist sind. Dies ist der höchste Wert seit 2005. Im europäischen Vergleich ist Großbritannien allerdings nicht in besonderem Maße von Zuwanderung betroffen. In Deutschland lag die Netto-Zuwanderung im Jahr 2014 bei 430.000 Menschen. Die meisten der registrierten

Großbritannien geht gegen illegale Einwanderer vor <http://www.spiegel.de/politik/ausland/camerons-harscher-kampf-gegen-illegale-einwanderer-a-1035013.html>

Migranten in Großbritannien dürfte aus EU-Ländern stammen - denn 2014 stellten nur rund 31.000 Flüchtlinge erstmals einen Antrag auf Asyl - in Deutschland waren es rund 170.000 .

Die EU-Kommission will die Verteilung von Flüchtlingen in den europäischen Ländern nach einem Quotensystem gerechter verteilen - Großbritannien sperrt sich dagegen - denn es müsste deutlich mehr Menschen aufnehmen als bisher.

anr/AFP/dpa

Load-Date: June 15, 2015

End of Document

[CSU fordert Integrationspflicht;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-csu-fordert-
integrationspflicht-fuer-migranten-a-1069762.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-csu-fordert-integrationspflicht-fuer-migranten-a-1069762.html)

SPIEGEL ONLINE

28. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 539 words

Byline: kev/AFP/dpa

Highlight: Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen will die CSU nicht nur auf Freiwilligkeit setzen: Wer auf Dauer im Land leben möchte, soll sich zwingend integrieren. Sonst drohen Sanktionen. Proteste kommen nicht nur aus der Opposition.

Body

Länger bleibende Migranten sollen nach dem Willen der CSU zu Deutschkursen und einem Grundwertebekenntnis verpflichtet werden - sonst drohen notfalls Leistungskürzungen. "Wir müssen Integrationsbereitschaft einfordern", heißt es einem Papier für die Klausur der CSU-Landesgruppe im Bundestag Anfang Januar. Bei der Opposition, aber auch in der SPD stieß die Forderung auf Kritik. Die CDU von Kanzlerin Angela Merkel hat sich ebenfalls schon für die Einführung verbindlicher Integrationsvereinbarungen stark gemacht.

Besonders mit Blick auf Flüchtlinge und Asylbewerber heißt es in dem Entwurf der CSU, jeder müsse sich "individuell im Rahmen einer Integrationsvereinbarung zu unseren Werten, unserer Rechtsordnung und den Regeln eines friedlichen Zusammenlebens bekennen". Bestandteil müsse zudem sein, eine Pflicht "aller Kinder, Frauen und Männer", Sprach- und Integrationskurse anzunehmen. Diese Vereinbarungen sollen auch "die Grundlage für mögliche Leistungskürzungen im Falle des Nichtbefolgens sein", heißt es in der Beschlussvorlage, über die zuerst die "Süddeutsche Zeitung" berichtet hatte.

Auch die CDU hat sich für Integrationsvereinbarungen ausgesprochen, die Rechte und Pflichten des Staates und der Migranten festschreiben. "Wer sich dem dauerhaft verschließt, muss mit Nachteilen, zum Beispiel Leistungskürzungen, rechnen", hatte der CDU-Parteitag Mitte Dezember in Karlsruhe beschlossen. CDU-Vize Julia Klöckner sagte dem "Tagesspiegel" (Dienstag): "Integration ist nicht die Addition von Vielfalt und wertneutralem Multikulti, sondern muss von Anfang an angeboten und eingefordert werden." Zur Tagung der CSU-Landesgruppe Anfang Januar in Wildbad Kreuth wird auch CDU-Chefin Merkel erwartet.

Populismus-Vorwurf aus der Opposition

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt warf der CSU Populismus vor. "Natürlich müssen Menschen, die in Deutschland leben wollen, sich an unsere Werte von Toleranz, Freiheit und Demokratie halten", sagte sie dem

CSU fordert Integrationspflicht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-csu-fordert-integrationspflicht-fuer-migranten-a-1069762.html>

"Tagesspiegel". "Die Köpfe und Herzen der Geflohenen erreichen wir aber nicht mit einer Unterschrift auf einem Stück Papier und noch weniger mit Sanktionen". Linke-Fraktionsvize Jan Korte sagte: "Was soll eine Integrationspflicht eigentlich sein? Wie wird das überprüft? Bei wie vielen Integrationsverstößen muss man zum Idiotentest?" Die CSU solle sich lieber einreihen, Flüchtlingen bei der Integration zu helfen, statt weiter das Klima zu vergiften.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstag): "Sinnloser Aktionismus à la CSU löst die Probleme nicht." Wie jeder müssten sich auch Flüchtlinge an das Grundgesetz halten. Man brauche daher "keine Vereinbarung oder ein Gesetz, das feststellt, dass das Grundgesetz gilt". Trotz riesiger Nachfrage würden nicht genügend Integrationskurse angeboten. Zudem seien solche Kurse schon jetzt für Migranten Pflicht, die rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland lebten.

Die CSU macht sich in ihrem Papier daneben auch dafür stark, den Wohnungsbau zu stärken und schulische und berufliche Erfahrungen von Flüchtlingen früh abzufragen. Für Ehrenamtliche, die sich etwa als Trainer engagieren, solle es bürokratische Erleichterungen geben.

kev/AFP/dpa

Load-Date: December 29, 2015

End of Document

Die EU schiebt jetzt Flüchtlinge in die Türkei ab. Funktioniert das?

SPIEGEL ONLINE

04. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 259 words

Body

Dieser Beitrag wurde am 04.04.2016 auf bento.de veröffentlicht.

Am Montag hat der geplante Flüchtlingsaustausch zwischen der EU und der Türkei begonnen: Am Morgen wurden **rund 200 Menschen** von den griechischen Inseln Lesbos und Chios mit Booten zurück in die Türkei gebracht. Es sollen vor allem Migranten gewesen sein, die **keinen Asylantrag gestellt** haben. (Deutschlandfunk)

Im Gegenzug kamen **die ersten syrischen Flüchtlinge aus der Türkei in Deutschland an**: Je 16 Menschen landeten am Morgen und am Mittag auf dem Flughafen in Hannover, sie wurden anschließend mit Bussen ins **Erstaufnahmelaager Friedland bei Göttingen** gebracht. (Deutschlandfunk)

Damit wird das Mitte März **verabschiedete EU-Türkei-Abkommen** jetzt umgesetzt (bento). Ein wesentliches Ziel des Abkommens ist, Flüchtlinge davon abzuhalten, illegal nach Europa zu kommen. Das hat zumindest am ersten Tag nicht funktioniert: Innerhalb von 24 Stunden sind **339 neue Asylsuchende** von der Türkei aus nach Griechenland übersetzt, das teilte der griechische Stab für die Flüchtlingskrise mit. (SPIEGEL ONLINE)

Es zeigt sich also: Durch die Abschiebungen lässt sich die Zahl der Flüchtlinge in Griechenland **nicht auf Anhieb reduzieren**. Vielmehr handelt es sich um einen **symbolischen Akt** auch gerichtet an die Flüchtlinge in der Türkei, die diese Bilder abschrecken sollen. (SPIEGEL ONLINE)

Schon in den vergangenen Wochen hatte es **Kritik an dem Abkommen** gegeben. Heute **protestierten auf der griechischen Insel Chios Bewohner** gegen die Abschiebungen, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. (Deutschlandfunk)

Load-Date: September 29, 2020

[Flüchtlinge in Idomeni wehren sich gegen Räumung:
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingslager-in-idomeni-
griechenland-gelingt-raeumung-nicht-a-1091216.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingslager-in-idomeni-griechenland-gelingt-raeumung-nicht-a-1091216.html)

SPIEGEL ONLINE

07. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 659 words

Byline: Giorgos Christides

Highlight: 12:48:00 Die griechische Regierung will das Flüchtlingslager in Idomeni räumen und lockt mit Versprechen. Doch die Bewohner weigern sich zu gehen. Vor Zwang schreckt die Polizei zurück - noch.

Body

In der Theorie klingt es ganz einfach: "Idomeni wird geschlossen. Punkt", sagt Tzanetos Filippakos aus dem griechischen Innenministerium zu SPIEGEL ONLINE. In der Realität will kaum einer der mehr als 10.000 Flüchtlinge in den verwahrlosten Camps an der griechisch-mazedonischen Grenze seinen Platz räumen.

Die griechische Regierung beharrt darauf, dass die Zeltstadt bis Ende Mai geräumt sein wird. Am Freitag startete sie ihren bislang am besten organisierten Versuch: Beamte zogen von Zelt zu Zelt, um die Flüchtlinge vom Umzug in Ersatzunterkünfte zu überzeugen.

Der Erfolg war minimal: Nicht einmal fünfzig Menschen folgten der Aufforderung. Sie füllten nicht mal einen einzigen Bus.

Die griechischen Beamten geben noch nicht auf: "Wir versuchen es morgen wieder. Hoffentlich mit mehr Erfolg", sagt einer. Für die Flüchtlinge, sagt er, könnte es die letzte Chance sein, den Slum an der Grenze zu verlassen.

Die Regierung will den Einsatz von Gewalt verhindern - aus gutem Grund. "Um so viele Menschen zu evakuieren, bräuchten wir eine kleine Armee. Gewaltsame Zusammenstöße wären garantiert", sagt ein Beamter. Aber was ist die Alternative?

Beamte leisten Überzeugungsarbeit - Zelt für Zelt

Auch Innenministeriumsvertreter Filippakos bleibt im Ungefähren, als er bei seinem Besuch in Idomeni nach den nötigen Maßnahmen für eine Räumung gefragt wird. "In Griechenland herrschen Gesetze. Flüchtlinge müssen sich daran halten", war seine kryptische Antwort.

Flüchtlinge in Idomeni wehren sich gegen Räumung <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingslager-in-idomeni-griechenland-gelingt-raeumung-nicht-a-109121....>

So bleiben fürs Erste nur Überzeugungsversuche: In Jeans und T-Shirt zieht ein Beamter des Migrationsministeriums am Freitag von Zelt zu Zelt, begleitet von zwei Übersetzern von Hilfsorganisationen und einem Polizisten in Zivilkleidung, um "die Leute nicht zu erschrecken".

Der Beamte hat einen Stapel Broschüren in Arabisch und Farsi in der Hand und wiederholt die immer gleichen Argumente: "Die Grenze wird nicht mehr geöffnet. Idomeni wird demnächst geschlossen. Sie müssen in die Ersatzunterkünfte umziehen", sagt er. "Es ist zu Ihrem Besten. Dort gibt es Essen, Wasser, Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Sie können Asyl beantragen."

Dann fleht der Beamte die Flüchtlinge geradezu an, Griechenlands angeschlagener Volkswirtschaft weitere Belastungen zu ersparen. "Wir wollen Ihnen helfen. Aber Sie müssen uns auch helfen. Wenn Sie hier bleiben, laden Sie unserer Wirtschaft weitere Belastungen auf." Das Flüchtlingslager blockiert eine wichtige Bahnstrecke, die Griechenland mit seinen europäischen Märkten verbindet, was zu Millionenschäden führt.

Asylverfahren "vielleicht in einem Monat"

Viele Flüchtlinge hörten genau zu, folgten der Aufforderung aber nicht. Oft glauben sie Gerüchten, die im Lager kursieren. "Ihr wollt uns in den Lagern einsperren", sagt einer. "Wir haben gehört, dass Serbien die Grenze geöffnet hat" oder "Deutschland nimmt angeblich Tausende direkt aus Idomeni".

Andere fürchten um das Wenige, das sie sich in Idomeni aufgebaut haben. Es gibt dort Straßenhändler, Läden, Friseure, eine Bäckerei und eine Cafeteria. "Ich bin Raucher", sagt ein Syrer, als der griechische Beamte bei ihm vorbeikommt. "Wenn ich ins neue Lager ziehe, woher bekomme ich Zigaretten?"

Doch auch das Versagen Griechenlands und Europas, die Flüchtlingskrise zu managen, verunsichert die Bewohner in Idomeni. Das Versprechen schneller Asylverfahren, mit dem der Beamte lockt, ist leer. Mehrere Beamte bestätigen SPIEGEL ONLINE, dass Asylverfahren nicht unmittelbar aufgenommen werden können, aus Personalmangel. "Vielleicht in einem Monat", sagt einer.

Die Migranten in Idomeni wissen das, sie stehen in Kontakt mit Bewohnern der neuen Lager. In Idomeni wännen sie sich zumindest näher an Deutschland, wo die Verwandten vieler Flüchtlinge bereits leben. "Vielleicht habt ihr recht, und die neuen Lager sind wundervoll", sagt eine Syrerin zu den Beamten. "Aber selbst das Paradies ist die Hölle, wenn deine Angehörigen nicht da sind."

Übersetzung aus dem Englischen: Alexander Demling

Load-Date: May 7, 2016

Flüchtlingsamt lässt Überstunden anordnen;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsamt-kuendigt-ueberstunden-an-a-1073582.html>

SPIEGEL ONLINE

24. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 334 words

Byline: brt/Reuters/dpa

Highlight: Dienst nach Vorschrift ist nicht mehr. Nach lauter Kritik hat das Bundesamt für **Flüchtlinge** eine neue Gangart angekündigt: Künftig sollen die Mitarbeiter auch am Wochenende ran.

Body

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) lässt seine Mitarbeiter künftig länger arbeiten. Die Behörde reagiert damit auf die Kritik am Tempo bei der Bearbeitung von **Asylanträgen**. "Die Referatsleiter können im Bedarfsfall die Mehrarbeit anordnen", sagte ein Sprecher der Behörde in Nürnberg und bestätigte damit Informationen des Bayerischen Rundfunks.

Bis zu 40 Stunden pro Monat müssen die Mitarbeiter gegebenenfalls künftig mehr arbeiten - und dafür auch an Samstagen zur Arbeit kommen. Dafür erhalten sie keinen Freizeitausgleich, sondern eine finanzielle Vergütung.

Die Behörde und ihr Chef Frank-Jürgen Weise waren vor allem von den Bundesländern scharf kritisiert worden. Diese forderten flexiblere Arbeitsmodelle und Überstunden. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer etwa hatte kritisiert, "Dienst von Montag bis Freitag" gehe in diesen Zeiten nicht mehr.

Der Bamf-Sprecher teilte mit, die Anordnung der Hausleitung sei aufgrund der hohen Zugänge von Asylsuchenden und der aktuellen Arbeitssituation im Bundesamt notwendig. Er verwies darauf, dass die Asyl-Abteilung in der Vergangenheit bereits ausgebaut worden sei. Im vergangenen Jahr etwa seien 20 neue Außenstellen, vier Entscheidungszentren und ein Zustellungszentrum eröffnet worden.

Anträge sollen schneller bearbeitet werden

"Ziel ist vor allem eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen", hieß es weiter. Die am Donnerstag bekanntgegebene Anordnung sei Teil einer Strukturreform, mit der der operative Asylbereich gestärkt werden soll. Dem BR zufolge werden dafür neue Abteilungen, Referate und Gruppen gebildet. Zudem sollen zahlreiche zusätzliche Führungspositionen geschaffen werden. Wann die neue Organisationsstruktur in Kraft tritt, ist laut Bamf noch offen.

Flüchtlingsamt lässt Überstunden anordnen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsamt-kuendigt-ueberstunden-an-a-1073582.html>

Im vergangenen Jahr wurden fast 477.000 Asylanträge eingereicht - 135 Prozent mehr als 2014. Rund 365.000 Anträge waren zum Jahresende unbearbeitet. Das Bamf soll daher deutlich mehr Mitarbeiter erhalten.

brt/Reuters/dpa

Load-Date: January 24, 2016

End of Document

**[Bund will 2000 zusätzliche Bearbeiter für Asylanträge einstellen;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylantraege-bundesregierung-will-2000-neue-bearbeiter-einstellen-a-1032915.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylantraege-bundesregierung-will-2000-neue-bearbeiter-einstellen-a-1032915.html)**

SPIEGEL ONLINE

08. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 295 words

Highlight: Die Bundesregierung reagiert auf die steigende Zahl von **Flüchtlingen**. Für die **Asylanträge** wird neues Personal eingestellt, das zuständige Bundesamt soll von 2800 auf 4800 Mitarbeiter wachsen.

Body

Die Bundesregierung stockt das Personal zur Bearbeitung von **Asylanträgen** deutlich auf. Um die wachsende Zahl von **Flüchtlingen** bewältigen zu können, seien 2000 zusätzliche Stellen vorgesehen, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach einem Spitzentreffen zur **Flüchtlingspolitik** im Kanzleramt. Die rund 200.000 Altfälle an **Asylanträgen** sollten bevorzugt entschieden werden, so der CDU-Politiker.

Für die Bearbeitung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Die Behörde hat derzeit 2800 Mitarbeiter. De Maizière sagte, die neuen Stellen seien mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) besprochen. 750 zusätzliche Stellen sollten noch in diesem Jahr besetzt werden.

Die Asylbewerberzahlen gehen seit Langem nach oben. Bis zum Jahresende werden rund 450.000 Asylanträge erwartet - so viel wie nie zuvor in Deutschland.

Bis zum 18. Juni wollen sich Bund und Länder auf ein Gesamtpaket zur Flüchtlingspolitik einigen. Das kündigte Kanzlerin Angela Merkel nach dem Gipfel an. Es gehe um eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen.

Entscheidungen sollten in der Ministerpräsidentenkonferenz getroffen werden. Es müssten aber noch eine Reihe von Einzelfragen geklärt werden. Vertreter von Bund und Länder hatten darüber beraten, wie die Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden sollen. SPD und Länder hatten gefordert, dass der Bund Ländern und Kommunen erheblich mehr als die bisherigen 500 Millionen Euro im Jahr zahlt.

Die deutsche Marine beteiligt sich seit dieser Woche auch an der Seenotrettung im Mittelmeer. Am Freitagmittag habe die Fregatte "Hessen" mit der Evakuierung eines Holzbootes begonnen, auf dem sich rund 200 Menschen befinden sollen.

fab/AFP/dpa

Bund will 2000 zusätzliche Bearbeiter für Asylanträge einstellen
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylantraege-bundesregierung-will-2000-neue-bearbeite....>

Load-Date: May 11, 2015

End of Document

[Lange Asylverfahren blockieren Arbeitssuche;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-lange-wartezeiten-
verhindern-arbeitssuche-a-1035493.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-lange-wartezeiten-verhindern-arbeitssuche-a-1035493.html)

SPIEGEL ONLINE

26. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 355 words

Byline: jok/dpa

Highlight: Bis zu 18 Monate müssen manche Asylbewerber auf die Anerkennung ihres Antrags in Deutschland warten. In dieser Zeit bleibt ihnen der Zugang zum Jobmarkt laut einer Studie praktisch verwehrt - weil Arbeitgeber das Risiko scheuen.

Body

Die lange Ungewissheit beim Asylverfahren verhindert die schnelle Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Das ist das Ergebnis einer Studie der Bertelsmann-Stiftung. Zwar habe die Bundesregierung die Residenzpflicht und das Arbeitsverbot für Asylbewerber auf drei Monate verkürzt. Während der Wartezeit auf die Bewilligung aber bleibe der Weg in den Job versperrt, Arbeitgebern sei die Unsicherheit zu hoch.

Im Schnitt dauert das Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 7,1 Monate. Eritreer mit einer hohen Quote bei der Anerkennung aber warten schon im dritten Quartal 2014 im Durchschnitt 10,1 Monate, Afghanen 16,5 Monate und Menschen aus Pakistan sogar 17,6 Monate.

Dabei befürworteten laut der Studie 84 Prozent der Deutschen eine schnellere Aufnahme von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt. Bei derselben von TNS Emnid erstellten Umfrage äußerten 40 Prozent der Befragten allerdings die Meinung, dass Deutschland bereits jetzt an seine Belastungsgrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen stoße. Nach Informationen des SPIEGEL bewilligte die Bundesrepublik von Januar bis März 2015 jeden zweiten Asylantrag (mehr dazu lesen Sie hier im neuen SPIEGEL).

Die Studie empfiehlt der Politik zahlreiche Maßnahmen, um die Integration zu beschleunigen. Mit Vorrang müsse der Bearbeitungsstau bei den Asylverfahren abgeschafft werden.

Größere Eile, bessere Entscheidungen

Jörg Dräger aus dem Vorstand der Bertelsmann-Stiftung begrüßte zwar die Ankündigung, dass das zuständige Bundesamt 2000 zusätzliche Stellen bekomme. Neben dem Tempo müsse aber auch die Qualität der Entscheidungen verbessert werden, so seine Forderung. 13 Prozent der Asylbescheide würden von Gerichten korrigiert.

Lange Asylverfahren blockieren Arbeitssuche <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-lange-wartezeiten-verhindern-arbeitssuche-a-1035493.html>

Bereits während der Wartezeit sollten die Asylbewerber Deutsch lernen können, laut Studie ist das aber bislang nur in fünf Bundesländern möglich. Zusätzlich sollten Ausbildungsstand, Arbeitserfahrung und Berufsperspektiven erfasst und an die Bundesanstalt für Arbeit weitergereicht werden. So könne, so die Studie, spätestens nach drei Monaten die aktive Arbeitsvermittlung starten.

jok/dpa

Load-Date: June 15, 2015

End of Document

Integrationsbeauftragte rügt Integrationsgesetz ihrer Regierung

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 393 words

Byline: anr/dpa/AFP

Highlight: Die Integrationsbeauftragte hält Teile des geplanten Integrationsgesetzes für kontraproduktiv. Man dürfe nicht Fehler der Vergangenheit wiederholen, warnte Özoguz.

Body

Vor der Verabschiedung des Integrationsgesetzes im Bundestag hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), vorgesehene Regelungen kritisiert. Das Gesetz drohe **Migranten** von Integration auszuschließen, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

In dem Gesetzentwurf fehle die genaue Definition eines Kernbegriffs - nämlich der "guten Bleibeperspektive", die "mittlerweile das entscheidende Kriterium beim Zugang zu Sprachkursen und Leistungen zur Ausbildungsförderung" sei, bemängelte die SPD-Politikerin.

Der Entwurf sei unpräzise und nehme zu wenig Rücksicht auf die Einzelfälle, kritisierte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Es reiche nicht, bei der Bewilligung von Integrationskursen ausschließlich auf die Schutzquote von mindestens 50 Prozent bei Asylanträgen aus einem bestimmten Herkunftsstaat zu schauen. An einem Integrationskurs dürfen nämlich nur Flüchtlinge aus Ländern teilnehmen, aus denen die Mehrheit der Asylsuchenden von den deutschen Behörden als schutzberechtigt anerkannt wird.

Zusätzlich müsse die "individuelle Perspektive eines Menschen" beachtet werden, forderte Özoguz. "Wie lange dauert schon das Asylverfahren? Was hat er oder sie bereits an Integrationsleistungen vollbracht, etwa in der Schule oder bei der Ausbildung?" Özoguz warnte: "Wir dürfen hier nicht sehenden Auges die Fehler der Vergangenheit wiederholen und Menschen von Integration ausschließen."

Özoguz forderte außerdem ein bundesweites Angebot an Orientierungskursen für alle Asylbewerber - unabhängig vom Herkunftsland und dem Status ihres Asylverfahrens.

Der Bundestag will das Gesetzespaket an diesem Donnerstag beschließen. Es sieht eine verbesserte Förderung für Flüchtlinge vor, insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Enthalten sind aber auch zahlreiche Verschärfungen, etwa Leistungskürzungen bei einer Verweigerung von Integrationsangeboten. Besonders umstritten ist die sogenannte Wohnsitzzuweisung: Hier ist geplant, dass der Staat anerkannten Flüchtlingen künftig unter bestimmten Bedingungen für drei Jahre den Wohnort vorschreiben kann.

Integrationsbeauftragte rügt Integrationsgesetz ihrer Regierung

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl erneuerte ihre Kritik an dem Gesetz. "Die geplanten Sanktionen verstoßen gegen die Menschenwürde", sagte ihr Geschäftsführer Günter Burkhardt der "Heilbronner Stimme". Das Gesetz werde die Integration künftig erschweren.

anr/dpa/AFP

Load-Date: July 7, 2016

End of Document

[Hunderte Flüchtlinge verlassen Idomeni;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-hunderte-fluechtlinge-
verlassen-lager-an-grenze-a-1081752.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-hunderte-fluechtlinge-verlassen-lager-an-grenze-a-1081752.html)

SPIEGEL ONLINE

11. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 365 words

Byline: brk/dpa

Highlight: 09:43:00 Die Bedingungen in Idomeni sind für die Flüchtlinge kaum zu ertragen. Vor allem Familien verlassen nun offenbar das Camp - doch noch immer harren mindestens 12.500 Menschen im Schlamm aus.

Body

Die Grenze zu Mazedonien ist dicht, das Camp steht unter Wasser: Die Lage der Flüchtlinge im griechischen Idomeni ist derzeit aussichtslos. Nun verlassen offenbar nach und nach mehr Menschen das Lager. Seit Donnerstagmittag sollen übereinstimmenden Berichten von Reportern zufolge insgesamt 800 Flüchtlinge aufgebrochen sein, darunter viele Familien.

Noch immer hoffen die meisten Menschen im Lager jedoch, dass sie in den kommenden Tagen ihre Flucht nach Westeuropa fortsetzen können. Am Freitagmorgen sollen noch mehr als 12.500 Flüchtlinge in Idomeni gewesen sein. Derzeit lässt Mazedonien jedoch nur Menschen mit gültigen Reisedokumenten und Visa die Grenze passieren.

Die Regierung in Athen plant Informationen der Nachrichtenagentur dpa zufolge vorerst nicht, das Aufnahmелager in Idomeni gewaltsam zu räumen. Die Migranten werden in ihren Landessprachen informiert, dass die Westbalkanroute nun endgültig geschlossen ist. Den Menschen wird geraten, in organisierte Aufnahmелager südlich der Grenze sowie im Raum Athen zu fahren.

Grüne fordern legale Zuwanderungswege

Die Sicherheitsbehörden rechnen nach dpa-Informationen damit, dass auf diese Weise eine große Zahl von Asylsuchenden freiwillig Idomeni verlassen werde. Sollte dann noch ein "harter Kern" von Migranten bleiben, solle dieser ohne Gewaltanwendung aus Idomeni weggebracht werden.

Angesichts der vielen in Griechenland festsitzenden Flüchtlinge fordern die Grünen bessere legale Zuwanderungswege in die EU. In einem Telefongespräch mit dem Deutschlandfunk aus Griechenland berichtete die Grünen-Vorsitzende Simone Peter von der Situation in Idomeni. Wie mit den Flüchtlingen umgegangen werde, "dafür sind alle europäischen Länder verantwortlich", sagte Peter.

Hunderte Flüchtlinge verlassen Idomeni <http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-hunderte-fluechtlinge-verlassen-lager-an-grenze-a-1081752.html>

Es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Menschen in Idomeni weiterziehen könnten, so die Parteivorsitzende. Die Flüchtlinge weiter zurückzuhalten, sei der falsche Ansatz. Peter hält es für falsch, die Flüchtlinge einfach zurück in die Türkei zu bringen. Als "sicheren Drittstaat" könne man das Land wegen der Menschenrechts- und Rechtsstaatsmängel nicht einstufen.

Im Video: Die katastrophalen Zustände in Idomeni

brk/dpa

Load-Date: March 11, 2016

End of Document

[Heute im Heim, morgen Kunde;
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-als-konsumenten-
unternehmen-hoffen-auf-neue-kunden-a-1057394.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-als-konsumenten-unternehmen-hoffen-auf-neue-kunden-a-1057394.html)

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 626 words

Byline: Alexander Sarovic

Highlight: Die vielen **Flüchtlinge** sind eine Chance für die deutsche Wirtschaft, sagen Ökonomen. Unternehmen hoffen nicht nur auf neue Arbeitskräfte, sondern auch auf neue Kunden - dafür müssen die Neuankömmlinge aber erst mal Geld verdienen.

Body

Millionen Syrer haben ihr Zuhause schon verloren, als ein Teehersteller aus Sri Lanka bei Burhan Gözüakca anruft. Die Produkte des Unternehmens waren vor dem Bürgerkrieg in Syrien beliebt. Jetzt aber ist das Unternehmen auf die Hilfe des Berliner Werbers angewiesen.

"Ihnen war ein ganzer Markt weggebrochen und hatte sich nach Deutschland verlagert", sagt Gözüakca. "Sie fragten: Wie können wir die Leute in Deutschland erreichen?" Der Werber hat geholfen: Ab Januar 2016 sind die Tee-Produkte in Deutschland auf dem Markt.

Wenn sich die Konsumgewohnheiten von Migranten ändern, gehört Gözüakca zu den ersten, die das merken. Seit 1998 ist er im "Ethno-Marketing"-Geschäft, seine Agentur Beys entwirft Werbung, die auf Migranten zugeschnitten ist.

Gözüakca rechnet damit, dass in Zukunft auch andere im arabischen Raum beliebte Markenhersteller Flüchtlinge in Deutschland ansprechen wollen. Seine Agentur berät auch den amerikanischen Bargeldtransfer-Anbieter Western Union. Laut Weltbank werden Flüchtlinge und Migranten in diesem Jahr 440 Millionen Dollar in ihre Herkunftsländer überweisen.

Während der Flucht sind Migranten vor allem auf zwei Dinge angewiesen: Strom und Mobiltelefone. Haben sie sich erst einmal im Zielland niedergelassen, werden sie auch für den Lebensmittelhandel interessant. Burhan Gözüakca sieht hier vor allem die türkischen und arabischen Supermärkte im Vorteil, die schon jetzt einen gefestigten Stamm von Kunden aus den Herkunftsländern der Flüchtlinge haben. "Sie stellen sich auf solche Veränderungen schneller ein, als es der restliche Einzelhandel könnte."

Arabische Schriftzüge im Laden

Heute im Heim, morgen Kunde <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-als-konsumenten-unternehmen-hoffen-auf-neue-kunden-a-1057394.html>

Önder Irgi von der Eurogida-Gruppe kann das bestätigen. 14 Supermärkte betreibt das Familienunternehmen in Berlin. "Wir sehen die Flüchtlinge schon jetzt als Kunden", sagt Irgi. In einigen seiner Geschäfte habe das Unternehmen bereits arabisch sprechende Mitarbeiter eingestellt und Schilder mit arabischen Schriftzügen aufgestellt. Das Sortiment will Irgi nicht ändern. Eurogida habe schon jetzt viele arabische Kunden und kenne deren Konsumgewohnheiten.

Wie attraktiv Flüchtlinge als Konsumenten für die deutsche Wirtschaft sein werden, hängt davon ab, wie schnell und wie gut es gelingt, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Im gemeinsamen Herbstgutachten der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute heißt es zwar schon jetzt: "Auch durch die Zuwanderung stellt sich eine erhöhte Konsumnachfrage ein."

Grund dafür sei derzeit jedoch, dass die Flüchtlinge das Geld ausgeben, das sie vom Staat bekommen, sagt Roland Döhrn vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, einer der Autoren des Herbstgutachtens. "Längerfristig hängt alles davon ab, wie viel die Flüchtlinge zur Produktion beitragen. Wenn sie die nächsten Jahre in den Unterkünften bleiben, wird das keine positiven Nachfrageeffekte haben", sagt er. "Wenn sie aber ihr eigenes Geld verdienen, dann können sie auch als Konsumenten die Binnennachfrage stärken."

Die Institute gehen von 900.000 Asylsuchenden in diesem Jahr und von 600.000 im Jahr 2016 aus. "Die Wirtschaftskraft des Landes reicht aus, um mit den Herausforderungen der Flüchtlingsmigration fertig zu werden", sagte Oliver Holtemöller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle. "Es gibt genügend offene Stellen", sagt auch Döhrn. "Wir beobachten seit einiger Zeit, dass die Arbeitslosenzahl stagniert, die Zahl der offenen Stellen aber steigt."

Önder Irgi erlebt, wovon der Ökonom spricht. "Wir finden keine Arbeitskräfte", sagt der Geschäftsführer von Eurogida. Von der Flüchtlingsmigration verspricht er sich nicht nur neue Kunden, sondern auch Mitarbeiter. "Einen Flüchtling, der motiviert ist und Deutsch lernt, stelle ich sofort ein."

Load-Date: October 16, 2015

[EU lässt Schlepper jetzt ausspähen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-billigt-einsatz-gegen-
schleuser-vor-libyen-a-1040063.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-billigt-einsatz-gegen-schleuser-vor-libyen-a-1040063.html)

SPIEGEL ONLINE

22. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 451 words

Byline: mxw/dpa

Highlight: Die Mission ist umstritten, nun aber beschlossen: Die Außenminister der Europäischen Union haben die erste Phase des Militäreinsatzes gegen Schleuser vor der libyschen Küste genehmigt. Es geht um Informationsbeschaffung - vorerst.

Body

Der umstrittene EU-Militäreinsatz gegen Flüchtlingsschleuser im Mittelmeer kann beginnen. Die EU-Außenminister haben in Luxemburg die erste Phase der Operation beschlossen, die den Einsatz von Schiffen, Flugzeugen und Drohnen vorsieht, um Informationen über den Schmuggel von Flüchtlingen zu sammeln. Danach sollen in zwei weiteren Phasen die Schiffe beschlagnahmt und zerstört werden.

Mit dem Einsatz will die Europäische Union Banden bekämpfen, die Migranten von Libyen aus auf den lebensgefährlichen Seeweg in Richtung Europa schicken. Über das nordafrikanische Bürgerkriegsland werden Schätzungen zufolge 80 Prozent des illegalen Menschenschmuggels über das Mittelmeer abgewickelt. Die EU betonte zum Start des Einsatzes, dass Flüchtlinge in Seenot auch weiterhin gerettet würden.

Deutschland wird sich an dem Aufklärungseinsatz nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa mit der Fregatte "Schleswig-Holstein" und dem Tender "Werra" beteiligen. Beide Schiffe sind derzeit bereits für die Seenotrettung in der Nähe der libyschen Hoheitsgewässer unterwegs.

Auf Bootsfahrten von Libyen in Richtung Europa sterben jedes Jahr Tausende Migranten. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres sollen nahezu 1800 Flüchtlinge ums Leben gekommen sein. Die meisten Asylbewerber kommen in Italien an, das den Ansturm kaum noch bewältigen kann.

Unklar ist derzeit noch, ob in absehbarer Zeit auch die weiteren Phasen des Militäreinsatzes gestartet werden. Für die Anwendung von Gewalt wird zumindest in libyschen Hoheitsgewässern eine Resolution des Unosicherheitsrates beziehungsweise die Zustimmung libyscher Behörden für notwendig gehalten. Im Unosicherheitsrat gilt Russland jedoch als eine bremsende Kraft, eine Zustimmung der libyschen Behörden ist ebenfalls nicht absehbar.

EU lässt Schlepper jetzt ausspähen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-billigt-einsatz-gegen-schleuser-vor-libyen-a-1040063.html>

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte zuletzt im SPIEGEL die Flüchtlingspolitik der EU-Staats- und Regierungschefs scharf kritisiert : "Es reicht nicht, abends vor den Fernsehschirmen zu weinen, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken, und am nächsten Morgen im Rat eine Gedenkminute abzuhalten", sagte Juncker. Die EU-Kommission werde an den Plänen für eine verpflichtende Quote zur Verteilung von Flüchtlingen festhalten.

Kritik kam auch von Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel, der im Juli die halbjährliche EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Die anfangs demonstrierte Solidarität nach der Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer sei "in den letzten Wochen schnell verpufft", bemängelt Bettel. "Wenn der Ratspräsident mit dem Taschenrechner ausrechnen muss, ob überhaupt eine Mehrheit für Solidarität mit den Flüchtlingen zusammenkommt, dann schäme ich mich."

mxw/dpa

Load-Date: June 23, 2015

End of Document

Zahl der Asylbewerber aus der Türkei steigt deutlich

SPIEGEL ONLINE

18. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 310 words

Byline: Anna-Lena Roth

Highlight: Offenbar fliehen immer mehr Türken aus ihrer Heimat und beantragen in Deutschland Asyl. Einem Medienbericht zufolge haben sich die Zahlen seit dem gescheiterten Putsch im Juli noch einmal erhöht.

Body

In Deutschland hat sich die Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei einem Medienbericht zufolge deutlich erhöht: Von Januar bis Oktober hätten 4437 Menschen aus der Türkei einen entsprechenden Antrag gestellt, berichteten die Zeitungen der Funke Mediengruppe. Sie berufen sich dabei auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf).

Im gesamten Jahr 2015 waren es nur 1767 Menschen, 2014 lag die Zahl bei 1806 Menschen.

Besonders in den vergangenen Wochen habe das System zur Erstverteilung der Asylsuchenden eine stetige Zunahme registriert, heißt es in dem Bericht. Während in der ersten Jahreshälfte pro Monat nur rund 350 Flüchtlinge aus der Türkei registriert worden seien, waren es im August bereits 375 gewesen, im September 446 und im Oktober dann 485.

Mitte Juli hatten Teile des türkischen Militärs versucht, die Macht im Land zu übernehmen. Der Putsch scheiterte, seitdem geht Präsident Recep Tayyip Erdogan mit aller Härte gegen all jene vor, die er als Feinde betrachtet. Erst vor wenigen Tagen war bekannt geworden, dass mehrere türkische Soldaten und ihre Familien aus dem Nato-Hauptquartier in Ramstein politisches Asyl in Deutschland beantragt haben.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer, erwartet eigenen Angaben zufolge, dass auch künftig mehr Menschen aus der Türkei in Deutschland Asyl beantragen: "Wir müssen damit rechnen, dass die Zahl der Türken, die in Deutschland politisches Asyl suchen, noch weiter steigen wird", sagte der CSU-Politiker den Funke-Zeitungen.

"Wir lösen die Probleme in der Türkei aber nicht dadurch, dass wir alle regimekritischen Bürger einladen, bei uns Asyl zu beantragen", sagte Mayer. Diesen Gefallen dürfe Deutschland dem türkischen Präsidenten Erdogan nicht tun. "Denn genau das will er doch: dass die Opposition verschwindet."

aar/AFP/Reuters

Zahl der Asylbewerber aus der Türkei steigt deutlich

Load-Date: November 18, 2016

End of Document

**[Quote bewilligter Asylanträge steigt:
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-immer-mehr-
asylbewerber-werden-erkannt-a-1081199.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-immer-mehr-asylbewerber-werden-erkannt-a-1081199.html)**

SPIEGEL ONLINE

08. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 432 words

Byline: anr

Highlight: 12:40:00 Die Zahl der in Deutschland ankommenden **Flüchtlinge** sinkt. Gleichzeitig steigen die Chancen für Antragsteller, **Asyl** zu bekommen.

Body

Die Grenzschießungen und Barrieren auf der Balkanroute drücken die Zahl der in Deutschland ankommenden **Flüchtlinge** nach unten: Im Februar 2016 registrierten die deutschen Behörden nach Angaben des Innenministeriums 61.428 **Asylsuchende** im sogenannte Easy-System. Im Januar waren es noch mehr als 91.000, im Dezember 2015 wurden mehr als 127.000 Zugänge von **Asylsuchenden** registriert.

Zwar können bei der Easy-Zahl Fehl- und Doppelerfassungen nicht ausgeschlossen werden - aber die Tendenz scheint klar: Es kommen weniger Asylsuchende hierzulande an.

Die Flüchtlinge stammen vor allem aus Syrien und dem Irak. Im Februar kamen mehr als die Hälfte aller Ankommenden aus den beiden Ländern. Drittgrößte Gruppe machten die Afghanen aus. Asylsuchende aus den Westbalkanländern oder dem Maghreb, um die sich die politische Debatte in den vergangenen Monaten und Wochen oft drehte, tauchen unter den Top-Fünf-Nationalitäten der Easy-Registrierungen gar nicht mehr auf.

Das führt dazu, dass immer mehr Asylanträge positiv entschieden werden. Im Februar bekamen 65 Prozent aller Antragsteller, deren Fall abgeschlossen wurde, Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention zuerkannt. Zum Vergleich: Auf das gesamte Jahr 2015 gerechnet lag die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus allen Herkunftsländern deutlich niedriger - bei knapp 50 Prozent.

Nur 23 Prozent der Asylanträge wurden im vergangenen Monat abgelehnt. Den eingeschränkten, sogenannten subsidiären Schutzstatus bekamen nur 0,5 Prozent zugesprochen. Über diese Gruppe hatte die Politik über Monate heftig gestritten, das Asylpaket II sieht nun vor, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ausgesetzt werden soll. Die aktuellen Zahlen zeigen: Nur eine verschwindend geringe Zahl wäre betroffen.

Einen Asylantrag stellen konnten in Deutschland im Februar 2016 rund 67.800 Menschen. Entschieden worden seien im vergangenen Monat 51.500 Asylanträge, teilte das Bundesinnenministerium mit.

Quote bewilligter Asylanträge steigt <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-immer-mehr-asylbewerber-werden-erkannt-a-1081199.html>

Minister Thomas de Maizière betonte, dass die Zahl der Entscheidungen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) treffen konnte, insgesamt gestiegen sei. Im Januar und Februar seien mehr als 100.000 Anträge entschieden worden - mehr als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres zusammen.

Trotzdem ist der Berg der unbearbeiteten Anträge noch größer geworden: Ende Februar stapelten sich beim Bamf rund 393.000 unerledigte Fälle, Ende Januar waren es knapp 372.000, Behördenchef Weise hatte kürzlich davor gewarnt, dass der Antragsstau noch größer werden könnte - trotz Tausender neuer Mitarbeiter.

anr

Load-Date: March 8, 2016

End of Document

Bayern meldet 1,1 Millionen Flüchtlinge;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-millionen-marke-ueberschritten-a-1070050.html>

SPIEGEL ONLINE

30. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 499 words

Byline: ler/dpa

Highlight: Fast 1,1 Millionen **Flüchtlinge** sollen in diesem Jahr in Deutschland angekommen sein, meldet das bayerische Sozialministerium. Ministerin Müller wirbt erneut für eine Begrenzung der Zuwanderung.

Body

Einen Tag vor dem Ende des Jahres hat sich die bayerische Staatsregierung mit einer aktuellen Zahl zur **Flüchtlingskrise** geäußert. In Deutschland sind 2015 demnach fast 1,1 Millionen **Flüchtlinge** angekommen. Der Großteil sei über Bayern eingereist, teilte Sozialministerin Emilia Müller am Mittwoch in München mit. Sie berief sich dabei auf das Erstaufnahmesystem "Easy" ("Erstverteilung von **Asylbegehrenden**").

Unter Fachleuten ist umstritten, wie genau das "Easy"-System die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland widerspiegelt. Manche Experten gehen davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen höher sind. Als Grund geben sie an, dass es wegen der Überlastung der Behörden inzwischen Wochen dauern könne, bis ein Flüchtling registriert wird. Andere glauben, dass die Zahlen niedriger sind, da Mehrfachregistrierungen ebenfalls vorkommen.

Rund 160.000 Flüchtlinge blieben Müller zufolge in Bayern, die anderen wurden nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel auf alle anderen Bundesländer verteilt. Müller bekräftigte: "Wir brauchen nun dringender denn je eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung, denn Deutschland kann diese Zugänge nicht dauerhaft schultern."

Der Wille vieler Migranten, Europa zu erreichen, ist ungebrochen. Binnen einer Woche seien fast 30.000 weitere Menschen übers Mittelmeer in Griechenland oder Italien angekommen, so das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Meteorologen warnen vor Wetterumschwung in der Ägäis

Damit seien in diesem Jahr mehr als eine Million Menschen über die Mittelmeerroute geflüchtet. 848.000 kamen in Griechenland an, 153.000 Flüchtlinge landeten in Italien. 3735 Menschen seien bei der Überfahrt gestorben oder würden vermisst. Damit nahmen mehr als viermal so viele Menschen wie 2014 die Reise über das Mittelmeer auf sich. Fast die Hälfte der Menschen kam laut Uno aus Syrien, jeder Fünfte stammte aus Afghanistan, acht Prozent flohen aus dem Irak.

Bayern meldet 1,1 Millionen Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-deutschland-millionen-marke-ueberschritten-a-1070050.html>

Das Wetteramt warnte am Mittwoch, dass eine schlagartige Wetterverschlechterung mit starken Winden und eisigen Temperaturen in der Ägäis bevorstehe. Die Überfahrt werde dann äußerst gefährlich.

Die große Mehrheit der Migranten strebt von Griechenland aus über die Balkanroute nach Deutschland. Die CSU will einem Bericht zufolge Flüchtlingen, die ohne gültige Ausweispapiere an der Grenze ankommen, die Einreise verwehren. Die "Passauer Neue Presse" zitierte aus der Beschlussvorlage der CSU-Landesgruppe, die Anfang Januar bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth verabschiedet werden soll. Demnach soll eine Einreise nur noch dann möglich sein, "wenn auch gültige Ausweisdokumente vorgezeigt werden können".

Vor einigen Tagen hatte die CSU mit ihrer Forderung nach einer Integrationspflicht für Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen, für Kritik gesorgt. Verweigerer sollen notfalls bestraft werden, heißt es ebenfalls in der Beschlussvorlage für die Tagung. Der Koalitionspartner SPD reagierte ebenso wie Grüne und Gewerkschaften mit scharfer Kritik.

ler/dpa

Load-Date: December 31, 2015

End of Document

[De Maizière will Flüchtlinge schneller integrieren;
http://www.spiegel.de/wirtschaft/integration-von-fluechtlingen-soll-schneller-
gehen-a-1031678.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/integration-von-fluechtlingen-soll-schneller-gehen-a-1031678.html)

SPIEGEL ONLINE

01. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / DEFAULT

Length: 207 words

Highlight: Weil viele Flüchtlinge aufgrund der politischen Situation in ihren Heimatländern in Deutschland bleiben werden, will Innenminister de Maizière ihre Integration beschleunigen. Unterstützung bekommt er dabei nach Informationen des SPIEGEL von der Bundesagentur für Arbeit.

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will Flüchtlinge, die gute Chancen auf Asyl haben, schon vor ihrer Anerkennung für Integrationskurse zulassen. Das sagte er jüngst auf einer Konferenz im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird das freuen. Es drohe "ein Vielfaches an Folgekosten, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft nicht gelingt", warnt die Behörde nach SPIEGEL-Informationen in einem Papier, das sie kommenden Freitag beim Bund-Länder-Gipfel zur Flüchtlingspolitik im Bundeskanzleramt vortragen wird. Darin plädiert sie dafür, Asylbewerber und Flüchtlinge möglichst schnell in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

Aufgrund der politischen Situation in den Heimatländern sei bei vielen Flüchtlingen die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie hier bleiben, argumentiert die BA. Entscheidend für die Eingliederung in Ausbildung und Beschäftigung sei der Erwerb von Deutschkenntnissen. Dies erfordere zusätzliche Steuermittel. Würden diese sinnvollen Investitionen nicht getätigt, so die BA, "sind weitere Instrumente wie Förderung der beruflichen Weiterbildung zwecklos".

Load-Date: May 11, 2015

**[EU plant offenbar Verteilung von 40.000 Flüchtlingen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kommission-will-40-000-
fluechtlinge-verteilen-a-1035247.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kommission-will-40-000-fluechtlinge-verteilen-a-1035247.html)**

SPIEGEL ONLINE

22. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 304 words

Byline: jok/Reuters

Highlight: Griechenland und Italien können den Ansturm von **Flüchtlingen** kaum bewältigen - nun steuert die EU-Kommission offenbar gegen. Zehntausende **Migranten** sollen in anderen Staaten untergebracht werden.

Body

Aus Athen und Rom kommen schon lange mahnende Worte. Als Länder mit EU-Außengrenzen sind Griechenland und Italien mit der Aufnahme von **Flüchtlingen**, die über das Mittelmeer kommen, zunehmend überfordert. Bei der EU-Kommission gibt es nun angeblich Pläne, um die beiden Länder zu entlasten.

Die Kommission will in der kommenden Woche die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien in andere EU-Staaten vorschlagen. Dies sagte eine mit den Plänen vertraute Person der Nachrichtenagentur Reuters am Freitag. Die EU-Kommission berufe sich dem Entwurf zufolge auf eine Notfallsituation in beiden Ländern, in denen die meisten Flüchtlinge aus Afrika und aus dem Bürgerkriegsland Syrien ankommen.

Die Verteilung ergänzt demnach das Quotensystem, das die Kommission bereits Mitte Mai vorgestellt hatte. Die Pläne sollen am Mittwoch vorgelegt werden.

Zahlreiche EU-Staaten, darunter Spanien, Frankreich und viele osteuropäische Länder, wehren sich bisher noch gegen die Festlegung von Quoten. Deutschland und Österreich, die vergleichsweise viele Flüchtlinge aufnehmen, begrüßen dagegen den Brüsseler Vorschlag zur Verteilung von Flüchtlingen. (Einen Überblick, wer wie viele Menschen aufnimmt, finden Sie hier .)

Bereits mehr als 1000 tote Flüchtlinge

Nach den bisherigen Plänen der EU-Kommission sollen zudem 20.000 Menschen, die vornehmlich in Flüchtlingslagern außerhalb der Union leben, über die EU verteilt werden.

Im vergangenen Jahr hatten in der EU 600.000 Menschen Antrag auf Asyl gestellt. Beim Versuch, über das Mittelmeer in die EU zu gelangen, sind in den vergangenen Monaten über 1000 Menschen ertrunken. Die EU beschloss daraufhin einen Marine-Einsatz im Mittelmeer , mit dem Migranten aus Seenot gerettet und Schleuserbanden bekämpft werden sollen.

EU plant offenbar Verteilung von 40.000 Flüchtlingen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kommission-will-40-000-fluechtlinge-verteilen-a-1035247.html>

jok/Reuters

Load-Date: June 15, 2015

End of Document

[Schon 10.000 Abschiebungen in diesem Jahr;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-ueber-10-000-
abschiebungen-im-laufenden-jahr-a-1051445.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-ueber-10-000-abschiebungen-im-laufenden-jahr-a-1051445.html)

SPIEGEL ONLINE

05. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 294 words

Byline: fri/wow

Highlight: Deutschland forciert die Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Nach SPIEGEL-Informationen wurden 2015 bereits mehr als zehntausend Flüchtlinge, vor allem vom Balkan, abgeschoben - so viele wie im gesamten Vorjahr.

Body

Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland ist in diesem Jahr nach Angaben des Bundes und der Länder bereits auf mehr als zehntausend gestiegen - damit hat sie schon jetzt in etwa das Niveau des gesamten Vorjahres erreicht. (Lesen Sie hier die ganze Geschichte im neuen SPIEGEL .)

Zahlreiche Bundesländer planen in den kommenden Wochen und Monaten weitere Sammelabschiebungen, insbesondere in die Balkanstaaten. Allein Hessen rechnet mit 19 Abschiebeflügen bis zum Jahresende. In Nordrhein-Westfalen stehen bis in den Spätherbst hinein Termine für Abschiebungen nach Serbien, Mazedonien und in das Kosovo fest.

Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, geht davon aus, dass seine Behörde bis zum Ende des Jahres über rund 75.000 offene Anträge vom Westbalkan entscheiden wird. Bis auf einige wenige Fälle dürften alle Antragsteller einen negativen Bescheid bekommen. "Diese Entscheidungen müssen dann auch konsequent umgesetzt werden und die abgelehnten Asylbewerber Deutschland so schnell wie möglich verlassen", fordert Schmidt.

Die Bundesregierung will die Asylverfahren beschleunigen, vor allem für Menschen aus den Westbalkanstaaten, die kaum eine Bleibeperspektive in Deutschland haben. Viele der Menschen kehren auch freiwillig in ihre Heimat zurück. Im ersten Halbjahr waren das mehr als 12.600 Menschen, davon stammten 85 Prozent vom Balkan.

Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien gelten laut Asylgesetz als sichere Herkunftsländer, Asylanträge aus diesen Ländern werden für gewöhnlich als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen vom Westbalkan wird derzeit diskutiert, die Liste um Albanien, das Kosovo und Montenegro zu erweitern.

Schon 10.000 Abschiebungen in diesem Jahr <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-ueber-10-000-abschiebungen-im-laufenden-jahr-a-1051445.html>

fri/wow

Load-Date: September 5, 2015

End of Document

[Der große Stillstand; http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-und-eu-tuerkei-deal-der-grosse-stillstand-a-1093391.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-und-eu-tuerkei-deal-der-grosse-stillstand-a-1093391.html)

SPIEGEL ONLINE

20. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 910 words

Byline: Markus Becker

Highlight: 19:03:00 Europas Kampf gegen die **Flüchtlingskrise** stockt: Der Ausbau eines EU-Grenzschutzes kommt kaum voran, der Deal mit der Türkei droht zu scheitern. Und das liegt nicht nur an Ankara.

Body

In der **Flüchtlings**- und Visapolitik der EU geht es zurzeit bestenfalls schleppend voran - das war die Erkenntnis des Treffens der Innenminister am Freitag. Die Europäer haben bei ihren Bemühungen zum Grenzschutz und zur Verteilung von **Flüchtlings** kaum Erfolge, und auch bei der Umsetzung des Pakts mit der Türkei hakt es.

Der einzig konkrete Beschluss des Treffens war deshalb auch nicht eine Beschleunigung, sondern eine Notbremse: Es ging um den Mechanismus zur Aussetzung der Visafreiheit für Staaten, die sich nicht mehr an die EU-Regeln halten.

Sollten Länder künftig gegen die Kriterien verstoßen, die sie zur Erlangung der Visumsfreiheit erfüllen mussten, kann der Visumszwang wieder eingeführt werden. Das Gleiche gilt, wenn es zu einem starken Anstieg "unbegründeter Asylanträge" kommt oder zu viele Bürger eines Staats länger als erlaubt in der EU bleiben. Auch wenn das betreffende Land weniger Bereitschaft zeigt, abgeschobene Asylbewerber wieder aufzunehmen, oder wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung droht, können die EU-Kommission oder einzelne Mitgliedstaaten die Notbremse ziehen.

Nun muss noch das EU-Parlament über den Aussetzungs-Mechanismus entscheiden. Deutschland und Frankreich hatten ihn gefordert - als Voraussetzung dafür, dass der Türkei überhaupt Visumfreiheit gewährt wird. Die Notbremse soll für alle Drittstaaten gelten, doch gemünzt ist sie vor allem auf Ankara - denn es erscheint derzeit unsicherer denn je, ob die türkische Regierung die EU-Kriterien überhaupt erfüllen wird.

"Alle stehen auf der Bremse"

Der Wegfall des Visazwangs ist das wichtigste Zugeständnis der EU an die Türkei im Gegenzug für deren Hilfe in der Flüchtlingskrise. "Aber im Moment stehen alle auf der Bremse", sagte ein EU-Diplomat am Freitag nach dem Innenministertreffen. Es herrsche große Skepsis, ob die Türkei die EU-Kriterien erfüllen werde. Als heikelster Punkt gelten die Anti-Terror-Gesetze, mit denen die türkische Regierung gegen Journalisten und Oppositionelle vorgeht

Der große Stillstand <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-und-eu-tuerkei-deal-der-grosse-stillstand-a-1093391.html>

und mit denen sie womöglich bald nahezu die gesamte Fraktion der prokurdischen HDP im Parlament kaltstellen wird .

Luxemburgs Migrationsminister Jean Asselborn hält es für unwahrscheinlich, dass die Visumfreiheit kommt, wenn die Türkei sich nicht bewegt. Die EU habe "eine äußerst harte Position" in dieser Frage, sagte Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve. Doch Präsident Recep Tayyip Erdogan und mehrere Mitglieder der türkischen Regierung haben Änderungen an den Anti-Terror-Gesetzen kategorisch ausgeschlossen.

Verweigert die EU der Türkei die Visumfreiheit, droht der gesamte Flüchtlingsdeal zu platzen - das hat Ankara wiederholt klargemacht. Diese Drohung zeigt Wirkung, denn zumindest in einer Hinsicht funktioniert der Pakt: Die Flüchtlingszahlen sinken. "Die Türkei erfüllt ihren Teil der Verpflichtungen", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). "Da liegen die Probleme eher auf der europäischen und der griechischen Seite." Die Asylverfahren dauerten zu lange, die Rückführung abgelehnter Asylbewerber in die Türkei "findet nicht entschlossen genug statt".

Winzige Zahlen

Kern der Abmachung ist es, dass die Türkei alle Flüchtlinge zurücknimmt, die seit dem 20. März irregulär von ihrem Gebiet aus auf die griechischen Ägäisinseln gekommen sind. Für jeden Syrer unter ihnen will die EU im Gegenzug einen Syrer aus der Türkei aufnehmen. Doch nach Informationen der Bundesregierung wurden bisher nur 177 Syrer im Rahmen des 1:1-Austausches in der EU aufgenommen, 54 davon in Deutschland.

Ein Grund sind die griechischen Gerichte. Denn Voraussetzung für den Austausch ist, dass die Sicherheit der abgeschobenen Migranten in der Türkei garantiert ist. Es sei "klar", dass die Türkei ein sicherer Herkunftsstaat ist, sagte de Maizière. Doch ein Asylrichter auf der Insel Lesbos erlaubte jetzt einem Syrer, für eine gründlichere Prüfung seines Antrags im Land zu bleiben. Die Begründung: Die Türkei sei kein sicheres Drittland.

Das ist offenbar kein Einzelfall: 100 von 174 Syrern, deren Asylanträge bisher in erster Instanz geprüft wurden, durften in Griechenland bleiben, berichtete die Zeitung "Kathimerini". Sollte das so weitergehen, wäre der 1:1-Austausch - ein Kernelement des EU-Türkei-Deals - gefährdet.

Auch an anderen Fronten in der Flüchtlingskrise geht es langsam voran, etwa bei der im Sommer 2015 beschlossenen Verteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Nur rund 1500 haben bisher in anderen EU-Ländern eine neue Bleibe gefunden .

Ein ähnliches Bild bietet sich beim Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex und der Asylbehörde Easo: Deutschland hat 100 Polizei- und Verbindungsbeamte für Frontex angeboten, derzeit sind aber nur 20 im Einsatz. Für die Easo hat Berlin ebenfalls 100 Experten zugesagt. Abgerufen wurden von Griechenland bisher aber nur neun.

Die notwendigen Beschlüsse, damit die Dinge schneller vorankommen, lägen weitgehend vor, sagte ein EU-Diplomat: "Auf dem Papier ist alles in Ordnung. Aber umgesetzt wird derzeit kaum etwas."

Zusammengefasst: Der Kampf gegen die Flüchtlingskrise stockt an nahezu allen Fronten. Der Grund ist der immer gleiche: Beschlüsse werden nur langsam oder gar nicht umgesetzt. Hinzu kommt das zunehmend autokratische Verhalten des türkischen Präsidenten Erdogan, das den Flüchtlingspakt mit der EU in seiner Existenz bedroht. Doch auch die EU tut sich derzeit schwer, ihren Teil des Deals einzuhalten.

Load-Date: May 21, 2016

**[Kubanische Flüchtlinge durchbrechen Grenze zu Costa Rica;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/kuba-fluechtlinge-durchbrechen-grenze-von-panama-zu-costa-rica-a-1087084.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/kuba-fluechtlinge-durchbrechen-grenze-von-panama-zu-costa-rica-a-1087084.html)**

SPIEGEL ONLINE

14. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 379 words

Byline: vek/AFP/AP

Highlight: 09:41:00 Immer mehr Kubaner versuchen, über die Landroute durch Mittelamerika in die USA zu gelangen. Mehr als tausend von ihnen haben die Grenze zu Costa Rica nun "mit Gewalt" passiert, wie die Regierung sagt.

Body

Die Annäherung zwischen Havanna und Washington ist historisch. Für viele Kubaner bedeutet sie aber auch, dass ihnen in den USA bald kein **Asyl** mehr gewährt werden könnte. Deswegen haben sich etwa 1200 **Migranten** auf den Weg in die USA gemacht - und dabei in Panama die Grenze zu Costa Rica durchbrochen.

Die vornehmlich aus Kuba stammenden Flüchtlinge hätten die Grenzanlagen "mit Gewalt" passiert, hieß es in einer Erklärung der costa-ricanischen Präsidentschaft. Es sei zu Zusammenstößen mit den dortigen Sicherheitskräften gekommen. Anschließend sei die Mehrzahl der Migranten freiwillig zurück nach Panama gekehrt, teilten die Behörden mit.

Aufnahmen von lokalen Fernsehsendern zeigen Bilder der Auseinandersetzungen in der Grenzstadt Paso Canoas. Dabei gingen mehrere Scheiben von Fahrzeugen und Gebäuden zu Bruch.

Zuvor hatten die Behörden in Costa Rica bereits angekündigt, Migranten ohne gültige Papiere zurück nach Panama schicken zu wollen. Bis auf 120 Menschen seien alle freiwillig zurückgekehrt, teilte ein Sprecher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit mit. Die Situation an der Grenze sei "unter Kontrolle und friedlich". Die Sicherheitsmaßnahmen sollten aber durch 150 zusätzliche Polizisten verstärkt werden.

Aussichtsreiche Landroute

Bereits seit einigen Monaten begeben sich Kubaner verstärkt auf den Weg von Mittelamerika Richtung USA. Sie hoffen darauf, dass die Landroute aussichtsreicher ist für eine Einreise als die Überquerung der Florida-Straße. Dort können sie von der US-Küstenwache zurückgewiesen werden.

Nicaragua hatte Tausenden Kubanern im November die Durchreise Richtung Norden verweigert. Fast 8000 von ihnen waren daraufhin in Costa Rica gestrandet. Im Dezember erklärte sich die Regierung in San José bereit, sie

Kubanische Flüchtlinge durchbrechen Grenze zu Costa Rica <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kuba-fluechtlinge-durchbrechen-grenze-von-panama-zu-costa-rica-a-....>

per Flugzeug nach El Salvador zu bringen. Von dort aus sollten sie dann weiter mit dem Bus über Guatemala und Mexiko in die USA reisen.

Vor Ostern war Obama als erster US-Präsident seit 1928 nach Havanna gereist. Obama und Kubas jetziger Staatschef Raúl Castro hatten Ende 2014 eine historische Wende in den schwierigen Beziehungen beider Länder eingeleitet. Trotz der politischen Annäherung trennen die Regierungen in Washington und Havanna noch viele Streitpunkte.

vek/AFP/AP

Load-Date: April 14, 2016

End of Document

[Einmal Türkei und zurück;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingspakt-zwischen-eu-und-tuerkei-umsetzung-beginnt-a-1085169.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingspakt-zwischen-eu-und-tuerkei-umsetzung-beginnt-a-1085169.html)

SPIEGEL ONLINE

02. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 634 words

Byline: hda/dpa/AFP/Reuters

Highlight: 18:57:00 Die Umsetzung des Flüchtlingspakts zwischen der EU und der Türkei startet am Montag: Griechenland schickt 750 Flüchtlinge zurück in die Türkei. Von dort fliegen 40 Syrer nach Deutschland.

Body

Von Montag bis Mittwoch sollen die ersten 750 Flüchtlinge von der griechischen Insel Lesbos in die Türkei zurückgebracht werden, meldete die griechische Nachrichtenagentur Ana am Samstag. Das Parlament in Athen hatte dafür am Freitag grünes Licht gegeben.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex hat dafür zwei türkische Schiffe gechartert, die von Lesbos in den türkischen Hafen Dikili fahren sollen. 400 Frontex-Beamte würden am Wochenende auf Lesbos erwartet. Jeder von ihnen solle dann jeweils einen Flüchtling auf die Abschiebe-Schiffe bringen, berichtete Ana. Auf türkischer Seite wurde der Bau von Registrierungszentren gestartet, von denen die zurückgenommenen Flüchtlinge dann weiterverteilt werden sollen.

Syrer werden nach Hannover geflogen

In Deutschland werden am Montag bis zu 40 Syrer erwartet, die auf Basis des EU-Flüchtlingspakts mit der Türkei ins Land kommen. Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Samstag mitteilte, treffen die Flüchtlinge - in erster Linie Familien mit Kindern - mit zwei Linienmaschinen auf dem Flughafen in Hannover ein. Anschließend sollen sie in das niedersächsische Erstaufnahmелager Friedland gebracht werden, bevor sie später auf die Bundesländer verteilt werden.

Es handelt sich um die ersten Syrer, die auf Grundlage des Flüchtlingspakts legal nach Deutschland einreisen dürfen. Das Abkommen sieht vor, dass alle Migranten, die seit dem 20. März illegal nach Griechenland übergesetzt sind, von diesem Montag an zwangsweise in die Türkei zurückgebracht werden können.

Für jeden abgeschobenen Syrer soll ein Syrer aus der Türkei legal in der EU aufgenommen werden. Bis zu 72.000 Menschen könnten auf diese Weise Aufnahme in Europa finden. Wie diese Menschen genau verteilt werden, steht noch nicht fest.

Einmal Türkei und zurück <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingspakt-zwischen-eu-und-tuerkei-umsetzung-beginnt-a-1085169.html>

Bis zu 15.000 Flüchtlinge

Deutschland hat sich verpflichtet, in einem ersten Schritt 1600 Flüchtlinge unterzubringen, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums der "Welt am Sonntag". Bei Bedarf werde Deutschland weitere 13.500 Plätze zur Verfügung stellen. "Es wird zunächst eine niedrige bis mittlere zweistellige Anzahl von Personen aufgenommen", sagte der Sprecher.

Neben Deutschland wollen nach Angaben aus Regierungskreisen am Montag und Dienstag auch die Niederlande, Frankreich, Finnland und voraussichtlich Portugal syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufnehmen - etwa in derselben Größenordnung wie Deutschland.

Die Vereinbarung mit der Türkei ist umstritten. Kritiker werfen der Bundesregierung vor, sich zu sehr vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan abhängig zu machen, dem ein zunehmend autokratischer Regierungsstil vorgeworfen wird. Amnesty International beschuldigt die Regierung in Ankara, mehrere Tausend Flüchtlinge in das Bürgerkriegsland Syrien zurückgeschickt und damit gegen das Völkerrecht verstoßen zu haben. Die Türkei weist diesen Vorwurf zurück.

Deutsche Beamten helfen aus

Um bei der Rückführung von Migranten zu helfen, haben sich laut Bundesinnenministerium inzwischen 30 Bundespolizisten auf den Weg nach Griechenland gemacht. Außerdem sollen bis Montag acht Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) dort eintreffen, um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen.

Die Zahl der nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge ist im März nach Angaben aus Kreisen des Bundesinnenministeriums stark gesunken. Die Bundespolizei habe im vergangenen Monat deutlich weniger als 5000 Einreisen registriert, hieß es am Samstag in Kreisen des Ministeriums. Die Zahl beziehe sich auf die deutsch-österreichische Grenze.

Im Februar hatte die Bundespolizei noch 38.570 Neuankömmlinge gezählt, im Januar waren es 64.700. Die Zahlen sinken, seit mehrere Staaten die Durchreise auf der sogenannten Balkanroute von Griechenland nach Deutschland blockiert haben.

hda/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: April 3, 2016

An der äußersten Grenze;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-griechenland-droht-ausschluss-aus-dem-schengen-raum-a-1073877.html>

SPIEGEL ONLINE

25. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 875 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Griechenland soll seine Seegrenze schützen und weniger **Flüchtlinge** nach Europa lassen, fordern mehrere EU-Staaten. Die Athener Regierung kontert: Sollen wir Menschen in Seenot im Stich lassen? Jetzt könnte das Land aus dem Schengenraum fliegen.

Body

Für Tausende **Flüchtlinge** ist Griechenland das Tor zu Europa. Und die Regierungen anderer EU-Staaten wollen es schnellstmöglich schließen lassen. Athen müsse endlich seine Grenze zur Türkei besser schützen, forderte etwa Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Montag bei einem Treffen mit seinen EU-Kollegen in Amsterdam. Die österreichische Ministerin Johanna Mikl-Leitner polterte, es sei ein "Mythos", dass Griechenlands Grenze nicht zu sichern sei: "Die Marine in Griechenland hätte ausreichend Kapazitäten", behauptet sie.

Nun erhöht die EU den Druck auf Athen abermals: Sie will die nationalen Grenzkontrollen, die schon jetzt sechs Schengenstaaten - darunter Deutschland - durchführen, notfalls auf bis zu zwei Jahre verlängern. Die Minister hätten die Brüsseler EU-Kommission beauftragt, die "rechtliche und praktische Grundlage" nach Artikel 26 des Schengener Kodexes vorzubereiten, sagte der niederländische **Migrationsstaatssekretär** Klaas Dijkhoff. Das bedeutet: Griechenland könnte im Extremfall sogar aus der Schengenzone und der darin geltenden Reisefreiheit ausgeschlossen werden.

Die Botschaft des informellen Ministertreffens lässt sich in vier Worten zusammenfassen: Die Nerven liegen blank. Was die EU bisher im Kampf gegen die Flüchtlingskrise auch ausprobiert hat, kaum etwas funktioniert. Allein im Januar sind erneut 30.000 Flüchtlinge auf dem Seeweg in die EU gekommen, sagte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos - also fast 10.000 pro Woche, und das trotz des Winterwetters in der Ägäis. Kommt erst der Frühling, so die Befürchtung, werden die Zahlen wieder steigen.

Weniger Flüchtlinge binnen Wochen gefordert

Schon in den kommenden Wochen müsse ein "dauerhafter, spürbarer, nachhaltiger Rückgang der Flüchtlingszahlen" erfolgen, sagte de Maizière. "Die Zeit läuft uns davon."

An der äußersten Grenze <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-griechenland-droht-ausschluss-aus-dem-schengen-raum-a-1073877.html>

Griechenlands Migrationsminister Ioannis Mouzalas wies die Vorwürfe und Andeutungen zurück. Er sei es müde zu hören, dass die Griechen ihre Grenze nicht sichern würden. "Was wollen Sie, dass wir tun?", fragte er. Die griechische Küstenwache müsse die Flüchtlinge auf See retten. "Nach internationalem Recht, nach dem Seerecht, nach der Genfer Konvention, nach europäischem Recht und nach griechischem Recht ist das die einzige Handlungsoption."

Doch andere Staaten geben sich unnachgiebig: Sollte die griechische Grenze weiter so offen bleiben wie zuvor, "dann wird sich die Schengenußengrenze Richtung Mitteleuropa bewegen", sagte die Wiener Ministerin Mikl-Leitner - eine unverhohlene Drohung mit dem Rauswurf Griechenlands aus dem Schengenraum.

Flüchtlinge könnten auf der Balkanroute aufgehalten werden

Eine von Österreichs Regierung ins Spiel gebrachte Variante sieht etwa vor, dass Slowenien - nach Griechenland der erste Schengenstaat auf der Westbalkanroute - insbesondere jene Flüchtlinge abweist, die aus Ländern wie Pakistan, Afghanistan oder Nordafrika kommen und kaum Chancen auf Asyl haben. Viele Migranten sähen sich dann einem rund 650 Kilometer langen Sperrriegel von der Adria bis zur ungarisch-rumänisch-serbischen Grenze gegenüber, da Sloweniens Nachbarstaat Ungarn an seinen Grenzen zu Kroatien und Serbien bereits Zäune errichtet hat.

Allerdings käme es dadurch wahrscheinlich zu einem dramatischen Rückstau der Flüchtlinge auf der gesamten Westbalkanroute bis zurück nach Griechenland und möglicherweise zu einer Destabilisierung der Westbalkanstaaten, in denen zahlreiche Migranten stranden würden. "Die Frage ist", sagte ein Diplomat in Amsterdam, "ob die EU solche Bilder ertragen kann."

Um ein solches Szenario zu verhindern, ist eine Mehrheit der EU-Staaten offenbar sogar bereit, auf einen Teil ihrer Souveränität zu verzichten. So diskutierten die Innenminister auch über einen Vorschlag der EU-Kommission, die Grenzschutzagentur Frontex notfalls gegen den Willen eines Mitgliedstaats auf dessen Gebiet einzusetzen. Ein solcher Vorschlag, hieß es in Verhandlungskreisen, hätte noch vor wenigen Monaten nicht den Hauch einer Chance gehabt.

De Maizière sah das nach dem Treffen am Montag anders: Die Idee der Kommission sei in Amsterdam "auf ein positives Echo gestoßen"; die entsprechende Verordnung könne bereits im Juni beschlossen werden. "Das wäre sehr schnell für europäische Abläufe", sagte de Maizière. Für das "Grundprinzip", dass Frontex "eine Einrichtung werden kann, die entschlossen agiert", sehe er "zumindest eine qualifizierte Mehrheit" unter den EU-Staaten.

In vielen anderen Bereichen aber hätten die Verhandlungen "kein einheitliches Bild" ergeben. "Noch nicht alle Staaten", sagte de Maizière, "haben den Zeitdruck oder den Ernst der Lage erkannt."

Zusammengefasst: Allein im Januar sind 30.000 Flüchtlinge auf dem Seeweg in die EU gekommen. Die EU-Innenminister haben Griechenland deshalb erneut aufgefordert, seine Seegrenze besser zu schützen. Sollte das nicht gelingen, könnten die innereuropäischen Grenzkontrollen auf zwei Jahre ausgeweitet werden und Griechenland vorübergehend aus dem Schengenraum ausgeschlossen werden. Doch Griechenland weist die Vorwürfe zurück: Die Seegrenze könne nicht geschlossen werden, das Land sei verpflichtet, Flüchtlinge in Seenot zu retten. Möglicherweise will die EU nun Frontex mit dem Schutz der Außengrenze beauftragen.

Load-Date: January 26, 2016

[Koalition hängt in der Transitzone fest;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-cdu-wollen-transitzonen-
spd-spricht-von-massenlagern-a-1057347.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-cdu-wollen-transitzonen-spd-spricht-von-massenlagern-a-1057347.html)

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 1213 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Die Union drängt auf sogenannte Transitzonen: Damit könnten **Flüchtlinge** direkt an der Grenze festgehalten und zurückgeschickt werden. Ob es tatsächlich dazu kommt, hängt jetzt an der SPD - doch die spricht von "Massenlagern im Niemandsland".

Body

Der politische Streit um die **Flüchtlingskrise** wird von einem Reizwort angefacht: Transitzonen. Was man vage mit zugigen Flughafenhallen assoziiert, ist in der Realität ein hoch umstrittenes Modell. Mit Transitbereichen in Grenznähe könnte Deutschland bald im großen Stil **Flüchtlinge** direkt nach Übertritt abfangen und festhalten.

Deutschland brauche diese Form von **Asyl**-Schnellverfahren, argumentiert die Union, allen voran CSU-Chef Horst Seehofer. Solche Transitzonen schaffen ein "Massenlager im Niemandsland", halten Kritiker wie SPD-Justizminister Heiko Maas in der "Süddeutschen Zeitung" dagegen.

Seit Angela Merkels CDU den Transitzonen grundsätzlich zugestimmt hat, ist der Koalitionspartner SPD unter Zugzwang. Die Sache soll "schnellstmöglich" entschieden werden, heißt es aus der Bundesregierung - dabei sind entscheidende Details noch nicht einmal ansatzweise geklärt.

Im Video: CSU-Chef Seehofer zur Notwendigkeit der Transitzonen

Was sollen Transitzonen bringen, warum sind sie heikel, welche Details sind bislang bekannt? Ein Überblick.

Was ist eine Transitzone?

Das Modell böte die rechtliche Möglichkeit, Flüchtlinge an den Landesgrenzen festzuhalten - bis zu einer Woche, wenn es nach Innenminister Thomas de Maizière (CDU) geht. Im Transitbereich würde im Schnellverfahren entschieden, ob die Betroffenen Anspruch auf Asyl haben - ist dies nicht der Fall, wird die Einreise verweigert.

Vorbild ist das sogenannte Flughafenverfahren. Nach Artikel 18a des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) können Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten und Flüchtlinge ohne Ausweise noch im Transitbereich des

Koalition hängt in der Transitzone fest <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-cdu-wollen-transitzonen-spd-spricht-von-massenlagern-a-1057347.html>

Flughafens abgewiesen werden. Ihr Asylverfahren wird noch vor Ort, also vor ihrer faktischen Einreise durchgeführt. So lange darf der Flüchtling die Unterkunft am Flughafen nicht verlassen.

Allerdings ist die Zahl der Flughafenverfahren - anders als bei den geplanten Transitzonen - sehr begrenzt. Im Jahr 2014 wurden nur 643 Flughafenverfahren durchgeführt, 539 Asylsuchenden wurde die Einreise gestattet.

Wen würde das betreffen?

Über die genaue Ausgestaltung wird diskutiert. Die Transitzonen sollen vor allem auf Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten abzielen, also Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Ghana und dem Senegal. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen das Kosovo, Montenegro und Albanien in diese Liste aufgenommen werden. Die Bundesregierung hat also vor allem Menschen aus den Westbalkanländern im Blick.

Dass auch Asylsuchende, die bereits in einem anderen EU-Staat ihr Asylverfahren begonnen haben - also sogenannte Dublin-III-Fälle - in den Transitzonen abgewiesen werden, davon ist nach bisherigem Stand eher nicht auszugehen. Kinder oder Jugendliche, die ohne Eltern oder andere nahe Verwandte fliehen, sollen ebenfalls nicht in den Transitzonen festgehalten werden.

Wie würde eine Transitzone konkret aussehen?

Die Bundesregierung stützt sich auf eine EU-Richtlinie zu Asylverfahren. Diese erlaubt den Mitgliedstaaten, Transitzonen einzurichten (siehe Artikel 31, Absatz 8). Details, wie genau so eine Zone aussehen würde, finden sich darin aber nicht. Die Richtlinie ist so formuliert, dass man sie auslegen kann, wie man will.

Kämen die Menschen in Zelten unter? In festen Gebäuden? Mit einem Zaun drum herum? All das beantwortet die Bundesregierung derzeit nicht. Unklar ist auch, wo die Transitzonen entstehen würden.

Über die Asylgesuche würden Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) oder entsprechende geschulte Bundespolizisten im Schnellverfahren entscheiden. Auch müsste man in den Transitzonen-Bereichen Grenzkontrollen einführen.

Was steckt hinter der Idee?

Der erste Vorstoß kam von der CSU, die einen restriktiven Kurs in der Flüchtlingskrise fordert. De Maizièr griff die Idee auf. Seit Montag wirbt Merkels CDU offiziell um Zustimmung der SPD bei diesem Thema. Dass die Pläne innerhalb der Union nicht sofort wieder verworfen wurden, ist auch ein Hinweis darauf, dass man der EU in Sachen Flüchtlingsmanagement kaum noch etwas zutraut - und vorsorglich einen Alleingang erwägt. Zudem ist die CDU angesichts sinkender Umfragewerte unter Druck, etwas "Greifbares" in der Flüchtlingskrise zu liefern, um den Prozess zu ordnen - so wie es Merkel versprochen hat.

Was sollen Transitzonen bringen?

Flüchtlinge stehen Schlange vor Erstaufnahmestellen, viele Flüchtlingsunterkünfte sind überfüllt, das Abschiebesystem hat Mängel: Ende August hielten sich mehr als 50.000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland auf, die eigentlich umgehend ausreisen müssten. Asylverfahren dauern mehrere Monate, allein 300.000 Verfahren hängen in der Bearbeitungsschleife.

Transitzonen sollen nach Ansicht der Befürworter in all diesen Bereichen für Entlastung sorgen. Das Kalkül: Sind Asylbewerber erst einmal im Land, ist es mühsam, jene wieder zurückzuschicken, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Also will man schon die Einreise erschweren.

Macht die SPD mit?

In der SPD gibt es große Vorbehalte gegen die Idee, führende Mitglieder haben sich kritisch geäußert. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann bezeichnete Transitzonen als "Haftanstalten für Tausende Flüchtlingen". Das

Koalition hängt in der Transitzone fest <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-cdu-wollen-transitzonen-spd-spricht-von-massenlagern-a-1057347.html>

Verfahren sei "praktisch undurchführbar und menschlich nicht in Ordnung". Grundsätzlich ist die SPD aber bereit, Vorschläge zu Transitzonen zu prüfen. Möglicherweise wird Merkmals Koalitionspartner einer klar definierten und abgeschwächten Variante am Ende aber trotzdem zustimmen. Schließlich ist es die SPD selbst, die für Obergrenzen bei Flüchtlingen eintritt.

Können Transitzonen die Zahl der Flüchtlinge senken?

Die Zahl der Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkan ist in den vergangenen Wochen schon rapide gesunken. Im September stammten allein rund 130.000 von gut 163.000 Asylsuchenden, die über das Computersystem Easy registriert wurden, aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Pakistan. Es ist also nicht davon auszugehen, dass die Transitzonen die Zahl der Flüchtlinge, die Deutschland aufnimmt, entscheidend senkt.

Es ist außerdem unwahrscheinlich, dass alle Migranten, oder auch nur der größte Teil aus sicheren Herkunftsstaaten, in die Transitzonen gelangen. Deutschlands Außengrenzen sind knapp 4000 Kilometer lang, die Kontrollbereiche wären leicht zu umgehen.

Welche Kritik gibt es?

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, sagt: "Es lässt sich keine Mauer um Deutschland bauen, Masseninhaftierungen an den Grenzen sind rechtsstaatswidrig." Seine Organisation prangert an, dass Asylbewerber in Transitzonen kaum die Möglichkeit hätten, die Entscheidung der Behörden rechtlich anzufechten.

Manche Kommunalpolitiker in Bayern haben die Sorge, dass sich Transitzonen zu großen Flüchtlingslagern auswachsen könnten. Davor warnte etwa Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD) bei einem Treffen mit Seehofer.

Die EU-Kommission betont, dass Transitzonen an Binnengrenzen keine dauerhafte Lösung seien.

Zusammengefasst: Die CSU drängt auf Asyl-Schnellverfahren direkt an deutschen Grenzen, die CDU zieht mit. Jetzt kommt alles auf die SPD an - doch der Koalitionspartner sperrt sich gegen sogenannte Transitzonen, in denen Flüchtlinge bis zu einer Woche festgehalten werden könnten.

Load-Date: October 19, 2015

Schlepper zu 18 Jahren Haft verurteilt

SPIEGEL ONLINE

13. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / JUSTIZ

Length: 487 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Ein italienisches Gericht hat eine lange Haftstrafe gegen einen Schlepper verhängt. Er wird für den Tod von bis zu 900 Flüchtlingen im Mittelmeer verantwortlich gemacht. Sein Komplize muss fünf Jahre ins Gefängnis.

Body

Im Prozess um eine der größten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer ist ein Urteil gefallen. Ein Gericht in Catania auf Sizilien verurteilte einen Schlepper zu 18 Jahren Haft. Das berichtete die italienische Nachrichtenagentur Ansa unter Berufung auf das Gericht.

Der Kapitän des Flüchtlingsbootes aus Tunesien wurde wegen vielfachen Totschlags und Menschenhandels schuldig gesprochen. Mit den 18 Jahren Haft kam das Gericht der Forderung der Staatsanwaltschaft nach. Zudem verhängte das Gericht gegen den Kapitän eine Geldstrafe von neun Millionen Euro.

Ein mitangeklagter Syrer, der ebenfalls zur Besatzung gehörte, wurde zu fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe von neun Millionen Euro verurteilt. Zur Begründung hieß es, er habe illegale Einwanderung begünstigt.

Beide Männer hatten behauptet, sie seien selbst Migranten, die von den eigentlichen Schleppern zum Steuern des Bootes gezwungen worden seien. Überlebende hatten dem widersprochen. Der Tunesier sei der Kapitän gewesen. Seine mangelnden Schifffahrtskenntnisse hätten zu dem Unglück geführt.

Nur 28 Überlebende

In dem Fall ging es um den Untergang eines Flüchtlingsbootes, bei dem im April 2015 bis zu 900 Menschen starben. Die genaue Zahl der Opfer ist unbekannt. Das Schiff hatte sich von der libyschen Küste in Richtung Europa aufgemacht. Etwa 130 Kilometer vom Festland entfernt kenterte es. Als ein portugiesischer Frachter zur Hilfe eilte, stürmten die Migranten auf eine Seite des Bootes, woraufhin es kippte. Nur 28 Menschen überlebten das Unglück.

Das Wrack wurde mittlerweile vom Meeresgrund gehoben. Wissenschaftler haben Fotos und Daten über die Toten gesammelt, um sie zu identifizieren und wenigstens einigen der meist namenlosen Opfer ein Gesicht zu geben. Die Auswertung der Daten ist noch nicht abgeschlossen.

Seit 2014 sind mindestens 10.000 Menschen im Mittelmeer beim Versuch gestorben, Europa zu erreichen. 2016 war nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) das Jahr mit den meisten Toten. Die

Schlepper zu 18 Jahren Haft verurteilt

Flüchtlinge vertrauen ihr Leben Schleusern an und werden auf seeuntauglichen und völlig überfüllten Booten losgeschickt.

Überlebende berichten, dass Schlepper auch bei schlechtem Wetter nicht davor zurückschrecken, die Menschen auf die Boote zu treiben. An Bord bekommen sie oft weder zu essen noch zu trinken und werden im Schiffsinnen eingepfercht.

Kritiker monieren, die Asylpolitik der EU habe Mitschuld an dem Elend. Der Vorwurf: Sie befülle die Geldbeutel der Schlepper und trage zum Sterben im Mittelmeer bei, weil legale und sichere Fluchtwege fehlen.

An Italiens Küsten kamen von Januar bis November laut der europäischen Grenzschutzagentur Frontex über 173.000 Menschen an - ein Fünftel mehr als im Vorjahreszeitraum. Allein im November waren es viermal so viele wie im November 2015. Für die Jahreszeit ist das ungewöhnlich - je näher der Winter kommt, desto rauer die See.

ulz/dpa/AFP

Load-Date: December 13, 2016

End of Document

[Wie ein Gerücht Tausende auf die Züge lockte;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuege-mit-syrien-fluechtlingen-
aus-ungarn-aerger-in-der-eu-a-1050917.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuege-mit-syrien-fluechtlingen-aus-ungarn-aerger-in-der-eu-a-1050917.html)

SPIEGEL ONLINE

01. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 888 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Eine deutsche Behördenansage nährte Hoffnungen, die Folge: Tausende Syrer drängten im Budapester Bahnhof in die Züge nach München. Nun beginnen in der EU die Schuldzuweisungen.

Body

Die **Flüchtlinge** vor dem Keleti-Bahnhof im Osten von Budapest schwenken Fahrscheine, sie skandieren "Deutschland, Deutschland!" und "Merkel, Merkel". Und sie buhen. Denn kurz zuvor hatte die ungarische Regierung an diesem Dienstagmorgen Polizisten aufmarschieren lassen, die den überfüllten Bahnhof für **Flüchtlinge** sperrten.

Noch am Vorabend waren hier Tausende Menschen in die Züge nach Deutschland gedrängt, seit Tagen schon ist der Ort eine Anlaufstelle der **Flüchtlinge**. Inmitten der **Flüchtlingskrise** ist so der Bahnhof von Budapest in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Der Grund: Über soziale Netzwerke hatte sich unter den syrischen **Flüchtlingen** das Gerücht verbreitet, wer nach Deutschland komme, der werde nicht mehr zurückgeschickt.

Auslöser waren Medienberichte aus Deutschland über eine sogenannte Leitlinie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Diese besagt, dass Deutschland syrische Kriegsflüchtlinge fortan nicht mehr in jene EU-Länder zurückschickt, in denen sie zunächst angekommen waren.

Videointerview: Stephan Orth (SPIEGEL ONLINE) vor dem Budapester Bahnhof

Viele Flüchtlinge gewannen deshalb den Eindruck, dass Deutschland als einziges Land in der EU seine Tore öffnet. Offenbar war den deutschen Behörden nicht klar, welche Folgen die Nachrichten auslösen würden.

Die Lage auf dem Budapester Bahnhof, von wo aus die Züge nach Österreich und weiter nach München fahren, wurde im Verlaufe des Montags immer verworrener, irgendwann setzten die Behörden die Kontrollen aus. Die ungarische Regierung wiederum bat die deutsche Seite um Rechtsklarheit, wie deren Leitlinie mit dem Dublin-III-Abkommen zu vereinbaren sei.

Das Dublin-III-Abkommen regelt, dass Flüchtlinge ihren Asylantrag in jenem EU-Land stellen müssen, in dem sie ankommen. Dort sollen sie sich registrieren lassen, und dort sollen sie auch verbleiben.

Wie ein Gerücht Tausende auf die Züge lockte <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuege-mit-syrien-fluechtligen-aus-ungarn-aerger-in-der-eu-a-1050917.html>

Angela Merkel hatte bereits am Montag von "Missverständnissen" gesprochen, am Dienstag nun sagte sie: "Was die Frage der ankommenden syrischen Flüchtlinge anbelangt, so sehe ich ehrlich gesagt keine Mitverantwortung Deutschlands." Es gelte die derzeitige Rechtslage, also das Dublin-Abkommen. Und sie fügte hinzu: "Wir stellen nur durch das praktische Erleben jeden Tag fest, dass die geltende Rechtslage offensichtlich nicht praktiziert wird."

Tausende in Wien gestrandet

Tatsächlich klaffen Abkommen und Realität in der EU derzeit auseinander. Das Bundesinnenministerium hat jetzt nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen in einem internen Papier noch einmal schriftlich die Regelung des Bundesamts für Migration erläutert, aber auch unmissverständlich festgehalten: "Ungeachtet dessen müssen sich syrische Flüchtlinge zwingend in dem Land registrieren lassen, über das sie die EU erreichen."

Im konkreten Fall heißt "zwingend" also: in Ungarn. "Wer etwa nach Ungarn kommt, muss sich dort registrieren lassen und das Asylverfahren dort durchführen", bestätigte auch das Bamf schriftlich am Dienstag SPIEGEL ONLINE.

Die Leitlinie, die in Deutschland nach praktischen Erwägungen erfolgte, hat allerdings die Lage für die südlichen EU-Staaten deutlich erschwert. In Wien strandeten Tausende.

Menschen konnten nicht an der Weiterreise gehindert werden

Nur einige wenige Flüchtlinge hätten ihren Asylantrag in der österreichischen Hauptstadt gestellt, erklärte ein Sprecher der Landespolizeidirektion in Wien SPIEGEL ONLINE. Die meisten Flüchtlinge, die am Montag aus Ungarn anreisten, seien nicht in Österreich registriert worden. Der Grund: "Es war für die Behörden hier organisatorisch nicht zu schaffen."

Allein am Wiener Westbahnhof seien rund 3650 Flüchtlinge mit dem Zug aus Ungarn gekommen. Es sei nicht möglich gewesen, die Menschen an der Weiterreise nach Deutschland zu hindern. Dazu wären die Behörden auch logistisch nicht in der Lage gewesen, so der Sprecher.

Die deutsche Leitlinie, darauf folgende Gerüchte unter den Flüchtlingen, offenbar überforderte Behörden - bei manchem Koalitionspolitiker in Berlin ist die Stimmung mittlerweile gereizt. Der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum, forderte die EU-Kommission auf, Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und Österreich zu prüfen. "Es ist skandalös, dass Flüchtlinge nun ungeprüft und ohne Ausweiskontrolle nach Deutschland kommen", so der CDU-Politiker.

Unklar, ob Missverständnis oder Absicht

Gereizt ist die Stimmung aber auch bei den EU-Partnern. Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) kritisierte die Regierung in Budapest mit ungewöhnlich deutlichen Worten. "Es ist unverantwortlich, Dublin nicht wahrzunehmen im Sinne, die Registrierung einfach auszusetzen." Ob Ungarn Aussagen aus Deutschland zur Aufnahme von Flüchtlingen missverstanden habe, sei unklar. "Ich weiß nicht, ob das ein Missverständnis war, oder Absicht", so der Sozialdemokrat.

Auch Wien reagierte, wie zuvor Budapest, mit einer Bitte an Berlin: Die Bundesrepublik müsse klarstellen, dass das Dublin-Abkommen weiterhin in Kraft sei, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. "Wir gehen davon aus, dass auch heute wieder Hunderte von Menschen die Züge nehmen werden", so die ÖVP-Politikerin. Österreich werde weiterhin stichprobenartig im Grenzbereich kontrollieren.

Flächendeckende Kontrollen jedoch seien nicht möglich.

Mit Reuters

Wie ein Gerücht Tausende auf die Züge lockte <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuege-mit-syrien-fluechtligen-aus-ungarn-aerger-in-der-eu-a-1050917.html>

Load-Date: September 3, 2015

End of Document

Bayerns Innenminister kritisiert deutsche Flüchtlingspolitik

SPIEGEL ONLINE

14. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 279 words

Byline: Anna-Lena Roth

Highlight: In Norddeutschland sind drei mutmaßliche IS-Anhänger festgenommen worden. Für Bayerns Innenminister Herrmann ist das ein Beleg: Nun würden sich die eklatanten Lücken bei der Kontrolle von Flüchtlingen rächen.

Body

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat nach den Anti-Terror-Razzien in Norddeutschland die deutsche Flüchtlingspolitik kritisiert. "Die eklatanten Kontrolllücken beim immensen Flüchtlingsstrom vor allem im Herbst letzten Jahres rächen sich", sagte der CSU-Politiker im Gespräch mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Tausende Menschen seien damals ohne ausreichende Prüfung ihrer Identität nach Deutschland gekommen. "Wir wissen mittlerweile, dass auch der IS diese Sicherheitslücken gezielt genutzt hat, um Attentäter als Flüchtlinge getarnt nach Europa zu schleusen", sagte Herrmann.

Notwendig seien strikte Grenzkontrollen. "Personen, deren Identität nicht zweifelsfrei feststeht, müssen bis zur Klärung an der Grenze festgehalten werden", zitieren die Zeitungen Herrmann. Es sei zudem "dringend notwendig", dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) im Asylverfahren schnell und sorgfältig die Personalien aller bereits eingereisten Asylbewerber prüfe.

Am Dienstagmorgen waren bei einem Großeinsatz der Polizei in Norddeutschland drei Männer mit syrischen Pässen in kommunalen Flüchtlingsunterkünften festgenommen worden. Laut Bundesinnenminister Thomas de Maizière waren sie im vergangenen November über die sogenannte Balkanroute nach Deutschland gekommen. Nach bisherigem Ermittlungsstand hätten sie "Bezüge zu Paris-Attentätern" von 2015.

Die Verdächtigen könnten Teil einer Schläferzelle gewesen sein, die womöglich im Auftrag der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) Anschläge in Deutschland verüben sollte, sagte de Maizière. Hier lesen Sie mehr über die bisher bekannten Details zu den Männern.

aar/dpa/Reuters

Load-Date: September 14, 2016

End of Document

[Frauen und Kinder zuletzt;
http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-allem-
maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-allem-maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html)

SPIEGEL ONLINE

09. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR / GESELLSCHAFT

Length: 960 words

Byline: Peter Maxwill

Highlight: Der durchschnittliche Flüchtling kommt aus Syrien, ist jünger als 30 - und ein Mann. Das Geschlecht spielt in der Flüchtlingskrise eine unterschätzte Rolle. Wo sind all die Mütter und Töchter aus den Krisengebieten?

Body

Haben Sie die Bilder noch im Kopf? Die Flüchtlingsmassen auf den Bahnhöfen von Budapest und Wien, die Asylbewerber auf den schmalen Pritschen in Zeltstädten, die abgekämpften Überlebenden an Europas Mittelmeerküsten: Väter, Söhne und Brüder auf nahezu jedem Foto, einige bringen ihre Familie mit - doch die meisten kommen allein.

Weibliche Flüchtlinge hingegen: eine Seltenheit. Als gäbe es keine Not leidenden Frauen, als wären die Bürgerkriege in Syrien oder Eritrea rein männliche Angelegenheiten. Warum kommen vor allem Männer über den Balkan und das Meer nach Mitteleuropa? Wo bleiben Frauen aus Krisengebieten? Der Überblick:

Die Krise in Europa: Eine Massenflucht junger Männer

Die derzeitige Krise in Europa kommt einer Massenflucht junger Männer gleich: Im vergangenen Jahr waren zwei Drittel der Asylanträge in Deutschland von Männern unterschrieben, mehr als 70 Prozent von ihnen sind laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) jünger als 30. Europaweit fallen die Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge ähnlich aus, in der Gruppe der 14- bis 34-Jährigen waren sogar drei Viertel der Flüchtlinge Männer.

Allerdings fallen diese Zahlen je nach Herkunftsland unterschiedlich aus: Aus Syrien, Eritrea und Somalia kommen kaum Frauen, unter Balkan-Flüchtlingen ist das Verhältnis nahezu ausgeglichen. Allerdings hat der Zustrom von Migranten aus Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Montenegro laut der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zuletzt deutlich abgenommen.

Weltweit ist der Trend umgekehrt: Mindestens jeder zweite Flüchtling ist laut Uno-Flüchtlingswerk UNHCR weiblich - dazu zählen jedoch auch sogenannte Binnenflüchtlinge, die ihr Heimatland zunächst nicht verlassen.

Gefahr in der Heimat: Flucht vor Tod und Zwangsrekrutierung

Frauen und Kinder zuletzt <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-allem-maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html>

Offenbar verlassen Männer vor allem Regionen, in denen militärische Konflikte toben. "Männer wollen so vermutlich einer direkten Beteiligung am Kampfgeschehen entgehen", sagte Pro-Asyl-Chef Günter Burkhardt SPIEGEL ONLINE. Die Gefahr, getötet oder zwangsrekrutiert zu werden, sei für sie etwa im Bürgerkriegsland Syrien sehr hoch.

Dennoch bleiben die Frauen nicht einfach in den Kampfgebieten zurück: Millionen Familien sind in den vergangenen Jahren allein vor der Terrororganisation "Islamischer Staat" aus Syrien und dem Irak in die Nachbarländer geflohen - von dort haben sich dann jedoch meist zunächst nur die Väter auf die gefährliche Reise nach Europa begeben. In Italien etwa kamen im vergangenen Jahr nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex fast sieben Mal so viele Männer an wie Frauen.

Im Video: Wie Flüchtlinge in Deutschland ankommen

Die Risiken der Frauen: Gewalt, Isolierung, Hunger

Frauen sind deshalb aber keineswegs in ihren Heimatregionen sicher: "In vielen Bürgerkriegen gehören systematische Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen zur erklärten Kriegsstrategie", schreibt die Uno: "Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, leiden unter psychischen Langzeitfolgen, Depressionen bis hin zu Selbstmordgedanken und ihrer sozialen Isolation." In der EU können diese sogenannten Frauenflüchtlinge daher seit 1984 als eigene soziale Gruppe berücksichtigt werden, in Deutschland gibt es seit einigen Jahren Richtlinien über geschlechtsspezifische Verfolgung.

Als noch riskanter erweist sich die Flucht: Neben Hunger, Krankheiten und Tod müssten Frauen sexuelle Übergriffe fürchten, warnt die Marburger Konfliktforscherin Ulrike Krause. Das Problem ist auch ein deutsches: In Bayern etwa ist Zwangsprostitution von Asylbewerbern seit Längerem ein Thema, und der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung warnt vor der wachsenden Gefahr sexueller Übergriffe auch auf Kinder. Viele Frauen haben zudem im Krieg ihre Partner, Brüder oder Väter verloren und sind mit ihren Kindern alleine unterwegs.

Besonders gefährlich ist die Lage für alleinstehende Frauen laut UNHCR ausgerechnet in Flüchtlingslagern: Dort würden Frauen mitunter nicht einmal als Haushaltsvorstand anerkannt und erhielten daher keine Verpflegung. In Deutschland laufen weibliche Flüchtlinge Gefahr, in staatlichen Unterkünften Opfer häuslicher oder sexueller Gewalt zu werden, wie die Juristin Heike Rabe vom Deutschen Institut für Menschenrechte schreibt.

Die Entscheidung der Väter: Schutz für die Familie

Da viele Familien aus Krisengebieten sich ohnehin keine gemeinsame Flucht leisten könnten, müssen sie abwägen zwischen den verschiedenen Risiken. Viele Familienväter fällen dann laut Pro-Asyl-Chef Burkhardt eine klare Entscheidung: "Lieber gehe ich selbst das Risiko ein und bringe meine Frau und die Kinder erst mal nicht in Gefahr." Erst nach geglückter Flucht und der Anerkennung als Asylbewerber in Europa wollen die Männer dann ihre Frauen und Kinder per Familiennachzug nach Deutschland holen - sicher und legal.

Ob dieser Plan für viele Asylbewerber aufgeht, ist ungewiss: Tausende Flüchtlinge werden wohl gar nicht erst eine längerfristige Aufenthaltsgenehmigung erhalten - die aber ist für den Familiennachzug Voraussetzung. Zudem muss für die Familie in Deutschland laut BAMF ausreichend Wohnraum und ausreichender Lebensunterhalt vorhanden sein. Das dürfte sich für viele Flüchtlinge als schwierig erweisen.

Zusammengefasst: Weltweit ist jeder zweite Flüchtling weiblich - doch nach Mitteleuropa kommen derzeit vor allem Männer aus Krisengebieten. Viele beabsichtigen offenbar, nach der gefährlichen Flucht und der Bewilligung ihres Asylantrags ihre Familien nachziehen zu lassen. Sogenannte Frauenflüchtlinge sind weltweit Gewalt und sexuellen Übergriffen ausgeliefert - selbst in Flüchtlingslagern.

Frauen und Kinder zuletzt <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-warum-vor-allem-maenner-nach-deutschland-kommen-a-1051755.html>

End of Document

Was Deutschland jetzt tun sollte;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-die-politik-jetzt-tun-muss-a-1048611.html>

SPIEGEL ONLINE

21. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 1107 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Die Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren so viele **Flüchtlinge** aufnehmen wie nie. Doch die Regierung reagiert nur zögerlich auf die große Herausforderung. Acht Punkte, die sie jetzt angehen muss.

Body

1. Ehrlich sein: Der Umgang mit Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder Armut fliehen, wird die Herausforderung - nicht für die nächsten paar Jahre, sondern wohl für die nächsten Jahrzehnte sein, wahrscheinlich sogar noch für unsere Enkel und Urenkel. Diese Einsicht setzt sich in der Bundesregierung erst langsam durch, jetzt, wo das neue Milliardenpaket für Griechenland abgehakt ist.

Längst hat eine Massenwanderung eingesetzt. Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die **Flüchtlingsströme** werden durch den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs im subsaharischen Afrika weiter an Dynamik gewinnen.

Das reiche Deutschland kann, wenn es will, natürlich jenen Hunderttausenden Schutz bieten, die hierher vor Verfolgung fliehen. Aber: Einfach wird das nicht. Es kommen viele traumatisierte Menschen aus dem Krieg, sie sind mit Gewalt aufgewachsen. Ihre Integration wird eine gigantische Herausforderung. Diese unbequemen Wahrheiten müssen ausgesprochen werden. Auch von der Politik.

2. Realistische Prognosen stellen: Gerade hat die Bundesregierung ihre Prognose zu den Flüchtlingszahlen für dieses Jahr deutlich heraufgesetzt - bis zu 800.000 - also rund viermal so viele Menschen wie 2014 - werden nach Einschätzung der Behörden in diesem Jahr nach Deutschland fliehen. Dabei war schon lange klar, dass die alten Zahlen nicht zu halten sein werden.

Voraussichtlich wird rund die Hälfte dieser Flüchtlinge erst einmal bleiben dürfen - wahrscheinlich für viele Jahre. Das muss die Politik den Menschen klar sagen. Es ist nicht absehbar, dass sich die Situation zum Beispiel in Syrien, im Irak oder in Eritrea schnell ändert.

3. Die Debatte versachlichen: Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling. Deutschland muss sich offensiv dazu bekennen, dass es denen Schutz gewährt, deren Leben in Gefahr ist und die Verfolgung ausgesetzt sind. Genauso

Was Deutschland jetzt tun sollte <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-die-politik-jetzt-tun-muss-a-1048611.html>

deutlich muss die Regierung erklären, dass Menschen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen, hier nicht bleiben können - zumindest nicht als Asylberechtigte.

Populistische Parolen über den angeblichen Asylmissbrauch, wie sie die CSU ausgibt, schüren nur Misstrauen und Hass - und zeichnen ein falsches Bild: Das Recht, einen Asylantrag zu stellen, hat jeder Migrant. Das ist noch lange kein Betrug, selbst wenn der Antrag später abgelehnt wird.

Wenn die Union beklagt, Flüchtlinge aus dem Balkan würden monatelang Taschengeld kassieren, muss sie dafür sorgen, dass Asylanträge schneller bearbeitet und Abschiebungen zügiger vollzogen werden. Gegen Ressentiments hilft auch, dass die Menschen das Gefühl haben, es ginge einigermaßen gerecht zu.

4. Entschiedener gegen Rassismus vorgehen: Es muss strafrechtlich konsequenter und auch verbal härter gegen rechtsextreme Gewalttäter vorgegangen werden: Die zunehmende Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte nannte Merkel zuletzt "unseres Landes nicht würdig".

In einer Zeit, in der fast täglich irgendwo in Deutschland Asylbewerberheime angegriffen werden, geht das auch schärfer. Man mag sich nicht vorstellen, wie die Politik reagieren würde, ginge solche Gewalt von Islamisten aus.

5. Gestalten statt verwalten: Die Politik redet viel darüber, wie die Menschen abgeschreckt werden können. Aber Hunderttausende Flüchtlinge sind schon hier. Für sie muss es vernünftige Unterkünfte und Versorgung geben. Und schnelle Entscheidungen - das ist für alle Seiten zentral: Für die, die bleiben dürfen und für die, deren Gesuche abgelehnt werden. Sie sollen sich keine falsche Hoffnung machen. Aber auch die Menschen, die sich in den Städten und Gemeinden um die Flüchtlinge kümmern, brauchen Klarheit, wer bleibt.

Es muss dafür mehr als tausend neue Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) geben. Um die Verfahren zu beschleunigen, will die Regierung nun vier regionale "Entscheidungszentren" schaffen. Ein erster Schritt - aber es wurde schon viel Zeit verloren. Völlig unklar ist, wie die Erstaufnahme-Plätze von derzeit 45.000 binnen weniger Monate auf bis zu 125.000 steigen sollen. Dazu müssen Vorschriften und Standards gelockert werden.

Die Politik darf sich nicht weiter auf die Tausenden Ehrenamtlichen verlassen, die vor den Aufnahmeeinrichtungen Essen und Wasser verteilen. Wie Flüchtlinge sich in Deutschland einfinden, hängt auch mit ihren Startbedingungen zusammen. Dafür ist mehr Geld nötig.

6. Zukunftspläne für jeden Flüchtling entwickeln: Flüchtlinge müssen von Beginn ihrer Ankunft über die ersten Monate oder sogar Jahre von den deutschen Behörden regelmäßig begleitet und unterstützt werden. Sie brauchen Förderung und Forderung: Deutschkurse müssen bei allen, die voraussichtlich bleiben, von Anfang an verpflichtend werden, dafür sind ausreichend Kursplätze nötig.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss erleichtert, die Zusammenarbeit zwischen Bamf und Arbeitsagentur intensiviert werden. Schon bei der Registrierung als Asylbewerber sollte für jeden Flüchtling genau geprüft werden, wie und ob er arbeiten kann.

Flüchtlinge sollten nicht erst nach drei Monaten Aufenthalt Arbeit suchen dürfen - denn ein Job ist der schnellste Weg zur Integration. Menschen aus den Balkan-Ländern haben meist kein Recht auf Asyl, aber sie könnten in Mangelberufen, wie zum Beispiel im Pflegebereich, Ausbildungen absolvieren.

7. Mehr Geld und Kraft in Entwicklungszusammenarbeit stecken: Deutschland investiert hier weniger als die in den Uno-Millenniumszielen vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Aber immer mehr Flüchtlinge kommen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, sie sehen keine wirtschaftliche Perspektive. In Afrika könnte sich Schätzungen zufolge die Zahl der Menschen von heute bis zum Jahr 2100 vervierfachen.

Natürlich kann man sich ärgern, dass afrikanische Staatschefs kaum Interesse zeigen, wenn ihre Landsleute massenhaft ihre Heimat verlassen und im Mittelmeer ertrinken. Aber um gegenzusteuern, sind wirksamere und

Was Deutschland jetzt tun sollte <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-die-politik-jetzt-tun-muss-a-1048611.html>

mehr Programme nötig, die die Zivilgesellschaft stärken. Auch braucht es eine ehrliche Debatte darüber, wie die Industrieländer die afrikanischen Staaten gerechter am Handel teilnehmen lassen können.

8. Die EU-Politik bündeln: Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene dafür stark machen, dass Flüchtlinge schon in oder nahe ihrer Herkunftsländer Anträge auf Asyl stellen können und dann Visa bekommen, damit sie sich nicht in die Hände von Schleppern begeben müssen. Dafür muss eine zentrale Stelle in der EU zuständig sein, in der die gemeinsame Flüchtlingspolitik gebündelt wird.

Load-Date: August 21, 2015

End of Document

[Deutsche Bank rechnet mit Wirtschaftswachstum dank Flüchtlingen;
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-deutsche-bank-
rechnet-mit-wirtschaftswachstum-a-1064535.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-deutsche-bank-rechnet-mit-wirtschaftswachstum-a-1064535.html)

SPIEGEL ONLINE

25. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 356 words

Byline: mxw/Reuters

Highlight: Die Flüchtlingskrise bedroht das deutsche Wirtschaftswachstum? Ganz im Gegenteil, heißt es aus der Deutschen Bank: Der Konzern erwartet wegen der vielen Migranten neue Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich.

Body

Mit den zahlreichen Flüchtlingen wird sich das deutsche Wirtschaftswachstum nach Einschätzung der Deutschen Bank beschleunigen. Das Bruttoinlandsprodukt werde 2016 um 1,9 Prozent wachsen, prognostizierte Stefan Schneider, Chef-Volkswirt des Instituts für Deutschland. Ein Viertel Prozentpunkt davon entfalle auf die staatlichen Ausgaben zur Versorgung der Flüchtlinge.

Auch langfristig zahle sich Zuwanderung aus, denn mit ihr könne der Rückgang der Arbeitskräfte durch den demografischen Wandel abgefedert werden, fügte Schneider hinzu - denn Zuwanderer seien im Schnitt halb so alt wie Deutsche.

Schneider warnte gleichzeitig vor überzogenen Erwartungen. Die Integration der Neuankömmlinge in den deutschen Arbeitsmarkt komme nicht von heute auf morgen. Zudem müsse in den kommenden Jahren massiv in Deutschkurse und andere Qualifizierungsmaßnahmen investiert werden. Er taxierte den Bedarf auf mehr als zehn Milliarden Euro jährlich. Schneider forderte ferner eine Deregulierung, um etwa Unternehmensgründungen zu erleichtern, da sich Migranten häufiger selbstständig machten.

Die Deutsche Bank hatte sich bereits im Oktober für eine aufgeschlossene Willkommenspolitik gegenüber Asylbewerbern plädiert. In einem Gastbeitrag für "Die Zeit" verteidigte der Chefökonom des Konzerns, David Folkerts-Landau, den Kurs von Kanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik.

"Deutschland dürfte in diesem Jahr die USA als Einwanderungsland Nummer eins ablösen", so Folkerts-Landau: "Mit ihrem Bekenntnis zur Zuwanderung könnte Angela Merkel einer der großen Staatsführer werden, die Deutschland weit über die eigene Generation hinaus verändern."

Der Volkswirt warnte auch vor den Folgen des demografischen Wandels in Deutschland: "Wenn sich nichts ändert, erwartet uns eine Zukunft mit weniger Arbeitskräften und mickrigen Wachstumsraten. Die Älteren werden an

Deutsche Bank rechnet mit Wirtschaftswachstum dank Flüchtlingen

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-deutsche-bank-rechnet-mit-wirtschaftswach....>

politischer Macht und Einfluss gewinnen. Deutschland wird zu einem statischen, risikoscheuen und in sich gekehrten Land. Besitzstände zu wahren wird wichtiger sein, als Neues zu schaffen." Auch aus diesen Gründen sei Deutschland auf Einwanderer angewiesen.

mxw/Reuters

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

Bamf-Experten entsetzt über mangelhafte Qualitätskontrolle

SPIEGEL ONLINE

25. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 305 words

Highlight: Nur jeder Zehntausendste Asylentscheid konnte 2015 auf Qualität überprüft werden - Bamf-Experten rügen nach SPIEGEL-Informationen intern diese lückenhafte Kontrolle.

Body

Fachleute des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kritisieren nach SPIEGEL-Informationen in einem internen Papier die mangelhafte Qualitätssicherung der Asylverfahren. Im vergangenen Jahr habe das hierfür zuständige Referat bei gerade mal 0,01 Prozent der 282.700 Asylentscheidungen stichprobenartig überprüfen können, ob die jeweilige Entscheidung korrekt war. Dabei wurden etwa die Bescheide der Flüchtlinge sowie die Protokolle ihrer Anhörungen kontrolliert. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

Die Beschleunigung der Verfahren und die große Zahl neuer, unerfahrener Mitarbeiter in der Behörde könnten nun zu einer "signifikanten Ausweitung" von Problemen führen. Um nicht zu einer reinen "Alibifunktion" zu verkommen, müsse die Qualitätssicherung dringend aufgestockt und verbessert werden, so die Forderung in dem auf März datierten Papier.

Bisher hätten die Kontrolleure deutlich weniger Mitarbeiter als vergleichbare Einheiten in Großbritannien und Schweden, wo die Zahl der Asylanträge um ein Vielfaches geringer ist. Das Bamf sagte auf Nachfrage des SPIEGEL, es gebe ein Konzept der Qualitätssicherung, "das wir an die Bedingungen einer stark gewachsenen Organisation anpassen und das jetzt in die Umsetzung geht".

Wegen der großen Zahl der Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind, hat das Bundesamt die Zahl seiner Mitarbeiter massiv erhöht. Bis zum Sommer sollen es 7300 sein.

Derzeit liegen beim Bamf noch mehr als 450.000 unerledigte Asylanträge. Amtsleiter Frank-Jürgen Weise will diese bis zum Ende des Jahres abarbeiten lassen. Dafür müsste die Behörde das Tempo jedoch nochmals deutlich steigern : Im Mai konnten nur 36.465 Fälle abgeschlossen werden, im Monat davor wurde über rund 45.000 Anträge entschieden.

Load-Date: June 25, 2016

**[Paar hält Flüchtlingsheim für Restaurant - und wird bedient;
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bayern-paar-haelt-fluechtlingsheim-fuer-lokal-und-wird-bedient-a-1068483.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bayern-paar-haelt-fluechtlingsheim-fuer-lokal-und-wird-bedient-a-1068483.html)**

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 292 words

Byline: mxw/dpa

Highlight: Der Irrtum flog erst auf, als die Gäste bezahlen wollten: In Oberfranken haben Bewohner eines Flüchtlingsheims ein Paar bewirtet. Die wussten nicht, dass der einstige Gasthof längst umfunktioniert worden war.

Body

Sie waren von Karlsruhe nach Oberfranken gekommen, für eine Kanutour durchs Grüne. Nach einem Ausflug suchte das Paar schließlich nach einem Lokal - und fand einen alten Gasthof. Dort ließen sich die beiden Touristen bedienen, es gab Brot, Marmelade, Eier, Käse und Tee. Dann verlangte der Mann nach der Rechnung, doch die bekam er nicht. Denn die vermeintlichen Köche und Kellner waren Flüchtlinge, und das Restaurant in Wahrheit ein Asylbewerberheim.

So erfuhren die Gäste erst nach der Mahlzeit, dass sie in keinem Restaurant gelandet waren: Das ehemalige Wirtshaus im oberfränkischen Zapfendorf ist längst außer Betrieb, seit Monaten leben dort Migranten aus Krisengebieten. Einer davon bediente das Paar trotzdem. "Ich sagte: Kommen Sie herein, machen Sie es sich bequem, fühlen Sie sich wie zu Hause", sagte Kawa Suliman nun über die Szene.

Die 68 Jahre alte Frau sagte dem "Fränkischen Tag", sie hätten geglaubt, die Flüchtlingsunterkunft sei noch immer eine Wirtschaft. "Der junge Mann, der nach unseren Wünschen fragte, war so nett - so nette junge Gastronomen muss man doch unterstützen."

Die Asylbewerber um den 30-jährigen Kawa Suliman reagierten spontan. "Wir stellten den Tisch voller Essen", sagte Suliman. Als sich herausstellte, dass das hungrige Paar in einer Flüchtlingsunterkunft gelandet war, sei sie zu Tränen gerührt gewesen, sagte die Frau.

Auch Kawa Suliman erinnerte sich an die Szene: "Die Frau hat geweint." Dabei sei es für ihn und seine Mitbewohner selbstverständlich gewesen, den beiden hungrigen Menschen zu helfen. Einige Tage später kam eine Postkarte mit Dankesworten im Asylbewerberheim an. Die Flüchtlinge wollen sich jetzt revanchieren - und zu Weihnachten eine Karte nach Karlsruhe schicken.

mxw/dpa

Paar hält Flüchtlingsheim für Restaurant - und wird bedient
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bayern-paar-haelt-fluechtlingsheim-fuer-lokal-und-wird-b....>

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

CSU drängt auch Österreich zu Rücknahme von Flüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

08. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 204 words

Byline: Alwin Schröder

Highlight: Österreich droht, Ungarn im Streit über die Rücknahme von Flüchtlingen zu verklagen. Die CSU fordert die Regierung in Wien jetzt auf, ebenfalls Migranten aus Deutschland zurückzunehmen.

Body

Die CSU versucht Österreich im Streit über die Rückführung von Flüchtlingen unter Druck zu setzen. Generalsekretär Andreas Scheuer begrüßte zwar die Drohung Wiens, Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verklagen. Mit der Forderung an Ungarn werde dann aber "wohl auch Österreich viele Flüchtlinge von Deutschland zurücknehmen", sagte er der "Passauer Neuen Presse".

"Da ich noch gut die vielen Busse aus Österreich an der deutschen Grenze vor Augen habe, freut mich jetzt der Appell aus Wien, wieder zu Recht und Ordnung in Europa zurückkehren zu wollen", wird Scheuer zitiert. Österreichs Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) hatte der Regierung in Budapest am Mittwoch mit einer Klage vor dem EuGH gedroht, weil Ungarn sich weigert, Flüchtlinge aus Österreich zurückzunehmen.

Nach der Dublin-Verordnung muss jeder Flüchtling seinen Asylantrag in dem EU-Land stellen, das er zuerst betreten hat. Wird er in einem anderen EU-Staat aufgegriffen, kann er in das Einreise-Land zurückgeschickt werden. Ungarn argumentiert, dass die meisten Flüchtlinge über Griechenland eingereist seien. Die Rückführung nach Griechenland ist aber wegen der schwierigen Situation vor Ort ausgesetzt.

als/dpa

Load-Date: September 8, 2016

"Die Gräben werden tiefer"

SPIEGEL ONLINE

13. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 777 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Hassbriefe und Beleidigungen - Migrationsexperte

Body

SPIEGEL ONLINE: Herr Dilmaghani, die Balkanroute ist weitgehend dicht, die Bundesregierung hat das Asylrecht verschärft. Ist die deutsche Willkommenskultur schon wieder Geschichte?

Dilmaghani: Die Zivilgesellschaft lebt die Willkommenskultur nach wie vor. Das Engagement der Zehntausenden Helfer ist ungebrochen. Sie sind nicht ausgebrannt oder resigniert, wie es manchmal heißt. Sie haben sich, im Gegenteil, professionalisiert. Nur hat die Bundesregierung dieses Potenzial politisch nicht aufgegriffen.

SPIEGEL ONLINE: Politiker haben den Einsatz der Ehrenamtlichen doch lautstark gewürdigt.

Dilmaghani: Die politische Agenda aber wird von den Zweiflern und Einwanderungsgegnern bestimmt. Sie haben es geschafft, dass wir seit Monaten fast ausschließlich über eine Frage diskutieren: Was können wir tun, damit die Flüchtlingszahlen sinken? Die Integration der Neuankömmlinge spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.

SPIEGEL ONLINE: Die Koalition hat sich gerade erst auf ein Integrationsgesetz verständigt.

Dilmaghani: Dieses Gesetz ist ein Rückschritt in die Achtzigerjahre. Geflüchtete werden als Problemgruppe definiert. Sie müssen sich beweisen. Und wenn ihnen die Ankunft in Deutschland nicht schnell genug gelingt, droht ihnen die Abschiebung.

SPIEGEL ONLINE: Was muss getan werden, damit die Integration der Geflüchteten gelingt?

Dilmaghani: Wir müssen damit aufhören, Integration einseitig Migranten zuzuschreiben, sondern müssen gemeinsam für eine plurale, offene Gesellschaft eintreten. Wir brauchen ein Bundesministerium für Migration und Integration, das - anders als das Innenministerium - Einwanderung nicht vorrangig unter Sicherheitsaspekten betrachtet. Wir sollten uns auf ein Integrations- und Einwanderungsgesetz einigen, das Arbeitsmigration nach Deutschland vernünftig und übersichtlich regelt und Integration als politische Querschnittsaufgabe fördert.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben von 2000 bis 2005 im Kanzleramt unter anderem zu Migrationsfragen gearbeitet. Hat sich seither gar nichts verbessert?

"Die Gräben werden tiefer"

Dilmaghani: Doch, einiges. Städte und Kommunen haben sich Einwanderern geöffnet. Durch das Staatsangehörigkeitsgesetz wurde der Missstand behoben, dass nur Kinder deutscher Eltern Deutsche sein können. Es gibt Ansätze einer planvollen Integrationspolitik. Die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist eindeutig mit Ja beantwortet.

SPIEGEL ONLINE: Aber?

Dilmaghani: Wie wird aus dem Einwanderungsland eine Einwanderungsgesellschaft mit gleichen Teilhabechancen für alle? Bei vielen Themen treten wir auf der Stelle. Eine Studie der Bundesregierung hat gerade offenbart, dass Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst noch immer stark unterrepräsentiert sind. Sie sind öfters befristet, seltener verbeamtet, überproportional in niedrigeren Positionen vertreten. Gerade der öffentliche Dienst hat die Verpflichtung, die Gesellschaft in ihrer Vielfalt abzubilden. Wir brauchen gesetzlich verankerte Ziele bis wann wir das erreicht haben wollen. Hier wiederholt sich, was wir bereits aus der Frauenpolitik kennen. Ohne gezielte Förderung wird es nicht gehen. Zugleich wird seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise wieder häufiger zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Die Gräben werden tiefer.

SPIEGEL ONLINE: Mit der AfD könnte schon bald eine Partei in den Bundestag einziehen, die gezielt Vorurteile gegen Einwanderer schürt.

Dilmaghani: Das macht mir Sorge. Die Verrohung in der politischen Auseinandersetzung, die die AfD mit befördert, ist bedenklich. Unser Verein DeutschPlus wird in Briefen und E-Mails auf eine Weise beleidigt, wie ich das bisher nicht kannte. Rassisten sind im Begriff, das gesellschaftliche Klima in dem Land nachhaltig zu vergiften.

SPIEGEL ONLINE: Was lässt sich dem Rechtsruck entgegensetzen?

Dilmaghani: Wir dürfen nicht vor den Rechten zurückschrecken. Wir dürfen ihnen nicht das Gefühl geben, dass ihre menschenverachtenden Positionen von einer stillen Mehrheit geteilt werden, sondern müssen als gesamte Gesellschaft dagegenhalten. Die Berliner Migrationsforscherin Naika Foroutan fordert zurecht ein "modernes Leitbild" für Deutschland. Wir brauchen massive Demokratieförderung und eine klare Antidiskriminierungspolitik von oben. Und wir brauchen eine politische Bewegung von unten, eine selbstbewusste und aktive Zivilgesellschaft, die die Werte und den Geist unserer Verfassung aktiv lebt und einfordert. Wir können nicht heute alle Boateng sein und morgen Alltagsrassismus hinnehmen.

Load-Date: June 13, 2016

Wohnen auf Sylt, studieren in Flensburg

SPIEGEL ONLINE

16. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: LEBEN UND LERNEN / UNI

Length: 717 words

Byline: Armin Himmelrath

Highlight: Rasha Bamatraf darf nicht umziehen, obwohl sie in einer anderen Stadt einen Studienplatz hat: Solange das Asylverfahren läuft, haben geflüchtete Studenten häufig Schwierigkeiten - obwohl es viel Hilfe gibt.

Body

Rasha Bamatraf spricht schnell. Sie hat nur wenige Minuten, um das Scheitern ihres Herkunftsstaates zu skizzieren. Sie steht in einem Seminar an der Universität Flensburg - und anders als ihre Kommilitonen kann sie nicht in ihre Heimat zurück.

Die 29-Jährige kam vor etwas mehr als einem Jahr als Flüchtling aus dem Jemen nach Deutschland. Heute lebt sie auf Sylt und studiert in Flensburg.

"Ich bin so glücklich, dass ich daran teilhaben kann", sagt Bamatraf nach den ersten Wochen im Masterstudiengang European Studies. Doch wie für die meisten Flüchtlinge in Deutschland machte ihr der Weg an die Uni Sorgen.

Die sind zwar nicht vergleichbar mit der Angst, die sie vor den Huthi-Rebellen hatte, ehe sie aus dem Jemen floh. Auch nicht vergleichbar mit der Angst, die sie als Unterstützerin des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi hatte. Aber es sind eben doch: Sorgen.

Praktische Probleme des Ausländerrechts machen es Bamatraf schwer. "Nicht in der Lage zu sein, nach Flensburg ziehen zu können, ist ein Problem. Auf Sylt von Bafög zu leben auch", erzählt sie. Gern würde sie ins rund 70 Kilometer entfernte Flensburg umziehen, um täglich vier Stunden Zugfahrt und monatlich Hunderte Euro für Fahrkarten sowie die teure Miete zu sparen.

Bürokratie einerseits, Hilfsprogramme andererseits

Doch an der Kreisverteilung hält der Staat bei ihr fest, andere Betroffene kämpfen noch um Ausnahmen. Vor diesen und ähnlichen Hürden stehen bundesweit viele Flüchtlinge. Genaue Zahlen gibt es nicht, da die Hochschulen den Aufenthaltsstatus bei der Immatrikulation nicht erfragen.

Dabei sind sich alle Beteiligten eigentlich einig: Dass qualifizierte Flüchtlinge an die Unis kommen, ist gewollt. Das Bundesbildungsministerium stellt mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst über vier Jahre hinweg

Wohnen auf Sylt, studieren in Flensburg

100 Millionen Euro für sprachliche und fachliche Vorbereitungskurse bereit. Und die allein 2016 bis zu 4000 Teilnehmer dieser "Integra"-Kurse streben ein Studium an oder haben es begonnen.

Wenn das Ausländerrecht dazwischen schießt, helfen die Kurse jedoch wenig: "Wir bemerken zum Teil eine staatlich verschuldete Unmündigkeit", beklagt Charlotte Fiala, Migrationsforscherin und bisherige Koordinatorin des Flüchtlingsprogramms an der Uni Flensburg.

Studium schützt nicht vor Abschiebung

Auch wenn die Geflüchteten die Sprachkurse gemeistert und ein Studium aufgenommen haben, gilt: Solange ihr Asylverfahren läuft, haben sie keinen Anspruch auf Bafög. Die Bundesregierung kennt das Problem. Bereits am 21. Dezember 2015 schrieb die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern an Bundessozialministerin Andrea Nahles: Es könne eine Finanzierungslücke entstehen, "die studierwillige Flüchtlinge von der Aufnahme eines Studiums abhalten könnte".

Auch die Unsicherheit, ob sie bleiben dürfen, kann die Uni den Flüchtlingen nicht nehmen. Nach Ende der Asylverfahren haben geflüchtete Studenten laut neuem Integrationsgesetz keinen Anspruch auf eine Duldung - anders als Auszubildende. "Die Leute, die hier bei uns erfolgreich ein Studium abschließen, sind ja auch Leistungsträger der Gesellschaft", sagte Migrationsforscherin Fiala. Die Uni möchte sie am liebsten halten.

"Es ist okay, verschieden zu sein"

Die Innenministerien nehmen darauf aber keine Rücksicht: Eine Umfrage des schleswig-holsteinischen Innenministeriums unter allen Bundesländern ergab, dass das Studium bundesweit nicht als Duldungsgrund zählt. "Im Unterschied zu einer Berufsausbildung mit einer festgelegten Ausbildungsdauer ist bei Aufnahme eines Studiums der dafür benötigte Zeitaufwand nicht abschätzbar", teilte das Bundesinnenministerium dazu mit.

Solange Studenten wie Bamatraf noch weit mehr als eineinhalb Jahre auf die Entscheidung ihres Asylantrags warten, solange gibt es auch Probleme. Fast jeder Teilnehmer sei ein Sonderfall, sagt Fiala mit Blick auf das "Integra"-Programm in Flensburg.

Rasha Bamatraf lässt sich von Problemen nicht abhalten. Nach einem Wirtschaftsstudium will sie mit Europawissenschaften später politisch etwas bewirken. "Was ist mit den anderen? Mit Frauen, die immer noch im Jemen sind, die immer noch unter der patriarchischen Gesellschaft leiden?", fragt sie. "Sie brauchen Beispiele, um zu sehen, dass es okay ist, verschieden zu sein."

Alexander Preker/dpa/him

Load-Date: November 16, 2016

[Papst Franziskus bringt Flüchtlinge in den Vatikan;
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/papst-franziskus-besucht-
fluechtlinge-auf-lesbos-a-1087574.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/papst-franziskus-besucht-fluechtlinge-auf-lesbos-a-1087574.html)

SPIEGEL ONLINE

16. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 605 words

Byline: vks/dpa

Highlight: 09:13:00 Der Pontifex trifft sich auf der Insel Lesbos erneut mit Flüchtlingen. Auf der Rückreise in den Vatikan will er zehn von ihnen mitnehmen. Sie waren schon vor dem EU-Türkei-Deal in Griechenland angekommen.

Body

An Gründonnerstag wusch Papst Franziskus elf Migranten in einem Asylbewerberheim vor den Toren Roms die Füße, nun setzt er erneut ein Zeichen: Das Kirchenoberhaupt ist am Samstag auf der Ägäisinsel Lesbos gelandet, um Hunderte Hilfesuchende zu besuchen. Mehr noch: Auf der Rückreise will der Pontifex zehn Flüchtlinge und Migranten mitnehmen.

Wie das griechische Staatsfernsehen berichtete, handelt es sich bei den Menschen um acht syrische und zwei afghanische Staatsbürger. Sie sind demnach bereits in Griechenland angekommen, bevor der EU-Flüchtlingspakt mit der Türkei in Kraft getreten ist. Deshalb werden die Schutzsuchenden nicht in die Türkei zurückgeführt.

Kommentatoren werten die Geste als Zeichen der Unterstützung von Griechenland und als Kritik an einer Politik der Abgrenzung und geschlossenen Grenzen in Europa.

"Wir wollen Freiheit"

Griechenlands Regierungschef Alexis Tsipras hatte Franziskus am Samstag zum Auftakt seines fünfstündigen Besuchs am Flughafen empfangen und begleitete ihn. Unmittelbar nach seiner Ankunft besuchte der Papst das Aufnahmelager von Moria. Er begrüßte Dutzende Minderjährige, die meist auf eigene Faust die gefährliche Überfahrt aus der Türkei zu den griechischen Inseln gewagt hatten, wie das griechische Fernsehen (ERT) berichtete.

Im Lager warteten Hunderte Menschen. Viele trugen Plakate mit dem Spruch "Wir wollen Freiheit" und "Du bist unsere Hoffnung". Unter ihnen waren Jesiden, Pakistaner und Kurden. Danach ging es weiter in ein Zelt, wo der Papst mit Migrantenfamilien sprach. Etwa 3000 Menschen sind dort derzeit in dem Lager in Moria untergebracht.

Papst Franziskus bringt Flüchtlinge in den Vatikan <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/papst-franziskus-besucht-fluechtlinge-auf-lesbos-a-1087574.html>

Papst-Sprecher Federico Lombardi erklärte, die kurzfristig anberaumte Reise sei "aus der Sorge des Papstes über die Situation der Flüchtlinge" entstanden. Im Hafen sind eine Schweigeminute und ein Gebet für Hunderte Flüchtlinge geplant, die die Überfahrt von der Türkei nicht überlebt haben und in der Ägäis ertrunken sind.

Begleitet wird das Kirchenoberhaupt vom griechisch-orthodoxen Patriarchen Bartholomaios I. und dem orthodoxen Erzbischof Hieronymus II.. "Wir hoffen, dass unsere Initiative politisch genutzt wird, um einen Zweck zu erreichen: Das Problem, das wir zur Zeit haben, zu internationalisieren", sagte Erzbischof Hieronymus II. bei seiner Ankunft auf Lesbos am Freitag. "Denn es ist nicht ein Problem der Griechen, sondern Europas und der ganzen Welt."

"Einfache, aber starke Geste"

Die Ägäisinsel ist in den vergangenen Monaten besonders stark von der Flüchtlingskrise betroffen gewesen, zwischenzeitlich landeten täglich mehr als 7000 Menschen an den Stränden und felsigen Ufern. Inzwischen leben dort noch etwa 4100 Flüchtlinge, die meisten von ihnen sollen laut EU-Türkei-Pakt in die Türkei zurückgebracht werden.

Seit seinem Amtsantritt im März 2013 hat sich Papst Franziskus immer wieder für die Flüchtlinge eingesetzt und Europa zu mehr Engagement und Solidarität aufgerufen. Nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt besuchte der 79-Jährige die italienische Insel Lampedusa.

Italiens Regierungschef Matteo Renzi lobte die 13. Auslandsreise des Papstes als "einfache, aber starke Geste". Wie Griechenland fühlt sich auch Italien in der Flüchtlingskrise von den anderen EU-Staaten häufig allein gelassen.

Auch die deutschen Bischöfe lobten die Papst-Reise: Sie sei "starkes Zeichen der Solidarität" mit den Flüchtlingen. "Mit dem Besuch erinnert der Papst die internationale Staatengemeinschaft an das Schicksal der Flüchtlinge, das uns nicht gleichgültig sein darf", sagte Erzbischof Stefan Heße, der "Flüchtlingsbischof" der Deutschen Bischofskonferenz, der "Passauer Neuen Presse".

vks/dpa

Load-Date: April 16, 2016

Obdachlose Flüchtlinge sollen auf Fähren unterkommen

SPIEGEL ONLINE

20. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 433 words

Byline: Katherine Rydlink

Highlight: Ein Feuer hat auf Lesbos eine Flüchtlingsunterkunft zerstört und Hunderte obdachlos zurück gelassen. Der Großteil von ihnen sollen nun auf Fähren untergebracht werden.

Body

Hunderte Flüchtlinge sind nach einem Brand in einem Auffanglager auf der griechischen Insel Lesbos obdachlos - eine Fähre soll ihnen nun als provisorische Unterkunft dienen. Das sagte der für die Handelsmarine zuständige griechische Minister Theodoros Dritsas dem Radiosender Praktorio.

Die Fähre im Hafen der Hauptstadt habe eine Kapazität von 1000 Plätzen und solle am Mittwoch in Richtung Mytilini ablegen, sagte er. Vor allem Familien sollten auf dem Schiff untergebracht werden. Wenn es nötig sei, werde noch ein zweites Schiff geschickt, fügte Dritsas laut dem britischen Sender BBC hinzu.

Am Montagabend hatte ein großes Feuer ein Flüchtlingslager auf Lesbos stark beschädigt. Tausende Menschen sind nun obdachlos. Ersten Erkenntnissen zufolge legten Bewohner des völlig überfüllten Lagers Moria an verschiedenen Stellen Feuer, so dass der sogenannte Hotspot zu mehr als 60 Prozent zerstört wurde. Anschließend machten sich die Menschen auf den Weg zum Hafen der Insel.

"Angesichts des überfüllten Lagers war es nur eine Frage der Zeit, bis das passiert"

Die Situation könne jederzeit wieder eskalieren, warnte Bürgermeister Spyros Galinos. "Angesichts des überfüllten Lagers war es nur eine Frage der Zeit, bis das passiert", sagte Galinos. "Wenn die Situation nicht umgehend entschärft wird, werden wir sicher wieder neue, noch schlimmere Vorfälle erleben."

Die griechische Polizei geht davon aus, dass Flüchtlinge und Migranten für die Brandstiftung verantwortlich sind. Am Dienstagmorgen wurden 18 Personen aus Afghanistan, Senegal, Syrien und anderen Ländern festgenommen, wie die Athener Tageszeitung "Kathimerini" berichtete.

Zuvor war Medienberichten zufolge im Hotspot das Gerücht herumgegangen, es stünde eine weitere Auslieferungsrunde von Flüchtlingen und Migranten an die Türkei bevor. Daraufhin begannen demnach die Proteste und Krawalle.

Weil alle Flüchtlinge, die nach dem 20. März illegal nach Griechenland eingereist sind, vor ihrer Abschiebung in die Türkei Asyl beantragen können und die Verfahren sich in die Länge ziehen, wurden erst rund 500 Menschen

Obdachlose Flüchtlinge sollen auf Fähren unterkommen

zurückgeschickt. Neuankömmlinge werden auf Lesbos sowie auf Kos, Leros, Samos und Chios festgehalten, so dass die Auffanglager schon seit Monaten überfüllt sind. In Moria auf Lesbos sollten 1500 Menschen Platz finden - zuletzt harnten dort mehr als doppelt so viele Flüchtlinge aus.

Mehr als 500 Bürger hatten am Wochenende gegen den überfüllten Hotspot protestiert, darunter auch Mitglieder der rechtsextremistischen griechischen Partei "Goldene Morgenröte".

kry/dpa

Load-Date: September 21, 2016

End of Document

[Japan bietet angeblich Finanzspritze statt Asyl an;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingshilfe-japan-bietet-
angeblich-800-millionen-dollar-an-a-1055017.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingshilfe-japan-bietet-angeblich-800-millionen-dollar-an-a-1055017.html)

SPIEGEL ONLINE

28. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 219 words

Byline: als/Reuters

Highlight: Japan hat bislang kaum Asylbewerber ins Land gelassen. Stattdessen will sich die Regierung laut einem Medienbericht mit mehr als 800 Millionen US-Dollar an der Unterstützung von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak beteiligen.

Body

Die Quote war im vergangenen Jahr bescheiden: Von 5000 Asylanträgen wurden nur elf bewilligt. Anfang des Monats kündigte die Regierung von Premier Shinzo Abe sogar eine weitere Verschärfung der Bestimmungen an, um Flüchtlingen die Einreise ins Land weiter zu erschweren.

Stattdessen will Japan sich jetzt angeblich mit Geld an der Bewältigung der Flüchtlingskrise beteiligen: Tokio werde zur Unterstützung von Migranten aus Syrien und dem Irak rund 810 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen, meldet die Nachrichtenagentur Reuters und beruft sich dabei auf den öffentlich-rechtliche Sender NHK.

Der Krieg in Syrien dürfte am Montag das Hauptthema der Generaldebatte der Uno-Vollversammlung in New York sein. Es wird erwartet, dass sich unter anderem US-Präsident Barack Obama und Russlands Staatschef Wladimir Putin dazu äußern.

Der "Islamische Staat" (IS) hatte vor gut einem Jahr weite Teile des Irak und Syriens eingenommen. Die Gefährdung durch die Terrormiliz sowie die Flüchtlingskrise haben den 2011 ausgebrochenen Bürgerkrieg in Syrien wieder stärker in den Fokus der internationalen Gemeinschaft gerückt. Derzeit wird in Deutschland und international darüber diskutiert, wie der Konflikt auch unter Einbindung von Syriens wichtigsten Verbündeten Russland und Iran beendet werden könnte.

als/Reuters

Load-Date: September 28, 2015

Japan bietet angeblich Finanzspritze statt Asyl an <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingshilfe-japan-bietet-angeblich-800-millionen-dollar-an-a-1055....>

End of Document

**"EU hält nicht, was sie verspricht";
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-innenminister-die-eu-haelt-nicht-was-sie-verspricht-a-1086020.html>**

SPIEGEL ONLINE

08. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 653 words

Byline: Giorgos Christides

Highlight: 23:02:00 Griechenland fühlt sich in der **Flüchtlingskrise** alleingelassen. "Wir tragen die größte Last", sagt Innenminister Kouroumbis - und kritisiert die EU wegen nicht gehaltenen Versprechen beim Deal mit der Türkei.

Body

Griechenland hat am Freitag die Rückführung von **Flüchtlingen** in die Türkei fortgesetzt. Zwei Schiffe brachten insgesamt 124 **Migranten** von den griechischen Ägäisinseln in die westtürkische Hafenstadt Dikili.

Die Abschiebungen im Rahmen des umstrittenen Abkommens zwischen der EU und der Regierung in Ankara hatten zwar am Montag begonnen, waren dann aber gestoppt worden. Offenbar gab es Probleme: Ein Großteil der **Migranten** und **Flüchtlinge**, die für die Rückführung ausgewählt wurden, hatte inzwischen einen **Asylantrag** gestellt, der dann erst geprüft werden musste - oder die **Migranten** waren auf den Abschiebelisten nicht mehr auffindbar. Vor allem fehlt es offenbar an Personal für die Bearbeitung der Anträge.

SPIEGEL ONLINE sprach mit dem griechischen Innenminister Panagiotis Kouroumbis über die Probleme.

SPIEGEL ONLINE: Hat die EU ihre Verpflichtungen eingehalten?

Panagiotis Kouroumbis: Wir sollten die Dinge beim Namen nennen. Die EU muss zu ihren Zusagen stehen. Uns wurden 60 Schiffe versprochen, geschickt wurden nur acht. Mein deutscher Kollege Thomas de Maizière hat zwei weitere versprochen, wir warten noch. 1600 Frontex-Mitarbeiter waren versprochen, 800 sind erst hier. 60.000 Migranten sollten aus Griechenland umverteilt werden. Bislang ist das nur mit 400 tatsächlich geschehen. 700 Millionen Euro wurden uns versprochen, aber wegen der bürokratischen EU-Mechanismen kamen bislang weniger als 40 Millionen Euro an.

SPIEGEL ONLINE: Sie sagen, die Türkei ist weder reif noch glaubwürdig genug für einen EU-Beitritt. Wie können Sie einem solchen Land vertrauen, ob es die Rechte der zurückgeschickten Flüchtlinge achten wird?

Kouroumbis: Wie Sie wissen, ist das kein bilaterales Abkommen zwischen uns und der Türkei, sondern eines, das alle EU-Staaten unterschrieben haben. Griechenland hat zuletzt ein Gesetz erlassen, das klar definiert, unter

"EU hält nicht, was sie verspricht" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-innenminister-die-eu-haelt-nicht-was-sie-verspricht-a-1086020.html>

welchen Kriterien wir in ein sicheres Drittland abschieben. Die Türkei muss diese Kriterien erfüllen, um ihre Chancen auf einen EU-Beitritt wiederzubeleben.

SPIEGEL ONLINE: In dem Hunderte Seiten langen neuen Gesetz wird die Türkei mit keinem Wort erwähnt. Trotzdem geht Griechenland offenbar davon aus, die Türkei sei sicher.

Kouroubmlis: Es gibt keine Anerkennung in dem Gesetz, sondern nur unsere Kriterien.

SPIEGEL ONLINE: Wird Griechenland mit Abschiebungen aufhören, wenn die Türkei, trotz der EU-Türkei-Vereinbarung, die Kriterien nicht erfüllt?

Kouroubmlis: Natürlich. Wenn wir feststellen müssen, dass Flüchtlinge dort nicht sicher sind und dass ihre Rechte nicht respektiert werden, schicken wir keine mehr zurück. Die Beweislast liegt bei Europa, beim zivilisierten Europa. Das ist kein bilateral Deal.

SPIEGEL ONLINE: Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtet, die Türkei schiebe zurück nach Syrien ab.

Kouroubmlis: Die Vorwürfe sind bekannt, aber wir hoffen, dass die Türkei ihren Teil der Vereinbarung einhält. Aber um das klarzustellen: Die EU erlaubt, dass die Nordgrenze Griechenlands geschlossen wird. Europa hält sich nicht an die Umsiedlung innerhalb der EU. Auch beim Personal, bei den Schiffen hält die EU bislang nicht, was sie verspricht. Was soll Griechenland also tun? Wir tragen die größte Last in der Krise und werden obendrein beschuldigt, die Probleme schlecht zu verwalten. Die EU hat 580 Millionen Einwohner und es soll so schwer sein, 1,5 Millionen Menschen unterzubringen? Ist das das Europa, an das wir glauben, ein Europa der geschlossenen Grenzen? Ein Europa, das sich dem neuen Nationalismus ergibt, wie ihn ausgerechnet die neuen EU-Staaten zur Schau stellen, die auch dank Griechenlands Unterstützung in die EU gekommen sind? In Europa wurde schon viel Blut wegen aufkeimendem Nationalismus vergossen.

Das Interview führten Katrin Kuntz und Giorgos Christides

Load-Date: April 9, 2016

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/studie-ueber-auslaender-im-schulbuch-immer-haben-sie-probleme-a-1023826.html>

SPIEGEL ONLINE

17. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SCHULSPIEGEL / WISSEN

Length: 957 words

Byline: Charlotte Klein

Highlight: Ausländer sind "Asylanten" in Bayern", Migration ist "illegale Einwanderung" - manche deutsche Schulbücher bedienen unverändert Stereotype aus den Achtzigern. Das zeigt eine neue Studie.

Body

Migranten in Deutschland? Das sind vor allem unterdrückte Frauen, entwurzelte Flüchtlinge und potenzielle Kriminelle - jedenfalls dann, wenn man aktuellen Schulbüchern glaubt. Das ist das Ergebnis einer Studie, die am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Denn das Bild, das viele deutsche Lehrwerke von Zuwanderern, ihrer Kultur, ihrer Lebensrealität und ihrer Religion vermitteln, ist auf dem Stand der Achtzigerjahre stehengeblieben.

Damals vertraten die Kohl-Regierung und weite Teile der Gesellschaft noch die Ansicht, dass Gastarbeiter und andere Ausländer sich nur vorübergehend in Deutschland aufhielten und früher oder später in ihre "Heimat" zurückkehren würden.

"Es fällt den Schulbüchern schwer, die demografische Realität - also die deutsche Einwanderungsgesellschaft - zeitgemäß in Bild und Text zu fassen", bilanziert eine der Leiterinnen der Studie, Viola B. Georgi, Professorin für Diversity Education an der Universität Hildesheim. Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird in den Werken immer noch weitgehend ignoriert. "Dabei ist Vielfalt im Klassenzimmer längst zur Regel geworden", sagt Georgi.

Beispiele aus einer Vorläuferuntersuchung zeigen, was die Forscher meinen. In einem bayerischen Geschichtsbuch etwa heißt es, die Schüler sollen rausgehen zu den "Gastarbeitern", den "Russlanddeutschen", den "Asylanten" und schauen, wie diese leben - auch wenn mittlerweile mehr als jeder vierte deutsche Schüler selbst eine Migrationsgeschichte hat. Deren Eltern werden zu Untersuchungsobjekten gemacht - und ihre Biografien als Gegensatz zu der "gelungenen Integration" der deutschstämmigen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt. Eine Seite zum Thema "Migration in Bayern" zeigt die illegale Einwanderung eingeschleuster Chinesen, die Polizisten tragen Mundschutz. (mehr Beispiele in der Fotostrecke)

Was im Schulbuch steht, gilt als wahr

Der Gastarbeiter macht Probleme <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/studie-ueber-auslaender-im-schulbuch-immer-haben-sie-probleme-a-1023826.html>

Das ist deshalb fatal, weil Schulbuchinhalte als gültig und gesichert gelten. "Sie prägen die Kinder. Sie treten mit dem Gestus auf: Das ist gesichertes Wissen", sagt der Frankfurter Erziehungswissenschaftler Frank-Olaf Radtke, der das Problem seit Jahren erforscht.

Auftraggeber der Untersuchung ist die Bundesbeauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge, Aydan Özouz. Fünf Wissenschaftler der Universität Hildesheim und des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig hatten 65 aktuell zugelassene Lehrwerke für Sozialkunde, Politik, Geschichte und Geografie aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen untersucht.

Mit dem dabei vermittelten Bild werde nicht nur deutschstämmigen Schülern ein überholtes Bild von Migranten vermittelt, sagt Viola B. Georgi: "Es gibt auch Aufgabenstellungen wie ‚Fragt einen Schüler mit Migrationshintergrund in eurer Klasse, wie seine Familie zu uns nach Deutschland gekommen ist‘ oder die Aufforderung, die Klasse mal in ausländische und deutsche Schüler zu teilen, um eine bestimmte Aufgabe zu lösen. So führen die Schulbücher eine 'wir - sie'-Unterscheidung ein, die den Kindern vorher gar nicht bewusst war." Schüler aus Einwandererfamilien werden auf diese Weise aus der Gruppe, an die sich die Schulaufgabe richtet, ausgeschlossen, und zum Untersuchungsobjekt gemacht.

"Mama, bin ich Ausländerin?"

Das ist besonders absurd, da inzwischen jeder dritte Schüler unter 15 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund hat. In vielen Klassen in Berlin, Hamburg oder Frankfurt haben sogar mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen ausländische Wurzeln.

Manchem Schüler wird durch solche Aufgabenstellungen überhaupt erst bewusst, dass er offenbar als "anders" gesehen wird und nicht dazugehört. Frank-Olaf Radtke erzählt: "Die kleine Tochter einer meiner Doktorandinnen kam eines Tages ganz verstört aus der Grundschule und fragte: 'Mama, bin ich Ausländerin?'"

Obwohl Radtke und viele seiner Kollegen seit Jahren auf die Missstände hinweisen, hat sich bisher kaum etwas getan. Selbst brandneue Auflagen von Schulbüchern sind oft gespickt mit "wir - ihr"-Unterscheidungen und Stereotypen über das Aussehen von Migranten, ihr Auftreten oder die von ihnen ausgeübten Berufe.

Mehr Sorgfalt beim Schulbuchschreiben

Den Schulbuchverlagen empfehlen die Wissenschaftler, ihre Redakteure gezielt zu sensibilisieren und sie regelmäßig weiterzubilden. Außerdem sollten sie Autoren mit Migrationshintergrund rekrutieren. "Und ich halte ein zusätzliches kritisches Lektorat durch Fachwissenschaftler und Fachdidaktiker für ratsam", sagt Viola B. Georgi.

Bei den drei großen deutschen Schulbuchverlagen Cornelsen, Klett und Westermann sieht man sich dennoch auf einem guten Weg: "Wir haben uns die Ergebnisse der Studie genau angeschaut. Sie hat ohne Frage auf Dinge hingewiesen, die wir besser machen müssen", sagt Anja Hagen, verlegerische Geschäftsführerin bei Cornelsen, "aber wir haben schon in den letzten Jahren viel unternommen, zum Beispiel unsere Autoren in interkultureller Bildung fortgebildet. Wir müssen das nur noch konsequenter weiterverfolgen."

Bis der Gesinnungswandel in den Klassenzimmern ankommt, wird es wohl trotzdem noch dauern: Neue Schulbücher oder Überarbeitungen zu erstellen ist zeitaufwendig und teuer, deshalb werden sie bis zu zehn Jahre lang eingesetzt und erst dann ausgetauscht.

Zusammengefasst: Schulbücher prägen, wie Kinder die Welt um sich herum wahrnehmen. Eine neue Studie im Auftrag der Bundesregierung zeigt, dass beim Thema Migration noch vielfach stereotype Ansichten verwendet werden, die längst überholt sind. Die Autoren kritisieren das scharf, die Schulbuchverlage sagen, sie hätten das Problem erkannt.

Der Gastarbeiter macht Probleme <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/studie-ueber-auslaender-im-schulbuch-immer-haben-sie-probleme-a-1023826.html>

End of Document

[Innenminister verärgert über lange Asylverfahren;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-innenminister-
veraergert-ueber-lange-asylverfahren-a-1066255.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-innenminister-veraergert-ueber-lange-asylverfahren-a-1066255.html)

SPIEGEL ONLINE

04. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 348 words

Byline: heb/dpa/Reuters

Highlight: Der neue Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise muss ordentlich Kritik einstecken. Die Innenminister der Länder fordern schnellere Asylverfahren. Ihr Tipp an Weise: Auch am Wochenende oder in Schichten könne gearbeitet werden.

Body

Gut eine Million Flüchtlinge sollen Deutschland in diesem Jahr erreichen. Der Berg unbearbeiteter Asylanträge ist groß - der Bund müsse endlich mehr tun. Das haben die Innenminister der Länder am Freitag in Koblenz deutlich gemacht. "Man kann auch samstags und sonntags durchaus tätig werden", sagte der Chef der Innenministerkonferenz, Roger Lewentz (SPD), nach Abschluss des Treffens in Koblenz.

Zuvor hatte der neue Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, die Innenminister besucht. Er musste sich heftige Kritik anhören. Der Bamf-Chef hat die Zahl der Bescheide nach Angaben von Lewentz von 1000 auf 1600 pro Tag gesteigert. Es sei die Frage gestellt worden, was mit der Differenz zu den derzeit rund 3000 abzuarbeitenden Anträgen pro Tag sei. Der Innenminister aus Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), sagte, Weise habe die Differenz "nicht anerkannt".

NRW-Minister Ralf Jäger (SPD) warnte: "Wir steuern dieses Jahr auf eine Million Asylanträge zu." Derzeit liegen nach Angaben von Lewentz 300.000 alte Fälle auf Halde, dazu würden noch einige hunderttausend weitere Fälle kommen. Wie viele Asylbescheide 2015 erstellt werden, habe der Behördenchef nicht sagen können, kritisierte Jäger. Er sagte über das Treffen: "Das war weitestgehend enttäuschend, in manchen Teilen sogar erschreckend."

Die Bamf-Mitarbeiter sollen nach Ansicht der Landesinnenminister flexibler arbeiten - nach dem Vorbild von Ländern und Kommunen. "Flüchtlinge können sich nicht nur an Bürozeiten von 8 bis 16 Uhr halten", sagte Jäger, der Sprecher der SPD-Minister ist. Caffier, der für die Unionsseite spricht, sagte: "Im Zweifelsfall sind sogar im öffentlichen Dienst mal Überstunden möglich." Lewentz verwies auf ein Zwei-Schichten-Modell im Saarland. Wenn Weise dies mit der Personalvertretung regele, könne dies zusätzlich Entlastung bringen.

Die Innenminister mahnten zudem erneut an, dass durch die geplante Wiedereinführung der Einzelfallprüfung bei syrischen Flüchtlingen die Verfahrensdauer nicht länger werden dürfe.

Innenminister verärgert über lange Asylverfahren <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-innenminister-veraergert-ueber-lange-asylverfahren-a-106....>

heb/dpa/Reuters

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

Orte der Schande; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewalt-gegen-fluechtlinge-in-diesen-orten-gab-es-uebergriffe-a-1044777.html>

SPIEGEL ONLINE

22. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 244 words

Byline: heb/vek; Grafik: Chris Kurt

Highlight: Reichertshofen, Lübeck, Freital - **Flüchtlinge** sind in Deutschland Brandanschlägen und Drohungen ausgesetzt. Die interaktive Karte zeigt, wo es in diesem Jahr zu Übergriffen kam.

Body

Sie zündelten im unterfränkischen Waldaschaff, im sächsischen Meißen und im Limburgerhof in Rheinland-Pfalz ; im niederrheinischen Moers schmierten Unbekannte Hassparolen an eine neue **Flüchtlingsunterkunft**, im hessischen Mengerskirchen beschmutzten sie eine geplante Unterkunft mit Schweinsköpfen und Innereien.

Beim jüngsten Fall im sachsen-anhaltinischen Halberstadt wurden sogar Helfer attackiert. Jugendliche warfen vor einem Asylbewerberheim Steine auf Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes . Die Polizei konnte sie fassen - doch oftmals bleiben die Täter unerkant.

Dies sind sechs Vorfälle aus den vergangenen Wochen. Sie zeigen: Flüchtlinge sind nicht überall in Deutschland willkommen. Dabei steigt die Zahl der Menschen in Not angesichts der Kriege und Krisen in der Welt. Für dieses Jahr rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit mindestens 300.000 Asylanträgen.

Schon im vergangenen Jahr nahmen die rassistischen Angriffe auf deutsche Asylbewerberheime stark zu. Wie der "Tagesspiegel" berichtete, zählten die Behörden im vorigen Jahr 150 solcher Attacken, dreimal mehr als 2013 . Allein im vergangenen Quartal waren es 67 Taten. Die Eskalation der vergangenen Monate lässt für das laufende Jahr sogar noch höhere Zahlen befürchten.

Sehen Sie hier die Übergriffe in einer interaktiven Grafik - klicken Sie auf die Punkte, um sich die einzelnen Fälle anzusehen:

heb/vek; Grafik: Chris Kurt

Load-Date: July 22, 2015

Passkontrolle; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-am-brenner-passkontrolle-a-1045089.html>

SPIEGEL ONLINE

26. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 1215 words

Byline: Björn Hengst

Highlight: Sie kommen aus dem Süden und wollen nach Deutschland: Über den Brennerpass in den Alpen führt einer der Hauptwege für **Flüchtlinge**. Unterwegs mit Verzweifelten und Hoffnungsvollen.

Body

10.45 Uhr: Bahnhof Brenner

Die vier Männer, die am Brenner-Bahnhof plötzlich vor Astrid stehen, haben es eilig. "Germany, Germany", sagt einer von ihnen. Astrid deutet mit dem Arm zur Seite und geht voraus - die Treppen hinunter in die schummrige Unterführung mit gelbweißen Wänden, in der es nach Urin riecht, dann wieder die Stufen hinauf und weiter zu einem Gleis, wo ein Zug nach Kufstein in Tirol wartet.

Astrid erklärt den Männern, dass sie in Kufstein umsteigen müssten. "How much?", fragt einer der vier Männer vergangenen Mittwochmorgen. Astrid gibt am Automaten das Reiseziel München ein. "47,80 Euro", sagt die 32-Jährige, die für die Hilfsorganisation Volontarius arbeitet und ihren Nachnamen nicht veröffentlicht sehen will.

Einer der Männer zieht einen 50-Euro-Schein aus der Tasche, schiebt ihn in den Automaten, nimmt das Wechselgeld und steigt ein. Der nächste schaut gequält und zögert, offenbar hat er kein Geld. "Go, go, go", sagt Astrid und deutet Richtung Zug. Er steigt ohne Ticket ein, die anderen folgen ihm, der Zug fährt los.

Eine Szene, wie sie sich an dem norditalienischen Bahnhof an der Grenze zu Österreich immer wieder abspielt. Eine der Hauptrouten für Flüchtlinge, die sich auf den Weg nach Mittel- und Nordeuropa gemacht haben, führt über den Brenner. Viele versuchen ihr Glück über die Autobahn, die meisten mit der Bahn. Schätzungen zufolge kommen täglich zwischen 50 und 300 Migranten am Brenner-Bahnhof an, um von dort weiterzureisen.

Die Helfer von Volontarius arbeiten am Brenner-Bahnhof in zwei Schichten. Sie versorgen Migranten mit Essen, Getränken und Medikamenten, wenn sie dort erschöpft ankommen. Oft geht es aber auch einfach nur darum, den Weg zu einem der Gleise zu weisen, an denen die Züge Richtung Norden starten.

Es wäre Sache der Polizei, die Flüchtlinge zu kontrollieren und gegebenenfalls an der Weiterreise zu hindern: Dem Dublin-Abkommen zufolge müssen Migranten zunächst in dem Land bleiben, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben und auch registriert wurden.

Deutsche Politiker haben in der Vergangenheit immer wieder italienische Behörden kritisiert, weil sie Flüchtlinge nach Norden weiterreisen lassen würden, ohne sie zu registrieren oder zu identifizieren. Auf Druck der Bundesregierung hatten Italien und Österreich im vergangenen November sogenannten trilateralen Polizeistreifen in Zügen zwischen Trient und Brenner zugestimmt.

"One moment", ruft ein Beamter des Bahnpolizeiposten Brenner, als die nächsten Flüchtlinge kommen, eine Gruppe von zehn Migranten steigt um 11.48 Uhr aus dem Eurocity, der aus Verona gekommen ist. Sie müssen ihm in das Polizeibüro folgen. Was dort geregelt wird, ist bei dem Beamten nicht zu erfahren: Er sei nicht auskunftsberechtigt, man möge doch in der Zentrale in Bozen nachfragen. Wenig später wartet die Flüchtlingsgruppe am Gleis, wo mittags ein weiterer Zug nach Kufstein abfährt - sie steigen ein, Polizeibeamte sind jetzt nicht zu sehen.

13.28 Uhr: unterwegs nach Kufstein

Ibrahim ist müde. Er trägt karierte Shorts, dazu ein schwarzes T-Shirt und sitzt neben seiner Frau im Regionalzug 5399, der sie um 13.28 Uhr vom Bahnhof Brenner nach Kufstein bringt. Ihr Gepäck: eine Wasserflasche, belegte Brötchen, ein großer Stoffbär - Winnie the Pooh.

Sie kämen von der Elfenbeinküste, sagt der 32-jährige Ibrahim. Seine Frau sei Christin, aus Liebe sei er vom Islam zum Christentum konvertiert: "Meine Eltern, Verwandten und Freunde haben mich daraufhin verstoßen, mein muslimischer Arbeitgeber hat mich entlassen." Es habe für ihn keine Zukunft mehr in der Heimat gegeben, beteuert Ibrahim. In Bruchstücken erzählt er von der Reise, die ihn und seine Frau irgendwann nach Libyen brachte. "Oh, oh, oh, Libyen ist nicht gut", sagt er über das Bürgerkriegsland. "Wir hatten eine schlimme Zeit." In Libyen seien sie schließlich auf ein Schiff gestiegen, das sie nach Italien gebracht habe.

Wer half ihnen bei der Reise, wem zahlten sie für die Schiffsfahrt? Ibrahim schüttelt mit dem Kopf, er will nicht darüber reden. Wurden sie in Italien von den Behörden registriert, mussten sie ihren Fingerabdruck abgeben, etwa nach der Ankunft mit dem Boot oder bei der Polizei am Brenner-Bahnhof? "Nein, kein Fingerabdruck, es gab nichts", sagt Ibrahim.

Der Schaffner kommt. Ibrahim gibt ihm - wie die anderen Flüchtlinge auch - seine Fahrkarte: von Verona Porta Nuova nach München für 80,90 Euro. Der Mann der Österreichischen Bundesbahnen knipst sie ab. Draußen ziehen Tiroler Berge vorbei, auf manchen Gipfeln sind Schneereste zu sehen. Schnee im Sommer? "Verrückt", sagt Ibrahim. Ankunft in Kufstein um 15.13 Uhr.

15.45 Uhr: von Kufstein Richtung München

Als Ibrahim aus dem kühlen Zug auf den Kufsteiner Bahnsteig tritt, wundert er sich erneut über die Hitze. "Heißer als in der Elfenbeinküste", sagt er. Am Gleis 2 warten die Flüchtlinge auf den verspäteten Eurocity 80 nach München. Der Schaffner kontrolliert die Tickets der Gruppe bereits auf dem Bahnsteig, dann geht es los.

Die Fahrt von Kufstein nach München dauert im Eurocity rund 65 Minuten, für Ibrahim und die anderen Flüchtlinge endet sie aber bereits nach fast einer halben Stunde gegen 16.12 Uhr - und zwar in Rosenheim: Wegen eines Polizeieinsatzes verzögere sich die Weiterfahrt um einige Minuten, lautet die Durchsage, als der Zug im Bahnhof einfährt, dem ersten Halt auf deutschem Staatsgebiet. Mehrere Polizeifahrzeuge stehen dort, etliche Beamte der Bundespolizei stehen auf den Gleisen - einige von ihnen steigen umgehend in den Eurocity. "Passkontrolle", rufen sie und gehen gezielt auf die Flüchtlingsgruppe zu.

Die Migranten können sich nicht ausweisen und müssen zügig den Zug verlassen. Vor einer Treppe haben die Sicherheitsbeamten ein Absperrband gezogen - die Flüchtlinge sitzen auf den Stufen, rund 30 Personen. Es folgt eine aufwendige Prozedur: Jeder Migrant wird durchsucht, Gürtel, Uhren, Geldbörsen werden in durchsichtige Plastiksäcke gesteckt und vorübergehend eingezogen. Wer schon dran war, erhält ein blaues Armband.

Im Polizeibus werden die Flüchtlinge schließlich in die Rosenheimer Bundespolizeiinspektion gefahren. Dort werden sie registriert und erhalten eine Anlaufbescheinigung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, an

Passkontrolle <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-am-brenner-passkontrolle-a-1045089.html>

das sie sich dann zu wenden haben. Teil dieser Prozedur ist, dass sich die Flüchtlinge nackt ausziehen müssen - in der Vergangenheit wurden der Behörde zufolge auch Papiere in der Unterwäsche gefunden.

Rund 150 unerlaubte Einreisen registrierte die Bundespolizeiinspektion Rosenheim an diesem einen Tag am Bahnhof der kreisfreien Stadt, darunter Menschen aus Eritrea, Nigeria und der Elfenbeinküste - mit unerlaubten Einreisen sind Menschen ohne beziehungsweise mit unzureichenden Papieren gemeint. Der starke Andrang von Flüchtlingen stellt die Beamten zunehmend vor Probleme. Nach Angaben der Bundespolizeidirektion München wurden in Bayern von Januar bis Ende Mai rund 19.800 unerlaubte Einreisen registriert - im Vergleichszeitraum des Vorjahres seien es rund 5200 gewesen.

Auch Ibrahim steigt in den Polizeibus. Es ist völlig unklar, ob er eine Chance auf Asyl in Deutschland hat. Wenn er es sich aussuchen könnte, würde er in Dortmund leben. Er kennt die Stadt zwar nicht, er war auch noch nie in Deutschland: "Aber ich liebe Borussia Dortmund."

Load-Date: July 26, 2015

End of Document

**"Deutschland kann noch deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen";
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kauder-spricht-sich-fuer-mehr-fluechtlinge-in-deutschland-aus-a-1028659.html>**

SPIEGEL ONLINE

15. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 413 words

Highlight: Mit 300.000 Asylanträgen kalkuliert die Bundesregierung für 2015. Laut Volker Kauder könnte Deutschland aber noch deutlich mehr Menschen Zuflucht bieten. Der Chef der Unionsfraktion: "Diese Menschlichkeit müssen und können wir uns leisten."

Body

Deutschland sollte weiteren Flüchtlingen Aufenthalt gewähren, dafür hat sich Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) ausgesprochen. Als Beispiel für die Aufnahmefähigkeit anderer Regionen nannte der Politiker Kurdistan. Dort lebten "fünf Millionen Einwohner mit einer Millionen Flüchtlingen zusammen. Wir können in Deutschland noch deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen", sagte Kauder der "Bild"-Zeitung. "Diese Menschlichkeit müssen und können wir uns leisten."

Die Forderungen der Bundesländer nach mehr Geld vom Bund für die Unterbringung von Asylbewerbern wies Kauder dagegen zurück. "Die Kommunen und Länder erhalten jetzt eine Milliarde Euro extra aus Bundesmitteln für die Unterbringung. Wenn die Länder weitere Mittel wollen, müssen auch sie ihre Anstrengungen erhöhen und zum Beispiel mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben", sagte er.

Zuletzt hatten die Länder auf ein Gipfeltreffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gedrängt, um über die Kosten für die Unterbringung zu diskutieren. Mehrere Ministerpräsidenten sprachen sich dafür aus, dass der Bund die Länder und Kommunen dabei unterstützen müsse.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht derzeit von 300.000 Asylanträgen für 2015 aus. Im vergangenen Jahr waren es noch 202.000 Vorgänge.

Die Länder setzen dagegen deutlich höhere Zahlen an: Schleswig-Holstein rechnet 2015 bundesweit mit mehr als einer halben Million Asylanträgen, wie Innenminister Stefan Studt (SPD) Ende März deutlich machte. "Wenn wir unsere Zahlen hochrechnen, müssen wir 2015 in Deutschland mit 500.000 bis 550.000 neuen Asylbewerbern rechnen und nicht nur mit 300.000, wie vom Bundesamt angegeben", sagte er. Studt verlangte vom Bund, bei den Prognosen ehrlich zu sein.

Absage an Einwanderungsgesetz

"Deutschland kann noch deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen"

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kauder-spricht-sich-fuer-mehr-fluechtlinge-in-deutschland-....>

Der Bund hatte zwar zugesichert, in diesem und im kommenden Jahr je 500 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bereitzustellen. Diese Hilfen seien jedoch unzureichend, so die Länder.

Kauder bekräftigte, ein Einwanderungsgesetz werde es nicht geben. "Es geht nicht um Begriffe: Wir haben gute Regeln, wenn es da vonseiten der Wirtschaft konkrete Änderungswünsche gibt, können wir darüber reden. Ein völlig neues Gesetz brauchen wir nicht", sagte er. "Qualifizierte Fachkräfte unter den Flüchtlingen können auch jetzt schon vielfach bleiben. Ansonsten sollten wir uns mehr um die Qualifikation unserer eigenen junge Leute kümmern."

jok/dpa

Load-Date: May 11, 2015

End of Document

Das italienische Risiko

SPIEGEL ONLINE

23. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 537 words

Byline: Hans-Jürgen Schlamp

Highlight: Angela Merkel will eine vierte Amtszeit als Kanzlerin. Im Moment hilft es ihr, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Doch das kann sich bald ändern. In Italien spitzt sich die Lage bereits zu.

Body

"Unendlich viel" habe sie darüber nachgedacht, ob sie noch einmal als Kanzlerin kandidieren soll, sagt Angela Merkel.

Das hat sicherlich auch mit der Flüchtlingskrise zu tun. Denn die ist eine der großen Unberechenbarkeiten für die Kanzlerin. Mit ihrer Willkommenspolitik im Herbst 2015 hatte Merkel Teile der eigenen Partei und Anhängerschaft verstört, ihre Beliebtheitswerte sanken, die AfD stieg auf. Inzwischen hat sich die CDU-Chefin von dieser Politik der offenen Grenzen verabschiedet. "Die Ereignisse des vergangenen Jahres dürfen sich nicht wiederholen", heißt es im Leitantrag für den CDU-Parteitag.

Und tatsächlich ist die Situation in Deutschland anders als noch vor einem Jahr - auch wenn sich an den Fluchtursachen, dem Krieg in Syrien, der Lage in Afghanistan, der wirtschaftlichen Not in Afrika, nicht viel geändert hat. Dass weniger Menschen in Deutschland Schutz suchen, liegt vor allem am Flüchtlingsabkommen, das die EU mit der Türkei geschlossen hat, und an den Grenzsicherungen auf der Balkanroute. Statt mehr als 180.000 Asylsuchende wie im Oktober 2015, registrierten die deutschen Behörden im Oktober 2016 nur rund 15.000 Neuankömmlinge.

Auch wegen dieser Entspannung erscheint möglich, dass Merkel noch einmal Kanzlerin wird. Aber es ist nicht ausgemacht, dass die Flüchtlingszahlen in Deutschland bis zu den Wahlen im September 2017 relativ niedrig bleiben. Nicht nur weil der türkische Präsident Erdogan ein unberechenbarer Partner ist.

Über einen anderen für Merkel riskanten Faktor in der Flüchtlingskrise wird weniger geredet: Über die sich zuspitzende Lage in Italien.

Startschuss dieser politischen Radikal-Wende könnte der 4. Dezember sein, der Tag des Referendums über eine Verfassungsänderung. Wenn Renzi die Volksabstimmung verliert, kann er gleich zurücktreten oder sich noch eine Weile zappelnd über Wasser halten. Das wird nichts ändern. Die Linke wird am Ende sein, seine Partei wird sich wohl spalten.

Das italienische Risiko

Wie sich die Lage für Deutschland entwickelt, ist auch abhängig davon, wie die Schweiz und Österreich ihre Grenzen kontrollieren - oder sichern. Fakt ist: Auch jetzt schaffen es immer mehr Asylsuchende weiter Richtung Norden. Berichten zufolge haben sich seit März illegale Einreisen in die Schweiz am Grenzzort Chiasso verzehnfacht - und auch die sogenannten unkontrollierten Ausreisen, wie es die Schweizer Behörden nennen, steigen - vor allem nach Deutschland.

Neuerdings klettern, so hat es die "Süddeutsche Zeitung" beschrieben, Migranten in Italien auf Güterzüge und kommen so über den Brenner nach Deutschland. Seit Monaten sind Menschen aus Eritrea oder Nigeria, die über das Mittelmeer nach Italien fahren, unter den Top-Fünf Herkunftsländern bei den Easy-Registrierungen der in Deutschland Neuangekommenen.

Was will Merkel tun? In die nahe Zukunft gerichtete Ideen sind rar. Im CDU-Leitantrag für den Parteitag heißt es: Ziel sei es, die illegale Migration aus afrikanischen Ländern erfolgreich zu bekämpfen. Dazu sollten nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals Abkommen mit afrikanischen Staaten geschlossen und "Auffangmöglichkeiten" vor Ort geschaffen werden.

Das Wort Italien fällt in dem Leitantrag nicht.

Load-Date: November 23, 2016

**Uno zählt eine Million Flüchtlinge in der EU seit Jahresanfang;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eine-million-fluechtlinge-sind-2015-in-die-eu-gekommen-a-1069107.html>**

SPIEGEL ONLINE

22. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 265 words

Byline: syd/AP/Reuters

Highlight: Seit Jahresanfang sind mehr als eine Million **Flüchtlinge** nach Europa gelangt. Diese Zahl nennen Uno und die Internationale Organisation für **Migration**. Die meisten kamen über das Mittelmeer nach Griechenland.

Body

Europa erlebt die größte **Migrationsbewegung** seit Ende des Zweiten Weltkriegs. In diesem Jahr sind bis zum Montag 1.005.504 **Flüchtlinge** in die Europäische Union (EU) gekommen. Das sind viermal so viele wie 2014. Diese Zahlen haben das Uno-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR und die Internationale Organisation für **Migration** (IOM) mitgeteilt.

Die Daten umfassen Einreisen nach Griechenland, Bulgarien, Italien, Spanien, Malta und Zypern. Innereuropäische Migration wurde nicht erfasst. Mehr als 800.000 Menschen seien allein von der Türkei über das Mittelmeer nach Griechenland gereist.

Syrer stellten die größte Gruppe. 455.000 seien als Flüchtlinge in der EU registriert worden. 186.000 Migranten stammten demnach aus Afghanistan.

3965 Menschen seien auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken oder würden vermisst, teilte die IOM mit.

"Migration muss für alle legal und sicher werden. Für die Migranten selbst und für die Länder, die ihre neue Heimat werden", forderte IOM-Chef William Lacy Swing.

Das UNHCR rechnet nicht damit, dass die Zahl der neuankommenden Flüchtlinge 2016 zurückgehen wird. "Ich verstehe nicht, warum Leute darauf bestehen, dass das ein europäisches Problem sei. Das ist ein weltweites Problem", sagte UNHCR-Sprecher Michael Moller.

In Deutschland wurde bereits vor zwei Wochen der millionste Flüchtling seit Jahresanfang registriert. Unter ihnen sind jedoch zum einen Menschen aus Balkanstaaten. Zum anderen reisten viele Flüchtlinge bereits in den Vorjahren in die EU ein und gelangten erst im Laufe dieses Jahres in die Bundesrepublik.

syd/AP/Reuters

Uno zählt eine Million Flüchtlinge in der EU seit Jahresanfang <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eine-million-fluechtlinge-sind-2015-in-die-eu-....>

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

Fähre bringt Flüchtlinge aufs Festland;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-insel-kos-faehre-bringt-fluechtlinge-aufs-festland-a-1048820.html>

SPIEGEL ONLINE

19. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 244 words

Byline: kop/dpa/Reuters

Highlight: Die umstrittene **Flüchtlingsfähre** nimmt von der Insel Kos aus Kurs auf das griechische Festland. An Bord sind etwa 1800 **Migranten**. Bald könnten weitere Schiffe eingesetzt werden.

Body

Die Fähre Eleftherios Venizelos hat die griechische Ägäisinsel Kos verlassen. An Bord sind 1800 vor allem syrische **Flüchtlinge**, bei Zwischenstopps in Leros und Kalymnos sollen noch rund 1000 weitere **Migranten** zusteigen. Das Ziel ist die Hafenstadt Thessaloniki auf dem griechischen Festland. Von dort aus können die **Flüchtlinge** die Grenze zu Mazedonien mit dem Bus in weniger als einer Stunde erreichen. Hier fahren Züge Richtung Westeuropa ab.

"Die Migranten wollen alle weggehen", sagte der griechische Gesundheitsminister Panagiotis Kouroubli im griechischen Fernsehsender Skai. Kos liegt nahe der türkischen Küste und ist deshalb ein Anlaufpunkt für besonders viele Flüchtlinge aus Syrien, aber auch aus anderen Staaten des Nahen Ostens und aus Afrika. Die Zustände sind chaotisch: Sie campieren in Zelten, leerstehenden Gebäuden oder im Freien. Die Insel hat kein Aufnahmезentrum für Flüchtlinge. Die griechische Regierung hatte deshalb die Fähre Eleftherios Venizelos eingesetzt - zunächst als Aufnahmelager.

Am Wochenende gingen die ersten Migranten an Bord. Wegen des Bürgerkriegs in ihrem Heimatland durften zunächst nur Syrer auf das Schiff. Priorität hatten Kinder und ihre Mütter sowie Familien.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa aus Kreisen der Küstenwache sollen bald zwei bis drei Fähren Fahrten durch die Ägäis machen, um Tausende Migranten von den Inseln aufs Festland zu bringen.

kop/dpa/Reuters

Load-Date: August 19, 2015

Fähre bringt Flüchtlinge aufs Festland <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-insel-kos-faehre-bringt-fluechtlinge-aufs-festland-a-1048820.html>

End of Document

[Premier schürt Angst vor "Kölner Zuständen";
http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-premier-robert-fico-schuert-angst-vor-koelner-zustaenden-a-1080258.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-premier-robert-fico-schuert-angst-vor-koelner-zustaenden-a-1080258.html)

SPIEGEL ONLINE

04. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1050 words

Byline: Keno Verseck

Highlight: Am Samstag wird in der Slowakei gewählt. Die Regierung des linksnationalistischen Premiers Fico versucht, ihre Mehrheit mit einer Kampagne gegen Flüchtlinge zu verteidigen - offenbar mit Erfolg.

Body

Die Operation trug den Codenamen "Bariéra". Innerhalb weniger Minuten wurde ein mehrere hundert Meter langer, mobiler Absperrzaun aus faltbaren Kunststoff-Stahlgitter-Elementen verlegt, ein Spezialfahrzeug rollte Nato-Draht aus. Filmreif raste ein Radpanzer heran, eine Hundertschaft Polizei sicherte das weite Gelände.

Grenzabspernung im Blitzverfahren - eine Übung der slowakischen Polizei vergangene Woche im Länderdreieck Slowakei-Österreich-Ungarn nahe dem Bratislavaer Vorort Rusovce.

Der slowakische Regierungschef Robert Fico hatte persönlich zugeschaut. "Wir müssen eine technische Lösung für den Fall bereithalten, dass Migranten versuchen, illegal durch die Slowakei zu reisen", sagte er anschließend vor der Presse. "Das ist ein sehr reales Szenario."

Was Fico als Maßnahme zur Verhinderung eines "realen Szenarios" bezeichnete, war vor allem eine Wahlkampfveranstaltung. Denn am Samstag wird im Fünf-Millionen-Land Slowakei über ein neues Parlament abgestimmt. Fico und seine linksnationalistische Partei "SMER-SD" (Richtung - Sozialdemokratie) gehen seit Langem auf Stimmenfang, indem sie die Angst vor einer drohenden "Migrantenflut" schüren. "Wir schützen die Slowakei", lautet das SMER-Motto, das überall auf Wahlplakaten steht. Fico spricht aus vor wem: vor "Migranten-Terroristen", "Parallelgesellschaften" und "Kölner Zuständen".

Dabei hat die Slowakei weder eines dieser Probleme noch überhaupt ein Flüchtlingsproblem: In den vergangenen Monaten betrat kaum ein Flüchtling die Slowakei illegal, ganze acht Menschen erhielten 2015 Asyl, seit 1993 waren es insgesamt 653. Derzeit warten außerdem 149 irakische Christen, die ins Land eingeflogen wurden, auf ihren Asylbescheid.

Die Slowakei steht ökonomisch gut da

Premier schürt Angst vor "Kölner Zuständen" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-premier-robert-fico-schuer-angst-vor-koelner-zustaenden-a-1080258.ht...>

"Fico hat das Thema Migration nach dem Vorbild seines ungarischen Amtskollegen Orbán benutzt, um Wähler zu mobilisieren, ist damit allerdings in letzter Zeit weniger erfolgreich", sagt der Politologe Grigorij Meseznikov, der in Bratislava das Institut für öffentliche Angelegenheiten (IVO) leitet. "Deshalb lässt er jetzt, in der Endphase des Wahlkampfes, Aktionen veranstalten wie die Errichtung von Grenzsperrern", erklärt Meseznikov. Zusammen mit 50 weiteren Persönlichkeiten protestierte er in einem offenen Brief dagegen, dass die Regierung der Slowakei einen neuen Eisernen Vorhang errichten wolle.

Tatsächlich schien Ficos Strategie bis vor Kurzem aufzugehen: Viele Umfragen sahen ihn und seine Partei SMER als klare Wahlsieger mit absoluter Mehrheit - wie schon nach den Wahlen 2012. Es lag vor allem, aber nicht nur an Ficos Migrationspolitik, mit der laut Umfragen 80 Prozent der Slowaken übereinstimmen. Die Slowakei steht makroökonomisch gut da: Vergangenes Jahr wuchs die Wirtschaft um 3,6 Prozent, die Arbeitslosigkeit sank erstmals unter zehn Prozent, die Autoindustrie, das Zugpferd der slowakischen Wirtschaft, schloss ein Rekordjahr ab, und die Region Bratislava zählt inzwischen zu den fünf reichsten der EU.

Doch davon profitieren längst nicht alle - die Gesellschaft spaltet sich zunehmend in Wohlhabendere und Arme auf. Letztere leben überwiegend im Osten des Landes. Dort stehen die realsozialistischen Industrieruinen, dorthin verirren sich nur wenige Investoren, dort gibt es besonders viele Arbeitslose und Roma-Gettos mit Zehntausenden Bewohnern, die kaum Hoffnung auf gesellschaftlichen Anschluss haben.

Ausdruck der sozialökonomischen Probleme eines Großteils der slowakischen Gesellschaft ist zum einen die zunehmende Abwanderung - in den vergangenen Jahren verließen 300.000 Menschen das Land, zumeist solche mit Fach- oder Hochschulausbildung. Zum anderen häufen sich Sozialproteste: Vergangenen Herbst initiierten Krankenschwestern eine Massenkündigung, die Anfang Februar wirksam wurde - sie forderten mit diesem Protest bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und Ausstattung der Krankenhäuser ein. Ebenfalls für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Reformen im Bildungswesen streiken seit Ende Januar Lehrer und Professoren .

Die Opposition ist tief zerstritten

Doch Fico und seine Partei wehrten die Forderungen der protestierenden Krankenschwestern und Pädagogen ab - und fielen daraufhin in den Umfragen von 44 auf 33 Prozent zurück. Zwar ist Ficos SMER noch immer mit Abstand die stärkste Partei, doch sie wird sich nach den Wahlen voraussichtlich einen Koalitionspartner suchen müssen.

Die Parteien der demokratischen Opposition allerdings, die im Wesentlichen dem Mitte-rechts-Spektrum angehören, konnten von SMERs Popularitätsverlust nicht profitieren. "Sie sind persönlich und ideologisch tief zerstritten, ihre Wahlkampagne war sehr schwach, und sie werden es kaum schaffen, eine Koalition aufzustellen", sagt der Politologe Juraj Marusiak von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.

So setzte im Wahlkampf keine der Oppositionsparteien Ficos xenophober Rhetorik etwas entgegen. Einzig der parteilose und unabhängige Staatspräsident Andrej Kiska, inzwischen so etwas wie das humanistische Gewissen seines Landes , mahnt seit Monaten immer wieder einen besseren Umgang mit Flüchtlingen und eine solidarischere slowakische Europapolitik an.

Doch die wird es wohl nicht geben, prognostizieren die Politologen Meseznikov und Marusiak gleichermaßen. Allenfalls, so Meseznikov, werde Robert Fico pragmatischer formulieren. Wenn die Slowakei ab 1. Juli die EU-Präsidentschaft übernimmt, dürfte also die Rolle des Landes in der europäischen Politik nicht besonders integrativ ausfallen, zumal Ficos Regierung die EU bereits Anfang Dezember vergangenen Jahres wegen der Flüchtlingsquote verklagt hat .

Fico selbst fasste seine Europapolitik vor Kurzem in einem Gastbeitrag für die slowakische Wirtschaftszeitung "Hospodárske noviny" zusammen. Die EU, schrieb er, müsse ihre Außengrenzen gegen Flüchtlingen sichern. Andernfalls werde 2016 das Jahr sein, in dem sie an ihrer "selbstmörderischen politischen Korrektheit" zerbreche.

Zusammengefasst: Bei den Parlamentswahlen am Samstag droht dem slowakischen Premier Fico mit seiner Partei SMER offenbar nicht der Verlust der Macht. Möglicherweise braucht er aber einen Koalitionspartner. Im

Premier schürt Angst vor "Kölner Zuständen" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-premier-robert-fico-schuert-angst-vor-koelner-zustaenden-a-1080258.ht...>

Wahlkampf setzte Fico voll auf die Angst vor Flüchtlingen und Überfremdung - und scheint damit laut Umfragen Erfolg zu haben.

Load-Date: March 4, 2016

End of Document

**[Nordrhein-Westfalen holt Pensionäre für Flüchtlingshilfe;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-nordrhein-westfalen-holt-pensionaere-zur-hilfe-a-1046379.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-nordrhein-westfalen-holt-pensionaere-zur-hilfe-a-1046379.html)**

SPIEGEL ONLINE

02. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 724 words

Byline: dab/dpa

Highlight: Angesichts steigender **Flüchtlingszahlen** greifen die Bundesländer zu ungewöhnlichen Mitteln: Nordrhein-Westfalen holt Beamte aus dem Ruhestand. Niedersachsen fordert eine Pause für Gesetze, die den Bau neuer Unterkünfte hemmen.

Body

Um der steigenden Zahl von **Flüchtlingen** gerecht zu werden, will Nordrhein-Westfalen auch pensionierte Beamte aktivieren. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) sagte der Deutschen Presse-Agentur, es hätten sich bereits 150 Pensionäre aus dem Bereich des Innenministeriums gemeldet. "Da ist schon eine große Hilfsbereitschaft erkennbar." Nach Polizeibeamten würden nun ehemalige Lehrer und weitere Pensionäre angeschrieben.

Die Pensionäre sollen eingesetzt werden, um Neuankömmlinge in Erstaufnahme-Einrichtungen des Landes zu registrieren. Für die Aufgabe sollen sie bezahlt werden. Derzeit kommen rund tausend **Flüchtlinge** täglich nach NRW - 90.000 werden insgesamt in diesem Jahr erwartet.

Das größte Problem sei der Bearbeitungsstau bei den Anträgen, kritisierte Kraft. "Der Bund muss im Herbst verbindlich zusagen, wie er über das Bisherige hinaus seiner Verantwortung bei der Flüchtlingsbetreuung nachkommen wird. Wir können uns monatelange Verhandlungen nicht leisten." Nötig seien mehr sogenannte Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und mehr bundeseigene Flächen und Gebäude.

Kraft appellierte auch an Arbeitgeber, Beschäftigte freizustellen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren. Diese Hilfe sei weiterhin unverzichtbar.

Die SPD-Politikerin mahnte dazu, angesichts sinkender Akzeptanz der Bevölkerung sensibel mit dem Thema Flüchtlinge umzugehen - auch sprachlich. Dies sei dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) mit seiner Kritik an "massenhaftem Missbrauch" des Asylrechts nicht geglückt. "Das ist keine verantwortungsvolle Kommunikation. Niemand verlässt sein Heimatland leichten Herzens, sondern nur, wenn er Tod und Verfolgung fürchtet oder für sich und seine Familie keine Perspektive sieht."

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte ein Moratorium für alle Gesetze, die die Beschaffung von Unterkünften für Flüchtlinge erschweren. "Ich bin gerade dabei, eine Liste mit Bundes- und Landesgesetzen

Nordrhein-Westfalen holt Pensionäre für Flüchtlingshilfe [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-nordrhein-westfalen-holt-pensionaere-zur-hilfe-a....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-nordrhein-westfalen-holt-pensionaere-zur-hilfe-a...)

vorzubereiten, die uns bei der Bewältigung dieser Herausforderung behindern oder zu viel Zeit kosten", sagte er. Dazu zählten das Vergaberecht, Vorschriften für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden und das Baurecht - all die "Auflagen also, die man erfüllen muss, um ein bestehendes Gebäude neu zu nutzen".

"Kleinkarierte" Diskussion über Kosten

Wie Pistorius die Forderung nach der Sommerpause auf Bundesebene durchsetzen will, ist noch offen. "Ob als Bundesratsinitiative oder in Form eines Artikelgesetzes über den Bundestag, das müssen wir sehen", sagte er. Entscheidend sei am Ende nur, dass im Dezember keine Flüchtlinge mehr in Zelten untergebracht werden müssten.

Mit Blick auf die vorhandenen Probleme bei der Finanzierung forderte Pistorius ebenfalls mehr Tempo und Geschlossenheit: "Heute ist Flüchtlingspolitik eine gesamtstaatliche, eine nationale Aufgabe." Die derzeitigen Verhandlungen von Bund und Ländern um die Kosten wirkten "manchmal kleinkariert". "Wenn wir der Bevölkerung signalisieren, dass wir nicht in der Lage sind, diese Herausforderung zu bewältigen, dann gefährden wir das Vertrauen der Menschen in die Handlungs- und Exekutivfähigkeit dieses Staates."

Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) verlangte vom Bund deutlich schnellere Entscheidungen. Ohne einen rechtsstaatlichen Bescheid könnten Flüchtlingen in der Regel keine Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsstellen angeboten werden. "Wir wollen sie aber integrieren."

Ramelow kritisierte auch die seiner Meinung nach zu geringe Beteiligung des Bundes an den Unterbringungs-, Betreuungs- und Integrationskosten. "Eine Milliarde Euro, von der die Länder auch noch die Hälfte an den Bund zurückzahlen müssen, ist viel zu wenig."

Für die Bearbeitung von Asylanträgen ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Sein Personal sollte um bis zu 2000 Stellen aufgestockt werden, war bei einem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern im Frühjahr festgelegt worden. Von den versprochenen bundesweit vier Zentren zur Verfahrensbeschleunigung sei bisher aber nichts zu sehen, kritisierte Ramelow.

Zusammengefasst: Mehrere Bundesländer machen Vorschläge, wie mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen besser umgegangen werden könnte. Dazu gehören der Einsatz pensionierter Beamter und ein Moratorium für zeitraubende Bauvorschriften.

dab/dpa

Load-Date: August 2, 2015

**[Deutschland schickt mehr Flüchtlinge zurück nach Österreich;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-schickt-mehr-asylbewerber-nach-oesterreich-zurueck-a-1071529.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-schickt-mehr-asylbewerber-nach-oesterreich-zurueck-a-1071529.html)**

SPIEGEL ONLINE

12. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 402 words

Byline: aar/dpa/AFP/Reuters

Highlight: Zahlreiche **Flüchtlinge** passieren auf ihrem Weg nach Skandinavien die deutsche Grenze. Doch die Polizei in Bayern schickt immer mehr von ihnen nach Österreich zurück: Aktuell sind es pro Tag mehr als hundert Menschen.

Body

Die deutschen Behörden schicken nach österreichischen Angaben vermehrt **Flüchtlingen** nach Österreich zurück, die eigentlich nach Skandinavien weiterreisen wollen. "Die Zahl ist von täglich 60 im Dezember auf täglich 200 seit Jahresbeginn gestiegen", sagte der Polizeisprecher von Oberösterreich, David Furtner, der Nachrichtenagentur AFP. Durch das nördliche österreichische Bundesland gelangen die meisten **Flüchtlinge** nach Deutschland, pro Tag sind es zwischen 1000 und 2000.

Eine Sprecherin der Bundespolizeidirektion München bestätigte die Zurückweisung von Flüchtlingen in einem "zweistelligen oder niedrigen dreistelligen Bereich" pro Tag. Die Zahl schwanke täglich, und die Gründe für die Zurückweisung würden immer vom Einzelfall abhängen. "Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, schicken wir zurück, etwa solche Flüchtlinge, die gar nicht in Deutschland Asyl beantragen wollen", sagte die Sprecherin. Eine neue Anweisung, mehr Menschen zurückzuschicken, gebe es aber nicht.

Hintergrund für die Maßnahme sei die konsequente Umsetzung der sogenannten Dublin-Verordnung, hieß es von der Bundespolizeidirektion München. Demnach werden in einem EU-Land nur Flüchtlinge aufgenommen, wenn sie dort auch einen Asylantrag stellen wollen. Wollen Migranten in einem anderen EU-Land, beispielsweise Schweden, einen Asylantrag stellen, werden sie nicht mehr weitergeleitet.

Laut Polizeisprecher Furtner kommt der Großteil der nach Österreich zurückgeschickten Flüchtlinge aus Afghanistan und will nach Schweden oder Dänemark. Die nach seinen Angaben gehäuften Zurückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze fallen mit der Einführung von Grenzkontrollen an der schwedisch-dänischen und an der dänisch-deutschen Grenze zusammen (mehr über die neue skandinavische Härte - und was sie für Deutschland bedeutet - lesen Sie hier).

Deutschland schickt mehr Flüchtlinge zurück nach Österreich

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-schickt-mehr-asylbewerber-nach-oe....>

Die verstärkte Abschottung ist nach Furtners Worten nicht sonderlich effektiv. Die meisten abgewiesenen Flüchtlinge würden nach ihrer Rückkehr nach Österreich über Umwege doch wieder nach Deutschland gelangen. Dessen ungeachtet will die Regierung in Wien als Reaktion nun ihrerseits die Grenzen wieder schärfer kontrollieren. Das kündigte Kanzler Werner Faymann in einem Interview mit der " Kronenzeitung " an: "Sicher ist jedenfalls: In Kürze sind wir an unseren Grenzen aktiver als heute. Auch die Deutschen werden mehr machen."

aar/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: January 12, 2016

End of Document

[Schwesig wirft de Maizière fremdenfeindlichen Populismus vor;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/taschengeld-fuer-fluechtlinge-
schwesig-kritisiert-de-maiziere-a-1048644.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/taschengeld-fuer-fluechtlinge-schwesig-kritisiert-de-maiziere-a-1048644.html)

SPIEGEL ONLINE

18. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 350 words

Byline: Ann-Katrin Müller

Highlight: Innenminister de Maizière will Flüchtlingen das Taschengeld kürzen, seine Kabinettskollegin Schwesig attackiert ihn scharf. Die SPD-Vize unterstellt dem CDU-Mann, fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren.

Body

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat Innenminister Thomas de Maizière für seinen Vorstoß, Leistungskürzungen für Asylbewerber prüfen zu wollen, scharf kritisiert: "Ich bin sehr enttäuscht, dass Herr de Maizière jetzt eine Debatte anfackelt über das Taschengeld", sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende auf einer Veranstaltung im nordrhein-westfälischen Minden.

Die Vorschläge ihres CDU-Kollegen würden Ressentiments schüren, glaubt Schwesig: "Ich befürchte, dass da natürlich wieder Bilder in den Köpfen der Leute entstehen nach dem Motto: Ach so, die kommen, weil sie Geld kriegen." Die Ministerin forderte, de Maizière solle sich nicht "auf solche Nebenfragen konzentrieren, die vielleicht populär sind, sondern jetzt wirklich die Hausaufgaben machen, die man als Bund machen muss".

Dazu gehören in den Augen der Sozialdemokratin ein stärkeres finanzielles Engagement durch den Bund und eine Beschleunigung der Asylverfahren. "Wir brauchen einen Flüchtlingspakt", sagte Schwesig. Berlin müsse den Kommunen dauerhaft Geld für Flüchtlinge geben, die bereits aufgestockte Soforthilfe reiche nicht. Die Kommunen bräuchten Planbarkeit. Schwesig sprach von einer "nationalen Aufgabe".

De Maizière hatte Ende vergangener Woche angekündigt, Leistungen für Asylbewerber überprüfen zu wollen. Diese seien im Vergleich zum europäischen Ausland hoch. Statt Asylbewerbern Bargeld zu geben, solle zudem verstärkt über Sachleistungen nachgedacht werden. Ein volljähriger alleinstehender Asylbewerber bekommt derzeit in seiner Erstaufnahmeeinrichtung 143 Euro in bar, das sogenannte Taschengeld.

Innenminister de Maizière will am Mittwoch die neue Flüchtlingsprognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vorstellen. Nach einem Bericht des "Handelsblatts" wird diese "drastisch" höher ausfallen als die bisherige. Die Zeitung berichtet unter Berufung auf Regierungskreise, dass in diesem Jahr mindestens 650.000, womöglich sogar 750.000 Asylbewerber in Deutschland erwartet würden. Bislang hatte die Bundesregierung offiziell mit 450.000 Antragstellern gerechnet.

Schwesig wirft de Maizière fremdenfeindlichen Populismus vor
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/taschengeld-fuer-fluechtlinge-schwesig-kritisiert-de-maiz....>

Load-Date: August 18, 2015

End of Document

So haben sich die Flüchtlingszahlen entwickelt

SPIEGEL ONLINE

19. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 633 words

Byline: Christina Elmer

Highlight: Im Vergleich zum Winter kamen im Juli nur noch wenige Flüchtlinge nach Deutschland. Zugleich wurden mehr Asylanträge bearbeitet, wie die Infografik der Woche zeigt.

Body

Als neue Heimat für Flüchtlinge hat sich Deutschland in den vergangenen zwölf Monaten stark gewandelt. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei sowie die Schließung der Balkan-Route haben den Weg nach Deutschland erschwert, das Asylpaket II hat den Familiennachzug für viele Flüchtlinge unmöglich gemacht. Das Ergebnis dieser Veränderungen zeigt sich auch in den offiziellen Statistiken. Deutlich weniger Schutzsuchende erreichen Deutschland, zugleich werden mehr Asylverfahren abgeschlossen.

Wie die Infografik der Woche von SPIEGEL ONLINE und Statista zeigt, wurden im November erstmals mehr als 200.000 Flüchtlinge im Erstregistriersystem Easy erfasst. Danach sank die Zahl der Registrierungen rapide und liegt seit April konstant bei rund 16.000, wie Zahlen des Bundesinnenministeriums zeigen. Die meisten Flüchtlinge kamen in allen Monaten dieses Jahres aus Syrien, Afghanistan und Irak nach Deutschland.

Im selben Zeitraum ist die Zahl der erledigten Asylverfahren gestiegen, von 22.700 im Juli des vergangenen Jahres auf mehr als 53.000 im Juli 2015. Allerdings wächst laut der jüngsten Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) der Berg der anhängigen Verfahren weiter. Knapp 530.000 Fälle waren im Juli noch nicht entschieden, sechs Prozent mehr als im Vormonat - und doppelt so viele wie noch ein Jahr zuvor. Allein 118.600 Syrer warten derzeit darauf, dass ihr Erstantrag auf Asyl vom Bundesamt abgeschlossen wird.

Auch die Ergebnisse der Entscheidungen fallen mittlerweile tendenziell anders aus als noch vor einem Jahr. Das hängt zum einen mit den Herkunftstaaten der Flüchtlinge zusammen: Im vergangenen Jahr kamen noch mehr Menschen aus den Balkanstaaten nach Deutschland, vor allem aus dem Kosovo und Albanien, die inzwischen als sichere Herkunftsländer gelten.

Während Asylanträge von Flüchtlingen aus diesen Staaten häufiger abgelehnt werden, passiert das bei Schutzsuchenden aus Syrien oder Irak besonders selten. Von Januar bis Juli 2016 lag die Schutzquote für syrische Flüchtlinge bei rund 98 Prozent - also der Anteil der Asylverfahren, die mit einer Anerkennung als Flüchtling, einem Abschiebeverbot oder dem sogenannten subsidiären Schutz abgeschlossen wurden.

Erschwerter Familiennachzug

So haben sich die Flüchtlingszahlen entwickelt

Gerade der subsidiäre Schutz wird inzwischen viel häufiger ausgesprochen. Asylbewerber werden dann nicht als Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt, dürfen aber in Deutschland bleiben, weil ihnen ernsthafter Schaden droht oder sie aus einem Bürgerkriegsland stammen. Ihre Aufenthaltserlaubnis ist jedoch zunächst auf ein Jahr befristet und muss verlängert werden, zudem wurde mit dem Asylpaket II im März der Familiennachzug für diese Gruppe bis 2018 ausgesetzt.

Seitdem ist der Anteil dieser Schutzkategorie stark gestiegen. Während er in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch unter einem Prozent lag, wurde im Juli 2016 bei fast jedem dritten erledigten Asylantrag subsidiärer Schutz ausgesprochen. Besonders häufig wurde in diesem Jahr Flüchtlingen aus Syrien subsidiärer Schutz gewährt. Bei ihnen endete jedes fünfte erledigte Asylverfahren in diesem Jahr mit dieser Entscheidung, für alle Herkunftsländer lag der Anteil nur bei einem Achtel.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte, die häufigere Zuerkennung des subsidiären Schutzes sei politisch motiviert und diene dazu, die Zahlen des Familiennachzugs zu drücken. Wie im Juli bekannt wurde, ist es derzeit aber auch für anerkannte syrische Flüchtlinge schwierig, ihre Angehörigen nach Deutschland zu holen. Ursachen sind lange Wartezeiten, verlorene Pässe und die erschwerte Flucht aus Syrien.

Mehr Infografiken der Woche finden Sie auf der Themenseite .

Load-Date: August 19, 2016

[De Maizière will Türkei-Modell ausweiten;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-de-maiziere-sieht-tuerkei-pakt-als-vorbild-fuer-nordafrika-a-1085626.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-de-maiziere-sieht-tuerkei-pakt-als-vorbild-fuer-nordafrika-a-1085626.html)

SPIEGEL ONLINE

05. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 375 words

Byline: vks/dpa

Highlight: 21:04:00 "Die Methode ist richtig": Innenminister de Maizière kann sich eine Ausweitung des Türkei-Paktes auf Nordafrika vorstellen - obwohl die Umsetzung des Flüchtlings-Abkommens schon am zweiten Tag ins Stocken geraten ist.

Body

Das Vorhaben ist umstritten, trotzdem bringt Innenminister Thomas de Maizière eine Erweiterung des Türkei-Paktes ins Spiel: Der CDU-Politiker kann sich eine ähnliche Vereinbarung auch für Nordafrika vorstellen, sagte er nach einem Treffen mit Kollegen aus Österreich, der Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein.

Angesichts des zu erwartenden Andrangs von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika müsse man mit den dortigen Staaten über ähnliche Modelle sprechen.

Das Abkommen zwischen der Türkei und der EU sieht vor, dass alle Migranten, die seit dem 20. März illegal nach Griechenland übergesetzt sind, zwangsweise in die Türkei zurückgebracht werden. Für jeden abgeschobenen Syrer soll ein Syrer aus der Türkei legal in der EU aufgenommen werden. Bis zu 72.000 Menschen könnten auf diese Weise nach Europa kommen. Wie diese Menschen genau verteilt werden, steht noch nicht fest.

Die groß angekündigte Rückführung von Migranten geriet allerdings schon am zweiten Tag der Umsetzung ins Stocken. Das hat unter anderem bürokratische Gründe: Von 3000 Migranten auf den griechischen Inseln haben die meisten inzwischen Asylanträge gestellt. Während die Verfahren laufen, bleiben sie in Griechenland. Das kann mehrere Wochen dauern; allein für die Bearbeitung der Anträge werden 400 EU-Beamte gebraucht, vor Ort sind aber nur 30.

Vorwurf der Abhängigkeit

Auch aus anderen Gründen ist die Vereinbarung mit der Türkei umstritten. Kritiker werfen der Bundesregierung vor, sich zu sehr vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan abhängig zu machen, dem ein zunehmend autokratischer Regierungsstil vorgeworfen wird. Amnesty International beschuldigt die Regierung in Ankara, mehrere Tausend Flüchtlinge in das Bürgerkriegsland Syrien zurückgeschickt und damit gegen das Völkerrecht verstoßen zu haben. Die Türkei weist diesen Vorwurf zurück.

De Maizière will Türkei-Modell ausweiten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-de-maiziere-sieht-tuerkei-pakt-als-vorbild-fuer-nordafrika-a-1085626....>

Innenminister de Maizière hält dennoch an den Vereinbarungen fest: "Die Methode ist richtig", sagte er. Damit verfolgt er vor allem das Ziel, das Geschäft der Schlepper künftig strukturell zu durchkreuzen. Allerdings werde das nicht einfach. "Das wird ungleich komplizierter werden als mit der Türkei, und da ist es schon kompliziert genug", sagte der Minister.

vks/dpa

Load-Date: April 6, 2016

End of Document

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-geschaeft-mit-den-gefaelschten-paessen-a-1053720.html>

SPIEGEL ONLINE

24. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 713 words

Byline: Alexander Sarovic

Highlight: Wer Syrer ist, bekommt in Europa Asyl. Die Folge ist ein florierender Schwarzmarkt für falsche syrische Pässe. Die Fälscher arbeiten schnell - und erfüllen auch die sonderbarsten Wünsche.

Body

Immer mehr Flüchtlinge sind mit falschen syrischen Pässen in der EU unterwegs. Das Bemerkenswerte daran: Die meisten von ihnen sind tatsächlich Syrer. Mehr als 80 Prozent der Flüchtlinge, bei denen falsche syrische Pässe gefunden wurden, sind nach Auskunft der EU-Grenzschutzbehörde Frontex gegenüber SPIEGEL ONLINE syrische Staatsangehörige.

"Sie kommen aus einem vom Krieg zerrissenen Land", sagte Frontex-Sprecherin Ewa Moncure dem US-Radiosender NPR. "Viele von ihnen mussten wahrscheinlich ihre Häuser schnell verlassen. Manche hatten wohl auch nie einen Pass." Auch sei es derzeit extrem schwierig, einen syrischen Pass auf regulärem Weg von den syrischen Behörden ausgestellt zu bekommen. Aus diesem Grund bemühen sich immer mehr Syrer um einen falschen syrischen Pass.

Bei einer deutlich kleineren Zahl der Migranten, die mit falschen syrischen Pässen unterwegs sind, handele es sich um Iraker und Palästinenser. Behörden wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) identifizieren Nicht-Syrer unter anderem anhand der Sprache. Die Vielfalt der Dialekte im Arabischen macht es für sie schwierig, sich als Syrer auszugeben.

Allein in der ersten Jahreshälfte 2015 wurden laut Frontex etwa 170 falsche syrische Pässe entdeckt. Zum Vergleich: Im ganzen Jahr 2014 waren es 252. Auf das ganze Jahr hochgerechnet, würde dies einen Anstieg von mehr als einem Drittel bedeuten.

Per Post nach Deutschland geschickt

Der Grund für die Zunahme: In der EU haben Asylsuchende aus Syrien mit ihren Anträgen gute Aussichten auf Erfolg. 2014 lag die Anerkennungsquote bei 95 Prozent. Das macht die syrischen Pässe begehrt und führt dazu, dass der Schwarzhandel mit falschen Reisedokumenten boomt.

Alle wollen Syrer sein <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-geschaefft-mit-den-gefaelschten-paessen-a-1053720.html>

In Deutschland stellte die Bundespolizei für die erste Jahreshälfte 2015 insgesamt 133 ge- und verfälschte Reisepässe bzw. Personalausweise fest - mehr als doppelt so viele wie im ersten Halbjahr 2014. Zum Teil werden syrische Pässe auch per Post nach Deutschland geschickt. Der Zoll beschlagnahmte kürzlich ein Paket mit syrischen Pässen, darunter echte und gefälschte.

Die Zahl der Täuschungsfälle dürfte in den nächsten Wochen und Monaten weiter steigen. Denn 2014 wurden nach Angaben von Frontex etwa 3800 unbedruckte syrische Pässe gestohlen gemeldet.

Gefälschte Pässe sind nicht das einzige Problem.

"Hinzu kommen Schwindler, die die Dokumente einer anderen Person benutzen und ihre Ähnlichkeit mit dem Inhaber ausnutzen", heißt es von Frontex: "Diese sind aber oft schwierig zu identifizieren. Studien zeigen jedoch, dass das Ausmaß des Problems viel größer ist, als man den Zahlen der aufgedeckten Fälle entnehmen könnte."

Ferner gebe es immer mehr Migranten, etwa aus dem Irak, Algerien, Ägypten und Marokko, die schlicht behaupten, Syrer zu sein, ohne dabei syrische Dokumente zu benutzen. Zahlen dazu konnte die Behörde nicht nennen. Auch die Bundespolizei erfasst solche Fälle nicht statistisch. Die Auskunft von Frontex deckt sich jedoch mit Berichten, wonach sich immer mehr Flüchtlinge Polizisten gegenüber als Syrer ausgeben, obwohl sie es offensichtlich nicht sind.

40 Stunden für einen neuen Pass

"Wir wissen, dass es einen Schwarzmarkt für syrische Pässe in der Türkei gibt", so Frontex auf Anfrage von SPIEGEL ONLINE: "Es ist aber schwierig, das Ausmaß dieses Phänomens abzuschätzen." Auch der Bundespolizei ist lediglich bekannt, "dass Fälscher organisiert und profitorientiert arbeiten sowie gut vernetzt sind."

Nach Auskunft der Bundespolizei variieren die Preise für gefälschte Dokumente nach Art, Qualität und Nutzungsabsicht. Frontex-Sprecherin Ewa Moncure schätzte die Kosten für gefälschte syrische Pässe gegenüber NPR auf "mehrere tausend Euro."

Günstiger davon gekommen ist Harald Doornboos: In einem Selbstversuch bestellte der niederländische Journalist für 750 Euro einen falschen syrischen Pass. Er rief einen Fälscher an, suchte sich im Telefongespräch einen Namen und ein Foto aus. Per WhatsApp schickte der Fälscher ihm zur Kontrolle ein Bild vom Pass. 40 Stunden nach dem Anruf hielt Doornboos seine Bestellung in der Hand. Der Fantasiename, den er wählte und der in arabischer Schrift auf dem Ausweis zu sehen ist: Malek Ramadan.

Das Foto: ein Porträt des holländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte.

Load-Date: September 24, 2015

Maximal abschreckend; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/daenemark-migrationsministerin-ist-fuer-maximale-abschreckung-a-1071695.html>

SPIEGEL ONLINE

13. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1142 words

Byline: Manfred Ertel

Highlight: Sie tut alles, damit Migranten sich in Dänemark nicht wohlfühlen: Dänemarks Migrationsministerin Inger Støjberg geht mit großer Härte gegen Flüchtlinge vor - und bringt damit mittlerweile auch Unternehmer gegen sich auf.

Body

Werte, immer wieder diese Werte. Während halb Europa darüber debattiert, wie die Flüchtlingskrise mit halbwegs humanen Mitteln bewältigt wenn schon nicht gelöst werden kann, sorgt sich Kopenhagens Migrationsministerin Inger Støjberg vor allem um die urdänischen Tugenden. "Es ist wichtig, dass wir unsere Werte sichern", sagt die Ministerin immer wieder, wenn sie Dänemarks harte Abschottungspolitik gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen begründet.

Seit die rechtsliberale Partei Venstre mit nur noch knapp 20 Prozent der Stimmen im Rücken und 34 von 179 Sitzen allein die Regierung bildet, ist die Mini-Minderheitsregierung mehr denn je auf die parlamentarische Unterstützung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei angewiesen. Das hat seinen Preis. Etliche Ministerkollegen müssen zum Teil schmerzliche Zugeständnisse an die ausländerfeindlichen und europaskeptischen Mehrheitsbeschaffer machen.

Støjberg nicht. Sie ist von den Rechtspopulisten kaum noch rechts zu überholen. Das wird sich schon am heutigen Mittwoch wieder zeigen, wenn im Folketing, dem dänischen Parlament, neue Restriktionen und Verschärfungen gegen Flüchtlinge und Einwanderer debattiert werden.

"Wir tun das Maximale, damit es nicht attraktiv ist, nach Dänemark zu kommen", freut sich Ministerin Støjberg, 42, über "die härteste Asylpolitik im Vergleich zu den Ländern um uns herum". Støjberg ruht völlig in sich, wenn sie ihre beinharte Linie erläutert, von Rechtfertigung keine Spur. "Natürlich" müsse für die Flüchtlingskrise eine europäische Lösung gefunden werden, sagt sie lächelnd. Aber bis es die gibt, müsse Dänemark eben selbst auf sich aufpassen. "Ich bin sicher, dass viele Länder das gleiche tun werden und ihre Gesetze verschärfen."

Dänemark testet Einwanderer

"Wir wollen Menschen helfen, die wirklich Hilfe brauchen", betont sie. "Aber wir wollen weniger Asylbewerber haben, alle wussten das", sagt sie im gleichen Atemzug: "Es geht darum, dass unsere Werte die gleichen bleiben".

Maximal abschreckend <http://www.spiegel.de/politik/ausland/daenemark-migrationsministerin-ist-fuer-maximale-abschreckung-a-1071695.html>

Was sind das nur für Tugenden, die ihr so wichtig sind? Einer Dänin, die auf einem Bauernhof im ländlichen Jütland nahe Skive aufgewachsen ist, die von ihren Lehrern als "lieb, sozial und aktiv" beschrieben wird und schon früh bei Hof-Veranstaltungen ihrer Eltern mit der Politik der bürgerlichen und rechtsliberalen Venstre in Berührung kam?

Ein guter Däne liebt die sprichwörtliche dänische Gemütlichkeit, die "Hygge". Dazu gehört das traditionelle "Frokost", eine Art spätes oder zweites Frühstück mit süßsaurem Hering und Bier, ebenso wie Smørrebrød oder Hotdog. "Hyggeligt", also gemütlich, ist es, wenn das Abendessen pünktlich um 18 Uhr auf den Tisch kommt, und bei Feiern oder besonderem Besuch der Danebrog gehisst wird. Aber Vorsicht: Ganz und gar "un-dansk" ist es, die Nationalflagge nicht rechtzeitig zum Sonnenuntergang wieder einzuholen.

In Wissens- und Einbürgerungstests müssen Einwanderer und Flüchtlinge deshalb landeskundliche Fragen beantworten wie etwa nach dem dänischen Mittsommerfest: "Wann ist Sankt Hans?" (23. Juni); "Wie viele Vertreter hat Grönland im Folketing?" (zwei) oder "Können Homosexuelle kirchlich heiraten?" (ja).

Hervorragende Netzwerkerin

Støjberg entschied sich früh für die Politik. Mit 21 wurde sie ins Stadtparlament von Viborg gewählt, 2007 kam sie ins Parlament in Kopenhagen, zwei Jahre später ins Kabinett, als Arbeitsministerin. Bis dahin hatte sie außer in der Politik vor allem als Berichterstatterin eines Lokalblattes und als PR-Beraterin gearbeitet, musste allerdings die Berufsbezeichnung "ausgebildete Journalistin" nach Protesten aus ihrer Vita streichen, weil sie keine der Medienhochschulen besucht hatte.

Die jugendlich wirkende Politikerin gilt als hervorragende Netzwerkerin. Sie hielt stets loyal zum wegen zahlreicher privater Affären umstrittenen Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen, kann aber gleichzeitig gut mit dessen schärfstem Rivalen, Außenminister Kristian Jensen. Bei einer ihrer ersten politischen Aktivitäten organisierte sie eine Sammlung der Kirchlichen Nothilfe für Flüchtlinge in Darfur und trieb bei ihren Landsleuten immerhin rund 300.000 Kronen ein. "Ihr Ton ist heute ein anderer geworden", sagt der Viborger Bischof Henrik Stubkjær jetzt, er nennt die Ministerin, nicht nur wegen ihrer roten Haare, auch schon mal "Feuerseele".

Selbst der Besuch eines riesigen Lagers für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge in der libanesischen Bekaa-Ebene vorigen Sommer konnte die Ministerin nicht schockieren. "Sie sitzen in einem offenen Loch. Es gibt miserable Bedingungen", erzählte sie anschließend. Doch der trostlose Anblick habe sie bestärkt, gab sie zu Protokoll: "Es sind die Stärksten, die es bis nach Dänemark schaffen, wir müssen auch den Schwächsten helfen, das können wir am erfolgreichsten da."

Als sie für ihre rücksichtslose Haltung öffentlich kritisiert wurde, setzte sie nach: "Ich verstehe nicht, warum man nur ein guter Mensch ist, wenn man Flüchtlinge nach Dänemark holt."

Kritik von Unternehmern

Støjberg polarisiert, ihre Politik spaltet das Land. Auf Facebook bringt sie es auf rund 76.000 persönliche "gefällt mir". Nach der Wahl, bei der Venstre mit über sieben Prozent Verlusten die große Verliererin war, aber das vereinte Mitte-Rechts-Lager trotzdem stärker hervorging als das links-sozialdemokratische, lobte Løkke Rasmussen sie überschwenglich. Er nannte Støjberg "unsere politische Wortführerin", die Politik und Wahlkampf "in wenigen Wochen ihren Stempel aufgedrückt hat".

Aber nicht alle sehen ihre Politik der Abschreckung nur positiv: Führende Unternehmer sind mit dem dänischen Image unzufrieden und fürchten um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit. Parteifreunde wie Birte Rønn Hornbech sticheln: "Einige Dänen somalischer Herkunft kommen aus höheren sozialen Schichten und haben ein besseres internationales Verständnis, bessere Hochschulbildung und sprechen mehr Sprachen als Inger Støjberg".

Bei der jüngsten Meinungsumfrage bekam sie ein sehr ambivalentes Zeugnis. Wähler des linksliberalen Lagers gaben ihr lediglich 19 von 100 möglichen Punkten. Bei den rechtsliberalen Wählern kam sie auf 68 Punkte, kein anderer Politiker spaltet Dänemark so sehr.

Maximal abschreckend <http://www.spiegel.de/politik/ausland/daenemark-migrationsministerin-ist-fuer-maximale-abschreckung-a-1071695.html>

Zur Polarisierung unter den Dänen trägt eine ihrer neuesten Ideen kräftig bei. Die Polizei soll Flüchtlinge künftig nach Schmuck und Wertsachen durchsuchen, alles über 400 Euro soll einkassiert werden können. In den sozialen Netzwerken empörten sich zahllose Nutzer und kündigten ihrerseits an, persönliche Ringe und Schmuck an die Regierung zu schicken. Die "Washington Post" stellte die Ankündigung auf eine Stufe mit den Nazis, die ebenfalls "große Mengen von Gold und anderen Wertsachen von Juden und anderen konfisziert" hätten.

Støjberg findet die Kritik "unhistorisch" und ganz und gar grundlos. "In Dänemark muss man für sich selbst aufkommen, wenn man kann", sagt sie. Dazu lächelt sie.

Load-Date: January 13, 2016

End of Document

Rat der Ratlosen; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/muenchner-sicherheitskonferenz-zur-fluechtlingskrise-a-1077225.html>

SPIEGEL ONLINE

12. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 661 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Klar, die **Flüchtlingskrise** ist das Megathema - dieser Satz fällt auf der Münchner Sicherheitskonferenz immer wieder. Umso ernüchternder, dass den versammelten Entscheidungsträgern nichts Neues dazu einfallen scheint.

Body

"Das ist ganz klar das Thema des Tages!", ruft Christiane Amanpour. Die Starjournalistin des US-Nachrichtensenders CNN hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz gerade eine Podiumsdiskussion zur **Flüchtlingskrise** moderiert. Dabei wurden in den Stunden zuvor durchaus auch ein paar andere, nicht ganz unwichtige Themen besprochen, wie etwa der Kampf gegen den "Islamischen Staat", der Syrienkrieg oder die Überwachung des Internets.

Die Flüchtlingskrise aber, diesen Satz hört man in München nicht nur von Amanpour, ist das Überthema. Umso bemerkenswerter, wie wenig am ersten Tag der Sicherheitskonferenz - immerhin eines der größten Treffen der Mächtigen - an neuen Ideen zur Bewältigung der Krise zu hören war.

Auf Amanpours Podium saß etwa Kanzleramtsminister Peter Altmaier, Kanzlerin Angela Merkels rechte Hand in der Flüchtlingskrise. Der CDU-Politiker hat sich für den Beginn der Debatte einen Witz zurechtgelegt: "Ich bin vielleicht nicht der wichtigste Minister, aber bei Weitem der dickste." Was danach kam, war dagegen eher dünn.

Die Migrationsfrage habe eine wirtschaftliche, eine geopolitische, eine humanitäre, eine soziale, eine nationale, eine geostrategische und eine Sicherheitsdimension, sagte Altmaier. Das habe man im Sommer erfahren, als man von der Entscheidung stand, eine unilaterale Entscheidung allein im Interesse Deutschlands zu treffen oder einen internationalen Ansatz zu wählen.

"Man kann in einer immer stärker globalisierten Welt rein nationale Lösungen anwenden", so Altmaier. Man habe eine Million Flüchtlinge ins Land gelassen, "weil wir von ganzem Herzen davon überzeugt sind, dass die Stabilität der EU und des Nahen Ostens zu großem Teil davon abhängt, ob wir diese Herausforderung sorgfältig angehen".

Was die anderen Redner über die Flüchtlingskrise sagen:

Auch der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hatte wenig mehr beizutragen als eine Beschreibung des Zustands. Man müsse die Maßnahmen im Kampf gegen die Flüchtlingskrise besser koordinieren und Schleppern das Handwerk legen. "Das ist ein internationales Netzwerk, sie sind überall", sagte Cavusoglu. Der niederländische Außenminister Bert Koenders, derzeit Präsident des Rats der EU-Staats- und Regierungschefs, wiederholte auf dem Podium, was EU-Funktionsträger seit Monaten fordern: "Wir müssen unsere Ankündigungen Taten folgen lassen." Doch egal ob die Einrichtung von Hotspots, die Umsiedlung von Flüchtlingen oder die Absicherung der Schengen-Außengrenzen: Es geht allenfalls im Schneckentempo voran. Italiens Außenminister Paolo Gentiloni sah sich daraufhin zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme veranlasst: Man dürfe der Öffentlichkeit nicht vorgaukeln, dass die Migrationsfrage jemals wieder gänzlich verschwinden werde. "Das ist etwas Permanentes", so Gentiloni. Man könne nur die Zahlen von Flüchtlingen reduzieren und die Krise managen. Doch da gebe es ein Problem, und es sei das eigentliche Problem Europas: "Innenpolitische Argumente siegen über eine europäische Lösung." Sollte das so bleiben, sei der Kontinent in großer Gefahr.

Wie groß diese Gefahr ist, wurde am Freitag 400 Kilometer östlich von München deutlich, in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Dort forderte der tschechische Präsident Milos Zeman die "Deportation von Wirtschaftsflüchtlingen" und religiösen Fanatikern. Das sei "die einzige Lösung" der Flüchtlingskrise. Überhaupt seien islamische Migranten nicht in die europäische Kultur integrierbar.

Ein entsprechender Versuch findet in Tschechien allerdings kaum statt: Das Land hat im vergangenen Jahr gerade mal 71 Menschen Asyl gewährt. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico wiederum erklärte die Sicherung der Schengen-Außengrenzen zur "Überlebensfrage" der EU.

Am Montag treffen sich Vertreter der Visegrád-Gruppe aus Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei in Prag. Durchaus möglich, dass bei diesem Treffen weiterreichende Entscheidungen in Sachen Flüchtlingskrise fallen als in München.

Load-Date: February 13, 2016

[Privatsheriffs machen Jagd auf Migranten;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-osteuropa-regierungen-
dulden-selbstjustiz-der-buergerwehren-a-1087388.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-osteuropa-regierungen-dulden-selbstjustiz-der-buergerwehren-a-1087388.html)

SPIEGEL ONLINE

17. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 999 words

Byline: Keno Verseck

Highlight: 07:58:00 In Osteuropa haben rechtsextreme Privatmilizen und Bürgerwehren regen Zulauf: Sie jagen **Migranten** und erhoffen sich gesellschaftliche Akzeptanz für Selbstjustiz.

Body

Sie patrouillieren als selbst ernannte Ordnungshüter in Kampfmontur vor **Flüchtlingsheimen**. Sie helfen der Polizei und der Armee beim Grenzschutz. Sie setzen eigenmächtig **Flüchtlinge** fest - wie dieser Tage in Bulgarien: "**Migrantenjäger**" hatten im Grenzgebiet zur Türkei drei Afghanen "festgenommen", mit Kabelbindern gefesselt und offenbar auch ausgeraubt.

Sie schrien die am Boden liegenden Männer in gebrochenem Englisch an: "Go back! Turkey! No Bulgaria!" Ein Video ihrer Aktion stellten sie auf YouTube, Titel: "Bürgerverhaftung von **Migranten**".

Vom Baltikum bis Bulgarien - überall in Osteuropa haben solche rechtsextremen Privatmilizen und Bürgerwehren Zulauf. Viele von ihnen traten schon vor Jahren aus ihrer Nischenexistenz als Waffennarren und Heimatschutzfanatiker heraus und marschierten beispielsweise als Schutztruppe gegen angebliche "Zigeunerkriminalität" auf. Jetzt entdecken sie ein Betätigungsfeld, von dem sie sich noch mehr gesellschaftliche Akzeptanz für ihr Ideal einer Selbstjustiz erhoffen: die "Migrantenabwehr".

"Jahrelange xenophobe Propaganda von ganz oben"

Der tschechische Politologe und Extremismusforscher Miroslav Mares von der Masaryk-Universität Brunn nennt sie ein "unkontrolliertes und gefährliches Phänomen". "Die neuen Bürgerwehren haben den Bereich der Subkultur verlassen", sagt Mares. "Sie sind gut organisierte, aktionsbereite politische Kräfte. Sie fordern die Rechtssysteme in osteuropäischen Ländern heraus, und manche Staaten erweisen sich im Umgang mit ihnen als schwach oder untätig."

Beispiel Bulgarien: Dort machen seit Monaten militante rechtsextreme Anti-Migranten- und Grenzschutzinitiativen Schlagzeilen. Mitglieder der "Organisation zum Schutz der bulgarischen Bürger" (OSBG) etwa verhaften bei sogenannten "Waldspaziergängen" im Grenzgebiet Flüchtlinge und übergeben sie der Grenzpolizei. Zu nationaler Berühmtheit gelangte im März ein 29-jähriger Ersatzteilhändler aus der Stadt Jambol,

Privatsheriffs machen Jagd auf Migranten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-osteuropa-regierungen-dulden-selbstjustiz-der-buergerwehren-a-108....>

der mit einem Quad-Motorrad im bulgarisch-türkischen Grenzgebiet Flüchtlinge jagt. Einige Medien porträtierten ihn als "Superhelden", der mit "bloßen Händen Migranten fängt".

Bisher lobten bulgarische Behörden die Privatsheriffs, unter denen viele Vorbestrafte sind, als mustergültige Bürger. Regierungschef Bojko Borissow, früher selbst Karatetrainer und Leibwächter, dankte den "Migrantenjägern" persönlich: "Jegliche Unterstützung für die Polizei, den Grenzschutz und den Staat ist willkommen." Erst als die Bürgerrechtsorganisation Helsinki-Komitee Bulgarien Anzeige gegen Borissow wie auch gegen einige Privatmilizionäre erstattete, sagte der Regierungschef, er sei missverstanden worden.

Zwar wurden inzwischen einige "Migrantenjäger" festgenommen. Doch an eine Kehrtwende glaubt Margarita Iliewa, die Leiterin des Rechtsprogrammes beim bulgarischen Helsinki-Komitee, nicht. Die "islamophoben Hass-Verbrechen" der Bürgerwehren seien eine Folge "jahrelanger xenophober Propaganda von ganz oben", sagt sie. Das habe die "Migrantenjäger" in weiten Teilen der Gesellschaft legitimiert.

Ähnliches gilt für viele andere osteuropäische Länder. In Estland gründete sich im Februar dieses Jahres ein Ableger der finnischen Anti-Migranten-Bürgerwehr "Soldaten Odins" - Behörden sahen darin kein Problem, lediglich der Regierungschef Taavi Roivas twitterte eine verurteilende Bemerkung. In allen drei baltischen Ländern haben außerdem - ebenso wie in Polen und Tschechien - legale paramilitärische Heimatschutzverbände jeweils Tausende Mitglieder.

In der Slowakei organisierten Mitglieder der paramilitärischen Organisation "Slovenskí Branci" (Slowakische Rekruten) im vorigen Jahr ungestraft einen Wachdienst vor einem Flüchtlingsheim im Grenzort Gabčíkovo. Die vor Kurzem mit acht Prozent ins Parlament gewählten Neonazis der "Volkspartei - Unsere Slowakei" wollen eine nationale Privatmiliz gründen und zum Schutz vor "kriminellen Zigeunern" unter anderem Patrouillen in Nachtzügen einrichten. Eine ähnliche antiziganistische Miliz stellte im Januar in Rumänien der ultranationalistische Politiker Bogdan Diaconu auf.

Vorreiter ist aber Ungarn. Schon zu Zeiten der sozialistisch-liberalen Regierung von 2002 bis 2010 wurden zahlreiche rechtsextreme Bürgerwehren wie die "Ungarische Garde", die "Ungarische Nationale Front" oder die "Nationale Wachchar" gegründet. Trotz eines Grundsatzverbotes von 2009 bestehen sie zum großen Teil weiter. Zugleich arbeiten seit Jahren Zehntausende Ungarn in einem System staatlich subventionierter, freiwilliger "Bürgerwachen" oder als bezahlte "Feldwächter" mit weitreichenden polizeilichen Befugnissen.

Teil des Establishments

"Das Schlimme ist, dass die rechtsextremen paramilitärischen Gruppen und die legalen Organisationen zur Ordnungssicherung verflochten sind", sagt der linke Philosoph G. M. Tamás. "Die Rechtsextremen haben ausgezeichnete Verbindungen zu Bürgerwachen, zu vielen Bürgermeistern, zu Geheimdiensten, zur Polizei und zum Grenzschutz. Sie sind Teil des Establishments."

Wie zum Beispiel im Dorf Ásotthalom nahe der ungarisch-serbischen Grenze. Dort regiert seit 2013 der rechtsextreme Bürgermeister László Toroczkai. Er organisierte voriges Jahr im Ort eine bestens ausgerüstete "militante Bürger- und Feldwache", die dem Staat beim Schutz der Grenze vor Flüchtlingen assistiert.

Ein Action-Video, das Toroczkai darüber drehen ließ, wurde bisher 1,6 Millionen mal angeklickt. Kritik daran kam von Behörden nicht - vielmehr beeindruckte der PR-Erfolg die ungarische Regierung. Sie stellte vor Kurzem ein dem Original getreulich nachempfundenes Anti-Flüchtlings-Action-Video ins Netz.

Zusammengefasst: Militante Bürgerwehren greifen in Osteuropa zur Selbstjustiz. Sie greifen Migranten auf und hetzen gegen Sinti und Roma. Die Regierungen lassen die rechten Privatmilizen gewähren, Menschenrechtler sind besorgt.

Mehr zum Thema heute Abend auf SPIEGEL-TV, 22:55 Uhr, RTL

Privatsheriffs machen Jagd auf Migranten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-osteuropa-regierungen-dulden-selbstjustiz-der-buergerwehren-a-108...>

Load-Date: April 17, 2016

End of Document

[Orbán will Streit mit Merkel beenden;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-viktor-orban-beendet-
streit-mit-angela-merkel-a-1088702.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-viktor-orban-beendet-streit-mit-angela-merkel-a-1088702.html)

SPIEGEL ONLINE

22. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 224 words

Byline: asa/dpa

Highlight: 12:32:39 Er war Angela Merkels schärfster Kritiker in der EU, jetzt schlägt Viktor Orbán einen versöhnlichen Ton an. In der **Flüchtlingspolitik** gebe es zwischen den beiden keine Differenzen mehr.

Body

Sie hieß die **Flüchtlinge** willkommen, er wollte sie nicht haben. Nun will Ungarns rechtsnationaler Ministerpräsident Viktor Orbán nach eigener Aussage aber nicht mehr gegen die **Flüchtlingspolitik** Angela Merkels ankämpfen. "Die Meinungsunterschiede sind Vergangenheit, die Deutschen haben in der **Migrationskrise** ihren Standpunkt geändert", sagte Orbán im staatlichen Rundfunk.

Merkels Flüchtlingspolitik unterscheidet sich nach Orbáns Ansicht kaum noch von seiner eigenen. Berlin erkenne jetzt die Wichtigkeit des Schutzes der EU-Außengrenzen an. "Ohne es zuzugeben, geht Europa mit den Flüchtlingen in Rede und Tat genauso um wie wir", sagte Orbán.

Der ungarische Regierungschef hatte im vergangenen Jahr sein Land mit Grenzzäunen gegen Flüchtlinge abgeschottet und eine Kampagne gegen die Asylsuchenden in Gang gesetzt. Zugleich schwang er sich auf der europäischen Bühne zum scharfen Kritiker der Flüchtlingspolitik Merkels auf.

Am vergangenen Dienstag besuchte Orbán Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Haus in Ludwigshafen. Im Anschluss an das Treffen gaben Orbán und Kohl eine gemeinsame Erklärung ab, in der beide ihre Unterstützung für Merkel betonten. Es gebe, entgegen dem Eindruck aus der Presseberichterstattung, "keinen Gegensatz" zu den Bemühungen der Bundeskanzlerin.

asa/dpa

Load-Date: April 22, 2016

[Sloweniens Polizei setzt Tränengas gegen Flüchtlinge ein;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-sloweniens-polizei-setzt-traenengas-ein-a-1053764.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-sloweniens-polizei-setzt-traenengas-ein-a-1053764.html)

SPIEGEL ONLINE

19. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 684 words

Byline: fab/AFP/dpa

Highlight: In der **Flüchtlingskrise** auf dem Balkan gerät nun auch Slowenien in den Fokus. Polizisten haben an der Grenze zu Kroatien Tränengas eingesetzt - auch gegen Kinder. In Österreich kamen über Nacht 6700 **Migranten** an.

Body

Die slowenische Polizei ist an einem Grenzübergang zu Kroatien gegen Hunderte **Flüchtlinge** mit Tränengas vorgegangen. Am Freitagabend demonstrierten am Übergang Harmica **Flüchtlinge** zusammen mit Aktivisten aus beiden Ländern für das Recht, aus Kroatien nach Slowenien einreisen zu dürfen.

Nach einer Stunde setzte die slowenische Polizei schließlich Tränengas gegen die Flüchtlinge ein, die versuchten, die am Grenzübergang postierten Polizisten zurückzudrängen. In der Menge waren auch Kinder.

Das EU-Mitglied Slowenien ist nach den Worten seiner Botschafterin in Deutschland zur Aufnahme von bis zu 10.000 Flüchtlingen bereit. "Wenn die Flüchtlinge bei uns Asyl beantragen, nehmen wir sie auf und schützen sie", sagte Marta Kos Marko der "Rheinischen Post". Slowenien habe Kapazitäten für "bis zu 10.000 Flüchtlinge". Wenn mehr Menschen aufgenommen werden sollten, müsse Slowenien aber um europäische Hilfe bitten.

Allein am Freitag registrierten die slowenischen Behörden bereits etwa tausend Flüchtlinge, etwa 700 weitere warteten noch am kroatisch-slowenischen Grenzübergang Obrezje, etwa 20 Kilometer westlich der kroatischen Hauptstadt Zagreb. Sloweniens Ministerpräsident Miro Cerar erklärte, wenn weiterhin so viele Flüchtlinge einträfen, könne sein Land Transitkorridore einrichten.

6700 Ankommende in Österreich - in einer Nacht

Kroatien brachte seinerseits am Freitag und in der Nacht zum Samstag Tausende Flüchtlinge zu ungarischen Grenzübergängen. Die Regierung in Budapest behauptet, die Aktion sei nicht abgesprochen gewesen. Der designierte Kabinettschef von Ministerpräsident Viktor Orbán, Antal Rogan, kündigte an, Ungarn werde den Beitritt des EU-Nachbarn Kroatien zur Schengen-Zone blockieren.

Sloweniens Polizei setzt Tränengas gegen Flüchtlinge ein <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-sloweniens-polizei-setzt-traenengas-ein-a-1053764.ht...>

Die Flüchtlinge wurden mit Bussen zu den kroatisch-ungarischen Grenzübergängen Letenye, Beremend und Gyekenyes gebracht. Die ungarischen Behörden brachten die Flüchtlinge dann weiter zu Lagern nahe der österreichischen Grenze. Dabei handelt es sich um offene Einrichtungen, sodass sich viele Migranten sofort auf den Weg in Richtung Österreich machten.

In Österreich kamen über Nacht Tausende Menschen an. Bis Samstagmorgen zählte die Polizei 6700 Ankommende an den zwei wichtigsten Grenzübergängen im Burgenland, wie der österreichische Rundfunk ORF berichtete.

Streit über Flüchtlingszug

Widersprüchliche Angaben gab es zunächst zu einem Flüchtlingszug, der von Kroatien aus fast tausend Flüchtlinge in den ungarischen Grenzbahnhof Magyarbóly transportierte. Der ungarische Regierungsvertreter György Bakondi sprach von einem "beispiellosen Vorfall" an der gemeinsamen Grenze: Der Zug sei von bewaffneten kroatischen Polizisten begleitet worden - und diese seien mit dem Zug auch auf ungarisches Territorium eingedrungen.

Die kroatischen Polizisten seien selbstverständlich entwaffnet und der Lokführer sei festgenommen worden, sagte Bakondi nach Angaben der kroatischen Zeitung "Jutarnji List".

Das kroatische Innenministerium hingegen dementierte, dass Polizisten entwaffnet worden seien.

Am Samstag stellte die ungarische Polizei dann klar, dass die kroatischen Polizisten von vornherein unbewaffnet gewesen seien. Die ungarischen Beamten hätten lediglich die Ausweise ihrer kroatischen Kollegen kontrolliert. Danach seien die kroatischen Polizisten an die Grenze zurückbegleitet worden.

Der kroatische Innenminister Ranko Ostojic sagte "Jutarnji List", die Beamten seien gemeinsam mit den Flüchtlingen nach Ungarn gefahren, um Ordnung in dem Zug zu gewährleisten. Alles sei in Absprache mit Ungarn geschehen, doch Ungarn habe entschieden, die Abmachung zu missachten.

Seit Ungarn seine Grenze zu Serbien vor einigen Tagen komplett dicht gemacht hat, versuchen Tausende Flüchtlinge in Serbien nun, durch Kroatien weiter Richtung Nordwesten zu gelangen. Das Land sieht sich aber mit der Zahl der ankommenden Migranten überfordert. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bot Kroatien technische und logistische Unterstützung Hilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise an.

Video: Transit durch das minenverseuchte Kroatien

fab/AFP/dpa

Load-Date: September 19, 2015

**"... dass wir vielleicht Mitte des Jahres wissen, wer überhaupt im Land ist";
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-chef-will-bis-herbst-ueberblick-ueber-asylbewerber-zahlen-haben-a-1082742.html>**

SPIEGEL ONLINE

17. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 410 words

Byline: aar/dpa/AFP

Highlight: 01:50:00 Seit 2013 sind laut Bamf-Chef Weise rund 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, "und sind wahrscheinlich auch hier". Im Flüchtlingsamt habe es zwar Mängel gegeben, aber "jetzt wird es besser".

Body

Nach Einschätzung des Chefs des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) werden die deutschen Behörden im Laufe des Jahres einen genauen Überblick darüber haben, wer sich als Flüchtling in Deutschland aufhält. Es gebe jetzt eine Informationstechnologie, "die sicherstellt, dass wir vielleicht Mitte des Jahres, im Herbst, wissen, wer überhaupt im Land ist", sagte Frank-Jürgen Weise in einem Interview mit den ARD-"Tagesthemen".

In den vergangenen drei Jahren seien 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, "und sind wahrscheinlich auch hier", sagte Weise. Bei der Arbeit der Behörde habe es Mängel gegeben. Aber, so ihr Chef, "jetzt wird es besser": "Ich kündige an, dass in diesem Jahr diese gravierenden Mängel abgearbeitet sind."

Beim Bamf sei man nun so aufgestellt, "dass wir dieses Jahr dieses Gefühl von Unordnung, dieses Gefühl von Überflutung beseitigen". Man werde sicherstellen, dass die Geflüchteten ihr Recht bekommen, sagte Weise. Zugleich solle die Bevölkerung sehen, dass alles in geordneten Bahnen laufe.

Durch die Grenzsicherungen auf der Balkanroute sind zuletzt weniger Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Im Februar 2016 registrierten die Behörden nach Angaben des Innenministeriums 61.428 Asylsuchende im sogenannte Easy-System. Im Januar waren es noch mehr als 91.000, im Dezember 2015 wurden mehr als 127.000 Zugänge von Asylsuchenden registriert (mehr Details zu den aktuellen Zahlen finden Sie hier).

Vor dem TV-Auftritt hatte Weise bei einem Kongress in Berlin eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren zugesagt. Das Bamf werde bei der Verfahrensdauer "garantiert schon dieses Jahr in den Neufällen auf weit unter drei Monate kommen". Für Altfälle dauerten die Verfahren im Schnitt fünf Monate.

"... dass wir vielleicht Mitte des Jahres wissen, wer überhaupt im Land ist"
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-chef-will-bis-herbst-ue....>

Weise leitet auch die Bundesagentur für Arbeit. Er widersprach der Einschätzung, Zuwanderer könnten die Schwierigkeiten des deutschen Arbeitsmarkts beseitigen. "Es ist nicht die Lösung für unser demografisches Problem." Die Flüchtlinge seien vielmehr eine Belastung für den Arbeitsmarkt. Angesichts von 460.000 Erwerbsfähigen mit Bleiberecht handle es sich aber auch um "keine Überflutung" des Landes.

Die gesetzlichen Hürden, Arbeit aufzunehmen, sind für die Flüchtlinge zum Teil hoch. Dabei planen etliche Unternehmen in Deutschland laut einer aktuellen Umfrage des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) die Einstellung von Flüchtlingen.

aar/dpa/AFP

Load-Date: March 17, 2016

End of Document

CDU-Spitze setzt "Leitkultur" auf Parteitagsagenda

SPIEGEL ONLINE

21. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 528 words

Byline: Christoph Titz

Highlight: Die CDU schaltet in den Wahlkampfmodus: Im neuen Leitantrag vermeidet die Partei Festlegungen bei Renten und Digitalem. Hart will sie gegen "Missbrauch des Asylsystems" vorgehen und spricht von deutscher "Leitkultur".

Body

Die CDU-Spitze will mit ihrem Leitantrag für den Bundesparteitag Anfang Dezember den von Kanzlerin Angela Merkel angekündigten Aufbruch dokumentieren - und setzt zugleich auf scharfe Formulierungen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik.

"Wir lehnen uns nicht zurück, sondern wir schauen uns Veränderungen an und wollen schnell reagieren", sagte CDU-Generalsekretär Peter Tauber. Das zuvor vom Parteivorstand einstimmig verabschiedete Papier sei nicht nur auf CDU-Chefin Merkel, sondern die ganze Partei zugeschnitten.

Um mit einem starken sicherheitspolitischen Profil in den Bundestagswahlkampf 2017 zu ziehen, hat der CDU-Bundesvorstand einige Positionen in seinem 21-seitigen Leitantrag verschärft. Notfalls soll demnach mit weiteren Maßnahmen verhindert werden, dass es wieder zu einem so starken Zuzug von Migranten und Flüchtlingen wie 2015 kommt, heißt es.

Keine Festlegung auf Angleichung der Ost-Renten

Wichtiger Baustein auch für einen gemeinsamen Wahlkampf mit der CSU ist die härtere Positionierung der CDU in Flüchtlingsfragen. In dem Antrag wird betont, dass abgelehnte Asylbewerber "grundsätzlich" in ihre Heimat- oder Transitländer zurückgebracht werden sollen.

Das könne demnach auch bedeuten, "Menschen, die aus den Booten der Schlepper vor dem Ertrinken gerettet werden, zurück an die nordafrikanische Küste zu bringen und sie dort in Absprache mit den betreffenden Ländern zu versorgen", heißt es weiter. Hier wurde ein Vorschlag von CDU-Innenminister Thomas de Maiziere aufgegriffen.

Deutschland als "Schicksalsgemeinschaft"

Gestrichen wurde im Vergleich zu einer frühen Fassung an mehreren Stellen: So wurde die Zusage gekippt, dass in dieser Legislaturperiode noch die Angleichung der Renten in Ost und West beschlossen werden sollte und die CDU ein Mindestrentenniveau ab 2030 zusagt. Wesentlich weicher ist zudem die Formulierung zur Vollverschleierung.

CDU-Spitze setzt "Leitkultur" auf Parteitagsagenda

Statt eines Verbots "vor Gericht und Behörden" wie im Entwurf heißt es nun ganz allgemein, dass die Vollverschleierung abgelehnt werde.

Dafür nimmt die CDU jedoch Vokabular der CSU mit auf: Von der "Leitkultur in Deutschland" als "einigendem Band" ist zu lesen, welches "diejenigen miteinander verbindet, die in ein- und demselben Land leben und eine Schicksalsgemeinschaft sind". Hart wollen die Christdemokraten auch gegen "Missbrauch des Asylsystems" vorgehen, heißt es in dem Papier.

"Modernisierungsverlierer" gestrichen

Für die Union geht es auch darum, an die AfD verlorene Wähler zurückzugewinnen : Das in einem Entwurf enthaltene Wort "Modernisierungsverlierer", mit dem sich die Parteistrategen auf die Wähler von der Rechtspopulisten bezogen, ist gestrichen - weil es missverständlich sei und die CDU niemanden stigmatisieren wolle, hieß es bei der CDU.

Tauber betonte, der Antrag sei "noch kein Wahlprogramm". Deshalb habe man bei der Rente noch kein fertiges Konzept. Die CDU sage aber klar, dass sie über das Jahr 2030 hinaus wolle, dass die Rente sicher sei. Auch beim Thema Digitalisierung sei nicht klar, was dies für die Arbeitswelt von morgen bedeute.

Merkel im Video: "Ich habe unendlich viel darüber nachgedacht"

cht/dpa/Reuters

Load-Date: November 22, 2016

**[Bund gibt sechs Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-gibt-2016-sechs-milliarden-euro-a-1051681.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-gibt-2016-sechs-milliarden-euro-a-1051681.html)**

SPIEGEL ONLINE

07. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 438 words

Byline: syd/dpa/AFP

Highlight: Die Spitzen der schwarz-roten Koalition in Berlin haben sich auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Asylpolitik verständigt. Der Bund stockt die Flüchtlingshilfe deutlich auf, zugleich werden Regeln für Asylbewerber teilweise erheblich verschärft.

Body

Die Große Koalition in Berlin reagiert auf die steigende Zahl von Asylbewerbern in Deutschland. Bei einem Treffen des Koalitionsausschusses im Kanzleramt einigten sich die Spitzen von Union und SPD auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket.

Die wichtigsten Punkte im Überblick:

Im Haushalt 2016 plant der Bund drei Milliarden Euro mehr für die Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation ein. Zudem stellt der Bund Ländern und Kommunen weitere drei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. 2015 hat der Bund eine Milliarde Euro für Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von rund 150.000 winterfesten Plätzen in menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge verstärkt unterstützen. Unter anderem soll ein Beschleunigungsgesetz für einen befristeten Zeitraum die Abweichung von geltenden Regelungen oder Standards ermöglichen. Bei der Bundespolizei werden 3000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen, der Bundesfreiwilligendienst soll um bis zu 10.000 neue Stellen aufgestockt werden. Kosovo, Albanien und Montenegro sollen durch Gesetzesänderung zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, allerdings bräuchte es dafür die Zustimmung des Bundesrats. Im Gegenzug soll die legale Einwanderung vom Westbalkan erleichtert werden. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Asylbewerber statt Bargeld "so weit wie möglich" Sachleistungen erhalten. Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen wird von sechs auf drei Monate reduziert. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) soll unbürokratisch neues Personal gewonnen werden, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten. In den Jobcentern soll das Personal aufgestockt werden. Auf europäischer Ebene will sich die Bundesregierung für ein einheitliches EU-Asylrecht und eine gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsländer einsetzen. Flüchtlinge in Europa sollen gerechter verteilt werden.

Bund gibt sechs Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bund-gibt-2016-sechs-milliarden-euro-a-1051681.html>

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sprach nach dem Treffen in Berlin von einem guten Ergebnis. Die Verärgerung der CSU über Bundeskanzlerin Angela Merkel, die in den vergangenen Tagen Zehntausenden Flüchtlingen Zuflucht gewährt hatte, soll nach Angaben aus Koalitionskreisen während der Sitzung im Kanzleramt keine große Rolle gespielt haben. An dem Gipfel nahmen die Partei- und Fraktionschefs von Union und SPD sowie mehrere Fachminister teil.

syd/dpa/AFP

Load-Date: September 7, 2015

End of Document

[Gestern eiserne Kanzlerin, heute flexibel:
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-brexite-syrien-angela-merkel-und-der-multikrisen-gipfel-a-1077944.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-brexite-syrien-angela-merkel-und-der-multikrisen-gipfel-a-1077944.html)

SPIEGEL ONLINE

18. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1198 words

Byline: Christoph Schult

Highlight: Wer gibt in Europa den Ton an? Die Antwort darauf hieß lange: die deutsche Kanzlerin. Jetzt verhandelt die EU beim Gipfel in Brüssel über Brexit, Syrien und Flüchtlinge - und Angela Merkel muss umdenken.

Body

Angela Merkel ist gewohnt, dass sie auf EU-Gipfeln viel Geduld braucht. Doch bei dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs, das am Donnerstagnachmittag in Brüssel beginnt, wird der Langmut der deutschen Kanzlerin getestet wie selten zuvor.

Wenn der exklusive Club sich um 17 Uhr in Brüssel trifft, geht es zunächst einmal um David Cameron und die Sonderwünsche der Briten - um den drohenden Brexit, den Abschied Großbritanniens aus der EU, zu verhindern. Erst beim Abendessen soll dann das Thema besprochen werden, das Merkels Kanzlerschaft entscheiden könnte: die Flüchtlingskrise.

Doch die Vorzeichen haben sich geändert: Nach dem Bombenanschlag von Ankara hat einer der wichtigsten Verhandlungspartner seine Reise nach Brüssel abgesagt - der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu.

Eigentlich hatten elf EU-Staaten, darunter Deutschland, in einem Mini-Gipfel vor dem eigentlichen Gipfel mit der Türkei über konkrete Maßnahmen in der Flüchtlingskrise verhandeln wollen. Dieses Treffen des sogenannten Klubs der Willigen wurde bereits Mittwochabend von Österreichs Kanzler Werner Faymann abgesagt.

Der Gipfel folgt ohnehin einer seltsamen Dramaturgie: Während das Europäische Haus wegen der Flüchtlingskrise einzustürzen droht, verbringen die EU-Staatschefs erst einmal Stunden, um in Sachen Brexit die Möbel ein wenig umzustellen. Auch am Freitag, so ist zu hören, soll es in erster Linie um das britische Referendum über den Verbleib in der EU gehen. Schon machen Gerüchte die Runde, dass der Gipfel in die Verlängerung gehen und bis Samstag dauern könnte.

Wer sind die wichtigsten Akteure? Welche Positionen vertreten sie? Die Verhandlungen im Überblick.

Flüchtlingskrise I: Merkels Vollbremsung

Gestern eiserne Kanzlerin, heute flexibel [http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-brexit-syrien-angela-merkel-und-der-multikrisen-gipfel-a-1077944.ht....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-brexit-syrien-angela-merkel-und-der-multikrisen-gipfel-a-1077944.ht...)

Gestern noch die eiserne Kanzlerin, heute flexibel: In der Flüchtlingsfrage ist Angela Merkel ihren Gegnern vor dem Gipfel weit entgegengekommen. Die Verteilung von 160.000 Asylbewerbern von Griechenland und Italien auf andere EU-Länder - die bereits vor Monaten vom Europäischen Rat beschlossen wurde und damit geltendes Recht ist - soll gar nicht mehr diskutiert werden. Einen offiziellen Beschluss des Gipfels zur Flüchtlingsfrage soll es nicht geben.

Auch die freiwillige Übernahme von Migranten-Kontingenten aus der Türkei wird kein Thema sein. In ihrer Regierungserklärung am Mittwoch sagte Merkel gar, die EU mache sich "lächerlich", wenn sie nun darüber diskutierte, während bisher nur einige hundert der 160.000 Flüchtlinge umverteilt worden seien. Es ist eine bemerkenswerte Kurskorrektur: Zuvor hatte die Kanzlerin wochenlang versucht, eine "Koalition der Willigen" zur Übernahme von Migranten aus der Türkei zu schmieden. Doch die Zahl derer, die Deutschland beistehen wollten, ging zuletzt stark gegen Null.

In den Verhandlungen gibt es sowieso gleich mehrere Hindernisse, zunächst das Problem der Reihenfolge. Während die EU fordert, dass Ankara seine Grenze im Westen dichtmacht, werden im Osten, aus Syrien, noch mehr Flüchtlinge in die Türkei drängen. Und sie beherbergt schon jetzt rund 2,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland. Unterhändler der niederländischen Ratspräsidentschaft testen am Mittwoch beim Vorgespräch mit den Türken eine Formel aus: Je weniger Flüchtlinge illegal in Griechenland ankommen, desto mehr Migranten nehmen die Europäer den Türken ab. Doch Ankara weigerte sich strikt, sich auf solche Zusammenhänge überhaupt einzulassen.

Flüchtlingskrise II: Zeichen der Hoffnung

Im Kreis der EU-28 konzentriert sich Merkel stattdessen auf das, was alle EU-Mitglieder wollen: den Schutz der Außengrenzen. Er soll das nahezu einzige Gipfel-Thema in Sachen Flüchtlinge sein. Merkels Hoffnung: Wenn die osteuropäischen Hardliner sehen, dass die Zahl der Flüchtlinge wirklich sinkt, könnten sie eher bereit sein, bei einer Umverteilung der Flüchtlinge mitzumachen.

Erste Erfolge gibt es, wenn auch in begrenztem Umfang. Die Slowakei beispielsweise hat zusammen mit Österreich ein Modell ausgearbeitet, wie man die Lasten der Flüchtlingskrise gerechter verteilen könnte, ein bisschen jedenfalls. Ein Teil der Flüchtlinge, die in Österreich um Asyl bitten, wird für die Dauer des Asylverfahrens in der Slowakei untergebracht. Die Österreicher bleiben für das rechtliche Procedere zuständig, die Slowaken kümmern sich um die Betreuung bis zur Entscheidung.

"Seit Beginn dieses Programms haben wir 800 Asylbewerber aus Österreich aufgenommen", sagt der slowakische Außenminister Miroslav Lajcak SPIEGEL ONLINE. Sein Land sei bereit, die Zahl jederzeit zu erhöhen. Die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner spricht von einem "kleinen Schritt mit großer Signalwirkung für mehr Solidarität in Europa".

Brexit-Referendum: Großbritanniens Reformforderungen

Der britische Premierminister David Cameron hat seinem Volk ein Referendum über den Verbleib in der EU versprochen - und eines scheint klar: Es wird knapp. Um den Briten ein Ja zur EU empfehlen, muss Cameron der EU Reformen abtrotzen.

Die sogenannte Notbremse ist die umstrittenste Forderung. Sie soll es der britischen Regierung ermöglichen, Sozialleistungen für Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern zu kürzen, wenn die Sozialsysteme unter besonderem Druck stehen. Dass dies der Fall ist, hat die EU-Kommission - die die Nutzung der Notbremse gestatten muss - bereits bestätigt.

Doch vor allem die Osteuropäer, die den größten Teil der Arbeitsmigranten in Großbritannien stellen, haben damit ein Problem. Sie wollen zumindest erreichen, dass die Regelung ausschließlich für Großbritannien gilt und nicht auch andere EU-Länder irgendwann die Notbremse ziehen. Da aber wiederum wollen unter anderem die

Gestern eiserne Kanzlerin, heute flexibel [http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-brexitsyrien-angela-merkel-und-der-multikrisen-gipfel-a-1077944.ht....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-brexitsyrien-angela-merkel-und-der-multikrisen-gipfel-a-1077944.ht...)

Deutschen nicht mitspielen. Ihr Argument: Wer könne schon wissen, wie die Lage in anderen Ländern in einigen Jahren ist?

Außerdem wünscht sich Großbritannien, von dem in den EU-Verträgen festgeschriebenen Ziel der "immer engeren Union" ausgenommen zu werden. Auch dies wird Cameron wohl gewährt - zumal die Mehrheit der EU-Staaten ohnehin nicht der Meinung zu sein scheint, dass die Passage in der Praxis überhaupt verbindliche Folgen hat. Insgesamt deutet deshalb vieles auf eine Einigung zwischen Cameron und dem Rest der EU hin. Denn am Brexit, dem Austritt Großbritanniens aus der EU, hat insbesondere angesichts der zahlreichen anderen Krisen niemand Interesse.

Übrigens wollen die Staats- und Regierungschefs am Freitag auch noch über die Lage in den Krisenländern Libyen und Syrien diskutieren. In anderen Zeiten wäre wohl das allein genug Stoff für einen EU-Gipfel.

Zusammengefasst: Beim EU-Gipfel in Brüssel beraten die europäischen Staats- und Regierungschefs über zwei große Themen: Großbritanniens Sonderwünsche - der drohende Brexit soll verhindert werden. Und die Flüchtlingskrise. Zuvor ist die Kanzlerin bei der Frage der Zuwanderung ihren Gegnern entgegengekommen. Die Verteilung von 160.000 Asylbewerbern soll zum Beispiel nicht diskutiert werden. Ein Problem gibt es aber schon jetzt: Nach dem Anschlag von Ankara hat der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu seinen Besuch in Brüssel abgesagt - mit ihm fehlt einer der wichtigsten Verhandlungspartner.

Load-Date: February 18, 2016

[Wo die Flüchtlinge herkommen - und wie viele bleiben dürfen;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-die-aktuelle-asyl-
statistik-a-1053575.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-die-aktuelle-asyl-statistik-a-1053575.html)

SPIEGEL ONLINE

18. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 489 words

Byline: che/vek

Highlight: Die Asyldebatte wird emotional geführt - mit Zahlen, die mal geschönt sind, mal dramatisiert. Doch wie sieht es tatsächlich aus? SPIEGEL ONLINE analysiert die aktuellen Statistiken der Bundesregierung.

Body

Die neuen Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sind da. Demnach wurde im August über Verfahren von 16.769 Asylbewerbern entschieden, 15.338 Erst- und 1431 Folgeanträge. Im Vergleich zum Vormonat sind das 26,2 Prozent weniger Entscheidungen. Mit Blick auf den August vergangenen Jahres hat sich die Zahl von 8706 Entscheidungen jedoch um 92,6 Prozent erhöht. Insgesamt fielen 9183 Entscheide positiv aus.

Inklusive August wurden im bisherigen Berichtsjahr 2015 nach Angaben des Bamf insgesamt 152.777 Entscheidungen über Asylanträge getroffen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 94,2 Prozent.

Die Asylanträge für 2015 verteilen sich bisher so auf die Bundesländer:

Wie viele Asylsuchende in welche Bundesländer kommen, entscheidet der sogenannte Königsteiner Schlüssel, der bestimmte Quoten vorsieht, die auf Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl beruhen. (Alles, was Sie zum Königsteiner Schlüssel wissen müssen, finden Sie in unserem "Endlich verständlich" zum Thema Flüchtlinge.)

Im August wurden die meisten Entscheidungen für Syrer (6345), Albaner (3980) und Iraker (1342) getroffen. Auch aufs Jahr gerechnet, kamen die meisten Asylbewerber aus Syrien, die genauen Zahlen finden Sie hier in der Grafik:

Bislang wurden in diesem Jahr 152.777 Asylentscheidungen gefällt, davon rund 59.195 positiv. Die Asylsuchenden wurden also etwa als Flüchtling oder asylberechtigt anerkannt. Der Anteil solcher Entscheidungen wird als Gesamtschutzquote bezeichnet und lag von Januar bis August bei 38,7 Prozent. Jedoch gibt es je nach Herkunftsland deutliche Unterschiede.

Im August übertraf die Schutzquote mit 54,8 Prozent den bisherigen Jahreswert deutlich. Das heißt: Es wurden überdurchschnittlich viele Asylsuchende als Flüchtlinge oder schutzbedürftig anerkannt. Allerdings werden bei der Berechnung der Schutzquoten auch die "sonstigen Verfahrenserledigungen" berücksichtigt, also etwa

Wo die Flüchtlinge herkommen - und wie viele bleiben dürfen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-die-aktuelle-asyl-statistik-a-1053575.ht...>

Entscheidungen nach dem Dublin-Abkommen. Die um diese Fälle bereinigten Schutzquoten liegen also teilweise noch deutlich höher.

Die steigende Zahl der Flüchtlinge wirkt sich auch auf die Dauer jeder einzelnen Asylentscheidung aus: Ende Juni 2015 lagen nach Angaben der Bundesregierung rund 113.000 Asylanträge länger als sechs Monate beim Bamf, mehr als 12.000 davon waren älter als zwei Jahre. Im zweiten Quartal 2015 musste ein Asylbewerber laut Bundesregierung durchschnittlich 5,4 Monate warten, bis die Behörden über seinen Fall entschieden hatten.

Zum Antragsstau hieß es beim Bamf in der vergangenen Woche, das sei "kein guter Zustand". Nun sei die Bearbeitung der Altverfahren aus dem Jahr 2013 eine der Prioritäten des Bundesamts.

Ein Rückblick zeigt, dass die Zahlen der Neunzigerjahre noch nicht erreicht sind. Mehr als 438.000 Anträge wurden im Jahr 1992 in Deutschland gestellt. Doch noch lässt sich - im September - für das Jahr 2015 keine Gesamtzahl erfassen.

che/vek

Load-Date: September 19, 2015

End of Document

Die sechs großen Irrtümer in der Migrationsdebatte

SPIEGEL ONLINE

21. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 966 words

Byline: Oliviero Angeli

Highlight: Migranten werden von Kindergeld angelockt? Entwicklungshilfe wirkt gegen Flucht? Europa schottet sich ab? Stimmt so nicht. Viele vertraute Annahmen in der Migrationsdebatte sind falsch - oder zumindest zu simpel.

Body

Migration steht diese Woche ganz oben auf der Agenda der internationalen Diplomatie. Der UN-Gipfel zu Flüchtlings- und Migrationsbewegungen und der US-Flüchtlingsgipfel in New York sollen die politischen Weichen für einen besseren Umgang mit Flucht und Migration stellen. Politik und Öffentlichkeit tun sich mit diesen Themen noch immer schwer. Höchste Zeit mit einigen Irrtümern aufzuräumen:

Laut Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) ist im Jahr 2015 die Zahl der Flüchtlinge erstmals in der Geschichte über die 60-Millionen-Marke gestiegen. In den Medien war in diesem Zusammenhang von einem "Rekordniveau" die Rede. Doch die Überschrift hätte auch lauten können: Weniger als ein Prozent der Weltbevölkerung ist auf der Flucht. Zwar ist die Zahl der Flüchtlinge in Europa angestiegen, doch laut UNHCR bleiben 86 Prozent aller Flüchtlinge in den Entwicklungsländern - Tendenz steigend. Auch der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung ist mit 3,3 Prozent überschaubar und nur unwesentlich höher als 1960. Kurzum: Nicht die Zahl der Migranten und Flüchtlinge wächst, sondern die der Weltbevölkerung.

Schön wäre es! Statt Geld in den Ausbau von Mauern und Zäunen zu stecken, könnte man die größte Fluchtursache bekämpfen - Armut. Das Problem ist nur: Mehr Entwicklung führt nicht zu weniger Migration. Eher ist das Gegenteil der Fall: Mehr Entwicklung führt zu mehr Migration - zumindest solange nicht ein akzeptables Wohlstandsniveau erreicht wird. Der Grund ist naheliegend: Mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen erhöht sich auch die Fähigkeit (und Neigung) zur Auswanderung. Für die Ärmsten der Armen ist der Weg nach Europa oder in die USA schlichtweg zu teuer. Die EU-Strategie zur Bekämpfung der Fluchtursachen beruht daher auf einer kolossalen Fehleinschätzung. Denn Entwicklungshilfeprogramme könnten genau das Gegenteil dessen bewirken, was viele Politiker bezwecken. Sie könnten Migration eher noch beflügeln als mäßigen. Es gibt viele gute Gründe um Entwicklungspolitik zu betreiben - die Fluchtprävention ist keiner davon.

Dafür gibt es im Englischen einen einprägsamen Begriff: *brain drain* (wörtlich: der 'Abfluss von Gehirnen'). Gemeint ist das Abwerben hoch qualifizierter Fachkräfte aus Ländern, die sie am dringendsten benötigen. *Brain drain* gilt als besonders perfide Form der personellen Ausplünderung: Industrieländer heuern fertig ausgebildete Fachkräfte aus den Entwicklungsländern an, die diese teuer ausgebildet haben. Doch das ist nur die halbe

Die sechs großen Irrtümer in der Migrationsdebatte

Wahrheit. Denn Auswanderer können auch aus der Ferne die wirtschaftliche Entwicklung der Heimat fördern. Tatsächlich ist das Geld, das die Auswanderer regelmäßig in ihr Herkunftsland überweisen, inzwischen zu einer effizienten Form der Entwicklungspolitik geworden. Die Weltbank schätzt, dass die Höhe der weltweiten Rücküberweisungen 2014 auf über 500 Milliarden Dollar gestiegen ist. Global gesehen sind Rücküberweisungen damit knapp drei Mal so hoch wie die offizielle Entwicklungshilfe.

An der Frage, ob Einwanderer das Lohnniveau der einheimischen Arbeiter drücken, haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler abgearbeitet. Bei aller Unterschiedlichkeit der Perspektiven und Ergebnisse herrscht Konsens in zwei Punkten. Erstens: Langfristig betrachtet wirkt sich Einwanderung wenig bis gar nicht auf das Lohnniveau der einheimischen Arbeiter aus. Das gilt aber zweitens nicht für bereits im Land lebende Ausländer. Deren Löhne sinken durch die Einwanderung im Durchschnitt zwischen 0,3 und 3,4 Prozent. Der Grund ist naheliegend: Neuzuwanderer konkurrieren auf dem Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Sprachkenntnisse und Ausbildung eher mit bereits im Land lebenden Ausländern als mit Einheimischen. Richtig müsste es also heißen: Die Einwanderer drücken die Löhne der ausländischen Arbeiter.

"Wenn Migranten nur erschwert oder nach längerer Verzögerung Zugang zum steuerfinanzierten Sozialsystem erhalten, ist der Anreiz zu kommen unter den gering Qualifizierten sicherlich geringer." Das Zitat stammt vom Ökonomen und ehemaligen Ifo-Chef Hans-Werner Sinn ("FAZ" vom 3.1.2015). Es suggeriert, dass gering Qualifizierte ungern in Länder einwandern, in denen sie keine Sozialleistungen erhalten. So zu denken ist weit verbreitet - und trotzdem grundfalsch. Für die meisten Einwanderer ist vor allem eines wichtig: höhere Löhne. Deswegen arbeiten Hunderttausende indische und nepalesische Bauarbeiter - zum Teil unter lebensgefährlichen Bedingungen - auf Baustellen in Katar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Und das, obwohl ihnen dort keinerlei Sozialleistungen zukommen.

Die Vorstellung einer "Festung Europa" spielte vor allem in der linken EU-Kritik eine zentrale Rolle. Demnach betreibt die EU im Bereich der Einwanderungspolitik eine Politik der Abschottung. Symbolträchtig dafür sind Ceuta und Melilla, die spanischen Enklaven, die seit Jahren durch hohe Absperrgitter vom marokkanischen Umland getrennt sind. Doch die täglichen Bilder der Zäune und Mauer an den europäischen Grenzen geben die Realität der Einwanderungspolitik in Europa verzerrt wieder. Einwanderungsgesetze sind seit dem Zweiten Weltkrieg tendenziell liberaler geworden, auch in Europa. Dies belegt eine Studie von ca. 65.000 Einwanderungsgesetzen aus 45 Ländern, die ein Team um den niederländischen Migrationsforscher Hein de Haas durchgeführt hat. Kernaussage der Studie ist, dass die Einwanderungspolitik nicht restriktiver, sondern selektiver geworden ist. Für viele Migranten (darunter z.B. hoch qualifizierte und Studenten) ist der Weg nach Europa und innerhalb Europas in den letzten Jahrzehnten zunehmend geebnet worden. Auch ansässige Ausländer haben einen erheblichen Zugewinn an Rechten erfahren. Leidtragende der 'selektiven' Einwanderungspolitik sind fast ausschließlich irreguläre Migranten.

Load-Date: September 21, 2016

Überfordert; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-italien-die-zahlen-steigen-wieder-a-1095348.html>

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1047 words

Byline: Walter Mayr

Highlight: 09:38:00 Die Balkanroute ist dicht, nun steigen die **Flüchtlingszahlen** in Italien wieder. Die Rechtspopulisten schlachten das Thema kurz vor den Wahlen aus, Premier Renzi gerät ins Schlingern.

Body

Zumindest einzelne Bilder bleiben bisweilen noch im Gedächtnis haften. So wie jenes, das den bärtigen deutschen Helfer zeigt, der am vergangenen Freitag irgendwo auf hoher See vor der libyschen Küste ein zierliches, vielleicht einjähriges Kind in den Armen wiegt, das aussieht, als schlafe es.

In Wahrheit ist das unbekannte Kind zu diesem Zeitpunkt schon tot: eines von mutmaßlich mehr als 800 Opfern, die es in der vergangenen Woche bei Fluchtversuchen übers Mittelmeer in Richtung Italien gegeben haben soll.

In derselben Woche wurden 13.351 Migranten gerettet und erreichten italienischen Boden. Das italienische Innenministerium erwartet in diesem Jahr bis zu 200.000 Flüchtlinge auf der gefährlichsten Route über das Mittelmeer.

Bis zum 25. Mai kamen zwar zwei Prozent weniger Flüchtlinge als im gleichen Vorjahreszeitraum, doch seither, bei relativ stabilem Wetter und ruhiger See, steigen die Zahlen rasant. Laut einem Europol-Bericht warten augenblicklich in Libyen und südlich davon 800.000 Menschen darauf, die EU zu erreichen.

Die Rede ist dabei nicht von Kriegsflüchtlings aus Syrien oder dem Irak, sondern von Menschen, die überwiegend aus ihren Heimatländern südlich der Sahara geflohen sind. Aus Nigeria und Gambia vorrangig, aus Senegal und Guinea. Im Geschäft mit dem Ticket nach Europa seien, so heißt es im Europol-Bericht, allein im vergangenen Jahr bis zu fünf Milliarden Euro umgesetzt worden.

Italien hat die Flüchtlingskrise früher als andere Länder zu spüren bekommen und früher begonnen, sie zu bekämpfen. Bereits 2013 hatte der damalige Regierungschef Enrico Letta mit "Mare Nostrum" die bis heute einzige humanitäre Mission eines einzelnen EU-Staats gestartet. Später, als sich die Schleuser Routen über die Türkei nach Griechenland und auf die Westbalkanstrecke verlagerten, geriet Italien mit seinen 7600 Kilometern Küstenlinie vorübergehend aus dem Blickfeld.

"Zuwachs an Warnungen aus wahltaktischen Gründen"

Der neue, großflächige Aufbruch zu Italiens Ufern kommt, innenpolitisch gesehen, in einem delikaten Moment: Am Sonntag stehen in mehreren Metropolen Kommunalwahlen an. Unter anderem werden die Bürgermeister in Rom, Neapel, Turin und Mailand gewählt.

Eine Richtungswahl, die für Regierungschef Matteo Renzi vom sozialdemokratischen Partito Democratico als letzter großer Stimmungstest gilt vor dem für Oktober angesetzten Referendum über die Verfassungsreform. Mit diesem hat er sein politisches Überleben ausdrücklich verknüpft.

Nichts kommt Renzi derzeit ungelegener als eine Diskussion über unkontrollierte Zuwanderung, wie sie der Vorsitzende der rechtspopulistischen Lega Nord befördert. Matteo Salvini sagt: "Wir werden uns diese Invasion von illegalen Einwanderern nicht bieten lassen." Regierungschef Renzi entgegnet: "Es gibt keinen Zuwachs bei den Migrantenzahlen im Vergleich zum Vorjahr, es gibt nur einen Zuwachs an Warnungen aus wahltaktischen Gründen".

Außerdem sei das, was Italien an Flüchtlingen aufnehme, wenig gegen das, was die Deutschen im vergangenen Jahr geleistet hätten.

Ob dieser Hinweis die Wähler besänftigt? Allein den wohlhabenden Regionen Lombardei und Venetien sind fast ein Viertel aller Migranten zur Unterbringung zugewiesen worden. Insgesamt 800 Gemeinden in Italien stellen 119.000 Plätze für Flüchtlinge. Die Kapazitäten sind mittlerweile erschöpft, beziehungsweise überschritten. Die Präfekten wurden beinahe flehentlich aufgefordert, 5600 weitere Plätze zu schaffen.

Wie aber dauerhaft Abhilfe schaffen? Der italienische Innenminister Angelino Alfano hat "schwimmende Hotspots" angeregt, eine seiner Meinung nach "schnelle und innovative Lösung", die zur Folge hätte, dass die Entscheidung über die Asylwürdigkeit eines Antragsstellers aufs offene Meer verlagert würde. Menschen- und Völkerrechtler haben bereits Protest angemeldet.

Renzi kämpft einen Mehrfrontenkampf

Und auch der unter dem Titel "Migration Compact" in Brüssel eingebrachte Plan von Premier Renzi trägt vorläufig keine Früchte. Er regt an, den afrikanischen Herkunftsländern der Flüchtlinge entgegenzukommen, wirtschaftlich, sozial und mit erleichterten Einreisebestimmungen. Im Gegenzug wird Bereitschaft zur Zusammenarbeit erwartet, wenn es um die Rücknahme abgelehnter Asylbewerber geht.

Renzi kämpft derzeit einen Mehrfrontenkampf. In einem Brandbrief aus Brüssel vom 25. Mai sind seine Behörden gescholten worden, sie ergriffen "noch immer unzulängliche Maßnahmen" gegen die Massenimmigration - nur jeder zweite Flüchtlinge werde, wie eigentlich vorgesehen, in einem "Hotspot" ordentlich registriert. An der italienischen Nordgrenze wiederum haben die Österreicher bereits wissen lassen, sie seien durchaus in der Lage und auch willens, ihre Grenzen zu kontrollieren. Und auf der anderen Seite des Mittelmeers? Geben sich Türken, vor allem aber Ägypter nach Aussagen sizilianischer Staatsanwälte erkennbar wenig Mühe, den Flüchtlingstransfer übers Meer in Richtung Italien zu stoppen.

Zum Teil, so zitierte die Tageszeitung "Fatto Quotidiano" am Mittwoch aus Ermittlungsakten, wüssten italienische Ermittler bis ins Detail, wann die illegalen Schiffspassagen, etwa aus der Hafenstadt Rasheed bei Alexandria, in See stechen würden - doch Amtshilfe von ägyptischer Seite sei nicht zu erwarten.

"Zwei Boote werden vermutlich diese, spätestens übernächste Nacht aufbrechen", heißt es in einem Geheimpapier der italienischen Behörden vom 16. Mai. Sogar der Name des für die Fahrt vorgesehenen Kapitäns und der momentane Aufenthaltsort der Flüchtlinge seien bekannt - und dass die Schlepper ihren Klienten bereits erklärt hätten, es reiche aus, kurz nach Erreichen der internationalen Gewässer einen SOS-Notruf an die italienische Kriegsmarine abzusetzen. Dann sei die Rettung gewährleistet.

So sieht er aus, der Alltag im Mittelmeer im Frühsommer des Jahres 2016.

Überfordert <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-italien-die-zahlen-steigen-wieder-a-1095348.html>

Zusammengefasst: Die Flüchtlingszahlen in Italien steigen rasant. Rund 800.000 Menschen warten laut Europol derzeit unter anderem in Libyen auf eine Überfahrt nach Europa. Dabei kommt es immer wieder zu tödlichen Unfällen. In Italien selber werden die Flüchtlinge immer mehr zum Politikum. Premier Renzi kann ein solches Thema kurz vor den Kommunalwahlen nicht brauchen, rechte Kräfte im Land schlachten es für ihre Zwecke bereits aus.

Load-Date: June 3, 2016

End of Document

"Das war brutal"; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreichs-innenministerin-wir-gehen-intensiv-gegen-schlepper-vor-a-1051305.html>

SPIEGEL ONLINE

06. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 712 words

Byline: Ralf Hoppe

Highlight: Überfüllte Lastwagen, zugeschweißte Türen: Die kriminelle Energie von Schleppern kennt keine Grenzen. Im Interview erklärt Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, wie ihre Regierung **Flüchtlingen** helfen will.

Body

SPIEGEL ONLINE: Frau Ministerin, Ihre Einsatzkräfte kontrollieren jetzt an den Grenzübergängen zwischen Österreich und Ungarn - wozu?

Mikl-Leitner: Wissen Sie, ich komme gerade von einem Ortstermin, habe mir da den Wagen angesehen, den unsere Kontrolleure als Schlepperfahrzeug identifizierten. Ein Fahrzeug, mit dem 24 junge afghanische Männer geschmuggelt worden waren. Das war brutal, wie die da hineingepfercht wurden, von außen mit Eisenstangen verriegelt, vergittert, verschweißt - die dort rauszuholen, das war Lebensrettung in letzter Minute, buchstäblich. Insofern retten wir Leben, indem wir die Schlagzahl der Kontrollen erhöht haben. Und gehen so intensiv gegen Schlepper vor.

SPIEGEL ONLINE: Wirklich? Werden die Schlepper dann nicht einfach nur ihre Routen verschieben, zu raffinierteren, versteckteren Methoden greifen - zu Methoden, die möglicherweise für die **Flüchtlinge** noch gefährlicher werden?

Mikl-Leitner: Das ist richtig! Mit solchen Maßnahmen können wir jetzt die aktuelle Schlepperkriminalität im Grenzverkehr bekämpfen - immerhin. Aber wir müssen den Schleppern mittelfristig die Grundlage für ihre Verbrechen entziehen. Wir haben dazu in Österreich ein Konzept entwickelt, "Save Lives" haben wir es genannt, das jetzt diskutiert wird. Die Idee: Menschen, die ein Recht auf Asyl haben, müssen an den Außengrenzen über Anlaufstellen der Uno, des UNHCR, aufgenommen und geprüft werden, dann wird differenziert, und die Berechtigten werden über ein Quotensystem in Europa verteilt. Damit verbunden: ein Paradigmenwechsel im Mittelmeer.

SPIEGEL ONLINE: Was heißt das?

"Das war brutal" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreichs-innenministerin-wir-gehen-intensiv-gegen-schlepper-vor-a-1051305.html>

Mikl-Leitner: Die Geretteten im Mittelmeer - und die Rettung steht an erster Stelle! - werden nicht einfach nach Europa gebracht, sondern ebenfalls zu den UNHCR-Anlaufstellen. Damit kann man die Flüchtlinge aus den Fängen der Schlepper befreien…

SPIEGEL ONLINE: Aber ein Flüchtling, der sich ausrechnen kann, kein Asyl zu bekommen - warum sollte der zu solch einer Anlaufstelle gehen, um sich dort den Rückfahrchein abzuholen?

Mikl-Leitner: Gut, wir müssen natürlich parallel noch einen Schritt weitergehen, einen großen Schritt. Nämlich bei der Ursachenbekämpfung für Migration ansetzen: Kriege befrieden, die Lebensgrundlagen stärken, in den Flüchtlingslagern ansetzen. Da werden wir viel, viel Geld in die Hand nehmen müssen, das wird Jahre dauern.

SPIEGEL ONLINE: Das soll Europa alles leisten?

Mikl-Leitner: Gibt es denn eine Alternative? Schauen Sie: In Afrika wird sich die Bevölkerung bis 2050 wahrscheinlich verdoppeln, in Indien vervielfachen. Jedes Smartphone ist ein mobiles Reisebüro in der Hosentasche, das den Armen dieser Welt Fluchtländer vorschlägt, teilweise vormacht. Das alles ist eine Herkulesaufgabe, aber wir müssen sie angehen. Und da muss die ganze Welt helfen. Sonst...

SPIEGEL ONLINE: Sonst?

Mikl-Leitner: Es können nicht alle kommen.

SPIEGEL ONLINE: Wollen Sie eine Höchstzahl festsetzen?

Mikl-Leitner: Es gibt die Genfer Flüchtlingskonvention, insofern kann man nicht mit absoluten Zahlen operieren, und wir haben eine humanitäre Verpflichtung, sie ist Teil unserer europäischen DNA, unserer Identität. Aber irgendwann stellt sich die Frage: Was trägt ein System?

SPIEGEL ONLINE: Wie ist die Stimmung, die Lage in Österreich?

Mikl-Leitner: Die Bevölkerung akzeptiert, glaube ich, was wir machen. Wir nehmen in diesem Jahr 80.000 Asylbewerber auf. Es gibt in Österreich eine unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft. Trotzdem verlangen die Bürger von der Politik Antworten , sie wollen wissen: Wie viele kommen noch? Was tut Europa?

SPIEGEL ONLINE: Länder wie Polen oder Slowenien erweisen sich gerade nicht als europäische Musterschüler. Zerfällt Europa?

Mikl-Leitner: Wir stehen hier vor der größten Krise, an die ich mich erinnern kann. Das Letzte, was wir jetzt brauchen, sind innereuropäische Konflikte. Sonst zerfällt vor unseren Augen die ganze europäische Idee, wir haben den Rückfall in europäische Kleinstaaterei - und man denke doch nicht, dass wir so die Migration stoppen! Im Gegenteil: Wir brauchen jetzt den Zusammenhalt Europas!

Load-Date: September 6, 2015

Drei rechte Angriffe in einer Nacht alle richten sich gegen Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

01. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 431 words

Byline: Marc Röhlig

Body

Dieser Beitrag wurde am 01.10.2016 auf bento.de veröffentlicht.

An drei Orten in Deutschland ist es zwischen Freitagnacht und Samstagmorgen zu **rechten Angriffen** gekommen: In **Mecklenburg-Vorpommern** wurden Migranten von einer größeren Gruppe Deutscher angegriffen. In **Sachsen-Anhalt** gab es eine Prügelei zwischen Deutschen und Asylbewerbern. Und in **Brandenburg** griffen Unbekannte eine Asylunterkunft an.

Zwei Fällen gingen Streitigkeiten mit Flüchtlingen voraus die Aktionen der Deutschen erinnern an Selbstjustiz.

Was passiert ist:

1. Mecklenburg-Vorpommern

Am späten Freitagabend haben etwa **30 Deutsche** eine Gruppe von etwa zehn Ausländern auf dem zentralen Marienplatz in der Landeshauptstadt **Schwerin** angegriffen. Die Polizei konnte beide Seiten nach eigenen Angaben sofort trennen. Ein Jugendlicher erlitt nach Polizeiangaben **leichte Verletzungen**. (Deutsche Welle)

Dem Zusammenstoß war wohl eine **Auseinandersetzung am Dienstag** vorausgegangen. Dabei sollen **zwei Syrer** eine andere Gruppe von Flüchtlingen und einen Schweriner attackiert haben. Laut Polizei kamen am Marienplatz in den vergangenen Tagen häufiger Flüchtlingsgruppen zusammen.

2. Sachsen-Anhalt

In der Stadt **Sangerhausen** trafen am Freitagabend etwa 20 Deutsche auf mehrere syrische Flüchtlinge. Drei Flüchtlinge seien leicht verletzt worden, teilte die Polizei mit. Die deutsche Gruppe war demnach **vor dem Flüchtlingsheim der Syrer aufgetaucht**. Der Streit war vorüber, als die Beamten eintrafen. (SPIEGEL ONLINE)

Auch hier könnte eine andere Tat der Auslöser gewesen sein: Am Mittwoch soll ein 15 Jahre alter Syrer einen 16-jährigen Sangerhäuser **bei einer Prügelei verletzt** haben.

3. Brandenburg

Drei rechte Angriffe in einer Nacht alle richten sich gegen Flüchtlinge

In **Jüterbog** haben Unbekannte am frühen Samstagmorgen **zwei Brandsätze** auf eine Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge geworfen. Nach Polizeiangaben wurde niemand verletzt, zwei Fenster wurde beschädigt. Mitarbeiter, die durch den Krach wach wurden, **konnten die Feuer löschen**. (Polizei Brandenburg)

Die Ereignisse reihen sich ein in mehrere mutmaßlich fremdenfeindliche Taten der vergangenen Tage:

In einem Dorf in Schleswig-Holsteinschlugen Unbekannte den Bürgermeister nieder, weil er sich für Flüchtlinge engagierte. In Dresden zünden Anfang vergangener Woche Unbekannte zwei Sprengsätze, einen davon vor einer Moschee. Und im sächsischen Bautzen stießen vor zwei Wochen etwa 80 Deutsche mit rund 20 Flüchtlingen zusammen.

Insgesamt haben rechte Straftaten stark zugenommen: Von Januar bis Mitte September 2016 hat die Polizei bereits **507 Fälle fremdenfeindlicher Gewalt** registriert. Die Zahl ist nahezu doppelt so hoch wie im Vorjahr (SPIEGEL ONLINE).

Load-Date: September 29, 2020

End of Document

CDU-Minister will härter gegen abgelehnte Asylbewerber vorgehen

SPIEGEL ONLINE

27. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 535 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl will die Abschiebep Praxis drastisch verschärfen. Der CDU-Politiker schlägt vor, Sozialleistungen zu kürzen und ein Lager für Ausgewiesene in Ägypten einzurichten.

Body

Am Dienstag und Mittwoch treffen sich die Innenminister von Bund und Ländern in Saarbrücken. Zentrales Thema wird die Flüchtlingspolitik sein und dabei konkret die Abschiebungen. Wie die Bundespolizei kürzlich mitteilte, dürfte Deutschland in diesem Jahr mit 26.500 so viele abgelehnte Asylbewerber ausweisen wie zuletzt 2003.

Thomas Strobl, CDU-Politiker und Innenminister von Baden-Württemberg, reicht das nicht. Er will, dass die Abschiebep Praxis deutlich verschärft wird. So sollen unter anderem die Abschiebehaft ausgeweitet, Sozialleistungen gekürzt und ein Rückführungszentrum in Ägypten eingerichtet werden.

Laut "Bild am Sonntag" sollen in einem solchen Lager nicht nur schiffbrüchige Flüchtlinge aus dem Mittelmeer untergebracht werden, sondern auch abgelehnte Asylbewerber aus Deutschland. Die Zeitung zitiert Strobl mit den Worten, es gebe "gute Chancen, eine solche Vereinbarung mit Ägypten zu treffen". Für Menschen, "die ihre Identität verschleiern oder von ihren Heimatländern nicht zurückgenommen werden", sei die Rückführung in ein solches Zentrum ein "richtiger Weg".

Der Zeitung zufolge will Strobl seinen Plan auch beim CDU-Parteitag am 6. und 7. Dezember in Essen einbringen. Denkbar ist, dass es der Union vor allem darum geht, im Wahlkampf Härte zu demonstrieren. Denn mit der SPD dürfte eine weitere Verschärfung der Asylpolitik kaum zu machen sein.

SPD-Politiker lehnen restriktivere Asylpolitik ab

Schon jetzt stößt die zunehmend restriktive Asylpolitik der Bundesregierung bei vielen Sozialdemokraten auf Ablehnung. Schleswig-Holsteins Innenminister Stefan Studt äußerte bei "Zeit Online" Zweifel, ob die Einstufung mehrerer Regionen in Afghanistan als "konstant ausreichend sicher" korrekt sei. Er habe bei Abschiebungen in diese Gebiete "Bauchschmerzen", sagte der SPD-Politiker.

Die Diskussion über angeblich "sichere Gebiete" in Afghanistan hatte sich nach dem blutigen Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in bis dahin als relativ ruhig geltenden Masar-i-Scharif verschärft. Deutsche Diplomaten

CDU-Minister will härter gegen abgelehnte Asylbewerber vorgehen

arbeiten dort seither aus Sicherheitsgründen von einer massiv geschützten Militärbasis aus. Gleichwohl sollen aus Deutschland womöglich mehr als zehntausend afghanische Flüchtlinge in das Bürgerkriegsland abgeschoben werden.

Der SPD-Linke und Migrationsexperte Rüdiger Veit sprach sich dafür aus, den Familiennachzug für syrische Flüchtlinge wieder zu erleichtern. Bei der Einigung auf Einschränkungen zwischen Union und SPD Anfang des Jahres sei davon ausgegangen worden, dass es sich hier "nur um einen kleinen Prozentsatz derjenigen handeln wird, die als Flüchtlinge aus Syrien zu uns kommen". Tatsächlich seien inzwischen aber rund 70 Prozent der Schutzsuchenden aus Syrien betroffen, kritisierte Veit in der "Welt am Sonntag".

Der Anspruch auf Familiennachzug war damals für Flüchtlinge, die lediglich über den Status des sogenannten subsidiären Schutzes verfügen, für zwei Jahre ausgesetzt worden. Seither ist der Anteil der Syrien-Flüchtlinge, die nicht den besseren Status der Anerkennung als Flüchtlinge gemäß der UN-Flüchtlingskonvention erhalten, jedoch drastisch gestiegen. Die Union befürwortet die Einschränkungen.

cte/AFP/dpa

Load-Date: November 27, 2016

End of Document

[Den Deal ohne die Helfer gemacht; http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-fluechtlingsdeal-mit-ankara-unhcr-soll-tuerkei-kontrollieren-a-1084372.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-fluechtlingsdeal-mit-ankara-unhcr-soll-tuerkei-kontrollieren-a-1084372.html)

SPIEGEL ONLINE

29. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 905 words

Byline: Peter Müller

Highlight: 14:59:17 Organisationen wie das Uno-Hilfswerk UNHCR kritisieren den EU-Türkei-Deal in der **Flüchtlingskrise** und stellen ihre Arbeit in Griechenland teilweise ein. Droht daran das ganze Abkommen zu scheitern?

Body

Die EU setzt in der **Flüchtlingskrise** auf das Abkommen mit der Türkei - muss aber nun fürchten, dass Hilfsorganisationen wie das Uno-Hilfswerk UNHCR nicht mitziehen und so die ohnehin problematische Versorgung der **Geflüchteten** leidet.

"Der UNHCR muss bei der Umsetzung des Abkommens der EU mit der Türkei mit an Bord bleiben", fordert Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. "Wir können die Auswahl der Menschen, die von der Türkei nach Europa umgesiedelt werden, nicht den Türken allein überlassen. Nur der UNHCR garantiert eine gewisse Neutralität."

Bei dem am kommenden Montag in Kraft tretenden Abkommen, das die EU auf Drängen vor allem von Kanzlerin Angela Merkel mit Ankara geschlossen hat, verpflichten sich die Türken, alle **Flüchtlinge** zurückzunehmen, die auf den griechischen Inseln ankommen. Im Gegenzug soll die EU für jeden abgeschobenen Syrer einen syrischen **Flüchtling** aus der Türkei auf legalem Wege in die EU einreisen lassen - bis zu einer Obergrenze von 72.000 Menschen.

Der UNHCR stellte aus Protest die Zusammenarbeit mit der EU vor Ostern jedoch bereits teilweise ein. Denn die Lage in Griechenland ist für die Flüchtlinge nicht nur im Lager Idomeni an der Grenze zu Mazedonien, sondern auch auf Inseln wie Lesbos kritisch: Am Ostermontag harhten in Idomeni immer noch rund 12.000 Flüchtlingen und Migranten aus. Sie hoffen nach wie vor auf eine Öffnung der Grenze, um doch noch an ihr Wunschziel in Europa zu kommen.

Auf den Inseln werden nach Angaben des UNHCR knapp 5000 Flüchtlinge in den Hotspots genannten Registrierungslagern festgehalten, wo die Asylanträge überprüft werden. Vor dem EU-Abkommen mit der Türkei konnten die Migranten nach der Überprüfung auf das griechische Festland weiterfahren.

UNHCR kritisiert Hotspots als "Haftzentren"

Den Deal ohne die Helfer gemacht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-fluechtlingsdeal-mit-ankara-unhcr-soll-tuerkei-kontrollieren-a-1084372.html>

Die Hotspots entwickelten sich deshalb zu "Haftzentren", kritisierte der UNHCR. "In Übereinstimmung mit unserer Politik, eine zwangsweise Inhaftierung abzulehnen", sagte eine Sprecherin, "haben wir einige unsere Tätigkeiten in allen geschlossenen Zentren auf den Inseln beendet." Bislang hatte der UNHCR zum Beispiel für den Transport der Flüchtlinge vom Hafen oder dem Ort, wo ihr Boot gestrandet war, in den Hotspot auf Lesbos gesorgt.

Ähnlich reagierten die Ärzte ohne Grenzen auf den EU-Türkei-Deal, sie beendeten ihre Arbeit aus Lesbos: Die Helfer würde sich zu "Komplizen eines Systems machen, das wir als unfair und unmenschlich ansehen", sagte Marie Elisabeth Ingres, die Landeskoordinatorin von Ärzte ohne Grenzen in Griechenland.

Ein kompletter Ausstieg des UNHCR wäre ein herber Schlag für die Europäer. Denn die Uno-Organisation ist für den Flüchtlingsdeal so etwas wie der Internationale Währungsfonds bei der Eurorettung: eine unabhängige, respektierte Instanz, die garantieren soll, dass alles korrekt zugeht.

Deutschland, Frankreich und andere Länder haben den Griechen zwar zugesagt, bei der Registrierung in den Hotspots mit juristischem Fachpersonal und Polizei zu helfen. Bislang sind jedoch erst einige der 2300 versprochenen Experten eingetroffen. Sie sollen helfen, dass das Asylgesuch jedes Flüchtlings vor einer Abschiebung in die Türkei individuell geprüft wird.

In der EU-Kommission ist die Umsetzung des Deals Chefsache: Kommissionschef Jean-Claude Juncker schickte Anfang vergangener Woche seinen Kabinettschef Martin Selmayr nach Athen, um die Behörden vor Ort anzutreiben. Doch das reicht offenbar nicht. Junckers Innenkommissar Dimitris Avramopoulos kritisierte an Ostern die EU-Mitglieder. Sie "können nicht erwarten, dass sich auf magische Weise alles von selbst löst, nur weil eine Vereinbarung getroffen wurde". Jetzt beginne die "harte Arbeit".

Denn Details des Abkommens zwischen der EU und Ankara sind nach wie vor unklar. Zum Beispiel, wie eine Abschiebung der Flüchtlinge in die Türkei ohne Zwang funktionieren soll. "Das können wir nicht mit Militär und Soldaten machen", sagt Asselborn. "Diese Bilder wären unwürdig für Europa. Die Rückführung muss menschenwürdig stattfinden."

Asselborn fordert zudem eine sorgfältige Sicherheitsüberprüfung der Flüchtlinge, die nach Europa umgesiedelt werden sollen. "Wir dürfen nicht vergessen: Wenn diese Menschen in Europa sind, ist bereits darüber entschieden, dass sie bleiben können. Die Auswahl muss daher, auch was die Sicherheit angeht, sehr sorgfältig gemacht werden. Das geht nicht mal eben am Telefon oder per Zuruf durch türkische Behörden."

Offen ist bislang auch, wie die 72.000 syrischen Flüchtlinge in der EU verteilt werden. Zwar haben sich die Europäer zu ihrer Aufnahme verpflichtet. Es steht aber jedem EU-Mitglied frei, ob es sich an dem Abkommen beteiligen will - eine entscheidende Schwachstelle in dem von Merkel vorangetriebenen Deal.

Asselborn drängt deshalb darauf, dass die 72.000 Syrer auf alle EU-Staaten verteilt werden: "Es kann nicht sein, dass sich Ungarn oder die Slowakei einfach aus der europäischen Solidarität verabschieden."

Zusammengefasst: Am kommenden Montag tritt das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei in Kraft. Aber Einzelheiten des Deals sind immer noch nichts ausgehandelt. Welche EU-Staaten nehmen die Migranten aus der Türkei auf? Wer sucht sie aus? Führende EU-Politiker wie Luxemburgs Außenminister Asselborn drängen auf eine stärkere Rolle des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Doch die Organisation gilt als Kritikers des Deals mit Ankara.

Load-Date: March 29, 2016

**"Die Europäische Union ist in keinem guten Zustand";
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/junckers-rede-zur-lage-der-eu-a-1052048.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 732 words

Byline: jok/vek

Highlight: "Es fehlt an Europa, und es fehlt an Union": Kommissionspräsident Juncker übt scharfe Kritik am Verhalten mancher Staaten in der Flüchtlingskrise - und kündigt Verfahren an. Zugleich warnte er vor dem nahenden Winter.

Body

Jetzt muss die EU liefern: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in Straßburg umrissen, wie Europa mit den Hunderttausenden Flüchtlingen umgehen will, die in diesen Monaten ankommen. Dabei stellte er deutliche Forderungen an die Mitgliedstaaten - und drohte Strafen an.

Über den Zusammenhalt in der EU fällt Juncker in seinen Auftaktworten ein vernichtendes Urteil. "Die Europäische Union ist in keinem guten Zustand", so der Kommissionspräsident. "Es fehlt an Europa, und es fehlt an Union." Solidarität (und der Mangel daran): Dieses Motiv zog sich durch die weitere Rede.

Erste und wichtigste Priorität für den weiteren Kurs der EU sei die Flüchtlingskrise. Seit Beginn dieses Jahres hätten sich mehr als 500.000 Menschen auf den Weg nach Europa gemacht. Juncker weiter: "Die Zahlen sind beeindruckend, für manche sind sie beängstigend. Aber dies ist nicht die Zeit für Angst."

Es sei vielmehr Zeit für Menschlichkeit, menschliche Würde und historische Fairness. "Es ist an der Zeit, entschlossen und wagemutig zu handeln", so der EU-Politiker. Staaten, die derzeit nach der Wiedereinführung von Kontrollen an EU-Binnengrenze rufen, erklärte Juncker eine Absage: "Das Schengen-System wird jetzt nicht abgeschafft."

Menschen auszusperren sei keine Lösung, stattdessen brauche es jetzt rasche Maßnahmen bei der Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge. Schon jetzt seien die Probleme riesig, doch der nahende Winter bringe noch größere Herausforderungen mit sich: "Wollen wir wirklich Familien in Bahnhöfen in Budapest, an den Küsten von Kos in Zelten übernachten lassen?"

"Jeder in Europa war einmal ein Flüchtling"

"Die Europäische Union ist in keinem guten Zustand" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/junckers-rede-zur-lage-der-eu-a-1052048.html>

Angesichts der dramatischen Lage wählte Juncker einen geschichtlichen Vergleich. "Europa ist ein Kontinent, in dem jeder einmal ein Flüchtling war. Vor Krieg, vor Diktatoren." Gerade deshalb sollten die Europäer niemals vergessen, warum es das fundamentale Recht auf Asyl gibt. Dieser Hinweis ging auch an die Regierung in Budapest : Juncker erwähnte ausdrücklich die vielen Flüchtlinge nach dem Aufstand in Ungarn 1956.

Zugleich kündigte er für die kommenden Tage eine Reihe neuer Vertragsverletzungsverfahren gegen EU-Staaten wegen Verstößen gegen das EU-Asylrecht an. "In Europa haben wir gemeinsame Standards für die Aufnahme von Flüchtlingen. Aber diese Standards müssen in ihrer vollen Gänze umgesetzt werden, und das ist eindeutig nicht der Fall."

Außerdem ging Juncker auf den Schutz der EU-Außengrenzen ein. Hier sei man auf einem guten Weg, den Schleppern die Arbeit zu erschweren. Letztlich würden damit jedoch nur Symptome behandelt, der entscheidende Schritt sei ein anderer: " Migration muss legalisiert werden. Wir müssen Wege nach Europa legalisieren."

Die Vorschläge, mit denen die EU-Kommission die Flüchtlingskrise in den Griff kriegen will, waren schon vorab weitgehend bekannt:

Juncker plant, insgesamt 160.000 Migranten in der EU umzuverteilen, um Italien, Griechenland und Ungarn zu entlasten. "Diesmal geht es nicht mehr um Rhetorik. Es geht um Taten", so Juncker nun in Straßburg. Deutschland soll diesen Ländern rund 31.400 schutzbedürftige Menschen abnehmen. In Zukunft soll die Verteilung von Flüchtlingen nicht mehr über einen Notfallmechanismus, sondern über ein permanentes Verfahren erfolgen. Ziel ist, weitere Diskussionen über die gerechte Verteilung von Flüchtlingen in Zukunft zu vermeiden. Immer dann, wenn die EU-Kommission feststellt, dass ein Land durch den Zustrom von Flüchtlingen zu stark belastet wird, könnten diese nach dem festgelegten Verteilungsschlüssel in andere EU-Staaten umgesiedelt werden. Erstmals will sich die EU zudem auf eine Liste mit sicheren Herkunftsländern einigen, in die Asylbewerber einfacher abgeschoben werden können. Das gilt besonders für die Staaten des westlichen Balkans. Zusätzlich plädierte Juncker in seiner Rede für einen Nothilfe-Fonds, um künftige Krisen zu verhindern. Es sei nicht normal, dass einzelne Staaten ihre Entwicklungshilfe kürzen. "Sie müssen erhöht werden. Die Flüchtlingskrise wird nicht in Kürze gelöst werden. Aber Boote zurückzuschicken, Flüchtlingsheime anzuzünden und wegzuschauen, das ist nicht Europa!"

Die Maßnahmen könnten bereits am kommenden Montag bei einem Sondertreffen der europäischen Innenminister beschlossen werden.

jok/vek

Load-Date: September 10, 2015

[Lieferwagen mit 26 Flüchtlingen in Tschechien gestoppt;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenze-zu-bayern-lieferwagen-mit-26-fluechtlingen-gestoppt-a-1088500.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenze-zu-bayern-lieferwagen-mit-26-fluechtlingen-gestoppt-a-1088500.html)

SPIEGEL ONLINE

21. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 328 words

Byline: vek/dpa

Highlight: 13:50:00 Die tschechische Polizei hat einen Lieferwagen mit 26 **Flüchtlingen** an Bord angehalten. Etwa 20 Kilometer vor der Grenze zu Bayern wurde das Fahrzeug angehalten - darin mehrere Kinder.

Body

Rund 20 Kilometer von der bayerischen Grenze entfernt hat die tschechische Polizei 26 **Flüchtlinge** auf der Ladefläche eines Lieferwagens entdeckt. Elf Männer, fünf Frauen und mindestens zehn Kinder wurden dicht gedrängt transportiert. Die **Flüchtlinge** waren wahrscheinlich afghanischer Herkunft, teilte eine Sprecherin der Ausländerpolizei mit. Das jüngste der Kinder sei erst ein halbes Jahr alt.

Die beiden Schleuser konnten laut Polizei entkommen. Nach ihnen wurde auch mit einem Hubschrauber gefahndet, meldet auch die tschechische Zeitung "aktuality". Der Kastenwagen mit bulgarischem Kennzeichen war den Beamten am frühen Morgen unweit der Stadt Pobezovice im Bezirk Domazlice (Taus) aufgefallen.

Nun soll geprüft werden, ob die mutmaßlichen Afghanen bereits in anderen EU-Ländern Asylanträge gestellt haben. Zur Anzahl der Kinder an Bord gibt es unterschiedliche Angaben. "Aktuality" meldet elf Kinder, die Deutsche Presse-Agentur hingegen zehn.

Zuletzt wurde in Deutschland ein deutlicher Rückgang der Flüchtlingszahlen verzeichnet: Im letzten Quartal 2015 wurden noch knapp eine halbe Million Asylsuchender im sogenannten Easy-System des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) registriert, im ersten Quartal dieses Jahres ist ihre Zahl auf 170.000 zurückgegangen. Das entspricht einem Rückgang von 66 Prozent, wie Innenminister Thomas de Maizière Anfang April auf einer Pressekonferenz bekannt gab. Im März seien nur noch 20.000 Asylsuchende in die Bundesrepublik eingereist.

Hans Reichhart, bayerischer Landtagsabgeordneter und Chef der Jungen Union Bayern, hatte nach Veröffentlichung der Zahlen betont, es sei völlig illusorisch zu denken, dass die Flüchtlingskrise jetzt vorbei sei, neue Flüchtlingsrouten täten sich auf. "Die Ankündigung des Bundesinnenministers macht ein weiteres Mal deutlich, dass Berlin nicht weiß, was wirklich Sache ist", kritisierte er de Maizière gegenüber SPIEGEL ONLINE.

vek/dpa

Lieferwagen mit 26 Flüchtlingen in Tschechien gestoppt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenze-zu-bayern-lieferwagen-mit-26-fluechtlungen-gestoppt-a-108850....>

Load-Date: April 21, 2016

End of Document

Regierung unterschätzt bei Klimazielen die Zuwanderung;
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bundesregierung-unterschaetzt-bei-klimazielen-die-zuwanderung-a-1062102.html>

SPIEGEL ONLINE

01. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 926 words

Byline: Stefan Schultz

Highlight: Beim Uno-Klimagipfel inszeniert sich Deutschland als Vorreiter. Doch die eigenen ehrgeizigen Ziele sind kaum noch zu erreichen, warnt ein Regierungsberater. Denn die deutschen Prognosen berücksichtigen den Zuzug von knapp einer Million **Flüchtlingen** nicht.

Body

Die Bundesregierung erhofft sich viel von der Uno-Klimakonferenz. Bei dem Gipfel in Paris wollen 195 Staaten eine Art Weltvertrag gegen den Klimawandel unterzeichnen. Ein historisches Ereignis - und eine Chance, für Kanzlerin Angela Merkel (CDU), sich als führende Umweltpolitikerin zu profilieren. Entsprechend soll Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen: Der nationale CO₂-Ausstoß soll bis 2020 um 40 Prozent sinken. Weil das Ziel gefährdet war, hat die Regierung kürzlich eine milliardenteure Abwrackprämie für Braunkohlekraftwerke beschlossen.

Doch nun droht eine neue Lücke bei den nationalen Klimazielen.

"Der starke Zuzug von Migranten wird Deutschlands CO₂-Ausstoß spürbar erhöhen", sagt Andreas Löschel, Professor für Makroökonomie an der Universität Münster. "Die deutschen Klimaziele dürften sich nur mit weiteren Maßnahmen zur CO₂-Einsparung einhalten lassen." Der Wissenschaftler hat dazu ein Kurzanalyse verfasst, die SPIEGEL ONLINE vorliegt.

Löschel leitet seit 2011 eine Expertenkommission, die für die Bundesregierung die Fortschritte bei der Energiewende überwacht und einmal jährlich in einem Monitoring-Bericht zusammenfasst. Schon Mitte November hatten die Regierungsexperten gewarnt, die deutschen Klimaziele seien "erheblich gefährdet", weil die bisher ergriffenen Maßnahmen zur CO₂-Minderung zu unambitioniert seien. Die starke Zuwanderung war damals noch nicht berücksichtigt.

Löschel ist bewusst, wie heikel das von ihm angeschnittene Thema ist. Rechtspopulisten könnten seine Studie für ihre kruden Thesen nutzen. Dabei zeigt die Analyse im Kern zwei Dinge: Für die weltweite Klimabilanz haben die globalen Migrationsströme kaum Effekte; die betroffenen Menschen erhöhen künftig einfach in einem anderen Land den CO₂-Ausstoß, indem sie arbeiten, heizen, mobil sind. Die nationale Klimapolitik aber muss angepasst werden -

Regierung unterschätzt bei Klimazielen die Zuwanderung

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bundesregierung-unterschaetzt-bei-klimazielen-die-zuwanderung-a...>

vor allem in der Bundesrepublik, die besonders viele Flüchtlinge aufnimmt und besonders ambitionierte Klimaziele hat.

Wie sich das Bevölkerungswachstum ändert

Deutschland veröffentlicht regelmäßig Schätzungen über die nationalen Treibhausgasemissionen der kommenden Jahre; die Bevölkerungsentwicklung spielt dabei eine zentrale Rolle. Die letzte Schätzung datiert auf März. Damals ging die Regierung davon aus, dass pro Jahr 200.000 Menschen mehr nach Deutschland ziehen als abwandern.

Dieser sogenannte Wanderungssaldo ergab sich aus Berechnungen des Statistischen Bundesamts zum Bevölkerungswachstum. Doch die Behörde hat ihre Zahlen inzwischen nach oben korrigiert. Im April ging sie davon aus, dass der Wanderungssaldo bis 2018 deutlich höher liegt, allein im laufenden Jahr schätzte sie ihn auf 500.000 Menschen.

Selbst das dürfte der aktuellen Bevölkerungsdynamik nicht mehr gerecht werden, schreibt Löschel. Aktuelle Schätzungen zufolge dürften 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die sogenannten Wirtschaftsweisen glauben, dass viele davon dauerhaft bleiben.

Was das für die deutsche Klimabilanz bedeutet

Welche Folgen hat das nun für die deutsche Klimapolitik? Löschel erwähnt in seiner Kurzanalyse eine Art Faustregel: Eine Million Einwohner mehr erhöhen die CO₂-Emissionen bis 2030 im Schnitt um 6,4 Millionen Tonnen pro Jahr. Das entspräche gut der Hälfte des jährlichen CO₂-Ausstoßes, den die acht abgeschalteten Braunkohleblöcke einsparen sollen.

Ob Löschels Faustregel auch für Flüchtlinge gilt, ist unklar. Dazu müsste man untersuchen, ob ein Migrant, der in Deutschland bleibt, mehr oder weniger CO₂ verursacht als ein Durchschnittsdeutscher. Dabei wären eine Reihe von Faktoren abzuwägen. Zum Beispiel dürften Migranten einerseits seltener eigene Autos besitzen, andererseits aber öfter in schlecht isolierten Wohnungen leben.

Wissenschaftler streiten, wie groß die CO₂-Effekte der Migration letztlich sind. Einig sind sich die meisten Experten nur darüber, dass der Zuzug Hunderttausender Menschen einen Effekt haben wird. Und dass man diesen möglichst frühzeitig berücksichtigen sollte, damit man nicht plötzlich gegen Ende des Jahrzehnts riesige CO₂-Mengen einsparen muss oder die nationalen Klimaziele ganz verfehlt.

Wie die Regierung reagieren will

Im zuständigen Wirtschaftsministerium heißt es, man sei sich bewusst, dass neue Bevölkerungszahlen Auswirkungen auf die nationalen CO₂-Berechnungen haben. Man sei in der Lage, bei Bedarf mehr CO₂ einzusparen, sagt ein Sprecher. Man könnte zum Beispiel Steinkohleleimer durch Gaskraftwerke ersetzen oder durch Energieeffizienz den CO₂-Ausstoß in Kommunen, Industrie und im Gebäudesektor weiter drosseln.

Derzeit versuchen Lobbyisten das genaue Gegenteil durchzusetzen: Vertreter der Bauindustrie fordern, geplante Effizienzvorschriften für Gebäude auszusetzen. So könne man günstigeren Wohnraum für Flüchtlinge bauen, argumentierten sie.

Die zuständigen Bauminister der Bundesländer lehnten diesen Vorschlag ab. Alles andere wäre auch fatal gewesen - hätte es doch den Eindruck erweckt, dass die Klimapolitik der Asylpolitik geopfert würde. Für die Bundesregierung wäre das, angesichts des Weltklimagipfels in Paris, ein Desaster gewesen.

Zusammengefasst: Der Zuzug Hunderttausender Flüchtlinge hat demografische Effekte für die Bundesrepublik. Dadurch verändert sich auch die deutsche CO₂-Bilanz. Ein Regierungsberater fordert nun, die nationale Klimapolitik an die neuen Realitäten anzupassen. Für die weltweite Klimabilanz haben die globalen Migrationsströme indes kaum Effekte.

Regierung unterschätzt bei Klimazielen die Zuwanderung

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bundesregierung-unterschaetzt-bei-klimazielen-die-zuwanderung-a....>

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

Planmäßige Planlosigkeit; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-regierungschefs-beraten-ueber-schutz-der-grenzen-a-1057817.html>

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 961 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Europa will dichtmachen: Die Staats- und Regierungschefs beraten auf ihrem Gipfeltreffen vor allem darüber, wie die EU ihre Grenzen schützen kann. Die Osteuropäer schaffen schon mal Fakten - und stellen ihre eigene Grenzschutztruppe auf.

Body

Die Zahl der **Flüchtlinge** an den EU-Grenzen steigt und steigt, Grenzschützer sind überfordert, Gemeinden sehen sich am Rande ihrer Kräfte: Nicht nur in Deutschland werden die Forderungen nach einer schnellen Begrenzung des Zustroms von **Asylsuchenden** lauter. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben das offenbar vernommen: Auf dem Gipfeltreffen in Brüssel wird es am Donnerstag in erster Linie um die Frage gehen, wie man die Zahl der **Flüchtlinge** begrenzen kann.

Ganz vorn dabei sind jene osteuropäischen Staaten, die schon bisher mit ihrer harten Linie in der **Flüchtlingskrise** aufgefallen sind. Die Viségrad-Gruppe aus Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen stellt jetzt eine eigene Truppe auf, um die ungarische Südgrenze zu sichern. Nach Angaben eines EU-Diplomaten wird Tschechien 150 Mann nach Ungarn schicken, die Slowakei 50, mit Polen diskutiere man noch. Wie viel Personal Ungarn selbst stelle, werde die Regierung in Budapest demnächst bekannt geben.

Auf die Details werde sich die Viségrad-Gruppe bei ihrem traditionellen Treffen vor dem EU-Gipfel einigen. Eine engere Absprache mit Brüssel habe nicht stattgefunden. "Wir müssen uns nicht mit der EU koordinieren", sagte der Diplomat. "Aber wir zeigen, wie schnell man etwas tun kann, wenn man nur will." Man habe die europäischen Partner lediglich informiert - "und sie finden das gut."

Tatsächlich scheinen die Osteuropäer inzwischen weniger isoliert also noch vor ein paar Wochen. Ende September mussten sie von der restlichen EU per Mehrheitsvotum zur Aufnahme von Flüchtlingen verdonnert werden. Doch nun geht es auch den Westeuropäern vor allem um die Begrenzung des Zustroms. "Alle sind überzeugt, dass die Außengrenzen besser gesichert werden müssen", hieß es aus deutschen Regierungskreisen. Diese Haltung findet sich auch im Entwurf der Gipfel-Schlussfolgerungen wieder, der SPIEGEL ONLINE vorliegt. Die zentralen Forderungen:

Soforteinsatzteams der EU-Grenzschutzbehörde Frontex sollen in Risikofällen zur Grenzsicherung entsandt werden, um "umgehend und entschlossen" handeln zu können. Technologische Entwicklungen zur Grenzsicherung

sollen umfassend genutzt werden. Die Einrichtung von Hotspots, in denen Asylsuchende per Fingerabdruck registriert werden, soll beschleunigt werden. Noch in diesem Jahr soll eine spezielle Rückführungsstelle helfen, abgelehnte Asylbewerber schneller in ihre Heimatländer abzuschicken. Drittstaaten sollen einen europäischen Passierschein akzeptieren, damit Rückführungen zusätzlich erleichtert werden. Die Heimatländer von Flüchtlingen sollen mit "umfassenden und maßgeschneiderten Anreizmaßnahmen" dazu bewegt werden, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen. Mit anderen Worten: Geld für die Rücknahme von Flüchtlingen, oder, wie es in dem Entwurf heißt: "mehr für mehr". Flüchtlinge sollen schon in Krisenregionen besser versorgt werden und Zugang zu Bildung und Beschäftigung bekommen - damit sie erst gar nicht nach Europa aufbrechen.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Türkei zu, die rund 2,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien aufgenommen hat. Die EU fordert seit Langem, dass Ankara seine Grenze zu Griechenland besser absichert und so den Migrantstrom bremst. Zwar darf Ankara im Gegenzug kaum darauf hoffen, dass die EU ihr einen Teil der Syrien-Flüchtlinge abnimmt. Dafür aber verspricht das Entwurfsdokument den Türken Visa-Erleichterungen bei Reisen in die EU und umfassende finanzielle Hilfen.

Als strittig gilt noch, ob der Schutz der Außengrenzen des Schengenraums Aufgabe der EU oder der betroffenen Länder ist. Deutschland Position sei es, dass die Länder des Schengenraums eine gemeinsame Außengrenze hätten, hieß es aus Berlin. Man sei deshalb bereits, Staaten mit EU-Außengrenzen "massiv zu unterstützen".

Juncker geißelt Zahlungsmoral der EU-Staaten

Doch die Unterstützung lässt auf sich warten, wie EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker kritisierte. Frontex etwa habe 775 zusätzliche Stellen beantragt. Bis jetzt aber seien nur Zusagen für 48 Posten eingetroffen, sagte Juncker am Mittwoch vor dem EU-Parlament. Auch die Ende September beschlossene Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien geht schleppend voran. Die Aktion begann am 7. Oktober mit ganzen 21 Migranten. In der kommenden Woche sollen weitere 100 Personen folgen. Ein Vertreter der EU-Kommission betonte, dass man zunächst mit kleinen Zahlen testen wolle, ob das System funktioniere.

Noch langsamer scheinen die Fortschritte bei der Bekämpfung der Fluchtursachen zu sein, die beim EU-Gipfel Ende September noch das Hauptthema waren. Die Regierungen hatten zugesagt, ebenso wie die EU-Kommission 500 Millionen Euro an humanitärer Hilfe zur Verfügung zu stellen. Doch während die Kommission geliefert habe, fehlten von den Mitgliedstaaten 225 Millionen, kritisierte Juncker: "Ich verlange, dass der Europäische Rat morgen diese 225 Millionen Euro bringt."

Noch schlechter sieht es beim syrischen Treuhandfonds aus. Auch in ihn flossen 500 Millionen Euro aus Brüssel, die EU-Staaten aber sind laut Juncker mit 492 Millionen Euro im Rückstand. Beim Afrika-Fonds seien sogar nur neun Millionen der zugesicherten 1,8 Milliarden Euro eingegangen. Der EU-Asylagentur seien 347 zusätzliche Beamte zugesagt worden. "Bis jetzt", meint Juncker, "haben die Mitgliedstaaten 81 Mann geschickt."

Zusammengefasst: Die Staats- und Regierungschefs der EU beraten am Donnerstag darüber, wie man den Zustrom an Flüchtlingen wirksam bekämpfen kann. Der Türkei will man dabei Visa-Erleichterungen zugestehen, damit das Land die bislang aufgenommenen 2,5 Millionen syrischen Flüchtlinge behält. Auch Hotspots und Soforteinsatzteams sollen an den EU-Außengrenzen zum Einsatz kommen.

Load-Date: October 15, 2015

[Kirchen nehmen immer mehr Asylbewerber auf;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kirchenasyl-immer-mehr-faelle-in-deutschland-a-1019923.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kirchenasyl-immer-mehr-faelle-in-deutschland-a-1019923.html)

SPIEGEL ONLINE

23. Februar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 400 words

Highlight: In der **Flüchtlingsdebatte** zeigen sich die Kirchen in Deutschland unnachgiebig. Trotz der scharfen Kritik von Innenminister de Maizière ist die Zahl der Kirchenasyle deutlich gestiegen.

Body

Berlin - Immer mehr Menschen finden in Deutschland **Asyl** in einer Kirchengemeinde. Wie die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft **Asyl** in der Kirche laut "Welt" erklärte, gibt es derzeit 226 Kirchenasyle mit mindestens 411 Personen. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet dies ein Plus von 13 Prozent. Die Steigerung seit Anfang 2014, als die Arbeitsgemeinschaft lediglich 34 Kirchenasyle zählte, beträgt dem Bericht zufolge sogar mehr als 500 Prozent.

Die Praxis steht in der Kritik, weil es in immer weniger Fällen darum geht, Flüchtlinge vor der Abschiebung in Krisenstaaten außerhalb der Europäischen Union zu bewahren. Kirchenasyle verhindern zunehmend, dass Flüchtlinge in die EU-Staaten zurückgebracht werden, die laut Dublin-Verordnung für das jeweilige Asylverfahren zuständig sind. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft handelt es sich bei 187 von 226 Kirchenasyle um sogenannte Dublin-Fälle.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Ole Schröder (CDU), bekräftigte die Kritik von Minister Thomas de Maizière am Handeln der Kirchen: "Ich finde es grundsätzlich problematisch, wenn Gruppen in einem demokratischen Rechtsstaat meinen, sich über das geltende Recht stellen zu können. Das gilt genauso für Kirchen und andere Religionsgemeinschaften", sagte Schröder der "Welt".

Stegner mahnt zur Zurückhaltung

Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Ralf Stegner verteidigte dagegen die steigende Zahl von Kirchenasyl-Fällen: "Die Kirchen gehen verantwortungsvoll mit dem Kirchenasyl um", sagte Stegner der "Welt". Man wisse auch, dass das Handeln der Kirchen meistens zu einem guten Ergebnis führe. "Natürlich gibt es nicht zweierlei Recht. Dennoch tut der Staat gut daran, sich bei diesem Thema zurückzuhalten", mahnte der SPD-Vize an. Stegner äußerte zudem Kritik an de Maizière: "Es war der Sache nicht nützlich, dass der Bundesinnenminister das Kirchenasyl mit der islamischen Scharia verglichen hat."

Kirchen nehmen immer mehr Asylbewerber auf <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kirchenasyl-immer-mehr-faelle-in-deutschland-a-1019923.html>

In dieser Woche treffen sich bei einem Spitzengespräch Kirchenvertreter mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt.

Im Januar hatte sich das CDU-Präsidium mit 19 deutschen Bischöfen getroffen. Dabei hatte de Maizière die Kirchenleute nach SPIEGEL-Informationen gerügt, dass sie einzelnen Flüchtlingen Unterschlupf gewähren, die von der Abschiebung bedroht sind.

ler

Load-Date: March 19, 2015

End of Document

Bundesregierung plant Ausweitung der Eilverfahren;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylrecht-bundesregierung-plant-eilverfahren-a-1063531.html>

SPIEGEL ONLINE

19. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 624 words

Byline: sun/dpa

Highlight: Wer aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland kommt, soll künftig im Eiltempo eine Entscheidung über seinen Asylantrag bekommen. Die Regelung soll auch für diejenigen gelten, die falsche Angaben machen.

Body

Die Bundesregierung will künftig bei einer großen Gruppe von Flüchtlingen die Asylverfahren beschleunigen. Das geht aus dem Referentenentwurf für das neue Asylpaket aus dem Innenministerium hervor.

Auf die Verschärfungen hatten sich die Spitzen der schwarz-roten Koalition vor zwei Wochen geeinigt. Der Entwurf sieht im Kern vor, dass bestimmte Flüchtlinge in zentrale Registrierstellen eingewiesen werden sollen, wo ihr Asylantrag im Schnellverfahren bearbeitet wird und von wo aus sie bei einem negativen Bescheid direkt in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollen.

Betroffen sind zum einen Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten und Asylbewerber, die wiederholt einen Asylantrag stellen. Zum anderen könnten die Schnellverfahren auch für Menschen gelten, die falsche, widersprüchliche oder "offensichtlich unwahrscheinliche" Angaben gemacht, Dokumente zurückgehalten, ihre Papiere "mutwillig vernichtet oder beseitigt" haben oder "unrechtmäßig in das Bundesgebiet eingereist" sind. Auch wer sich zum Beispiel weigert, "erkennungsdienstliche Maßnahmen" mitzumachen, der kann laut den Plänen künftig in dem Sonderverfahren landen.

Pro Asyl kritisiert unverhältnismäßige Sanktionen

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisierte den Entwurf scharf. "Hier wird ein uferloses Schnellverfahren eingeführt", sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. "Potenziell sind alle Flüchtlingebetroffenen, weil man den meisten unterstellen kann, sie hätten falsche Angaben gemacht oder ihre Papiere vernichtet." Die Schnellverfahren hebelten ein faires Asylverfahren aus. "Und es wird unverhältnismäßig sanktioniert, wenn man einen Verstoß gegen die Residenzpflicht begeht."

Die Betroffenen sollen laut Gesetzentwurf künftig in "besonderen Aufnahmeeinrichtungen" untergebracht werden. Sie sind verpflichtet, dort bis zum Abschluss ihres Verfahrens zu wohnen, und sie dürfen den jeweiligen Bezirk in

Bundesregierung plant Ausweitung der Eilverfahren <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylrecht-bundesregierung-plant-eilverfahren-a-1063531.html>

dieser Zeit nicht verlassen. Wer dagegen verstößt, dessen Verfahren wird eingestellt, und es kann "nur einmal innerhalb von neun Monaten ohne Verfahrensnachteile wiederaufgenommen werden".

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) soll die Asylanträge in diesen Sondereinrichtungen innerhalb einer Woche abarbeiten. Bei einem Nein haben die Betroffenen eine Woche lang Zeit, um Einspruch einzulegen, das Gericht soll auch binnen einer Woche urteilen. Insgesamt sollen die Verfahren damit nicht länger als drei Wochen dauern - und abgelehnte Asylbewerber direkt aus den Aufnahmeeinrichtungen in die Heimat zurückgeschickt werden.

Abschiebung auch bei Krankheit

Vorgesehen sind in dem Entwurf auch zahlreiche Verschärfungen, um Abschiebungen zu erleichtern. Abgelehnte Asylbewerber sollen demnach nur noch in besonders schwerwiegenden Fällen aus gesundheitlichen Gründen von einer Abschiebung verschont werden. Psychische Erkrankungen zum Beispiel - etwa Posttraumatische Belastungsstörungen - sollen demnach kein Hinderungsgrund mehr sein.

Die Regierung will mit dem Gesetzesentwurf auch den Familiennachzug für bestimmte Flüchtlingsgruppen beschränken - nämlich für jene, die nur "subsidiären Schutz" in Deutschland gewährt bekommen. Hier handelt es sich um Menschen, die nicht als Flüchtling anerkannt sind, aber dennoch nicht heimgeschickt werden, weil ihnen dort ernsthafter Schaden droht.

Die Koalitionsspitzen hatten sich Anfang November in Grundzügen auf das neue Asylpaket verständigt. Das Innenressort gab den ausformulierten Entwurf für ein "Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren" am Montag in die Ressortabstimmung. Die anderen Ministerien hatten nur bis Dienstag Zeit, dazu Stellung zu nehmen. Das Kabinett soll laut Innenressort "in Kürze" darüber beraten. Wann genau, ist noch unklar.

sun/dpa

Load-Date: November 19, 2015

Frankreich fordert Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus Nahost;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-nach-terror-manuel-valls-fordert-europa-auf-grenzen-zu-schliessen-a-1064425.html>

SPIEGEL ONLINE

25. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 704 words

Byline: aar/dpa

Highlight: Frankreichs Premier Valls hat die EU dazu aufgefordert, sofort ihre Grenzen für **Flüchtlinge** aus dem Nahen Osten zu schließen. Laut einem Medienbericht warnt er: Auch in Deutschland könne die Terrormiliz IS zuschlagen.

Body

Anmerkung: Inzwischen gibt es Zweifel, ob Manuel Valls tatsächlich konkret eine Schließung der Grenzen für **Flüchtlinge** gefordert hat. Möglicherweise handelt es sich um einen Übersetzungsfehler. Mehr dazu finden Sie hier.

"Wir können nicht noch mehr **Flüchtlinge** in Europa aufnehmen - das ist nicht möglich": Mit deutlichen Worten hat Frankreichs Premier Manuel Valls an die Europäische Union appelliert, keine weiteren **Asylbewerber** aus dem Nahen Osten einreisen zu lassen. Die Kontrolle von Europas Grenzen entscheide über das Schicksal der Europäischen Union, sagte Valls der "Süddeutschen Zeitung" ("SZ"): "Wenn wir das nicht tun, dann werden die Völker sagen: Schluss mit Europa!"

Valls sagte weiter, Europa müsse mit Syriens Nachbarstaaten Türkei, Libanon und Jordanien Lösungen finden, dort mehr **Flüchtlinge** aufzunehmen und zu erfassen - statt weiterhin Tausende von **Migranten** unkontrolliert in die EU reisen zu lassen. "Sonst stellt Europa seine Fähigkeit infrage, seine Grenzen wirksam zu kontrollieren."

Erst am Dienstag hatte Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven angekündigt, die Asylgesetze des Landes zu verschärfen. Norwegen will zudem ab diesem Donnerstag die Kontrollen an den Grenzen und den Fährterminals intensivieren.

EU-Kommissar Günther Oettinger forderte im Gespräch mit dem "Handelsblatt" eine "leistungsfähige Grenzschutzbehörde in Europa", um die Migration nach Europa besser zu steuern. "Das deutsche Asylrecht wirkt wie ein Magnet auf die Flüchtlinge", sagte er - und empfahl eine Änderung des Grundgesetzes, um das Asylrecht neu zu ordnen. "Solange dies nicht angegangen wird, bleibt eigentlich nur eine Alternative: Milliardenhilfen für die Flüchtlingslager in der Türkei und anderen Staaten."

Valls warnt Deutschland vor IS-Anschlägen

Frankreich fordert Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus Nahost <http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-nach-terror-manuel-valls-fordert-europa-auf-grenzen....>

Am Mittwochabend wollen sich Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsidenten François Hollande in Paris treffen. Dabei wird es natürlich vor allem um die schweren Terrorangriffe in der Hauptstadt gehen.

In Frankreich kritisieren fast alle Parteien, dass Berlin mit seiner Grenzöffnung noch mehr Flüchtlinge nach Europa gelockt habe. Laut Valls kann sich die Lage mit dem Einbruch des Winters humanitär schnell zuspitzen: "Vor allem auf dem Balkan steht da viel auf dem Spiel, das wird dramatisch - und zwar nicht irgendwann, sondern sehr, sehr bald."

Valls warnte davor, dass der IS auch in Deutschland zuschlagen könnte. "Auch Deutschland und Italien sind bedroht", sagte er. "Da muss man nur das Kommuniqué nach dem Anschlag lesen."

Suche nach Verbündeten im Anti-Terror-Kampf

Bei der Terrorserie in Paris waren am 13. November 130 Menschen getötet worden, der "Islamische Staat" (IS) hat sich zu den Anschlägen bekannt. Mindestens drei mutmaßliche Terroristen reisten als Flüchtlinge getarnt in die EU. Ermittler halten es für möglich, dass die Männer gefälschte syrische Pässe für die Einreise benutzten.

Am Dienstag hatte es Meldungen gegeben, wonach einer der Männer, die sich vor dem Stade de France in die Luft gesprengt hatten, in Bayern als Flüchtling registriert worden sein soll. Ein Sprecher des Innenministeriums dementierte dies jedoch am späten Abend. Ein Flüchtling mit demselben Namen wie einer der Attentäter sei im bayerischen Feldkirchen registriert worden, sagte Oliver Platzer. Die französischen Behörden hätten vor Ort mit dem Flüchtling gesprochen.

Nach den Attacken in Paris hat Frankreich seine Luftangriffe auf IS-Stellungen in Syrien und im Irak intensiviert, erst am Dienstag sollen französische Kampfflugzeuge einen IS-Kommandostand nahe der nordirakischen Stadt Mosul zerstört haben. Präsident Holland versucht zudem, eine internationale Allianz im Anti-Terror-Kampf zu schmieden.

Im Gespräch mit der "SZ" äußerte sich Valls nun vorsichtig auf die Frage, welchen militärischen Beitrag er dabei von der Bundesregierung erwarte. Er verwies auf die von Bundespräsident Joachim Gauck und Außenminister Frank-Walter Steinmeier angestoßene Debatte um mehr internationale Verantwortung und fügte hinzu: "Die Deutschen sind sehr pragmatische Menschen, eines Tages werden sie von der Theorie zur Praxis übergehen."

aar/dpa

Load-Date: December 24, 2015

Migration stoppen mit Millionen

SPIEGEL ONLINE

15. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 602 words

Byline: Peter Müller

Highlight: Schon vor dem Start des EU-Gipfels am Donnerstag geht es in Brüssel um Afrika. Deutschland und Italien stellen einen 100-Millionen-Euro-Fond zur Bekämpfung von Fluchtursachen vor - ein umstrittenes Konzept.

Body

Deutschland und Italien wollen in der EU mit gutem Beispiel vorangehen und das Sterben von Flüchtlingen und Migranten auf den Migrationsrouten in Afrika eindämmen. Dafür gründen beide Länder gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) einen neuen Fonds, der mit 100 Millionen Euro Projekte in der Sahel-Region sowie in den Ländern am Tschadsee, sowie in Libyen finanzieren soll.

Der Fonds mit dem sperrigen Titel "EU Trust Fund für den Schutz von Migranten und die Integration von Rückkehrern in Afrika" soll Donnerstag in Brüssel von EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini vorgestellt werden, ein Konzeptpapier dazu liegt dem SPIEGEL vor.

Deutschland steuert demnach 48 Millionen Euro zu dem Fonds bei, Italien 22 Millionen Euro. Beide Länder sind von der Flüchtlingskrise besonders betroffen: Deutschland ist weiterhin das bevorzugte Ziel vieler Migranten und hat bis zur Schließung der Balkanroute im Frühjahr 2016 mit großem Abstand die meisten Flüchtlinge in der EU aufgenommen. In Italien wiederum kommen noch immer viele Flüchtlinge an, die von Libyen aus über die Mittelmeerroute nach Europa zu gelangen versuchen.

Die EU hatte bei ihrem Gipfel in Valletta im November 2015 beschlossen, mit ausgewählten afrikanischen Ländern sogenannte Partnerschaftspakte zu schließen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und die Rückführung von Migranten zu erleichtern. Kanzlerin Angela Merkel hatte im Oktober Mali, Niger und Äthiopien besucht. Unmittelbar vor dem EU-Gipfel will sie in Brüssel den Präsidenten des Niger treffen.

Projekte in 14 Ländern geplant

Mit dem Geld aus dem neuen Fonds sollen in den kommenden drei Jahren Projekte in insgesamt 14 Ländern unterstützt werden. Ein Fokus soll dabei in der Region um die nigrische Stadt Agadez liegen, einem Knotenpunkt der Migrationsrouten. Hier sollen beispielsweise Zentren für Flüchtlinge entstehen, die auf ihrem Weg gestrandet sind, wie es im Auswärtigen Amt heißt.

Migration stoppen mit Millionen

Insgesamt sollen entlang der Migrationsrouten Einrichtungen entstehen, in denen etwa 60.000 Migranten untergebracht werden können. Dort sollen die Menschen mit Nahrung und Wasser versorgt und medizinisch betreut werden. Für etwa 200.000 Menschen und 2000 Gemeinden soll es Informationen geben, etwa über die Gefahren auf der Migrationsroute. Das Jahr 2016 war bislang mit weit über 4000 Ertrunkenen das tödlichste Jahr für Flüchtlinge auf der Mittelmeerroute. Darüber, wie viele Menschen bereits auf dem Weg an die libysche Küste umkommen, gehen die Schätzungen weit auseinander.

Geht es nach den Staats- und Regierungschefs der EU, sollen die Projekte mit den ersten Partnerländern in Afrika schon bald ausgeweitet werden. "Angesichts dieser Erfahrungen könnten unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen weitere Pakte oder andere Formen der Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden", heißt es im Entwurf zur Abschlusserklärung für den EU-Gipfel, die dem SPIEGEL vorliegt.

Der Passus dürfte auch als Entgegenkommen an die Bundesregierung zu werten sein, die mit ihrem Versuch, Ägypten in den Kreis der ausgewählten Länder aufzunehmen, bislang gescheitert ist. Aus Sicht der EU-Kommission und einiger EU-Mitglieder braucht das Land andere Hilfen wie etwa der Niger oder Mali. Zum Beispiel sollen Reformen auf dem Arbeitsmarkt stärker unterstützt werden.

Die Abkommen mit den afrikanischen Ländern sind nicht unumstritten. Entwicklungshelfer kritisieren ganz grundsätzlich den Ansatz, mit Entwicklungshilfegeldern Migration zu stoppen. Erleichterung bei der Rückführung von Flüchtlingen habe mit der Bekämpfung von Fluchtursachen nichts zu tun, so ihre Kritik.

Load-Date: December 15, 2016

**[SPD-Verbände organisieren Protest gegen Flüchtlingsheime;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-spd-in-essen-will-
fluechtlingsheime-blockieren-a-1073540.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-spd-in-essen-will-fluechtlingsheime-blockieren-a-1073540.html)**

SPIEGEL ONLINE

23. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 409 words

Byline: mxw

Highlight: In Nordrhein-Westfalen rufen mehrere Ortsverbände zu einem Marsch und Straßenblockaden auf. Sie wollen damit gegen eine angeblich unfaire Verteilung von Flüchtlings in Essen protestieren. Ihr Motto: "Genug ist genug - Integration hat Grenzen!"

Body

Seit Monaten streitet die Republik über die Verteilung von Flüchtlings auf Länder und Kommunen. Proteste gab es dabei häufig, meistens von Gruppen wie Pegida, AfD oder der NPD.

In Nordrhein-Westfalen wollen nun auch SPD-Politiker wegen Asylbewerberunterkünften auf die Straße gehen: Die Essener Ortsverbände Altenessen, Karnap und Vogelheim rufen zu einem "Solidaritätslauf" am Dienstag auf - unter dem Motto: "Genug ist genug - Integration hat Grenzen - der Norden ist voll".

Die SPD-Ortsverbände beklagen, dass in Essen die meisten Hilfesuchenden im Norden der Stadt untergebracht werden: "Es kann nicht sein, dass mehr als 70 Prozent der neuen Flüchtlingsunterkünfte im Essener Norden errichtet werden sollen", heißt es in einem Aufruf auf Facebook .

"Es wird wohl einiges missverstanden"

"Unsere Stadt ist groß genug", argumentieren die Lokalpolitiker. In einer Mitteilung auf der Homepage des Ortsvereins Essen-Altenessen steht: "Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund beträgt hier derzeit über 40 Prozent. Mit dem Zuzug weiterer Migranten in die geplanten Massenunterkünfte, sind die Menschen vor Ort nicht mehr bereit und in der Lage, weitere Integrationsleistungen zu schultern."

Stephan Duda, einer der Initiatoren der Demo in Essen, plant offenbar sogar eine Sitzblockade während des sogenannten Lichtermarsches. "Wenn sich viele beteiligen, könnten wir es schaffen, den Stauder Kreisel zu blockieren und den Verkehr zum Erliegen zu bringen", schreibt er auf Facebook, und: "Es ist wichtig, hiermit ein klares Signal zu erzeugen."

Auf Facebook beschwerten sich Dutzende Nutzer, auch Politiker anderer Parteien. Der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner, bezeichnete die Ankündigung der Demonstration auf Twitter als "ziemlich

SPD-Verbände organisieren Protest gegen Flüchtlingsheime

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-spd-in-essen-will-fluechtlingsheime-blockieren-a....>

unfassbar". Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Linken, schrieb unter Bezug auf das Motto "Genug ist genug" auf Twitter : "Liebe SPD, genug ist genug, in der Tat!"

SPD-Lokalpolitiker Duda rechtfertigt sich: "Es wird wohl einiges missverstanden. Ich bin selber Ehrenamtler und aktiv in der Flüchtlingshilfe tätig. Ich freue mich, wenn ich sehe, wie dankbar die Menschen sind. Hier geht es einzig und allein um die geplante Standortauswahl der zukünftigen Unterkünfte und die damit ungerechte Verteilung."

Zum Namen der geplanten Kundgebung ("Genug ist genug") schreibt Duda: "Ob das der richtige war, kann man natürlich diskutieren."

mxw

Load-Date: January 23, 2016

End of Document

Europas Türsteher; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-tuerkei-gescheitert-an-europas-tuersteher-a-1074744.html>

SPIEGEL ONLINE

01. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 909 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Die Türkei soll Flüchtlinge an der Weiterreise nach Europa hindern. Präsident Erdogan lässt deshalb die Grenze zum Bürgerkriegsland Syrien abriegeln. Was bedeutet die Abschottung für die Hilfesuchenden?

Body

Am 2. Januar rammt ein Flüchtlingsboot kurz vor der griechischen Insel Agathonisi einen Felsen und sinkt. Die griechische Küstenwache rettet 39 Passagiere. Khalid, ein zwei Jahre alter Junge aus Syrien, ertrinkt. Er ist der erste Tote in der Ägäis im neuen Jahr. 308 weitere werden bis Ende des Monats folgen. Noch nie sind in einem Januar im Mittelmeer mehr Menschen gestorben als 2016.

Onur Bektas fährt mit seinem Auto durch Cesme, einen Badeort im Süden der Türkei. Er schüttelt den Kopf. "Die Toten in der Ägäis sind auch eure Toten", sagt er. Bektas arbeitet für eine lokale Flüchtlingsorganisation. Er glaubt, das Sterben im Mittelmeer sei die Konsequenz der europäischen Asylpolitik.

Ende November schlossen die EU und die Türkei einen Deal: Ankara soll Flüchtlinge gegen Hilfgeld in Höhe von drei Milliarden Euro an der Weiterreise nach Europa hindern. Die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogans Partei AKP hat Migrationskontrollen ausgeweitet. Sie hat Sicherheitskräfte an die Ägäis-Küste entsandt, Razzien gegen Schlepper verstärkt. 2015 nahm die türkische Polizei 341 Schlepper fest, mehr als viermal so viele wie im Jahr zuvor.

Cesme liegt nur vier Seemeilen von der griechischen Insel Chios entfernt. Zehntausende Flüchtlinge durchquerten im Sommer die Stadt auf ihrem Weg nach Europa. Jetzt riegen Soldaten den Zugang zur Küste ab.

Bektas parkt den Wagen in einer Ruinenstadt am Ortsrand. In dem ehemaligen Flüchtlingslager liegen Plastikflaschen auf dem Boden verstreut, Sim-Karten, Kuscheltiere, Schwimmflügel. "Möge Gott uns beistehen", steht in einer der Baracken an der Wand geschrieben. Zwischenzeitlich hausten bis zu tausend Menschen in dem Slum, erzählt Bektas. In der Neujahrsnacht räumte das Militär das Camp. Sicherheitskräfte deportierten die Migranten ins Landesinnere.

Die türkische Abschottungspolitik hat dazu geführt, dass an Orten wie Cesme kaum noch Flüchtlingsboote abfahren. Sie hat, anders von der EU erhofft, Migration nicht gestoppt, sondern lediglich verlagert.

Europas Türsteher <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-tuerkei-gescheitert-an-europas-tuersteher-a-1074744.html>

In den ersten drei Januarwochen reisten 44.000 Flüchtlinge über die Türkei nach Griechenland, weniger als in November und Dezember, aber deutlich mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Flüchtlinge weichen auf entlegene, oft tödliche Routen aus. "Die Überfahrt nach Griechenland ist so gefährlich wie nie zuvor," sagt Bektas.

Unterstützer des Deals in Berlin und Ankara verweisen auf Marokko. Der Regierung in Rabat gelang es vor zehn Jahren, mithilfe der EU die Migration aus Nordafrika nach Spanien einzudämmen. Auch Libyens Ex-Diktator Muammar al-Gaddafi wurden von europäischen Ländern für die Flüchtlingsabwehr eingespannt.

Die türkische Küste ist mehr als 2000 Kilometer lang. Sie lässt sich - selbst wenn Erdogan das wollte - nicht lückenlos kontrollieren. Zudem ist der Andrang der Flüchtlinge um ein Vielfaches größer als in Marokko. Im Sommer brachen an manchen Tagen bis zu 30 Boote gleichzeitig in Richtung Griechenland auf. Die Türkei kann den Seeweg nicht blockieren. Präsident Erdogan greift deshalb zu radikalen Mitteln.

Seit Januar müssen Syrer, die mit dem Schiff oder Flugzeug aus Drittstaaten wie dem Libanon oder Jordanien in die Türkei gelangen, ein Visum vorlegen. Da jedoch die wenigsten Syrer ein Visum erhalten, ist eine Mehrheit der Flüchtlinge gezwungen, über Land in die Türkei einzureisen.

Die türkische Regierung beteuert, die Landesgrenze würde syrischen Flüchtlinge offenstehen. Die offiziellen Übergänge jedoch sind faktisch geschlossen. Bald schon soll eine Mauer, drei Meter hoch, 200 Kilometer lang, das Land gegen Flüchtlinge abschotten.

An der Grenze nahe der Stadt Antakya patrouillieren an einem Januarnachmittag Soldaten. Panzer rollen zwischen den Checkpoints. In der Ferne sind die Bombeneinschläge aus dem syrischen Kriegsgebiet zu hören. Die Flüchtlinge nutzen Schleichwege durch Wälder und über Hügel.

Mehrere Syrer berichteten dem SPIEGEL unabhängig voneinander von illegalen Abschiebungen: Sie seien von türkischen Sicherheitskräften verhaftet, zum Teil misshandelt und nach Syrien deportiert worden.

Ein Ingenieursstudent aus Deir al-Sor im Osten Syriens sagt, er sei zwei Tage lang in einer Militärbaracke nahe der türkischen Grenzstadt Reyhanli eingesperrt worden. Er habe weder Essen noch Wasser bekommen. Die türkischen Soldaten hätten ihn geschlagen, ausgeraubt und ihn und weitere Flüchtlinge anschließend in einem Bus zurück über die Grenze nach Syrien gekarrt.

Nach internationalem Recht sind Abschiebungen in Bürgerkriegsländer verboten. Amnesty International hat im Dezember 130 Fälle illegaler Rückführungen von Flüchtlingen aus der Türkei nach Syrien und in den Irak dokumentiert. Die Betroffenen wurden über mehrere Wochen in Gefängnissen in der Türkei festgehalten, bis sie sich einverstanden erklärten, das Land zu verlassen, heißt es in dem Bericht.

Die Türkei bestreitet die Vorwürfe. Deutschland wiederum hält es offenbar nicht für nötig, dem Verdacht auf systematische Menschenrechtsverletzungen durch einen EU-Beitrittskandidaten nachzugehen. Die Bundesregierung will die Türkei schon bald zum sicheren Herkunftsstaat erklären. Das geht aus einer internen Weisung des Bundesinnenministeriums hervor, die dem SPIEGEL vorliegt.

Angela Merkel präsentiert sich der Welt als Managerin der Flüchtlingskrise. Dabei fragt sie nicht nach den Methoden, mit denen die Türkei den hässlichen Job der Flüchtlingsabwehr ausführt.

Im Video: SPIEGEL-Reporter Max Popp über die Flüchtlingspolitik der Türkei

Load-Date: February 1, 2016

[Innenminister unterstützen Einzelfallprüfung für Syrer;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-rueckkehr-zur-einzelfallpruefung-bei-syrern-a-1065990.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-rueckkehr-zur-einzelfallpruefung-bei-syrern-a-1065990.html)

SPIEGEL ONLINE

03. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 435 words

Byline: syd/Reuters/AFP

Highlight: Jeder Flüchtling aus Syrien soll im Asylverfahren künftig wieder mündlich angehört werden. Die Bundesländer billigten entsprechende Pläne von Innenminister de Maizière. Kritiker fürchten zusätzliche Belastungen für die Behörden.

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière erhält aus den Bundesländern Unterstützung für seine Pläne zur Einzelfallprüfung bei Flüchtlingen aus Syrien. Seine Kollegen hätten die geplante Maßnahme zur Kenntnis genommen, sagte der CDU-Politiker nach Beratungen in Koblenz.

Seit gut einem Jahr gilt für Syrer ein vereinfachtes Verfahren, in dem sie lediglich in einem Fragebogen ihre Fluchtgründe darlegen müssen. Fast alle bekommen den Flüchtlingsstatus gewährt.

Nach de Maizières Plänen sollen die Schutzsuchenden vor der Entscheidung über einen Asylantrag wieder mündlich angehört werden. Aus Sicherheitsgründen sei es notwendig, die Identität festzustellen und einen Missbrauch der Staatsangehörigkeit zu verhindern, sagte de Maizière. Die Innenminister der Länder pochten darauf, dass sich die Verfahren durch die aufwendigere Prüfung nicht verlängern. Ohnehin dauerten diese rund fünf Monate, sagte Nordrhein-Westfalens Vertreter Ralf Jäger. In den großen Bundesländern begannen sie oft erst nach acht Monaten.

Die Einzelheiten sollen in der Großen Koalition in Berlin geklärt werden. Ein Sprecher des Ministers sagte, er rechne nicht damit, dass es in den Regierungsfractionen dazu Differenzen gebe. Anschließend werde de Maizière die Rückkehr zur Einzelfallprüfung anordnen.

Allerdings ist längst nicht geklärt, ob der sozialdemokratische Teil der Regierung dies ohne weitere Widerstände akzeptieren wird. Der Bundesinnenminister hatte Anfang November die Rückkehr zum normalen Verfahren für Syrer verhängt und für Streit in der Koalition gesorgt. Auf Intervention des Kanzleramts musste er die Entscheidung auf Eis legen.

Grünen-Chefin Simone Peter nannte die Rückkehr zur Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge "puren Aktionismus", der die zuständigen Behörden weiter lähme und die Situation der wartenden Flüchtlinge im Land

Innenminister unterstützen Einzelfallprüfung für Syrer <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-rueckkehr-zur-einzelfallpruefung-bei-syrern-a-1065....>

zunehmend verschärfen würde. Union und SPD entfernten sich mit jedem Tag mehr von ihrem Ziel, Asylverfahren zu beschleunigen.

Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl kritisierte die Rückkehr zur Einzelfallprüfung scharf. "Das wird integrationspolitisch fatale Wirkungen haben", sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Durch die zeitaufwendige Einzelfallprüfung würden die Betroffenen "in monatelange Warteschleifen" gedrängt, ohne Arbeit aufnehmen und sich integrieren zu können.

Tatsächlich ist das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schon jetzt völlig überfordert mit der Bearbeitung der Asylanträge. Ob die geplante Personalaufstockung so rasch wie nötig in entsprechendem Maß umgesetzt werden kann, ist offen.

syd/Reuters/AFP

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

**[Schweden will Flüchtlinge auf Kreuzfahrtschiff unterbringen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-will-fluechtlinge-auf-
kreuzfahrtschiff-unterbringen-a-1078186.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-will-fluechtlinge-auf-kreuzfahrtschiff-unterbringen-a-1078186.html)**

SPIEGEL ONLINE

18. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 247 words

Byline: kry/AFP

Highlight: Schweden erwartet in diesem Jahr rund 20.000 bis 30.000 neue **Flüchtlinge**. Langsam werden die Unterkünfte knapp. Deswegen sollen nun 1800 Menschen auf einem Kreuzfahrtschiff unterkommen.

Body

Schweden hat große Schwierigkeiten, Unterkünfte für die rund 163.000 **Flüchtlinge** zu finden, die im vergangenen Jahr ins Land gekommen sind. Die neueste Idee nun: Ein Kreuzfahrtschiff als **Asylbewerberunterkunft**. Laut der Sprecherin der schwedischen Einwanderungsbehörde, Alexandra Elias, sollen auf der "Ocean Gala" rund 1800 **Flüchtlinge** Platz finden.

Tausende Flüchtlinge wurden in dem skandinavischen Land bisher in Kirchen, Moscheen, Schulen und Turnhallen untergebracht, doch ist die Situation laut Elias weiter angespannt. "2016 brauchen wir weiter zusätzlich 20.000 bis 30.000 Plätze", sagte die Sprecherin.

Die "Ocean Gala" werde von der Charterfirma US-Shipmanagers angemietet, sagte Elias. Es müsse noch ein Hafen gefunden werden und überprüft werden, ob das Schiff den Sicherheitsstandards entspreche. Demnach sollen die Betreiber 450 Kronen (rund 48 Euro) pro Tag und Flüchtling erhalten.

Wo genau die "Ocean Gala" dann liegen soll, ist noch unklar. Die Betreiberfirma will das Schiff im Hafen von Härnösand rund 400 Kilometer nördlich von Stockholm festmachen, doch lehnen die örtlichen Behörden dies ab.

Bis zum Sommer werden 5000 Migranten, die bisher auf Zeltplätzen und in Feriendörfern untergebracht sind, den Touristen weichen müssen. Seit der Wiedereinführung sporadischer Kontrollen an den Grenzen ist die Zahl der Neuankömmlinge allerdings deutlich zurückgegangen. Kamen im Oktober noch wöchentlich 10.000 Flüchtlinge, waren es zuletzt weniger als 700.

kry/AFP

Load-Date: February 19, 2016

Schweden will Flüchtlinge auf Kreuzfahrtschiff unterbringen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-will-fluechtlinge-auf-kreuzfahrtschiff-unterbringen-a....>

End of Document

Vom Elend in die Not

SPIEGEL ONLINE

24. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 628 words

Byline: Peter Maxwill

Highlight: Die Flüchtlingskrise ist auch eine Geschichte des Wartens und Verharrens: In Sizilien sind Migranten mitunter seit Jahren arbeits-, perspektiv- und obdachlos. Sie hoffen trotzdem auf ein würdiges Leben.

Body

Gagan wartet jetzt schon seit fast drei Jahren. Gemeinsam mit seinem Freund Babaka tänzelt der 28-Jährige mit wippenden Schritten durch das Eingangstor der Missione di Speranza e Carità, einer katholischen Obdachlosenunterkunft nahe des Hauptbahnhofs von Palermo. Vielleicht, sagt Gagan, kann er irgendwann wieder als Fischer arbeiten. Vielleicht wieder in Gambia leben. Vielleicht eine Familie ernähren.

Babaka, ein hochgewachsener Kerl mit Schirmmütze und Bubengesicht, lächelt ihn traurig an. Wahrscheinlich wird keiner dieser Träume wahr.

Die beiden Afrikaner sind Überbleibsel der ersten großen Flüchtlingskrise in Sizilien. Im Herbst 2013 erreichten sie in einem Boot mit 120 Insassen Sizilien, wie Gagan erzählt, als fast gleichzeitig vor der Mittelmeerinsel Lampedusa Hunderte andere Flüchtlinge ertranken. Inzwischen hätten sie offiziell Asyl in Italien, sagt Gagan - aber sie sind arbeitslos, obdachlos, perspektivlos. In Palermo warten sie auf ein besseres Leben, so wie es Hunderttausende Menschen in ganz Europa tun.

An diesem Sommerabend machen die beiden mal wieder einen ihrer Spaziergänge durch die Straßen rund um den Mercato Balarò, das chaotische Zentrum des Albergheria-Viertels. An kaum einem anderen Ort in Palermo lässt sich auf so engem Raum beobachten, wie Europa an der Integration der Zuwanderer aus Krisengebieten scheitert.

Das Altstadtviertel, in dem sich der Duft orientalischer Gewürze und der Lärm aus Autos und Musikboxen zu einer übertollen Kulisse vermengen, hat sich in den vergangenen Jahren zum sozialen Brennpunkt entwickelt. "Das wird hier gerade ein Getto", sagt ein Sozialarbeiter aus dem nahegelegenen Flüchtlingsheim Centro Astalli, "voller Migranten und voller Probleme."

Für Menschen wie Gagan ist das Getto zur Heimat geworden. Im Innenhof der Kirche Santa Chiara spielen Flüchtlingskinder Fußball, vor dem Gotteshaus hocken rund zwei Dutzend afrikanische Einwanderer im Centro Senegalese, einer Mischung aus Kulturzentrum und verlotterter Bar. Immer wieder grüßt Gagan andere Afrikaner, die in einer ähnlich aussichtslosen Situation sind. Er umarmt sie oder gibt höflich die Hand, er plaudert auf Italienisch, Englisch oder in seiner Stammessprache Mandinka.

Vom Elend in die Not

Was die Zukunft bringt? Gagan lacht auf. "Seitdem hier immer mehr Migranten ankommen, ist es noch schwieriger, Arbeit zu finden", sagt er. "Nicht mal Oliven pflücken lassen sie mich noch." Das sei aber zumindest für seine Gesundheit gut, fügt er grinsend hinzu und zeigt seine Hände: Schwielen, tiefe Risse in der Hornhaut. Seit er kaum noch Arbeit finde, sei ihm klar geworden, dass Europa sich in einer Krise befinde. Seine Flucht habe er trotzdem nie bereut: "In Afrika ist es ja viel schlimmer, da ist überall Krise."

Nicht nur in Sizilien warten Flüchtlinge auf alles mögliche, sondern in vielen Teilen der Welt: Während derzeit wieder viele Menschen etwa in Pakistan, Syrien oder Eritrea ihre Reise in ein neues Leben vorbereiten, hoffen allein an der libyschen Küste Zehntausende auf eine baldige Überfahrt nach Europa. Dort wiederum warten Hunderttausende auf ihre Anerkennung als Flüchtling, auf ihre Weiterreise nach Nordeuropa, auf Job, Wohnung, Familie. Und der ganze Kontinent wartet auf eine Lösung des Verteilungsproblems.

In Palermo wird es langsam dunkel, Gagan ist aber noch immer unterwegs. Plötzlich bleibt er mitten auf einer Straßenkreuzung stehen, mit einem schrillen Schrei macht er eine Kehrtwende und umarmt einen anderen Mann mit hoher Stirn und vielen Zahnlücken. "Das ist ja Wahnsinn", brüllt Gagan und wischt sich eine Träne aus dem Gesicht: Vor sechs Jahren hätten sie sich in Libyen angefreundet - und sich seitdem nie wieder gesehen.

Wenigstens dieses Warten hat nun ein Ende.

Lesen Sie auch die anderen Kapitel dieser Reportage:

Load-Date: June 24, 2016

End of Document

**[Polizei räumt illegale Flüchtlingslager;
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/paris-polizei-raeumt-illegale-
fluechtlingslager-nahe-montmartre-a-1036779.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/paris-polizei-raeumt-illegale-fluechtlingslager-nahe-montmartre-a-1036779.html)**

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 223 words

Byline: sms/dpa/AFP

Highlight: Sie lebten in Zelten, umgeben von Dreck: Monatelang harnten Hunderte **Flüchtlinge** in Paris in nicht genehmigten Camps unter einer U-Bahnbrücke aus. Jetzt mussten die Menschen ihre Lager verlassen.

Body

Die französische Polizei hat mehrere ungenehmigte **Flüchtlingslager** geräumt. In Paris holten Beamte mehr als 350 Menschen aus ihren Zelten, die sie unter einer oberirdischen Metrolinie aufgeschlagen hatten, nahe dem bei Touristen beliebten Viertel Montmartre. Die meisten Menschen stammen nach Angaben von Hilfsorganisationen aus Eritrea und dem Sudan.

Gesundheitsministerin Marisol Touraine sagte dem Radiosender France Info, die Behörden reagierten mit der Räumung auch auf sanitäre Probleme. "Das war eine Frage der Dringlichkeit. Man kann die Leute nicht in Urin, Exkrementen und Dreck leben lassen", sagte der Chef der Flüchtlingsorganisation France Terre d'Asile, Pierre Henry.

Das Camp war zuletzt deutlich gewachsen - auch infolge der Flüchtlingswelle, die im Frühjahr über das Mittelmeer nach Italien gelangte. Henry sagte, viele Flüchtlinge könnten ihren Asylantrag stellen und bekämen ein Dach über dem Kopf. Wer auf der Durchreise sei, werde vorübergehend in Notunterkünften untergebracht.

Viele Flüchtlinge versuchen, über Frankreich nach Großbritannien zu gelangen, wo sie sich bessere Bedingungen erhoffen. Auch in der Hafenstadt Calais wurden nach TV-Berichten zwei Flüchtlingslager von der Polizei geräumt. Dort hofften Hunderte Migranten aus Syrien, Eritrea und anderen Konfliktländern auf eine Weiterreise.

sms/dpa/AFP

Load-Date: June 15, 2015

[Syrien-Flüchtlinge dürfen in Deutschland bleiben;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-fluechtlinge-deutschland-
setzt-dublin-verfahren-aus-a-1049639.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-fluechtlinge-deutschland-setzt-dublin-verfahren-aus-a-1049639.html)

SPIEGEL ONLINE

25. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 462 words

Byline: mag/syd/phw/anr

Highlight: Deutschland setzt für Syrer das sogenannte Dublin-Verfahren aus. Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland sollen nicht mehr zurück in den EU-Staat geschickt werden, in dem sie zuerst registriert wurden.

Body

Syrische Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragt haben, sollen künftig nicht mehr in jene EU-Länder überstellt werden, in denen sie zuerst registriert worden sind. Das sieht nach Informationen von SPIEGEL ONLINE eine neue Leitlinie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor. Asylverfahren, die in einem anderen EU-Land aufgenommen wurden und noch nicht beendet sind, sollen demnach in Deutschland abgeschlossen werden.

Zwar handelt es sich nach Angaben des Bundesinnenministeriums nicht um eine "formal bindende Vorgabe" - es ist aber davon auszugehen, dass syrische Flüchtlinge von nun an fest damit rechnen können, in der Bundesrepublik bleiben zu dürfen. Schon bisher wurden Syrer allerdings nur noch in seltenen Fällen nach den Dublin-Regeln in ein anderes EU-Land überstellt - bis Ende Juli 2015 passierte das laut Innenministerium nur in 131 Fällen. In den ersten sechs Monaten des Jahres stellten rund 44.000 Syrer einen Asylantrag in der Bundesrepublik.

Ohnehin schicken die deutschen Behörden Asylbewerber aller Nationalitäten in bestimmte Länder gar nicht mehr zurück, so etwa nach Griechenland. Auch Überstellungen nach Ungarn sind wegen der dortigen Bedingungen für Flüchtlinge umstritten. Grundsätzlich steht es jedem EU-Mitgliedstaat frei, Asylverfahren, die in anderen Ländern begonnen wurden, zu übernehmen.

Die sogenannte Dublin-Verordnung soll regeln, dass ein Asylverfahren nur in einem europäischen Staat stattfindet. Mitglieder sind alle EU-Staaten sowie Norwegen, Island, die Schweiz und Liechtenstein. Grundsätzlich gilt, dass der Asylantrag dort gestellt und bearbeitet werden muss, wo ein Flüchtling erstmals den Boden eines Mitgliedstaates betritt. Landet ein Asylbewerber auf einem Flughafen in der Bundesrepublik, wäre dies Deutschland.

Entlastung für Behörden

Syrien-Flüchtlinge dürfen in Deutschland bleiben <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-fluechtlinge-deutschland-setzt-dublin-verfahren-aus-a-1049639.....>

Dieses Szenario ist in der Realität äußerst selten - die meisten Flüchtlinge haben kein Visum, dass sie für eine legale Einreise mit dem Flugzeug bräuchten. Der große Teil der Asylbewerber, die in die EU kommen, reist über das Mittelmeer - von der Türkei nach Griechenland oder von Nordafrika nach Italien - diese Länder müssten also einen Großteil der Flüchtlinge allein aufnehmen.

Doch die Mittelmeerländer sind mit der Zahl der Flüchtlinge überfordert. Italien und Griechenland wird zudem vorgeworfen, dass sie deshalb zumindest teilweise auf eine Registrierung der Neuankömmlinge verzichten. Da die meisten Flüchtlinge ohnehin nach Nordeuropa wollen, werden sie einfach weitergeleitet. Mit der Aussetzung des Dublin-Verfahrens würde Deutschland die Erstaufnahmestaaten entlasten. Hintergrund dürfte aber auch eine Entlastung der hiesigen Behörden sein, die bei Flüchtlingen aus Syrien nun auf aufwendige Prüfverfahren verzichten können.

mag/syd/phw/anr

Load-Date: August 25, 2015

End of Document

[Steine gegen den Zaun, Tränengas gegen Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-traenengas-gegen-
fluechtlinge-a-1086936.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-traenengas-gegen-fluechtlinge-a-1086936.html)

SPIEGEL ONLINE

13. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 344 words

Byline: als/gic/Reuters/dpa/AFP

Highlight: 11:59:00 In der Nähe des griechischen Camps Idomeni versuchten Dutzende Flüchtlinge erneut, den Grenzzaun nach Mazedonien zu überwinden. Die Polizei geht hart gegen sie vor.

Body

Bei Idomeni ist es am Mittwoch erneut zu einem Sturm auf den Grenzzaun gekommen. Einige Dutzend Flüchtlinge versuchten, von Griechenland nach Mazedonien zu gelangen. Daraufhin schleuderten mazedonische Polizisten Tränengasgranaten über den Zaun.

Die Migranten zogen sich daraufhin zurück und die Lage beruhigte sich wieder, hieß es. Vom Tränengaseinsatz der Mazedonien waren auch die griechischen Polizisten auf der anderen Seite betroffen, als sie gegen Steine werfende Flüchtlinge vorgehen.

Vergangenen Samstag war es an der gleichen Stelle bereits zu schweren Ausschreitungen gekommen, als Migranten einen Teil des Zauns zerstörten. Damals waren mehr als 300 Menschen verletzt worden.

Nur wenige hundert Meter von dem Polizeieinsatz entfernt besuchte Mazedoniens Staatschef Gjorge Ivanov das Gebiet an der Grenze zu Griechenland. Er wurde von seinen Kollegen aus Slowenien und Kroatien, Borut Pahor und Kolinda Grabar Kitarovic, begleitet.

In Griechenland verlassen immer mehr Flüchtlinge die wilden Migrantenlager von Idomeni an der mazedonischen Grenze und im Hafen von Piräus .

Allein am Dienstag seien mehr als 1000 Flüchtlinge und andere Migranten aus Piräus weggegangen, berichtete das Staatsfernsehen (ERT). Im Lager befänden sich noch etwa 3800 Menschen. "Piräus wird langsam evakuiert ohne Gewalt", sagte der Sprecher des Stabes für die Flüchtlingskrise, Giorgos Kyritsis, dem Staatssender. Rund 500 Migranten hatten am Dienstagabend auch das Lager von Idomeni verlassen.

Die Zahl der Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland kommen, blieb im Vergleich zu den vergangenen Monaten niedrig: Innerhalb von 24 Stunden hätten nur 101 Migranten vom türkischen Festland auf griechische

Steine gegen den Zaun, Tränengas gegen Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-traenengas-gegen-fluechtlinge-a-1086936.html>

Ägäis-Inseln übergesetzt, teilte am Mittwoch der Stab für die Flüchtlingskrise in Athen mit. Am Dienstag und Montag waren jeweils 80 und 18 Menschen aus der Türkei gekommen.

Zum Vergleich: Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) waren im Vormonat im Durchschnitt knapp 900 Migranten täglich auf den Inseln angekommen.

als/gic/Reuters/dpa/AFP

Load-Date: April 13, 2016

End of Document

["Die Augen sind kalt geworden";
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/asylbewerber-in-dresden-die-angst-nach-dem-tod-von-khaled-b-a-1013462.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/asylbewerber-in-dresden-die-angst-nach-dem-tod-von-khaled-b-a-1013462.html)

SPIEGEL ONLINE

16. Januar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 1154 words

Byline: Ferdinand Otto Steffen Winter

Highlight: Muslime tragen Wintermützen statt Kopftuch, Schulkinder bleiben montags daheim: Seit Pegida fühlen sich Migranten in Dresden unwohl. Dann wird ein Eritreer erstochen, und manche Asylbewerber wollen nur weg. Wie konnte es so weit kommen?

Body

Khaled B. hatte geschafft, wovon viele seiner Landsleute träumen. Er hatte das sudanesishe Wadi Halfa im Februar 2014 hinter sich gelassen, die größte Trockenwüste der Erde durchquert, war lebend durch das schwer umkämpfte Libyen gekommen und hat selbst die 1600 Dollar teure Schiffspassage auf einem Seelenverkäufer nach Italien heil überstanden. Mit dem Zug kam Khaled B. im Juli 2014 in München an. Endlich Deutschland, endlich Sicherheit.

Nun ist Khaled B. tot. Erstochen im vermeintlich sicheren Deutschland. Sein Freund Hani ist sich inzwischen "zu 99,9 Prozent sicher, dass er von Rechtsradikalen ermordet wurde".

Bisher ist unklar, wer den jungen Mann getötet hat. Es gibt keine Verdächtigen, keine heiße Spur, die Polizei ist nicht mal sicher, ob Khaled B. an dem Ort getötet wurde, an dem sich seine Leiche befand. Doch wer mit Khaled B.s Mitbewohnern spricht, wer Asylbewerber und Asylhelfer in Dresden trifft, hört keine Zweifel am Motiv des Täters.

1,5 Sozialarbeiter für 200 Flüchtlinge

Feindlich sei das Klima in Dresden, sagt Hani, besonders im Neubaugebiet an der Johannes-Paul-Thilmann-Straße. Es habe Bedrohungen gegeben, die Afrikaner seien angespuckt worden, man habe mit Flaschen geworfen, erzählen die Mitbewohner von Khaled B.

An der Tür zur Wohnung fanden sich eines Tages zwei Hakenkreuze, mit denen die Eritreer zunächst gar nichts anfangen konnten. Sie kannten die Symbole nicht. Die Arbeiterwohlfahrt, die die Männer betreute, berichtet von Tritten gegen die Tür. Hani sagt, dies sei häufiger vorgekommen. Auch ihre Fahrräder seien geklaut worden.

"Die Augen sind kalt geworden" <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/asylbewerber-in-dresden-die-angst-nach-dem-tod-von-khaled-b-a-1013462.html>

Auf mehr als 200 Flüchtlinge kommen nur 1,5 Sozialarbeiter. Die Sprachbarriere ist gewaltig. Die Eritreer sprechen Tigrinisch, kaum jemand kann sich mit ihnen verständigen. Mehr als 20 von ihnen saßen am Donnerstag in Khaleds Zimmer und diskutierten ihre Lage. Einige saßen auf Khaleds Bett. Drei Sperrholzschränke stehen im Raum, es gibt kaum persönliche Dinge. Auf dem Fensterbrett stehen zwei Plüschtiere des jungen Mannes: ein Bär und ein Fuchs.

Die Flüchtlinge haben Angst. Immer wieder fällt das deutsche Wort "Staatsanwalt". Die Afrikaner zweifeln an der korrekten Aufklärung des Todesfalls. Schließlich hatte die Polizei zunächst eine Fremdeinwirkung ausgeschlossen. Die Männer wollen weg von diesem Ort.

"Ich finde keine Worte dafür"

Der Tod von Khaled B. verunsichert nicht nur die Mitbewohner. "Wir haben im Moment keine schöne Zeit hier in Dresden", sagt Ali Moradi. "Wir", das sind Migranten, Asylbewerber und Moslems. Moradi, ein freundlicher Mann mit leichtem Akzent, hilft anderen Neuankömmlingen, sich in der Stadt und dem Behördendschubel zurechtzufinden. Er sagt: "Teilweise trauen sich Muslime nicht mehr Kopftuch zu tragen, sie bedecken ihr Haar lieber mit Wintermützen."

Moradi arbeitet beim Sächsischen Flüchtlingsrat und kennt die Sorgen vieler Dresdner ohne deutschen Pass. "Ich finde keine Worte dafür, wenn Zehntausende durch unsere Stadt ziehen und gegen den Islam, Asylbewerber und angebliche Überfremdung demonstrieren."

Montag ist Pegida-Tag in Dresden. So viel wissen Vater Essam R., seine Tochter Abrar, 11, und Sohn Assid, 12. Seit einigen Wochen fehlen die Kinder deshalb montags in der Schule - überhaupt gehen sie am Wochenanfang nicht mehr vor die Tür. Die Familie mit insgesamt fünf Kindern ist 2011 aus dem libyschen Bürgerkrieg nach Deutschland geflohen. Mehr als drei Jahre wohnen sie in Dresden.

So wie jetzt haben sie ihre Stadt noch nie erlebt: "Die Leute waren früher sehr nett, haben Türen aufgehalten und geholfen, wo es geht", sagt Essam. Und jetzt? "Die Augen sind kalt geworden", sagt Tochter Abrar. "Und die Herzen", schiebt der Vater nach. Inzwischen komme die Mutter immer wieder weinend nach Hause. Fremde stellten sich vor die Tram-Türen und ließen sie mit dem Kinderwagen nicht einsteigen. Sie geht nur noch auf die Straße, um die Kleinsten in die Kita zu bringen.

Ob es seit Pegida mehr Angriffe auf Ausländer gibt, ist nicht klar - neue Zahlen gibt es noch nicht. Vor den Montagmärschen gab es in Sachsen zwischen Mitte 2012 und Ende 2014 57 rechte Straftaten gegen Asylunterkünfte.

"Angst geht um"

Familie R. aus Libyen will weg aus Dresden, Düsseldorf würde ihnen gefallen - spätestens seit Mittwoch: Der zwölfjährige Assid wartete auf seine Schwester in einem Einkaufszentrum, als ein Mann um die 60 zu ihm getreten sei und gedroht habe, ihn zu erschießen. Als Assids Schwester Abrar dazukam, habe der Alte gestikuliert, er werde das Mädchen mit ihrem Schal erdrosseln. Die Familie hat Anzeige erstattet.

Beide Kinder, die fließend Deutsch sprechen, verstehen die Welt nicht mehr. Auf den Bolzplatz direkt hinter dem kargen zehnstöckigen Plattenbau, in dem sie leben, geht Assid nicht mehr, sobald die Sonne sinkt. "Deutschland soll doch das Land der Freiheit sein", sagt der Vater. Auf den Klingelschildern steht "Müller" und "Weber" - im Block sind sie die einzigen Migranten.

Am anderen Ende der Stadt, in der hippen Dresdner Neustadt, berät Andrea Kugler Opfer rechter Gewalt. Auch sie sagt: "Die Stimmung ist gekippt. Angst geht um, vieles erinnert an die Neunziger." An den Wänden hängen Flipcharts, mit Edding sind darauf Strategien gegen Rechtsextremismus gekritzelt. Immer mehr Asylsuchende wenden sich an sie und wollen raus aus Sachsen. "Aber das ist fast unmöglich", sagt Kugler.

Sorgentelefon als Ventil für Rassismus

"Die Augen sind kalt geworden" <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/asylbewerber-in-dresden-die-angst-nach-dem-tod-von-khaled-b-a-1013462.html>

In Dresden leben nach Angaben der Caritas rund zwei Drittel der knapp 2000 Flüchtlinge in Wohnungen und nicht in Massenunterkünften. Wohngemeinschaften wie die des getöteten Eritreers Khaled B. werden von Sozialarbeitern der Wohlfahrtsverbände betreut. Um Ängste abzubauen, verteilt die Caritas unter den Nachbarn ihrer Schützlinge eine Telefonnummer für Beschwerden und Ängste. Die Sozialarbeiter können dann einschreiten, dolmetschen und vermitteln, bevor ein Konflikt eskaliert.

"Oft sind das kleine kulturelle Sachen wie Recycling bei den Mülltonnen im Hof", sagt Sozialarbeiter Karsten Dietze. Aber mindestens so oft wird die Sorgenhotline zum Ventil für den "richtig üblen Rassismus" der Anwohner: "Es ist schlimmer geworden."

Im Internet bricht sich dieser Rassismus ungefiltert Bahn: Unter Medienberichten über den Tod von Khaled B. und in sozialen Netzwerken pesten mutmaßliche Pegida-Anhänger gegen den Getöteten. "Wärst du halt in Eritrea geblieben", ist noch einer der sachlicheren Kommentare. Vieles grenzt an Volksverhetzung.

Woher kommt dieser Hass? Ali Moradi vom Flüchtlingsrat glaubt: Die Landesregierung trägt eine Mitverantwortung an der vergifteten Stimmung. Im Herbst berief Innenminister Markus Ulbig (CDU) eine Sonderkommission der Polizei ein - sie soll gegen kriminelle Asylbewerber ermitteln. Populismus wie dieser sei es, der Pegida den Boden bereite, glaubt Moradi.

Load-Date: January 17, 2015

End of Document

**"Das ist gefährlich, und das ist auch nicht richtig";
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-gerhard-schroeder-und-stephan-weil-kritisieren-angela-merkel-a-1072127.html>**

SPIEGEL ONLINE

15. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 850 words

Byline: aar/dpa/AFP/Reuters

Highlight: Altkanzler kritisiert Kanzlerin: Gerhard Schröder wirft Angela Merkel vor, in der **Flüchtlingskrise** die Realität zu ignorieren. Mal wieder.

Body

Altkanzler Gerhard Schröder hat erneut die **Flüchtlingspolitik** seiner Nachfolgerin Angela Merkel kritisiert. "Die Kapazitäten bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von **Flüchtlingen** in Deutschland sind begrenzt. Alles andere ist eine Illusion", sagte der SPD-Politiker dem "Handelsblatt". Einen unbegrenzten Zuzug von **Flüchtlingen** nach Deutschland bezeichnete er als Fehler. "Man muss den Eindruck gewinnen, als hätten nationale Grenzen keine Bedeutung mehr. Das ist gefährlich, und das ist auch nicht richtig."

Schon Anfang November 2015 hatte Schröder Merkels Politik kritisiert. In einem Vortrag beim österreichischen Energiekonzern OMV sagte er, sie habe "Herz, aber eben keinen Plan".

Der Altkanzler wertete es als zentrales Versäumnis der CDU, dass ein Einwanderungsgesetz stets abgelehnt worden sei. "Da wurde schlicht die Realität ignoriert. Mit der Folge, dass jetzt Hunderttausende Flüchtlinge rechtlich in ein Asylverfahren gepresst werden, weil man keine Kontingente über ein Einwanderungsgesetz definiert hat", sagte Schröder. Er könne nicht nachvollziehen, dass Merkel trotz der erkennbaren Probleme durch die Vielzahl der Flüchtlinge erst in der nächsten Legislaturperiode ein Einwanderungsgesetz verhandeln wolle.

Auch Schröders Parteikollege Stephan Weil äußerte sich in einem Zeitungsinterview kritisch. "Die Bundeskanzlerin wird sich im Laufe des Jahres korrigieren müssen", sagte Niedersachsens Ministerpräsident der "Welt". "Entweder gelingt es, international die Zugangszahl zu drosseln. Oder wir müssen Dinge tun, die niemand will und die Europa schaden werden."

Andere Staaten lehnten sich zurück und sprächen mit Häme von der "deutschen Einladung", sagte Weil. Diesen Mechanismus müsse die Bundesregierung beenden. Den Satz der Kanzlerin "Wir schaffen das" nannte er "etwas wohlfeil", da es Länder und vor allem Kommunen, Hilfsorganisationen und Ehrenamtliche seien, die die Krise bewältigen würden. "Die Menschen spüren, dass der Staat die Lage nicht im Griff hat."

Unionspolitiker wollen Merkel Sorgenbrief schicken

"Das ist gefährlich, und das ist auch nicht richtig" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-gerhard-schroeder-und-stephan-weil-kritisieren-angel....>

Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa wird Merkel Anfang der kommenden Woche Post ihrer unionsinternen Kritiker bekommen: Zahlreiche Fraktionsmitglieder wollen demnach einen Brief unterzeichnen, in dem sie ihre Sorgen über die Entwicklung in der Flüchtlingskrise zum Ausdruck bringen. Der Inhalt soll nicht veröffentlicht werden.

Am Dienstag hatte es in der Fraktionssitzung nach Teilnehmerangaben eine kontroverse zweieinhalbstündige Diskussion über die Flüchtlingspolitik gegeben. Einzelne Abgeordnete mahnten erneut ein schärferes Vorgehen an der deutschen Grenze an. Unionsfraktionschef Volker Kauder hatte am Mittwoch trotz der wachsenden Unruhe erklärt, eine klare Mehrheit in der CDU/CSU-Fraktion stütze den Kurs Merkels.

Die Regierungschefin sagt, sie setze zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen unter anderem auf eine Bekämpfung der Fluchtursachen, eine engere Zusammenarbeit mit der Türkei zur Überwachung der EU-Außengrenzen sowie eine solidarische Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Mitgliedstaaten. Internen Kritikern Merkels gehen die Fortschritte aber nicht schnell genug.

Rund 50.000 neue Registrierungen seit Jahresbeginn

In diesem Jahr sind bei den Behörden 51.395 neue Asylbewerber registriert worden. Das berichtet die "Bild"-Zeitung und beruft sich auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Im vergangenen Jahr kamen 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland. Die Zahl der tatsächlich gestellten Asylanträge lag mit knapp 477.000 deutlich niedriger. Das liegt auch daran, dass es oft sehr lange dauert, bis ein eingereister Flüchtling einen Asylantrag stellen kann. Den größten Anteil unter den Antragstellern bilden die Flüchtlinge aus Syrien.

Wie die "Frankfurter Rundschau" mit Bezug auf Bamf-Zahlen meldet, sind im Dezember 2015 fast 2300 Algerier und 3000 Marokkaner nach Deutschland eingewandert. Noch im August des Jahres seien es insgesamt weniger als 1500 Algerier und Marokkaner gewesen. Der Sprecher des Uno-Flüchtlingshilfswerks, Stefan Telöken, sagte der Zeitung: "Traditionell sind Bewohner der Maghreb-Staaten eher nach Spanien und Frankreich ausgewandert". Da der Weg übers Mittelmeer unterbrochen sei, scheine sich die Bewegung auf die Balkanroute verschoben zu haben.

IWF-Chefin: "Die Herausforderung ist viel größer, als wir sehen"

Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, warnte davor, die Folgen der Flüchtlingskrise zu unterschätzen. Die Herausforderung sei "viel größer, als wir sehen und sehen wollen", sagte sie der "Süddeutschen Zeitung". Im Moment schaue jedes Land nur auf sein eigenes Terrain. "Aber es gibt viel mehr Probleme."

Sie erwarte, dass der Zustrom von Flüchtlingen nach Europa 2016 anhalten werde. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos kommende Woche werde sie eine Studie zum Thema vorlegen, sagte Lagarde. "Wir haben Ströme, Ursachen, Kosten und Nutzen der Migranten untersucht und welchen Einfluss sie auf die Volkswirtschaften haben."

aar/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: January 15, 2016

Flüchtlinge können der europäischen Wirtschaft guttun

SPIEGEL ONLINE

20. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 511 words

Highlight: Das zeigt eine Studie des Internationalen Währungsfonds

Body

Dieser Beitrag wurde am 20.01.2016 auf bento.de veröffentlicht.

Die Aufnahme von Flüchtlingen könnte das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union ankurbeln. Das geht aus einer Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor, die IWF-Chefin Christine Lagarde am Mittwoch beim Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellt hat. (Volltext der IWF-Studie)

Der 50-seitige Bericht untersucht die wirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingsbewegungen in die EU. Dabei beschäftigt er sich vor allem mit einer Frage, die immer wieder gestellt wird: **Kann die EU die vielen ankommenden Flüchtlinge überhaupt integrieren**, wirtschaftlich und gesellschaftlich?

Die IWF-Studie erkennt an, dass die aktuellen Flüchtlingsbewegungen **durchaus eine Herausforderung** für die Aufnahmeländer darstellen. **Im Großen und Ganzen ist sie aber optimistisch.**

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

Zunächst müssten die EU-Länder Geld für die ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber ausgeben, zum Beispiel für Wohnungen, Essen, medizinische Versorgung und Bildung. **Diese "kurzfristigen Ausgaben" könnten in einigen Ländern "beträchtlich" sein**, so die Autoren der Studie. Den höchsten Kostenanstieg erwarten sie für Österreich, Finnland, Schweden und Deutschland, die sogenannten Hauptzielländer. **Deutschland zum Beispiel werde 2016 0,35 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Asylbewerber ausgeben**, Schweden sogar 1,0 Prozent. Auch Dänemark (0,57 Prozent) und Finnland (0,37 Prozent) werden prozentual mehr bezahlen müssen als Deutschland. Langfristig werde sich das **Wirtschaftswachstum** in Europa durch den Zuzug von Flüchtlingen und Asylbewerbern aber **positiv entwickeln**: Für die gesamte EU errechneten die IWF-Experten eine Steigerung des BIP um zusätzlich 0,25 Prozent bis 2020. **Den stärksten Anstieg erwarten sie wiederum für die Hauptzielländer**: In Deutschland, Österreich und Schweden könne das BIP demnach bis 2020 um 0,5 bis 1,1 Prozent zusätzlich steigen. Ob und wie stark das BIP tatsächlich wächst, hänge aber maßgeblich davon, **wie gut die Ankommenden in den Arbeitsmarkt integriert werden.**

Damit die Integration gelingt, geben die Autoren der IWF-Studie **einige Empfehlungen an die Politik** ab:

Flüchtlinge können der europäischen Wirtschaft guttun

Hürden bei der Jobsuche und rechtliche Beschränkungen sollten abgebaut werden; **Flüchtlinge sollten schneller arbeiten dürfen**. Unter bestimmten Umständen sollten **Mindestlöhne reduziert oder Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber gezahlt** werden, damit Flüchtlinge und Asylbewerber leichter einen Job finden. **Abschlüsse und Fähigkeiten** sollten schneller anerkannt werden. Außerdem sollte der **Zugang zu Selbstständigkeit** erleichtert werden, zum Beispiel durch Kredite. Schließlich könne es hilfreich sein, die **geographische Mobilität** von Asylbewerbern nicht weiter zu beschränken.

Die Studie bezieht sich auf Erfahrungen von früheren Migrationsbewegungen, **berücksichtigt aber auch Unterschiede**, insbesondere hinsichtlich der Zahl der ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen einschätzen zu können, verwendet sie ein **Simulationsmodell**.

bento-Newsletter Today

Load-Date: September 29, 2020

End of Document

[Stau bei Asylanträgen soll bis Ende 2016 bewältigt sein;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-stau-bei-asylantraegen-soll-laut-bamf-chef-weise-bis-ende-2016-bewaeltigt-sein-a-1096387.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-stau-bei-asylantraegen-soll-laut-bamf-chef-weise-bis-ende-2016-bewaeltigt-sein-a-1096387.html)

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 250 words

Byline: aar/dpa

Highlight: 02:14:00 Im Mai hat das Bamf erneut weniger Entscheidungen in Asylverfahren getroffen als im Vormonat. Doch Behördenchef Weise gibt sich optimistisch: Bis Ende des Jahre sei "alles bearbeitet".

Body

Der Leiter des Flüchtlingsbundesamtes, Frank-Jürgen Weise, hat sein Ziel bekräftigt, den Stau bei den Asylanträgen bis Ende des Jahres abzuarbeiten - obwohl die Zahl der Entscheidungen der Behörde zuletzt wieder gesunken ist. "Ich bin mir ganz sicher, dass wir die Aufträge, die wir politisch bekommen haben, bis Ende des Jahres erledigen", sagte Weise im Nürnberger Presseclub.

"Jetzt beginnt die Abarbeitung", sagte Weise. "Wenn ich rechne, dass jeder Entscheider zwei Entscheidungen pro Tag macht, ist das Ende des Jahres alles bearbeitet." Dies sei die erklärte Aufgabenstellung der Politik an ihn gewesen: Dass "der Rückstand nicht ins Wahljahr getragen wird".

Aktuell arbeiteten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 7100 von angestrebten 7300 Mitarbeitern. Die Zahl der noch nicht entschiedenen Anträge bei der Behörde ist im Mai dennoch weiter auf nun 460.000 gestiegen. Weitere knapp 300.000 Menschen im Land haben nach Schätzung der Behörde ihren Asylantrag noch nicht gestellt.

Weise sagte, von den zwischen 2013 und 2015 nach Deutschland gekommenen Menschen sei knapp eine Million tatsächlich im Land geblieben. Etwa 660.000 von ihnen hätten Anspruch auf Asyl. "Das ist eine Belastung für die Gesellschaft, aber das ist verkraftbar."

Am Rande gab Weise zudem eine Personalie bekannt: Bamf-Vizepräsident Michael Griesbeck wechselt ins Bundesinnenministerium. Zeitpunkt und Nachfolge sind laut einer Behördensprecherin noch unklar.

Mehr zum Thema:

aar/dpa

Stau bei Asylanträgen soll bis Ende 2016 bewältigt sein <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-stau-bei-asylantraegen-soll-laut-bamf-chef-weise-....>

Load-Date: June 8, 2016

End of Document

[Jeder Zweite träumt von Europa;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-jeder-zweite-fluechtling-in-jordanien-traeumt-von-europa-a-1051756.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-jeder-zweite-fluechtling-in-jordanien-traeumt-von-europa-a-1051756.html)

SPIEGEL ONLINE

07. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 721 words

Byline: Matthias Gebauer

Highlight: Die Bilder vom Empfang der Migranten in Deutschland beflügeln auch die syrischen Flüchtlinge in Jordanien. Laut einer UNHCR-Studie erwägt jeder Zweite, ebenfalls auf die gefährliche Reise nach Europa zu gehen.

Body

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) rechnet mit einem starken Anstieg der Ausreisen von syrischen Flüchtlingen, von denen Hundertausende bisher in Jordanien Zuflucht gefunden haben. Laut einer aktuellen Umfrage seiner Organisation unter den rund 520.000 Migranten aus Syrien in Jordanien erwäge bereits jeder Zweite, bald den gefährlichen Weg nach Europa anzutreten, sagte Volker Schimmel, Chef der dortigen UNHCR-Mission, zu SPIEGEL ONLINE.

"Wir sehen immer mehr die Absicht, das Risiko der Reise auf sich zu nehmen", beschreibt Schimmel die Lage. Jordanien hatte wie die Türkei seit dem Beginn der Syrien-Krise im Jahr 2011 bis zu einer Dreiviertelmillion syrische Flüchtlinge aufgenommen. Insgesamt schätzt das UNHCR die Zahl der Syrer in den Nachbarländern Jordanien und Türkei auf bis zu vier Millionen.

In Jordanien hat das UNHCR mit dem Camp in Zatari ein riesiges Flüchtlingslager errichtet, dort leben mehr als 82.000 Syrer. Das Camp nahe der syrischen Grenze gleicht eher einer Stadt als einem Lager. Viele Menschen haben sich dort darauf eingerichtet, dass sie vielleicht nie wieder in ihre Heimat zurückkehren werden. Weitere 520.000 Syrer leben bei Freunden und Verwandten oder in vom UNHCR bezahlten Wohnungen.

Schlechte Lage in Jordanien

Ein Grund für den immer stärker werdenden Drang nach Europa ist die zunehmend schlechte Lage in Jordanien. Das World Food Programme (WFP) musste zum Beispiel wegen Budgetknappheit kürzlich die Lebensmittelhilfe für 230.000 Flüchtlinge in dem kleinen Staat einstellen.

Das UNHCR beobachtet die Situation mit Sorge. "Die Schlepper- und Schleusernetzwerke sind etabliert", sagt Schimmel. "Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge kennt laut unseren Erhebungen die Preise und weiß, an wen man sich wenden muss und welche Stationen auf dem Weg nach Europa zu meistern sind."

Jeder Zweite träumt von Europa <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-jeder-zweite-fluechtling-in-jordanien-traeumt-von-europa-a-1051756.html>

Ein weiterer Anreiz unter den Flüchtlingen sind die aktuellen Nachrichten. Mehrere Flüchtlinge in Jordanien sagten in Telefoninterviews mit SPIEGEL ONLINE, die Ankündigung Deutschlands zur unbürokratischen Anerkennung von syrischen Asylsuchenden habe sich unter ihren Landsleuten wie ein Lauffeuer verbreitet.

Auch die große Sympathie für Kanzlerin Merkel, die von den Syrern in sozialen Netzwerken teilweise fast wie eine Heilige verehrt wird, bewegt offenbar viele der Flüchtlinge in Jordanien, über eine Reise nach Deutschland nachzudenken oder sie bereits zu planen.

In Deutschland wird die Mobilisierung der syrischen Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten von der Regierung mit Sorge beobachtet. Neben den rund sieben Millionen Binnenflüchtlingen in Syrien selbst stellen die Migranten in den Nachbarländern eine mögliche weitere Großaufgabe für die EU-Länder dar, wenn sie ihre Zuflucht dort verlassen würden.

Regierung befürchtet Ausreisewelle

Außenminister Frank-Walter Steinmeier mahnte am Montag in der "Süddeutschen Zeitung", vorsichtig, die Lage der Menschen im Nahen Osten nicht zu vergessen, "die sich derzeit überlegen, aus den Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon oder Jordanien den äußerst gefährlichen und risikoreichen Weg nach Europa einzuschlagen". Für sie müssten in ihren Zufluchtsorten mehr Perspektiven geschaffen werden.

Intern fürchtet die Regierung aber bereits eine Ausreisewelle der Flüchtlinge aus den Nachbarländern. Diese würde die Zahl der in Europa ankommenden Syrer noch einmal steigen lassen. Die bisherigen Schätzungen, dass allein dieses Jahr bis zu eine Million Flüchtlinge in Deutschland ankommen, müssten dann nach oben korrigiert werden.

Deshalb wurde auch beim Koalitionsgipfel am Sonntag in Berlin bereits über Hilfen für die Nachbarstaaten diskutiert, um die Lage für die Flüchtlinge dort erträglicher zu gestalten und die Menschen von der Ausreise nach Europa abzuhalten.

Das Auswärtige Amt (AA) erhielt aktuell zusätzliche 400 Millionen Euro. Damit sollen sogenannte Stabilisierungsprogramme und unter anderem die "Unterstützung bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingslagern in den Krisenregionen" verstärkt werden.

Ob die Maßnahmen schnell etwas bewirken, ist ungewiss. Bei den Flüchtlingen in Jordanien heißt es, besonders die Bilder aus Deutschland, wo ankommende Syrer fast begeistert an den Bahnhöfen empfangen werden, wirke auf viele erstmals seit Jahren wieder wie eine echte Chance auf ein besseres Leben.

Load-Date: September 7, 2015

[Altmaier fordert Verdoppelung der Abschiebungen;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-peter-altmaier-fordert-
verdoppelung-der-abschiebungen-a-1086313.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-peter-altmaier-fordert-verdoppelung-der-abschiebungen-a-1086313.html)

SPIEGEL ONLINE

09. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 457 words

Byline: wit/AFP/Reuters/dpa

Highlight: 08:54:00 Kanzleramtschef Peter Altmaier drängt darauf, deutlich mehr abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. "Da sind die Länder gefordert", sagt der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung.

Body

Kanzleramtschef Peter Altmaier fordert von den Bundesländern eine Verdoppelung der Zahl der Abschiebungen. Im vergangenen Jahr habe es 37.220 freiwillige Rückkehrer und 22.200 Abgeschobene gegeben, sagte der CDU-Politiker den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Ein realistischer Maßstab für 2016 wäre eine Verdoppelung dieser Zahlen. Da sind die Länder gefordert."

Derzeit entscheide das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) über 50.000 Fälle im Monat, wobei mehr als ein Drittel der Anträge abgelehnt werde. "Wir müssen dafür sorgen, dass die Zahl der Rückführungen deutlich zunimmt", sagte Altmaier, der auch Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung ist.

Am Freitag hatte Innenminister Thomas de Maizière neue Zahlen zu Asylsuchenden in Deutschland vorgestellt. Demnach hat sich die Zahl der abgeschobenen abgelehnten Asylbewerber zu Jahresbeginn bereits verdoppelt. Im Januar und Februar waren es laut de Maizière fast 4500. Zudem seien 5000 Menschen freiwillig ausgewandert, auch dies ist ein Anstieg.

Altmaier verteidigte unterdessen das umstrittene Abkommen der EU mit der Türkei. Die Vereinbarung über die Rückführung der Flüchtlinge funktioniere besser als alle erwartet hätten. Doch könne die Bundesregierung die Zahlen noch nicht sicher abschätzen und tue gut daran, die Situation von Tag zu Tag zu beobachten. "Unser Ziel war und ist, die Zahl der Flüchtlinge deutlich zu reduzieren", sagte Altmaier. "Das scheint zu gelingen."

Die Umsetzung des Paktes mit Ankara hat am Montag begonnen. Seitdem haben die griechischen Behörden schon mehr als 400 Flüchtlinge in die Türkei zurückgebracht. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Massenabschiebungen scharf.

Mehr Teilnehmer an Integrationskursen

Altmaier fordert Verdoppelung der Abschiebungen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-peter-altmaier-fordert-verdoppelung-der-abschiebungen-a-1....>

Nach den aktuellsten Zahlen des Bamf haben im vergangenen Jahr bis Ende September fast 130.000 Menschen einen Integrationskurs begonnen - rund 23 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Davon nahmen knapp 57 Prozent freiwillig an den Kursen teil, 43 Prozent wurden verpflichtet.

Fast 40 Prozent der neuen Kursteilnehmer waren neue Zuwanderer - dies sind jedoch nicht nur Flüchtlinge. Das Bamf erfasst deren Anteil nicht gesondert. Syrer stellten mit 18 Prozent die größte Gruppe unter den neuen Kursteilnehmern, vor Polen und Rumänen.

Integrationskurse sind eine Mischung aus Deutschkurs und Landeskunde. Sie umfassen 660 Unterrichtsstunden - davon sind 600 Stunden Sprachkurs. Außerdem lernen die Teilnehmer etwas über die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands.

Anerkannte Flüchtlinge müssen für jede Unterrichtsstunde 1,55 Euro zahlen - ein allgemeiner Integrationskurs kostet sie also 1023 Euro. Asylbewerber im laufenden Verfahren müssen nichts zahlen.

wit/AFP/Reuters/dpa

Load-Date: April 9, 2016

End of Document

Konzernboss will abgelehnte Asylbewerber in Deutschland halten;
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-evonik-chef-fordert-einwanderungsgesetz-a-1049433.html>

SPIEGEL ONLINE

23. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 604 words

Byline: fdi

Highlight: Die Wirtschaft braucht Facharbeiter, doch oft werden qualifizierte Asylbewerber abgeschoben. Der Chef des Chemiekonzerns Evonik will das ändern - und fordert ein Einwanderungsgesetz.

Body

Die Opposition aus Grünen und Linken ist ohnehin dafür, der Koalitionspartner von der SPD ebenfalls - und auch vonseiten der Wirtschaft wächst der Druck auf die Union, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen. Nun hat der Chef des Chemiekonzerns Evonik, Klaus Engels, mit deutlichen Worten dafür geworben, abgelehnte Asylbewerber nicht einfach so abzuschieben. Stattdessen solle geprüft werden, ob sie der deutschen Wirtschaft als Arbeitnehmer nützlich sein könnten, fordert Engels in einem Gastbeitrag für die "Bild am Sonntag" ("BamS").

"Niemand prüft die Qualifikation und Leistungsfähigkeit der Flüchtlinge, um festzustellen, ob sie unser Land nicht trotzdem bereichern könnten. Ich finde das falsch", schreibt der Konzernchef. Derzeit sei das Asylsystem das einzige Nadelöhr für Menschen, die eigentlich aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland wollen: "Weil wir kein ordentliches Einwanderungsgesetz haben, sind diese Leute gezwungen, Asylanträge zu stellen."

Das solle sich nun ändern, schreibt Engels. "Wir brauchen jetzt endlich ein Einwanderungsgesetz." Seine Managerkollegen kritisiert der Evonik-Chef in diesem Zusammenhang scharf, weil sie zu wenig für ein solches Gesetz werben würden. "Ich wünsche mir viel mehr positiven Druck der großen Unternehmen und der Wirtschaftsverbände. Ich verstehe das Zögern nicht." Qualifizierte Arbeitnehmer seien schließlich der wichtigste Treibstoff der Wirtschaft.

Sechs von zehn Deutschen halten Deutschland nicht für überfordert

Mit seiner Forderung gibt Engels die Stimmung einer großen Mehrheit in der Bevölkerung wieder. Laut einer Emnid-Umfrage im Auftrag der "BamS" sprachen sich 76 Prozent der Befragten für ein Einwanderungsgesetz aus, nur 17 Prozent waren dagegen. Bei den Anhängern der Union war die Zustimmung mit ebenfalls 76 Prozent gar höher als bei denen der SPD, von denen 69 Prozent dafür plädierten.

Konzernboss will abgelehnte Asylbewerber in Deutschland halten
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-evonik-chef-fordert-einwanderungsgesetz-a-....>

Mit 58 Prozent ist eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger demnach zudem der Ansicht, dass Deutschland von der hohen Anzahl der Flüchtlinge nicht überfordert ist - trotz der auf 800.000 drastisch erhöhten Prognose der Bundesregierung für dieses Jahr. 38 Prozent halten Deutschland für überfordert.

Dieses deutliche Meinungsbild ist umso erstaunlicher, wenn man die Frage betrachtet, die gestellt wurde: "Deutschland erwartet in diesem Jahr 800.000 Flüchtlinge. Meinen Sie, dass Deutschland in der Lage ist, diese Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen?" Diese Formulierung legt nahe, dass alle der 800.000 erwarteten Flüchtlinge auch Asyl erhalten und in Deutschland bleiben können - in Wirklichkeit wird aber ein Großteil der Anträge abgelehnt und die Bewerber abgeschoben. Unter dem Strich bleiben also weit weniger Flüchtlinge tatsächlich im Land.

Kraft: "Werden wahrscheinlich für immer bleiben"

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hält es in einem Interview mit dem Deutschlandfunk für möglich, dass in diesem Jahr sogar mehr als 800.000 Menschen Asyl in Deutschland beantragen könnten. Sie forderte, dass die Dauer der Asylverfahren von jetzt durchschnittlich sieben Monaten deutlich verkürzt wird, indem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell aufgestockt wird.

Kraft wies zudem darauf hin, dass die meisten der aktuellen Bürgerkriegsflüchtlinge etwa aus Syrien, bei denen eine große Wahrscheinlichkeit bestehe, dass sie Asyl erhalten, dauerhaft in Deutschland bleiben würden - "wahrscheinlich für immer". Daher sei es wichtig, zum Beispiel in Sprachförderung oder Kita-Plätze für Flüchtlingsfamilien zu investieren: "Am Ende sind es alle Nordrhein-Westfalen."

fdi

Load-Date: August 23, 2015

End of Document

CDU: Straffällig gewordene Asylbewerber schneller ausweisen

SPIEGEL ONLINE

09. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA

Length: 845 words

Highlight: Die Entwicklungen nach den Übergriffen in Köln im Überblick

Body

Dieser Beitrag wurde am 09.01.2016 auf bento.de veröffentlicht.

Nach den Silvester-Übergriffen in Köln fordert die CDU-Spitze **schärfere Gesetze im Umgang mit straffällig gewordenen Migranten**. Bei der Klausurtagung in Mainz beschloss der Parteivorstand am Samstag die sogenannte "Mainzer Erklärung". Darin heißt es, dass Asylberechtigte, Flüchtlinge und Asylbewerber "künftig bereits dann von der Asylberechtigung bzw. der Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen sein [sollen], wenn sie rechtskräftig wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe auch unter Bewährung verurteilt wurden".

Das würde bedeuten, **dass sie in Zukunft schon bei Bewährungsstrafen ausgewiesen werden könnten**. Bislang ist das nur vorgesehen, wenn der Betroffene tatsächlich zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde: Eine Anerkennung als Asylbewerber ist demnach erst bei einer Haftstrafe ab drei Jahren ausgeschlossen, bei geringeren Freiheitsstrafen ist eine Ausweisung zwar möglich, aber nicht zwingend (SPIEGEL ONLINE).

Außerdem will die CDU "die Hürden für die Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer absenken". Die sind bisher sehr hoch: Das Aufenthaltsgesetz enthält nämlich **auch ein Reihe sogenannter Abschiebungsverbote**. Demnach darf ein Ausländer zum Beispiel "nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist" (Aufenthaltsgesetz § 60).

Was hat das mit den Übergriffen in Köln zu tun?

Hintergrund für all diese Maßnahmen sind die massiven Angriffe auf Frauen in der Silvesternacht, insbesondere vor dem Kölner Hauptbahnhof. Die CDU-Spitze schreibt dazu in der "Mainzer Erklärung": "Wir verurteilen die widerwärtigen Übergriffe und Attacken in der Silvesternacht in Köln und in anderen Städten. **Insbesondere sexuelle Belästigung und Vergewaltigung sind nicht hinnehmbar.**"

Tatsächlich müssen die Übergriffe aber nicht zwingend zu einer Bestrafung führen, die nach bisherigem Recht eine Ausweisung nach sich zieht (Frauen gegen Gewalt e.V., §177 Strafgesetzbuch). Das sagte auch Angela Merkel auf der Tagung in Mainz: Die meisten Täter von Köln würden nicht hart genug bestraft werden, um das Land verlassen zu müssen, wird sie von Teilnehmern zitiert. "Das werden die Leute nicht verstehen, wir müssen auf dieses Thema Antworten haben" (SPIEGEL ONLINE).

CDU: Straffällig gewordene Asylbewerber schneller ausweisen

Weitere Forderungen der "Mainzer Erklärung" im Überblick

Mit Blick auf die Übergriffe in der Silvesternacht will die CDU außerdem Folgendes durchsetzen:

Bei erheblichen Gefahren für Sicherheit und Ordnung soll die Polizei künftig von der sogenannten **"Schleierfahndung"** Gebrauch machen können, also verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchführen dürfen. Die **Videoüberwachung** soll verstärkt werden auch "auf und im Umfeld von Bahnhöfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln". Außerdem will die CDU **das Sexualstrafrecht verschärfen** und "auch sexuelle Belästigungen wie Grapschen, die unterhalb der Schwelle sexueller Nötigung liegen, unter Strafe stellen". Darüber hinaus soll es **einen neuen Straftatbestand bei Angriffen auf Einsatzkräfte** geben.

Die CDU plädiert in der Erklärung außerdem dafür, **"die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren"**. Die Begründung: "Ein Andauern des aktuellen Zuzugs würde Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern." Außerdem fordert sie ein sogenanntes "Integrationspflichtgesetz". Man wolle **verbindliche Integrationsvereinbarungen** abschließen, in denen Rechte und Pflichten von Staat und Migrant in verständlicher Form festgelegt werden.

Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner glaubt, dass der Koalitionspartner SPD die Forderungen der "Mainzer Erklärung" stützen wird: "Ich bin mir sicher, dass nun notwendige Gesetzesverschärfungen auch von der SPD mitgetragen werden", sagte sie. (Zeit Online)

Der Stand der Ermittlungen zu den Übergriffen in Köln:

Bei der Kölner Polizei sind **bislang 170 Anzeigen** eingegangen, ein Großteil davon wegen sexueller Übergriffe. Auch in anderen Städten wurden ähnliche Vorfälle angezeigt; in Hamburg zum Beispiel gibt es inzwischen 108 Strafanzeigen. (SPIEGEL ONLINE) Nach Informationen des SPIEGEL liegen greifbare Hinweise dafür vor, dass an den Diebstählen in der Silvesternacht Flüchtlinge beteiligt waren: Manche der gestohlenen Handys wurden demnach in Flüchtlingsheimen oder deren unmittelbarem Umfeld geortet. (SPIEGEL ONLINE) In den Fällen sexueller Übergriffe gibt es bislang keine genaueren Informationen. Die Suche nach Verdächtigen gestaltet sich hier schwieriger, momentan werden Aufnahmen von Überwachungskameras ausgewertet. (SPIEGEL ONLINE) Die Kölner Polizei ermittelt aktuell gegen 19 Tatverdächtige. Die Bundespolizei stellte zudem 32 Straftaten am Kölner Hauptbahnhof fest mit 31 namentlich bekannten Tatverdächtigen. (SPIEGEL ONLINE) Ob die Taten organisiert geplant wurden, ist noch unklar. Nach SPIEGEL-Informationen soll sich eine dreistellige Anzahl Männer für die Übergriffe verabredet haben. (SPIEGEL ONLINE)

Load-Date: September 29, 2020